Joachim Gauck über Erich Loest

politik und kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrates

Nr. 06/10 · Nov. – Dez. 2010 www.kulturrat.de 3,00 € · ISSN 1619-4217 · B 58 662

KULTURGROSCHEN
Der Schriftsteller Erich Loest erhielt den Kulturgroschen des Jahres 2010. „Aufrecht stehen!“, meint Laudator Joachim Gauck.
Seiten 4 bis 7

BILDUNGSGERECHTIGKEIT
Bildung gilt als Aufstiegschance. Aber wo bleibt die Chancengleichheit? Welche Wege gehen die Länder? Anspruch und Wirklichkeit.
Seite 8

AUSWÄRTIGES
Nachgefragt: Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik unter Schwarz-Gelb: Kostbares Aushängeschild oder bloß Kostenfaktor?
Seiten 9 bis 11

LUTHER 2017
Reformationsjubiläum 2017: Pflicht oder Chance? Staat, Kirche oder viel mehr? Dekadengestalter gesucht!
Seiten 17 bis 19

KÜNSTLERLEBEN
Künstler leben: mit Gentrifizierung, schwierigen sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten und mit den Erwartungen an sich selbst.
Seiten 20 bis 22

Editorial

Schweigenbrechen

Das muss man doch mal sagen dürfen, ist die neue Leitaussage der jüngsten Integrationsdebatte. Thilo Sarrazin hat mit dem „Sagen dürfen“ begonnen und eine Welle der Befreiung, endlich mal offen seine Meinung zu sagen über die Ausländer, die Muslime und wer uns denn sonst noch unheimlich ist, schwappt über das Land. Nicht nur die Stammtische atmen befreit auf, auch Spitzenpolitiker sind endlich nicht länger zum Schweigen verurteilt. Das Schweigenbrechen befreit die Seele und ist deshalb zumindest für diejenigen, die nun drauflosreden, sicherlich gesundheitsfördernd. Ob diese positive Diagnose auch für die gesamte Gesellschaft gestellt werden kann, muss aber ernsthaft bezweifelt werden.

Das Fremde macht immer Angst. Fremdes Aussehen, fremde Sprachen, fremde Rituale drängen uns in eine automatische Abwehrhaltung. Diese Angst ist tief in uns verankert und muss wie ein wildes Tier immer unter Kontrolle gehalten werden, damit wir nicht in Panik geraten. Der beste Schutz gegen diese Angst ist Wissen über das Fremde in unserer Nähe.

Für mich war und ist das wirklich Erschütternde der Debatten der letzten Wochen das unglaubliche Unwissen der Meinungseliten über das vermeintlich Fremde in unserer Nachbarschaft. Bildungsarmut ist eben kein „Unterschichten“-Phänomen, wie gerne behauptet wird, sondern die sogenannten Eliten in den Medien und der Politik kennen sich erschreckend wenig mit kulturellen und religiösen Fragen aus.

Interkulturelle Bildung wurde offensichtlich an den Gymnasien und Hochschulen in unserem Land vielen Schülern und Studenten nicht ausreichend vermittelt und bei den vielen Urlaubsreisen in aller Herren Länder auch nicht nachgeholt. Allein das Unwissen über den Koran, die Heilige Schrift der Muslime, scheint nicht nur in den Talkshows grenzenlos zu sein.

Ist das Kopftuch ein Symbol der Unterdrückung der Frau oder Ausdruck einer tiefen Gläubigkeit? Wenn man es nicht weiß, kann man ja fragen. Der diesjährige Tag der offenen Moscheen war eine solche Möglichkeit, die von erfreulich vielen Bürgerinnen und Bürgern, die mehr wissen wollten, genutzt wurde.

Der Deutsche Kulturrat hat auch gefragt. Seine jüngste Stellungnahme zur kulturellen Bildung wurde gemeinsam mit neun Migrantenorganisationen erarbeitet und verabschiedet. Seit nunmehr einem Jahr sitzen wir an einem Runden Tisch zusammen und sprechen über Fragen der interkulturellen Bildung miteinander. Ich bin mir sicher, wir können noch viel voneinander lernen und damit zu guten Bekannten in unserem gemeinsamen Land werden.

Olaf Zimmermann, Herausgeber von politik und kultur ■

Kultur-Mensch

Reinhold Leinfelder

Der Generaldirektor des Museums für Naturkunde hat es geschafft, eines der wohl spannendsten und vielfältigsten Museen in Berlin erfolgreich ins 21. Jahrhundert zu führen. Das Naturkundemuseum, nach dem jüngst eine U-Bahnstation umbenannt wurde, feiert in diesem Jahr sein 200-jähriges Bestehen. Die Wissensvermittlung im Museum ist modern, sie setzt Standards. Jung und Alt erhalten hier Einblicke in vergangene Welten, können Dinosauriern nachspüren oder sich interessiert, bisweilen leicht gruselnd, unzählige in Ethanol konservierte Exponate ansehen. Kulturelle Bildung von ihrer schönsten Seite. Reinhold Leinfelder ist viel mehr als nur der „Herr“ von über 300 Millionen zoologischer, paläontologischer, mineralogischer und geologischer Objekte – eine Tatsache, die das Naturkundemuseum in die Riege der bedeutendsten Museen dieser Art katapultiert. Darüber hinaus sind die Räume des Museums in der Invalidenstraße Orte der kulturellen Begegnung. Natur und Kultur werden hier nicht als Gegensatzpaare gedacht, sondern bilden eine Einheit, deren einzelne Bestandteile sich auf wunderbare Weise komplettieren.

Foto: Dittmann, MfN

Kulturbilanz Ost

Von Jens Bisky

Der Einigungsvertrag, den Wolfgang Schäuble und Günter Krause im August 1990 unterzeichneten, gehört zu den viel beschworenen, aber kaum gelesenen Dokumenten der jüngsten deutschen Geschichte. Wenigstens den Paragraphen 35 sollte man bekannter machen, als er es ist. Meist wird er nur auf das Gebot reduziert, dass die „kulturelle Substanz“ im Beitrittsgebiet keinen Schaden nehmen dürfe.

Die Festlegung war wichtig. Sie verdankte sich der Erfahrung, dass Kunst im SED-Staat Freiräume geboten hatte, dass sie in den besten Augenblicken tatsächlich Vorschein der Freiheit gewesen war, die den Bürgern der DDR sonst vorenthalten blieb. Kritisches Denken und nicht durchherrschte Gemeinschaftlichkeit wurden in Theatern und auf Lesungen eingeübt. Deshalb war es kein Zufall, dass die große Berliner Revolutionsdemonstration am 4. November 1989 von Theaterleuten organisiert wurde und dass auf ihr viele Schriftsteller und Schauspieler sprachen. 1990 mussten sie das Fehlen einer bürgerlichen Öffentlichkeit nicht mehr kompensieren, aber Paragraph 35 des Einigungsvertrages hielt ausdrücklich eine zweite, unbestrittene Leistung von Kunst und Kultur fest.

In den Jahren der Teilung seien sie, „trotz unterschiedlicher Entwicklung der beiden Staaten in Deutschland – eine Grundlage der fortbestehenden Einheit der deutschen Nation“ gewesen. „Sie leisten im Prozess der staatlichen Einheit der Deutschen auf dem Weg zur europäischen Einigung einen eigenständigen und unverzichtbaren Beitrag. Stellung und Ansehen eines vereinten Deutschlands in der Welt hängen außer von seinem politischen Gewicht und seiner wirtschaftlichen Leistungskraft ebenso von seiner Bedeutung als Kulturstaat ab.“

Mit dieser programmatischen Erklärung begann nicht nur eine Erfolgsgeschichte für die Kultur in den neuen Ländern, mit ihr begann auch jene beinah revolutionäre Aufwertung der Bundeskulturpolitik, die schließlich Michael Naumann als ersten Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien ins Bundeskanzleramt führen sollte. Auf dem weiten, komplizierten Feld der Kulturpolitik gelang also, was in vielen anderen Fällen gefordert, aber nicht erreicht wurde: das vereinigte Deutschland beschritt neue Wege, statt bloß westliche Routine zu kopieren.

Dabei verlief dieser Prozess alles andere als harmonisch, vielmehr wurde über Künstler und Kultureinrichtungen mit einer ungeheuren Bitternis und Unerbittlichkeit gestritten. Vielleicht war dies eine der Voraussetzungen für den Erfolg. Neben den 2,6 Milliarden DM, die das Bundesministerium des Innern zwischen 1991 und 1993 für die kulturelle Infrastruktur in den neuen Ländern zur Verfügung stellte, garantierten die Debatten über Christa Wolf und die DDR-Literatur, über Stasi-Verstrickungen und Auftragskunst, über den Palast der Republik, die Akademie-Mitglieder und die Boheme am Prenzlauer Berg, dass die „kulturelle Substanz“ sich weiterentwickelte. Man schenkte sich nichts, bekam aber im Streit Achtung vor den anderen. Junge Ostdeutsche ergriffen die Gelegenheit und galten rasch als frische Stimmen des neuen Deutschland: der virtuose Dichter Durs Grünbein und der kluge Erzähler Ingo Schulze, der verrätselte Maler Neo Rauch, der Regisseur Andreas Dresen und einige mehr.

Diese gesamtdeutschen Karrieren sind umso erstaunlicher, wenn man die grundstürzenden Veränderungen im Kulturbetrieb bedenkt: Wie in der Industrie blieb hier kaum etwas, wie es gewesen war. Neue Träger und Wege der Finanzierung, neue Arbeitsverhältnisse, ein neues, sich veränderndes Publikum – hinzu kam die parallel zur deutschen Einheit einsetzende digitale Revolution. Verluste blieben da nicht aus: betriebliche Kultureinrichtungen verschwanden mit den Betrieben; der Palast der Republik wurde geschlossen, saniert und abgerissen; von den 78 staatlich lizenzierten Verlagen der DDR existiert noch ein Dutzend bis heute; in den neuen Bundesländern werden – einschließlich der „Buchstadt“ Leipzig, aber

Millionen von Menschen demonstrierten in der DDR im Wendejahr 1989
Foto: Ullsteinbild/Mehner

Weiter auf Seite 2

4 195981 603008 06

Fortsetzung von Seite 1

Kulturbilanz Ost

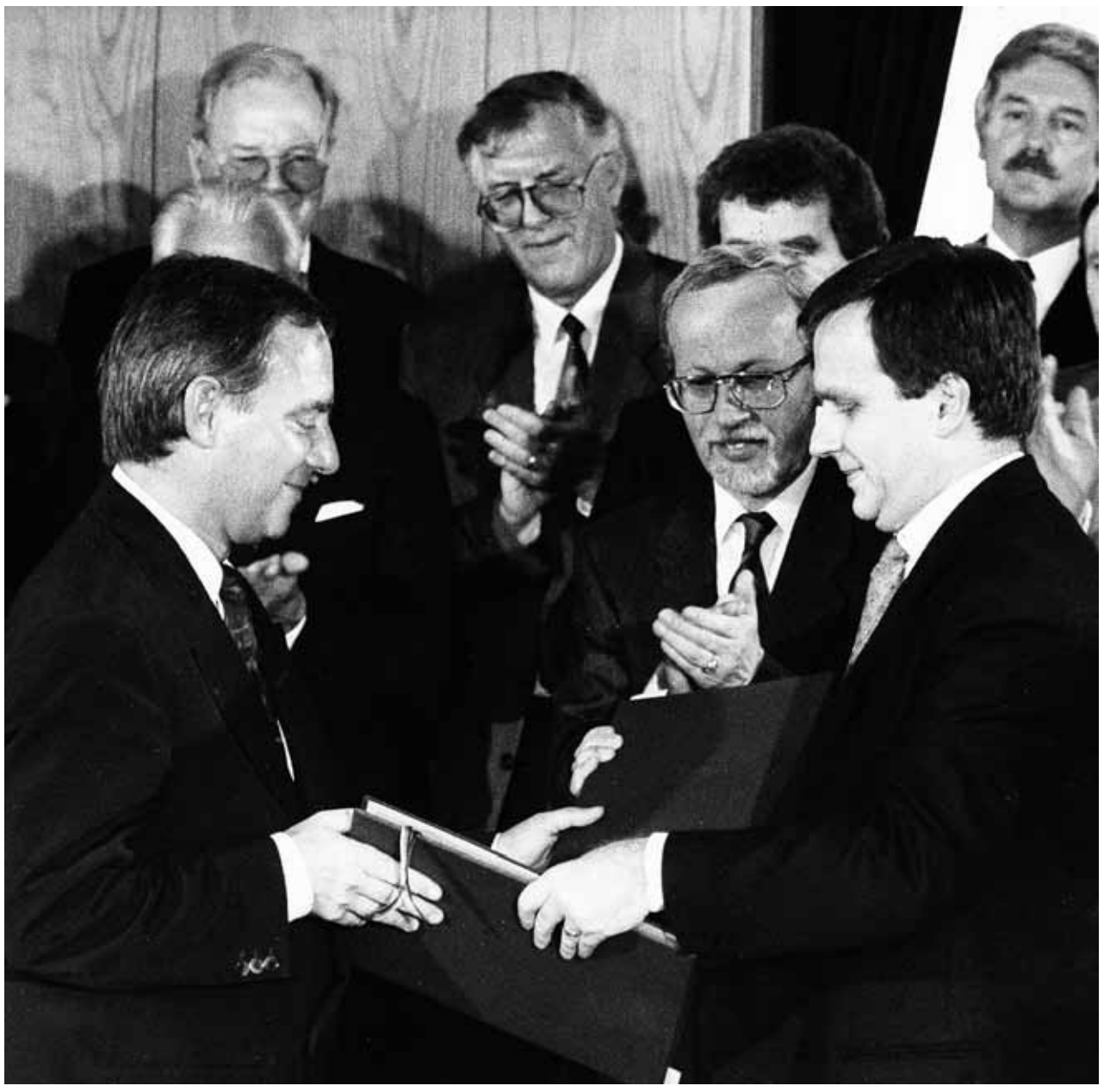
ohne Berlin – 2,2 Prozent der deutschen Buchproduktion erzeugt (mit Berlin 11,7); furchtbar war die Ende der neunziger Jahre einsetzende, lange nicht verebbende Welle der Theaterschließungen und Fusionen, vor allem in Thüringen und Brandenburg; die Verbannung wichtiger DDR-Maler in die Depots bleibt eine elende Dummheit.

Dennoch ist gerade die „kulturelle Substanz“ der neuen Länder noch nie so liebevoll gepflegt worden wie gegenwärtig – und dies trifft auch auf das DDR-Erbe zu. In der DDR jedenfalls ging man leichtfertiger, rücksichtsloser damit um. Einzigartige, in ganz Europa beachtete Glücksfälle sind die Wiedererstehung der preußischen Schlösser und Gärten (Schloss Rheinsberg etwa hatte seit 1951 als Sanatorium für Diabetiker gedient), die Vereinigung der Sammlungen der Staatlichen Museen zu Berlin und der Staatsbibliothek, der Masterplan für die Stiftung Weimarer Klassik, die Sanierung der Franckeschen Stiftungen zu Halle, die Belebung des Bauhauses in Dessau, die systematische Neuordnung der Kunstsammlungen in Dresden, die Museumsneubauten in Greifswald und Halle, den Erhalt der Leipziger Buchmesse durch die Ergänzung um das Lesefest „Leipzig liest“. Nichts davon gelang ohne Streit und Krisen, aber gesichert wurde ein überbordender kultureller Reichtum in wirtschaftlich meist schwachen Regionen.

Dank des sächsischen Kulturraumgesetzes wird man sich um Dresden und Leipzig, dank des Bundes um Berlin keine Sorgen machen müssen. Was aber die stets so ehrgeizige wie tollpatschige Thüringer Kulturpolitik anrichtet, wie Sachsen-Anhalt mit weniger Geld sein kulturelles Erbe bewirtschaften wird, was auf dem Land in Mecklenburg und Vorpommern geschehen soll, ist ungewiss. Hier stellen sich neue Fragen: Wie organisiert man Kulturarbeit in schrumpfenden Regionen? Wie sichert man angemessene Angebote zur ästhetischen Erziehung für die wenigen Kinder? Wie können Länder und Kommunen das bürgerliche Engagement für Konzerte, Denkmalschutz und Lesungen sinnvoll unterstützen? Wie verhindert man die Musealisierung ganzer Landstriche, die vor allem, manchmal nur noch der reizvollen Natur und des kulturellen Erbes wegen besucht werden?

Nachdem durch die Vereinigung und zu aller Nutzen die Bundeskulturpolitik gestärkt worden ist, steht nun die Aufgabe, die ostdeutschen Kommunen als kulturpolitische Akteure zu stärken. Das ist weniger glanzvoll, aufgrund der kleinteiligen Verhältnisse gewiss auch mühsamer, aber ohne die Verankerung in der Landschaft, werden in den Städtchen die so erfolgreich errichteten und gehegten Leuchttürme ihre Strahlkraft nicht entfalten können. Daneben gilt es, Ostdeutschland als Standort der Gegenwartskunst zu stärken – was angesichts der Sogkraft Berlins keine kleine Aufgabe ist.

Der Verfasser ist Feuilleton-Redakteur der Süddeutschen Zeitung ■



Einigungsvertrag: Austausch der Urkunden, Wolfgang Schäuble, G. Krause, Lothar de Maiziere (v.l.n.r.)
Foto: Ullsteinbild/Bildarchiv

Inhaltsverzeichnis

EDITORIAL

Schweigenbrechen
Von Olaf Zimmermann 1

LEITARTIKEL

Kulturbilanz Ost
Von Jens Bisky 1

KULTUR-MENSCH

Reinhold Leinfelder 1

AKTUELLES

Aktionstag für kulturelle Vielfalt und gegen Kulturabbau – Haushaltsnotlage drohen Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein
Von Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz 3

KULTURGROSCHEN

Ganz im Zeichen der Wiedervereinigung – Erich Loest erhält den Kulturgroschen 2010
Von Monika Grütters 4

Von Karl-May-Romanen und Gefängnisaufenthalten – Würdigung des literarischen und politischen Lebenswerks von Erich Loest
Von Max Fuchs 4

Aufrecht stehen – Ein Lebensprogramm: Laudatio auf Erich Loest
Von Joachim Gauck 5

„Man ist ja keine 80 mehr“ – Dankesrede des Kulturgroschenpreisträgers
Von Erich Loest 6

KUNSTTHEORIE

Kunst als kulturelle Praxis
Von Max Fuchs 7

BILDUNGS-GERECHTIGKEIT

Bessere und gerechtere Schulen
Von Sylvia Löhrmann 8

Qualität und Gerechtigkeit
Von Ludwig Spaenle 8

AUSWÄRTIGE KULTURPOLITIK

Tragende Säule der deutschen Außenpolitik
Von Peter Gauweiler 9

Brücken zwischen den Menschen
Von Monika Grütters 10

Tragende Säule in der Außenpolitik
Von Patrick Kurth 10

Tarabya als Kulturbrücke
Von Petra Merkel 10

Versprechen gebrochen
Von Lukrezia Jochimsen 10

Außenkulturpolitik in Turbulenzen
Von Claudia Roth 11

Quo vadis? – Zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik
Von Ulla Schmidt 11

GOETHES WELT

Herausforderung Kulturarbeit – Zur Arbeit des Goethe-Instituts Tel Aviv
Von Gisela Dachs 11

ÜBER DEN TELLERRAND

Hip-Hop als Wegbereiter der Waffenruhe
Von Andrea Nahles 12

Auf der Suche nach einer neuen Vision von Vietnam
Von Christine M. Merkel 13

ISLAM

Multimediale Begegnung mit dem Islam
Gabriele Schulz im Gespräch mit Reinhard Baumgarten 14

MOMMERT MEINT

Zu echter Akzeptanz gehört auch noch ein gutes Stück Arbeit 23

KULTUR UND KIRCHE

Kirchentage sind auch Kulturtage 16
Von Steffen Reiche

LUTHER 2017

Enormer Bildungsschub
Von Bernd Neumann 17

Was lange währt, wird endlich gut...
Von Siegmund Ehrmann 17

Luther gehört euch wirklich nicht!
Kommentar von Olaf Zimmermann 17

Luther 2017 – 500 Jahre Reformation
Von Ingrid Fischbach 18

95 neue Thesen
Von Raju Sharma 18

Initiativen vernetzen und Ressourcen zielgerichtet bündeln
Von Stefan Ruppert 19

Die Reformation war eine Bildungs-Bewegung
Von Christoph Matschie 19

GENTRIFIZIERUNG

Tacheles als exemplarischer demokratischer Raum
Von Robert Defcon 20

Verantwortung für das kulturelle Erbe
Kristin Bäßler im Gespräch mit Michaela van den Driesch 20

Stetigen Wandel der Stadt akzeptieren
Von Stephan Erfurt und Mirko Nowak 21

KUNSTVEREINE

Mehr Geld für die Kunstvereine
Von Karlheinz Schmid 22

KÜNSTLERPORTRÄT

Kontakte, Bekannte, ein Verlag und Glückstreffer
Katharina Schröck porträtiert Lutz Hübner 23

KÜNSTLERINTERVIEW

Das Leben einfangen
Ein Gespräch zwischen den Künstlern Herbert Mondry und Romen Banerjee 24

STELLUNGNAHMEN

Kunst und Kultur als Lebensnerv 25

Resolution: Gesetzliche Neuregelung zur schnellen und rechtsicheren Digitalisierung verwaister und vergriffener Werke ist erforderlich 26

Kulturelle Bildung ist Allgemeinbildung 27

Lernorte interkultureller Bildung im vorschulischen und schulischen Kontext 28

BÜRGERSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Viel Wind um fast nichts
Kommentar von Olaf Zimmermann 29

Kulturelle Freiwilligendienste stärken
Von Kerstin Hübner und Jens Maedler 29

KULTURELLE BILDUNG

Hohe Auszeichnung für Breitenkultur Erster deutscher Amateurtheaterpreis „amarena“ wurde verliehen
Von Katrin Kellermann 30

Macht es dir Spaß, Kinderbücher zu schreiben?
Von Ulrike Nickel 31

Vielfalt und Gegensätze in Belem
Von Joachim Reiss 31

Lernort für den anderen Urlaub
Von Stefanie Ernst 32

KULTURELLES LEBEN

Berühmte Hunde – Very Important Dogs (V.I.D.s)
Von Georg Ruppelt 32

DIGITALISIERUNG

Zur digitalen Kultur gibt es keine Alternative
Von Malte Behrmann 33

Lösungen für verwaiste und vergriffene Werke
Von Robert Staats, Christian Sprang, Wolfgang Schimmel, Gerhard Pfennig und Gabriele Beger 33

Ausnahmsweise große Einigkeit
Von Gabriele Schulz 34

REZENSION

Deutschland und seine Jugend
Von Kristin Bäßler 34

Autorendank 34
Bundestagsdrucksachen 35

Wie ich einmal trotz bester Absichten fristlos gefeuert worden wäre
Von Theo Geißler 36

Aktionstag für kulturelle Vielfalt und gegen Kulturabbau

Haushaltsnotlage droht Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein • Von Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz

Am 14. Oktober dieses Jahres trafen sich erstmals offiziell der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Bernd Neumann, und alle Kulturminister der Länder sowie die Direktorin der Kulturstiftung des Bundes, Hortensia Völkers und die Generalsekretärin der Kulturstiftung der Länder, Isabell Pfeiffer-Poensgen. Ein denkwürdiges erstes Treffen nach 12 Jahren real existierender Kulturpolitik des Bundes mit Kulturstaatsminister und Kulturausschuss des Deutschen Bundestages. Und ein Zeichen dafür, dass in Deutschland der kooperative Kulturföderalismus immer noch sehr lange braucht, um Realitäten zu akzeptieren und gemeinsam zu agieren.

Die Kulturminister von Bund und Ländern setzen sich, so war der Pressemitteilung von Kulturstaatsminister Neumann und dem Vorsitzenden der Kultusministerkonferenz, Minister Spaenle, zu entnehmen, über Parteigrenzen hinweg dafür ein, dass „trotz der notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen bei den Haushalten von Bund und Ländern die Kultur von Kürzungen möglichst verschont bleiben soll."

Ein bemerkenswerter Zufall ist es, dass am Tag darauf, am 15. Oktober, der Stabilitätsrat (www.stabilitaetsrat.de) tagte und unterstrich, dass „zur Einhaltung der neuen Schuldenregeln Bund und Länder noch erhebliche Konsolidierungsanstrengungen werden leisten müssten". Der Stabilitätsrat wurde mit der Einführung der Schuldenbremse im Grundgesetz im Jahr 2009 im Rahmen der Föderalismusreform II eingeführt. Ihm gehören der Bundesfinanzminister, der Bundeswirtschaftsminister sowie die Finanzminister der Länder an. Zu den Aufgaben des Stabilitätsrates gehört es, die Länderhaushalte sowie den Bundeshaushalt zu überwachen. Bund und Länder sind verpflichtet, jährliche Stabilitätsberichte mit einer mittelfristigen Finanzplanung vorzulegen. Drohende Haushaltsnotlagen sollen so rechtzeitig erkannt und Gegenmaßnahmen eingeleitet werden. Bund und Länder nehmen sich damit an die Kandare, um die Ziele der Haushaltskonsolidierung zu erreichen (siehe hierzu auch: Gabriele Schulz: Legislaturperioden auf der Zielgeraden, in *politik und kultur* 4/2009).

Bei vier Ländern hat der Stabilitätsrat am 15. Oktober dieses Jahres eine drohende Haushaltsnotlage festgestellt: Berlin, Bremen, Saarland und Schleswig-Holstein. Diesen Ländern wird jetzt ein Evaluierungsausschuss zur Seite gestellt, der im Mai 2011 berichten soll, ob ausreichende Maßnahmen zur Abwendung der Haushaltsnotlage ergriffen werden. Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, Peter Harry Carstenden, hatte bereits bei der Einbringung des Haushaltsstrukturkonzeptes im Mai dieses Jahres massive Einsparungen im Kulturetat bis zur Schließung von Einrichtungen vorgesehen (siehe hierzu auch den Schwerpunkt Schleswig-Holstein in *politik und kultur* 4/2010). Zu vermuten ist, dass auch die Kulturfinanzierung in den anderen genannten Ländern mit drohender Haushaltsnotlage zur Disposition steht. Umso wichtiger ist daher das positive Signal in der Haushaltsplanung von Kulturstaatsminister Neumann. Sein Haushalt soll im kommenden Jahr stabil bleiben. Aus den Ländern und Kommunen sind indes weniger gute Signale zu hören. Halle, Hamburg oder auch Leipzig sind nur die überregional bekannteren Fälle der geplanten Einsparungen in den Kulturetats, die teilweise zu Schließungen von Kultureinrichtungen führen sollen.

Ein zentrales Thema der Mitgliederversammlung des Deutschen Kulturrates am 30. September 2010 war daher auch die Kulturfinanzierung. Am Tag zuvor hatte der Sprecherrat die Stellungnahme zur Kulturfinanzierung „Kunst und Kultur als Lebensnerv" verabschiedet (siehe hierzu: Dokumentation in dieser Ausgabe von *politik und kultur*).

Erstmals setzt sich der Deutsche Kulturrat in dieser Stellungnahme umfassend mit der Kulturfinanzierung durch Bund, Länder und Kommunen, die Kirchen, Stiftungen sowie die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten auseinander. Die besondere Bedeutung von Kunst und Kultur für die Gesellschaft wird herausgestellt und zugleich unterstrichen, dass angesichts des demografischen Wandels von den Kultureinrichtungen erhebliche Veränderungen abverlangt werden.

Elf konkrete Forderungen werden an den Bund, die Länder, die Kommunen, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die Kirchen und die privaten Stiftungen zur Sicherung der Kulturfinanzierung gestellt. Konkret wird u.a. die Gemeindefinanzkommission aufgefordert, Vorschläge zur besseren finanziellen Absicherung der Kommunen zu machen, damit diese ihrer Aufgabe der Kulturfinanzierung nachkommen können. Es wird unterstrichen, dass freiwillige Leistung, wie die Kulturfinanzierung, nicht nachrangige Aufgabe bedeutet. Im Gegenteil, die kommunalen Aufsichtsbehörden werden aufgefordert, ein kulturelles Leben in den von ihnen beaufsichtigten Kommunen zu ermöglichen. Die gleiche Forderung gilt es auch, an den Evaluationsrat zu richten, der in den kommenden Monaten die Haushaltskonsolidierung in Berlin, Bremen, dem Saarland und Schleswig-Holstein beobachten und beurteilen wird.

Aber nicht nur der Staat ist gefragt. Auch die privaten Stiftungen werden in der genannten Stellungnahme in den Blick genommen. In den vergangenen zehn Jahren wurde das Stiftungswesen durch Veränderungen im Stiftungszivil- und im Stiftungssteuerrecht nachhaltig unterstützt.

Durch Verbesserungen im Stiftungssteuerrecht sowie zuletzt durch die Reform des Gemeinnützigkeitsrechts im Jahr 2007 hat der Staat auf Einnahmen zu Gunsten gemeinnütziger Stiftungen verzichtet. Jetzt sind die Stiftungen am Zug, um zu zeigen, dass sie tatsächlich langfristige und nachhaltige Entwicklungen im Blick haben. Statt kurzfristige Projekte zu finanzieren, die zumeist auf der bestehenden Infrastruktur aufbauen, sollte die langfristige Sicherung der kulturellen Infrastruktur stärker in den Vordergrund rücken.

Die größte Herausforderung der nächsten Jahre wird darin bestehen, die Solidarität untereinander zu erhalten. Die Demonstrationen um das Schauspielhaus Wuppertal im Frühjahr 2010 sind ein Beispiel wie auch die Solidarisierung der Hamburger Museen mit dem von Schließung bedrohten Museum Altona. Doch was passiert, wenn es neben den Museum in Altona, dem Theater in Wuppertal, dem Kinder- und Jugendtheater in Halle, dem Naturkundemuseum in Leipzig, um immer mehr Kultureinrichtungen geht, die von der Schließung bedroht sind? Kann auf Dauer mit Negativmeldungen Solidarität geschaffen werden?

Von der Mitgliederversammlung des Deutschen Kulturrates im September 2010 gehen zwei Signale aus: Zum einen Solidarität ist wichtig, d.h. die einzelnen künstlerischen Sparten, Einrichtungen und Professionen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Zum anderen plant der Deutsche Kulturrat für den 21.05.2011, dem internationalen „Tag der kulturellen Vielfalt", einen bundesweiten Aktionstag. An diesem Tag soll auf positive Weise gezeigt werden, was kulturelle Vielfalt bedeutet und es soll deutlich werden, dass diese kulturelle Vielfalt gesichert werden muss. Dieses ist auch ein Signal an die Verantwortlichen in Bund, Ländern und Gemeinden, gemeinsam für das kulturelle Leben in Deutschland einzutreten. Damit das gelingt, brauchen wir alle, die im Kulturbereich engagiert sind.

Olaf Zimmermann ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates ■

Ganz im Zeichen der Wiedervereinigung

Erich Loest erhält den Kulturgroschen 2010 • Von Monika Grütters

„Die DDR war an ihrem Ende ein verrotteter stinkender Müllhaufen, von Taubenzecken zerfressen. Sie bedeutete 40 verlorene Jahre für mehrere Generationen! Ich kann das Geschwätz über die Krippenplätze für jedes Kind, Arbeit für alle und das ach so gute Gesundheitssystem nicht mehr hören. Wie sah es denn wirklich aus in den DDR-Krankenhäusern? Möchten Sie da auch nur einen Tag behandelt worden sein?“ – Interview mit Erich Loest Februar 2010 in der BILD-Zeitung.

So würde eine Politikerin wie ich sich nicht trauen, über die DDR zu reden – ein Schriftsteller, und noch dazu ein betroffener, einer, der die DDR kannte, der 1981 ausreiste und der ein wacher Beobachter des Einigungsprozesses ist – ein solcher Autor darf und der kann so deutlich werden – zum Glück, zu unser aller Glück. Und mit einem bestimmten Typ des West-Intellektuellen geht er ja auch nicht eben gnädig um – dem nämlich, der vor lauter Entspanntheit nicht mehr die Wirklichkeit der DDR wahrnehmen will oder darf. Zwar schildern Sie, lieber Herr Loest, diese Spezies ohne Häme, sogar mit einer gewissen Sympathie, Verständnis aber bringen sie nicht für sie auf.

Während wir meinen „politisch korrekt“ daher reden zu müssen, beherrschen Künstler eine andere, eine oft bessere Sprache als wir – die Kreativen sind es, die uns, der Gesellschaft, ihren Spiegel vorhalten. Dazu ermutigen wir sie, dafür finanzieren wir ihre Freiheiten, weil wir überzeugt davon sind, dass sie es sind, die der gesellschaftlichen Wirklichkeit, auch der Wirtschaft vorausgehen – sie sind die Avantgarde, sie sind der Motor unseres gesellschaftlichen Fortschritts.

Entsprechend dankbar bin ich, dass wir in diesem Jahr, in dem sich die Deutsche Einheit zum 20. Mal jährt, die Verleihung des Kulturgroschens ganz im Zeichen der Wiedervereinigung begehen können. Als Hausherrin habe ich ja immer das Vergnügen, bei derartigen Veranstaltungen das erste Wort zu haben – und Sie alle hier im Namen der Stiftung „Brandenburger Tor“ begrüßen zu dürfen – das letzte Wort hat später der Preisträger des diesjährigen Kulturgroschens, Erich Loest. Und als Kulturpolitikerin finde ich es auch sehr schön und beruhigend, wenn die Kultur, und insbesondere die Kreativen, das letzte Wort behalten dürfen.

Schriftsteller spielen da naturgemäß eine große Rolle – obwohl die Literatur in der Fördersystematik der Kulturpolitik oft stiefmütterlich behandelt wird, gerade einmal 0,4 % der Kulturförderung gehen in die Literaturförderung. Dabei ist sie die Voraussetzung vieler anderer Künste und in der Gedenkpolitik, die ja ein besonders bedeutsamer Teil der Kulturpolitik ist, ist sie geradezu fundamental. Denn unser Geschichtsbild lebt maßgeblich von den authentischen Schilderungen und Rückmeldungen der Zeitzeugen.

Und dieses „Gedächtnis der Deutschen“, die Erinnerungsarbeit ist zentral für das Selbstverständnis deutscher Kulturpolitik: Ein ehrlicher Umgang mit unserer Geschichte umfasst zwangsläufig negative wie positive Aspekte des Erinnerns und Gedenkens. Die Bundesrepublik trägt das Erbe zweier Diktaturen. Aber diese machen nicht die ganze deutsche Geschichte aus, sondern dazu gehören auch die Widerstands- und Freiheitstraditionen, die konstitutiv sind für das Selbstverständnis der Nation und ihre demokratische Tradition. Um sie zu verstehen und angemessen zu würdigen, müssen wir uns mit den Bedingungen und Zusammenhängen ihrer Vorgeschichte auseinandersetzen. So ist die Geschichte der DDR genau wie die der NS-Zeit Teil unserer gemeinsamen Nationalgeschichte in Deutschland und nicht etwa nur ein ostdeutsches Ereignis. Dabei verbietet nicht nur der Respekt vor den Opfern eine Aufrechnung von Leiderfahrungen oder gar eine Hierarchisierung totalitärer Gewalt, wie sie in der Diskussion um Gedenkkonzepte immer wieder befürchtet werden. Nicht nur Deutschland tut sich damit schwer, andere Länder tragen diese Last auch.

Es war der ungarische Historiker Krisztián Ungváry der feststellte, dass „bisher in Deutschland wie in Osteuropa eine Kultur (fehlt), die es uns ermöglicht, über Opfer und Täter ohne Verdächtigungen zu sprechen. Die deutschen Debatten der letzten Jahre zeigen jedoch, dass es für die deutsche Gesellschaft ein zentrales Problem darstellt, eine Sprache zu finden, die Trauer über die eigenen Opfer ermöglicht. Diese Trauer kann nicht allein den Betroffenen überlassen werden, sie muss Teil der nationalen Erinnerungskultur werden.“

Sie, verehrter Herr Loest, tragen Wesentliches bei zu dieser nationalen Erinnerungskultur, Sie sind einer der bedeutendsten Zeitzeugen unser aller jüngeren Geschichte. Und wir von der Stiftung „Brandenburger Tor“ sind stolz darauf, dass Sie, dass der Deutsche Kulturrat, dass wir gemeinsam also, genau hier bei uns diese besondere Preisverleihung heute, zum Jahrestag der Deutschen Einheit, hier feiern.

Dies ist nun schon die achte Verleihung des Kulturgroschens durch den Deutschen Kulturrat hier im Max Liebermann Haus. Welcher Ort würde sich auch mehr eignen für diese Auszeichnung der Kultur als das Liebermann Haus mit seinem besonderen Bezug zur Geschichte. Dieses jetzige Liebermann Haus ist Ende der 1990er-Jahre neu errichtet worden, das Original wurde im Krieg zerstört, mehr als 50 Jahre war dieser Platz eine innerstädtische Wüste, die kaum jemand betreten durfte. Die Adresse Pariser Platz 7 war früher, mit ihrem Besitzer, dem jüdischen Maler Max Liebermann, dem Akademiepräsidenten, und sie ist jetzt, mit der Stiftung „Brandenburger Tor“, ein Ort der Kunst und der Kultur – die sich auch in die Gesellschaft einmischt. Max Liebermann selber verkörperte dabei genau den Typus des Künstlers, der seine Kunst auch gesellschaftlich sowie politisch einzusetzen wusste. Er war ein Streiter für die Moderne, der selbst vor einer Auseinandersetzung mit dem Kaiser nicht zurückschreckte. Diese Tradition des jüdisch-deutschen Künstlers, seine Haltung, die Geschichte des Hauses auch nach seinem Tod, als die Nazis den sogenannten „Judenbann“ über diese Gegend verhängten und die Witwe Martha Liebermann zum Auszug zwangen – sie hat sich kurz vor der Deportation nach Theresienstadt mit Veronal das Leben genommen –, diese Geschichte ist für die Stiftung „Brandenburger Tor“ Chance und Verpflichtung zugleich.

Monika Grütters, Vorstand der Stiftung Brandenburger Tor, zusammen mit dem Kulturgroschenpreisträger Erich Loest und Laudator Joachim Gauck **Foto: Stefanie Ernst**

Und in der jüngeren Geschichte kommt eben die Nähe zu unserem nationalen Denkmal, zum Brandenburger Tor, diesem Symbol für die Teilung und für die wieder gewonnene Einheit und Freiheit hinzu – als Mahnung und Erinnerung an die Teilung der Welt, Deutschlands und Berlins, und an die glückliche Überwindung dieser Trennung, an die Freiheitstraditionen. Wenn es nicht längst zur Kirmeskulisse verkommen wäre, wäre meines Erachtens das Brandenburger Tor das eindrucksvollste Freiheits- und Einheitsdenkmal – es spräche eindrucksvoller als jedes neu geschaffene Werk für die Teilung und ihre friedliche Überwindung. Und dennoch: ich bin gespannt auf die Ergebnisse des entsprechenden Wettbewerbs, die wir am Wochenende im Gropius-Bau zeigen werden.

Es zeichnet das heutige Deutschland aus, dass wir wie kaum eine andere Nation auf der Welt gelernt haben, streng, sehr streng mit unserer Geschichte umzugehen, sie ernsthaft und sehr öffentlich aufzuarbeiten. Angesichts zweier Diktaturen in jüngster Zeit ist das hart. Aber es ist eben auch die Voraussetzung für Zukunft.

Sie, verehrter Erich Loest, der Sie ja auch gelegentlich „das Gewissen Leipzigs“ genannt werden, haben daran einen entscheidenden Anteil. Ich beglückwünsche Sie zum Kulturgroschen im 20. Jahr der Deutschen Einheit und wünsche uns allen in diesem Geist einen guten Abend.

Die Verfasserin ist Vorstand der Stiftung „Brandenburger Tor“ und Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages ■

Von Karl-May-Romanen und Gefängnisaufenthalten

Würdigung des literarischen und politischen Lebenswerks von Erich Loest • Von Max Fuchs

Ich freue mich, dass wir heute bereits zum 18. Mal den Kulturgroschen des Deutschen Kulturrates verleihen können und ganz besonders freue ich mich, dass die Preisverleihung bereits zum achten Mal in Kooperation mit der Stiftung „Brandenburger Tor“, hier in dem schönen Max Liebermann Haus am Pariser Platz, erfolgt. Herzlichen Dank dafür an Sie, liebe Frau Grütters.

Ebenso freue ich mich, dass wir dieses Jahr endlich einen Schriftsteller ehren können. Als Christian Höppner, der Vorsitzende unserer Jury, mir das Ergebnis mitgeteilt hat, konnte ich mich sofort innerlich einverstanden erklären mit dieser getroffenen Auswahl. Ich möchte meine Begrüßungsbemerkungen etwas lockerer anlegen als Frau Grütters, die zu Recht die historische Bedeutsamkeit des heutigen Tages hervorgehoben hat. Ich beginne daher mit einem doppelten Rätsel und frage Sie:

1. Wer könnte der Autor des folgenden Zitates sein und
2. Was hat dies mit Erich Loest zu tun?

Das Zitat lautet „Ich kenne nur Karl May und Hegel; alles was es sonst noch gibt, ist eine unreinliche Mischung!“ Wer könnte das gesagt haben? Denn für viele wäre alleine schon die Kombination von Hegel und Karl May eine „unreinliche Mischung“. Ich will Sie nicht lange auf die Folter spannen, sondern nenne Ihnen den Autor dieses Zitates. Es ist Ernst Bloch. Ernst Bloch war – das dürfte viele genauso überraschen, wie es bei mir der Fall war – ein großer Karl May Fan. Ich habe z. B. gelesen, und damit bin ich unmittelbar bei Ihrem Metier, Herr Loest, dass es einen legendären Wettbewerb gegeben haben soll zwischen Ernst Bloch und dem Schriftsteller Carl Zuckmayer. Es ging darum, wer sich am besten in den Welten, die Karl May geschaffen hat, auskennt. Der Sieger war Ernst Bloch. Damit ist die erste Rätselfrage gelöst.

Doch was hat das mit Erich Loest zu tun? Auf diese Frage kann man verschiedene Antworten geben. Einige Beispiele: Karl May war – wie Erich Loest – Sachse. Karl May ist

Weiter auf Seite 5

Volle Reihen bei der Kulturgroschenverleihung 2010: Joachim Gauck, Erich Loest, Max Fuchs, Monika Grütters, Ingeborg Berggreen-Merkel, Olaf Zimmermann, Aiman A. Mazyek und Klaus Staeck (v.l.n.r.) **Foto: Stefanie Ernst**

Fortsetzung von Seite 4

in Ernstthal bei Zwickau geboren, dort wo heute der Sachsenring ist. Erich Loest ist in Mittweida geboren, das – wie er mir eben gesagt hat – 65 km von Ernstthal entfernt liegt. Die Beziehung ist allerdings noch ein bisschen enger als bloß die Tatsache, dass Erich Loest und Karl May Landsmänner sind. Nachdem ich über das Urteil der Jury informiert worden bin, habe ich meine Kenntnisse über Erich Loest und sein Werk ein wenig aufgefrischt. Viele Titel waren mir bekannt, selbstverständlich konnte ich mich noch sehr gut an die Nikolaikirche erinnern. Aber auch etliche andere Buchtitel waren mir bekannt, einige kannte ich allerdings gar nicht oder nur ungefähr. Interessant fand ich den Hinweis auf die zahlreichen Krimis, die Erich Loest geschrieben hat. Krimis sind spätestens seit den Büchern von Friedrich Dürrenmatt auch literarisch anerkannt. Ich wollte daher den mir unbekannten Erich Loest als Krimiautor kennen lernen und machte mich auf die Suche. Gefunden habe ich zwar auch einige Krimis, aber sehr viele interessanter fand ich ein Buch mit dem netten Titel „Swallow, mein wackerer Mustang“, das 1980, also ein Jahr vor der Übersiedlung von Erich Loest nach Osnabrück in der DDR erschienen ist. Der Untertitel verriet, worum es geht: Einen Karl-May-Roman. Ich habe ihn noch in der Bibliothek angelesen und war sofort von den ersten Zeilen an gefesselt, sodass ich den Roman relativ schnell ausgelesen habe. Interessant finde ich immer, wenn ein Autor über einen anderen Autor schreibt. Wenn sich also ein Autor mit den Arbeitsweisen, den ästhetischen Grundüberzeugungen und vielleicht auch mit den Arbeitsbedingungen eines Kollegen beschäftigt. Ein Fazit dieses Buches von Erich Loest war: Karl May war wohl ein sehr eigenartiger Mensch. Er konnte im Laufe seines Lebens offensichtlich immer weniger die von ihm erfundenen Wirklichkeiten in Afrika, Europa, Asien und Amerika von seiner eigenen Realität unterscheiden. Nun ist der Kulturgroschen, den wir heute verleihen, kein literarischer Preis, sondern es geht um die Auszeichnung einer kulturpolitischen Wirksamkeit. Daher das dritte Rätsel für heute:

Was ist an dem Karl-May-Buch von Erich Loest kulturpolitisch?

Auch hierzu kann ich drei Hinweise geben. Viele kennen vielleicht das schöne Projekt des französischen Historikers Etienne François zusammen mit dem deutschen Historiker Hagen Schulze: Deutsche Erinnerungsorte. Im Original sind es drei umfangreiche Bände, eine Kurzfassung gibt es bei der Bundeszentrale für politische Bildung. Es geht dabei um berühmte Personen, aber auch um Orte und Ereignisse, die prägend für die deutsche Mentalität sind. In diesem Buch gibt es auch einen Artikel über Karl May (neben Artikeln über Goethe, über Struwwelpeter, über Arminius oder den Schrebergarten). Interessant ist die Rubrik, in der sich der Artikel über Karl May befindet: Er trägt die Überschrift „Gemüt“ und enthält neben dem Karl-May-Artikel auch Artikel über Weihnachten, den deutschen Wald und über Hausmusik. Hiermit nähern wir uns bereits der Kulturpolitik.

Denn Kultur hat offenbar sehr viel mit den Mentalitäten der Menschen zu tun, sodass man mit guten Gründen Kulturpolitik als Mentalitätspolitik bezeichnen kann. Gemüt ist offenbar ein Teil dieser Mentalität, und wenn es so ist, dass Karl May großen Einfluss auf das deutsche Gemüt hatte, wie es dieses Buch über Erinnerungsorte suggeriert, dann war Karl May in jedem Fall mentalitätsbildend, also kulturpolitisch wirksam.

Ein weiterer Hinweis: Ich habe gelesen, dass dieses Buch, das 1980 erschienen ist, eine Veränderung in der Haltung der DDR Kulturpolitik zu Karl May verursacht hat. Bis zu diesem Zeitpunkt galt Karl May als imperialistisch, als chauvinistisch und wie diese Etikettierungen alle hießen. Nach Ihrem Buch hatte man sich (angeblich) zu einem sehr viel positiveren Bekenntnis zu diesem Schriftsteller durchgerungen. Dasselbe dürfte übrigens auch für die Germanistik gelten, in der inzwischen Karl May als ernst zu nehmender Autor angekommen ist. Ein dritter Hinweis betrifft das Lebensschicksal von Karl May.

Wie ein roter Faden zieht sich durch sein Leben Betrug. Karl May hat selber in jungen Jahren betrogen und wurde dabei mit insgesamt sieben Jahren Gefängnis bestraft. Karl May wurde aber auch nach Strich und Faden selbst betrogen, u.a. von seinem ersten Verleger Münchmeyer. Dieser hatte besonders gerne vorbestrafte Menschen verlegt, einfach deshalb, weil er mit ihnen als Verleger ganz anders umspringen konnte. Karl May hatte versäumt, seinen per Handschlag besiegelten Vertrag mit diesem Verleger auch in eine schriftliche Form zu bringen, sodass nach dem Besitzerwechsel des Verlages und schließlich dem Tod von Münchmeyer Karl May geradezu mit leeren Händen dastand und in mühsamen Prozessen versuchen musste, die Rechte an seinen eigenen Werken wiederzuerlangen.

Damit bin ich aber bei einem Zentralthema des Deutschen Kulturrates und der deutschen Kulturpolitik insgesamt gelandet, nämlich bei dem Urheber- und Verwertungsrecht. Wer möchte, kann Ihr Buch, Herr Loest, auch als Fallstudie über das Thema Urheber- und Verwertungsrechte lesen. Ich bin mir zwar nicht ganz sicher, ob Sie es aus diesem Grunde geschrieben haben, aber brauchbar ist es für diesen Zweck auf alle Fälle auch. Herr Loest hat mir soeben erzählt, dass unter all seinen 60 Büchern dieses Buch über Karl May zu seinen fünf wichtigsten gezählt werden sollte. Vielleicht erfahren wir später mehr darüber, warum dies der Fall ist. Ich bin auf alle Fälle jetzt neugierig darauf, wie unser Laudator, Herr Gauck, Herrn Loest und sein Lebenswerk würdigen wird. Ich wünsche uns allen einen schönen Abend.

Der Verfasser ist Präsident des Kulturrates ■

Aufrecht stehen – Ein Lebensprogramm

Laudatio auf Erich Loest • Von Joachim Gauck

Wenn jemand 1926 geboren ist, dann war alles darauf angelegt, dass derjenige nicht alt wird. Dieser Generation gehören die jungen Männer an, die in aller Regel noch eingezogen wurden, um einen verbrecherischen Vernichtungskrieg noch in einen Endsieg umzuwandeln. Wir alle wissen, wie das ausgegangen ist. Erich Loest hat seine Dankbarkeit darüber, überlebt zu haben, darin ausgedrückt, dass er eine seiner ersten Arbeiten denen gewidmet hat, die übrig geblieben sind.

Erich Loest war, wie seine Altersgenossen, missbraucht worden, um einer verbrecherischen Ideologie zum Sieg zu verhelfen. Er kam als junger suchender Mensch aus der Gefangenschaft zurück. Er traf in seiner Heimat ein und diese war, was nicht alle damals wussten, von einem neuen diktatorischen Regime besetzt. Aber dieses Regime hatte wunderbare Worte und einige der klügsten Menschen Europas und der Welt haben diesem Regime assistiert. Das war ein dunkles Imperium, aber viele haben Licht gesehen, wo andere im Dunkel krepiert sind.

Und viele derer, die sich von den Nazis missbraucht und verführt gefühlt haben, haben ja gesagt. Ja zu endlich etwas Neuem, Ja zu einer Antwort auf die Jahrhunderte lange Ausbeutung und Unterdrückung. Sie haben dem Kommunismus Vorschusslorbeeren oder jedenfalls einen Kredit gegeben. Zu denen gehörte auch Erich Loest.

Erich Loest ging einen Weg, wie viele ihn in diesem Landesteil, in Ostdeutschland, gegangen sind, die die neue Gesellschaft gestalten wollten. Er rückte den Gestaltern näher und wurde Mitglied der Partei. – Mir fällt es heute schwer, mir das vorstellen. Erich Loest, ein Mensch mit diesem Charakter in der Partei. Darum habe ich zu Beginn meiner Laudatio versucht, mich hineinzuversetzen, in die Ausgangssituation eines jungen Mannes nach dieser Weltenkatastrophe, die er als ganz junger Mensch gerade noch so überlebt hat. Deshalb stehe ich nicht an, auch denen, die einfach mit einem naiven Blick und mit einer unbändigen Sehnsucht nach etwas Neuem, Rettendem, dieser kommunistischen Bewegung beigetreten sind, auch einen gewissen Respekt zu zollen. Es ist so, dass wir angeleitet von unseren sehnsuchtsvollen und idealistischen Wünschen gerade als junge Leute die Welt besser machen wollen. Wir wollen nicht nur kleine Schritte. Wir wollen nicht die Gestaltung des weniger Schlechten. Das hätte mich als 18-jährigen auch nicht begeistert.

In dieser Situation war Erich Loest und ich vermute, er dachte, die neuen Machthaber meinen es ernst. Er sprach wie ein einfacher Mensch und stellte solche Fragen. Fragen innerhalb dieser Partei und in der Leipziger Volkszeitung. Fragen, die andere so nicht stellten, weil sie längst schon gelernt haben, wie der Hase läuft. Erich Loest wird gedacht haben, wir schaffen den Sozialismus. Insider wussten längst, es muss vor allem demokratisch aussehen. Aber wenn es nur demokratisch aussehen muss, ist klar, was es in Wirklichkeit sein sollte.

Wahrnehmung

Aber Erich Loest hat eine wunderbare Gabe und die hat er oft in seinem Leben bewiesen, eine Gabe, ganz naiv und wie ein Kind auf die Verhältnisse zu schauen. Und diese wunderbare, kindliche, entlarvende Gabe, die habe ich unter dem Begriff Wahrnehmung gestellt. Dieser kindliche Blick, den vielleicht Erwachsene nur retten, wenn sie eine künstlerische oder religiöse Ader haben, ein bisschen unvernünftig sind. Diesen kindlichen Blick, diese Wahrnehmungskraft, die ist Erich Loest erhalten geblieben. Obwohl er alle Sprüche gelernt hat, die man in der Partei damals aufsagen musste, um akzeptiert zu werden. Aber Erich Loest hat genau hingeschaut. Und hat dann versucht, die Ideale mit dem Gesehenen zusammenzubringen.

Aber es gibt eine klassische Lebenssituation, in der das nicht so recht gelingen will. Der Einschnitt ist der 17. Juni 1953. Auf der einen Seite sind die Menschen, die die Aufständischen Provokateure nennen. Es sind Menschen, die in der DDR speziell im Literaturbetrieb anerkannt sind. Auf der anderen Seite gibt es die eigene Wahrnehmung, den eigenen Blick. Jener führt schließlich zu einem nachdenklichen Text, in dem steht, was die sozialistischen Medien alles verbockt haben, wie miserabel sie sind. Als Bild findet Loest dafür, dass die Machthaber ihre rote Fahne aus dem Elfenbeinturm schwingen. Dieses Bild und weitere, die folgten, waren zuviel. Schließlich landet Erich Loest im Zuchthaus.

Joachim Gauck hält die Laudatio auf Erich Loest **Foto: Stefanie Ernst**

Anpassung

Im Zuchthaus landeten jene, die eben nicht der Ratio der Anpassung folgen. Es ist so einfach, in der Diktatur zu leben. So unendlich einfach. Jeder kann es. Heute denken weite Teile der deutschen Nation, nur der Ossi, kraft seiner Charaktermängel sei diktaturfähig. Aber wir wissen doch alle, dass das gar nicht stimmt.

Ohnmacht und Übermacht sind ganz ursprüngliche Prinzipien. Das ganze Tierreich kennt sie. In der langen Geschichte der Menschwerdung haben sich solche Verhältnisse etabliert und auch oft sehr dauerhaft gestaltet, in der das Ja zu einer tatsächlich vorhandenen Übermacht lebenssichernd wirkte. Und darum ist es so, dass in allen Diktaturen jene sich einer quasi rationalen Lebenshaltung befleißigen, die schön, gehorsam, demütig und angepasst sind. Und dann gibt es diese geheimnisvoll angetriebenen Menschen, die von jenseits her, würde der religiöse Mensch sagen, oder die aus den Tiefen ihrer Person oder wo auch immer her, eine geheimnisvolle Kraft haben, das, was wir sehen, in einer ganz neuen, ganz eindeutigen und nicht von Ideologen angeleiteten Sichtweise zu sehen vermögen.

Aufklärung

Dies ist eigentlich ein aufklärerisches Sehen. Also ein hochkomplexer Vorgang. Merkwürdig, dass der alte Königsberger für eine so einfache Sache, wie das Ingangsetzen des Verstandes, noch auf eine Haltung schwört, die man dazu haben muss, wenn's funktionieren soll. Habe den Mut, Dich deines Verstandes zu bedienen. Na ja, ist das nun Mut oder Torheit? Der bedeutende jüdisch-polnische Soziologe Zygmunt Bauman fragt sich in seinem Hauptwerk: „Wie kommt es eigentlich, dass unsere Ratio in Zeiten der Diktatur immer auf Seiten der Unterdrücker und ganz selten auf Seiten der Zivilcourage ist?“ Ja, wie kommt es nur? Man muss wohl sehr alt werden, oder sehr kindlich gucken, um sich diese Frage zu stellen.

Erich Loest hat diesen kindlichen Blick gehabt, diese Bereitschaft zu fragen. Er hat eben nicht diese rationale Haltung der Unterwerfung eingenommen. Er hat diesen Eigensinn mit 7 Jahren Zuchthaus bezahlt. Wir alle, die wir nicht in Bautzen II waren, wir wissen nicht, wie das ist. Und es ehrt Erich Loest, dass er uns nicht im Einzelnen über jeden Tag seiner Not, seiner Qual und seiner Einsamkeit informiert hat. Das hätte er auch tun können. Er könnte einen Schmerz pflegen, der wirklich tief begründet wäre. Es wäre eine Sprache der Menschlichkeit. Aber er hat sich einen anderen Weg ausgesucht. Einen aufklärerischen Weg, mit seinen Schmerzen umzugehen. Einen Weg, auf dem das Urteil geschärft wird. Und so verwandelt sich der Genosse in einen, der einfach Mensch ist und seine Fähigkeit der Wahrnehmung kombiniert mit einer Fähigkeit, lange auszuhalten. Auf Änderung zu hoffen und es dabei nicht zu belassen, sondern anderen ins Gewissen zu reden.

Und dann kommt diese merkwürdige fragende Geschichte, so ganz beiläufig bringt Erich Loest sie unter die Leute mit dem Buch „Es geht seinen Gang“. Da ist ein unheldischer Held, das ist eine Unverschämtheit. Die ganze Literatur fordert

Weiter auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

Aufrecht stehen

den entschlossenen Heldentyp des sozialistischen Realismus. Erich Loest schreibt einen Roman von einem Durchschnittstyp, der irgendetwas Merkwürdiges hat, keiner kann das so genau definieren, aber irgendwann wird es entdeckt, es ist subversiv. Dann gibt's keine 2. Auflage mehr und es geht seinen Gang. Irgendwann gehst Du dann rüber. Es geht eben nicht mehr in der DDR. Und andere sind vor Dir gegangen und andere werden Dir folgen.

Ein Land, das auf Menschen wie Peter Huchel verzichten kann, auf Sarah Kirsch und Reiner Kunze und viele andere. Was ist das eigentlich für ein Land? Lohnt sich das, dazubleiben? Viele von uns haben immer noch Hoffnungen daran gesetzt, dass es anders wird. Aber irgendwann ging es nicht mehr. Erich Loest ging rüber und, dass ist das Spannende: auch dort war er eher störend.

Erich Loest hat sich im Verband deutscher Schriftsteller engagiert. Jenem Verband, dessen Mitglieder teilweise mit einem rührenden Blick gen Osten schauten und die sich von den Dissidenten eher gestört fühlten. Aber Erich Loest hat sich wiederum engagiert. Engagiert, um etwas zu verbessern. – Dieses Engagement vermisse ich bei vielen Intellektuellen heute. Sie schauen auf die Politik und vor allem die Politiker herab, ohne sich zu engagieren, ohne sich einzubringen. – Erich Loest gelingt es, mehr Realismus in den Verband deutscher Schriftsteller zu bringen. Er flüchtet nicht, er hält aus und übergibt den Stab nach seiner Amtszeit. Nicht alles war zu schaffen. Aber mit dem deutsch-polnischen Schriftsteller-Projekt verbinden sich sehr produktiv die Künste und die Kulturpolitik.

Aufrecht stehen

Mich verbindet mit Erich Loest überdies, dass ich mag, wie er den einfachen Menschen beim Leben zuschaut, beim Arbeiten, beim Essen und Trinken, beim Lieben, beim Abschied nehmen und beim ins Gefängnis gehen. Diese Nähe zu diesen, die für die Großen ewig und immer nichts gelten, hat mein Herz gefunden. Zum Beispiel wenn Erich Loest den Menschen der vergessenen Phase der versuchten Revolution von 1953 nachgeht, als so viele Menschen in 700 Orten dieses Landes aufstanden und dachten, da geht doch noch was. Mit Achtung, mit Selbstachtung, mit Würde, mit Demokratie, mit Freiheit. Erich Loest schaute ihnen hinterher, geht ihnen nach und ruft einige Namen wieder auf. Viele hatten sie längst abgebucht, nicht mal wir 1989er haben uns noch auf 1953 bezogen. Wir haben gedacht, wir hätten die Liebe zur Freiheit erfunden. Aber da waren uns welche vorangegangen. Einige hat man umgebracht. Erich Loest erinnert an diese Menschen.

Er gab einem Künstler Geld, der den Leipzigern unter dem Titel „Aufrecht Stehen" ein Bild malt. Ein Lebensprogramm könnte es sein. Erinnert wird an Wolfgang Natonek aus Leipzig, jenen Studenten, der einfach für's Normalsein geschunden und ein Opfer des Stalinismus wird. Oder Siegfried Schmutzler, den tapferen Pfarrer und andere, ihnen werden Namen und Gesichter zurückgegeben.

Erich Loest ist einer, der die Menschen mag. Er sucht sie auf, in ihrer Armut, in ihren Niederlagen. Er driftet nicht ab in den Zynismus oder in das dunkle Schwarz des Nihilismus. Dabei hätte er alle Gründe dafür, wie alle Intellektuellen des vergangenen blutigen Jahrhunderts. In seinem Werk wählt er keine besonders pathetischen Worte, sondern einfache, von einfachen Menschen verständliche Worte. Jeder kann sie nachlesen und jeder kann die existentiellen Fragen an sich selber stellen, wenn er die Texte liest und den Protagonisten begegnet. Da kann man dann über die Risse gehen, die in dieser Erde und in diesen Gesellschaften existieren. Gewiss, es geht immer wieder durch die Erde einen Riss – um einen Buchtitel zu benennen –. Die Welt besteht aber nicht nur aus diesen Rissen und diesen Verrissen, diesen Verurteilungen, sondern sie besteht aus Menschen, die uns glauben machen, dass wir das Ganze, was wir hier erleben und erleiden, ein wenig besser machen können. Das hat Erich Loest mit angefasst und darum achten, bewundern und ehren ihn Menschen und, ich danke ihm dafür.

Der Verfasser war Bürgerrechtler in der DDR und nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten von 1990 bis 2000 Leiter der Stasiunterlagenbehörde. Er ist als Publizist tätig ■

„Man ist ja keine 80 mehr"

Dankesrede des Kulturgroschenpreisträgers Erich Loest

Ich sah den heutigen Reden ein wenig bängelig entgegen. Betagt wie ich bin, fände ich es unangebracht, mir noch viele Bücher zu wünschen. Andererseits würde niemand so unhöflich sein zu sagen: „Nun halt mal endlich die Klappe". Letzteres wäre nicht ungewöhnlich. Neulich redete ich mit dem Grünen-Politiker Werner Schulz über gemeinsam durchgestandene Querelen. Er führte an: „Du wirst uns fehlen". Sofort haben wir herzlich gelacht. Seither beschleicht mich die Furcht vor einer Nachrufveranstaltung. Dazu ist es heute nicht gekommen.

In der Laudatio war von meiner Mitgliedschaft in der SED Ende der 1940er Jahre die Rede. Sie ist gegründet worden als Zusammenschluss der KPD/SPD. Von beiden Seiten wurde betont, sie sei eine völlig neue sozialistische demokratische Partei. Walter Ulbricht sagte damals, es mag demokratisch aussehen, aber die Macht behalten wir. Das sagte er aber nicht zu mir. Sie haben uns beschissen und wir haben geglaubt. In Leipzig habe ich wunderbare Menschen kennen gelernt. Sie kamen aus den KZ, sie kamen aus der SPD, aus den Gewerkschaften. Einer von ihnen war Bruno Apitz. In der Leipziger Volkszeitung äußerte ich, dass ich Hitlerjugendführer und Nazi-Soldat gewesen sei. Da sagte man: „Das wissen wir, jetzt bist du bei uns und jetzt machst du bei uns mit". Und so bin ich einige Jahre in dieser Partei gewesen.

Dann aber wurde es mulmig, dann folgte der Kampf gegen den Sozialdemokratismus. Denn es waren ja anfänglich zwei Vorsitzende auf jeder Ebene: Pieck und Grotewohl. Allmählich kam die Forcierung des Aufbaus des Sozialismus und dann, dann war es kenntlich. Das ist der alte Stalinismus, den macht Ulbricht uns in der Partei vor. Dann geschah der 17. Juni, und wer da nichts gelernt hat, hat nichts gelernt. Ich habe gelernt, – die Hälfte. Das genügte auch, um aus der Partei um ein Haar rauszufliegen, dann haben sie drei Jahre gewartet, dann kam der 20. Parteitag in Moskau und sie hatten mich. Und dann ging es in den Knast. Es sind nicht so viele Jahre, in denen ich gedacht habe, die SED sei die richtige Partei. In Bautzen war dieser Glaube schlechthin für mich unmöglich.

Nach meiner Entlassung sagte ein Lektor des Mitteldeutschen Verlags zu mir: „Herr Loest, Sie sollten Kriminalromane schreiben". Nun merkte ich sehr bald, für diesen Loest war im Jahr eine Auflage von 10.000 möglich. Das war nicht dick, aber für Hans Waldorf, mein Pseudonym, war Papier in Mengen vorhanden. Ich schrieb Kriminalromane und die Stasi hatte ihr Ziel erreicht, denn der Mann, der mir den Ratschlag gegeben hatte – das wusste ich allerdings erst später – war ein Stasi-Spitzel. Von der Stasi war das doch sehr schlau. Sie dachten sich: „Wir lassen ihn Geld verdienen, damit er seine Familie endlich mal richtig ernähren und damit er die abgewohnte Bude tapezieren lassen kann. Aber wir müssen verhindern", so ist es in den Akten nachzulesen, „dass westliche Agenten zu ihm kommen. Deshalb muss es ihm gut gehen." Ein anderer Spitzel sagte mir: „Du kannst machen, was du willst, aber halt dich von Biermann fern". In Leipzig ging ich in die Deutsche Bücherei und besorgte mir für meine Kriminalromane alles über London: London im Nebel, London für Anfänger, englische Küche. Und tatsächlich, wenn meine Leser in der U-Bahn in London umsteigen, steigen sie immer in die richtige Linie. Dann sagten mir meine Freunde. „Erich, so kann das nicht weitergehen. Selbst, wenn du der reichste Krimischriftsteller der DDR wirst. Du musst wieder zur Sache kommen. Über dieses Leben hier, über diese Gegenwart, über die musst du wieder schreiben. So wie in ‚Jungen, die übrig blieben'."

Ich begann und es entstand „Es geht seinen Gang". Es folgte Krach auf Krach. Es ging nichts mehr. Die DDR hatte es mit mir satt und ich mit ihr.

In meiner Literatur war Karl May ein Sonderfall. Uns verbindet eine ganze Menge. Sieben Jahre Zuchthaus haben wir beide, Karl May und ich. Wir haben beide gelernt, wie man sich in die Freiheit hinaus träumt, aus der Enge, aus der Zelle, und wenn Karl May schrieb, dass er über die Prärie geritten ist, dann ist er über die Prärie geritten, der Mann, der niemals reiten konnte. Dieses Träumen habe auch ich gelernt, das verbindet uns ebenso wie die gemeinsame Heimat und der gemeinsame Dialekt. Deswegen habe ich den Roman „Swallow, mein wackerer Mustang" geschrieben. Der Roman gehörte zu meinem Gepäck in den Westen. Mit rüber nehmen wollte ich ebenfalls ein Manuskript, das den Namen trug „Durch die Erde ein Riss". Das Manuskript befand sich beim Grenzgang jedoch nicht in meinem Gepäck, sondern in dem eines anderen Kulturgroschen-Preisträgers, Fritz Pleitgen. Er war Journalist in Berlin, wenn er mit seiner Aktentasche rüber ging, war das gefahrlos. Ich war noch nicht ganz im Westen, da befand sich mein Manuskript bereits in Hamburg bei Hoffmann und Campe.

Dann begann mein Leben im Westen. Bei einer Preisverleihung wie dieser werden löbliche Taten, in diesem Fall Bücher, gepriesen. Wäre dafür kein Anlass, brauchten wir den Preis nicht, das ist klar. Höflich wie ich gern sein möchte, werde ich den lobenden Worten in keinem Fall widersprechen. Feststeht, ich erwarte von mir keine Romane und keine längeren Erzählungen mehr. Tun Sie das bitte auch nicht. Der Grund für diese Selbstbescheidung liegt an Veränderungen im Gehirn, das nun länger als 80 Jahre zu Diensten steht und Abnutzungserscheinungen unterliegt. Unsereiner wüsste, wenn er die Seite 231 schriebe, nicht mehr, was auf Seite 96 stünde, damit sackte das Unternehmen in sich zusammen. Also lass ich es sein und finde mich damit in reichlicher Gesellschaft.

Gespannte Erwartungen des Publikums kurz vor der Dankesrede von Preisträger Erich Loest. Im Vordergrund Georg Ruppelt und Christian Höppner **Foto: Stefanie Ernst**

Indessen steht Ihnen doch noch ein letztes Buch bevor. In der vorigen Woche habe ich das Schlusskapitel an meinen Verlag geschickt. Nun wird in Form gebracht und gedruckt und gebunden, damit die Erstauflage im Januar 2011 in den Buchhandlungen vorliegen kann. Es ist ein Tagebuch, bestehend aus Essays, bisweilen zehn Zeilen, höchstens zwei Seiten lang, dafür behält mein inneres Auge den Überblick. Was vor 15 Monaten geschah, muss ich nicht mehr wissen und für das Ausmärzen von Wiederholungen ist mein Lektor Jan Strümpel zuständig. Über Inhalte müssen wir uns nicht unterhalten, es war so und nicht anders: basta! Das Buch wird den bescheidenen Titel tragen „Man ist ja keine 80 mehr".

Auch in meiner Stadt Leipzig bin ich zu einem gewissen Abschluss gekommen. Ich fand es schockierend, wie hartnäckig die Leipziger Universität über Jahre hinweg trotz vieler Proteste ihr bronzenes Marxmonument verteidigte und es wieder aufstellte. Genauso verbissen hält sie an Werner Tübkes Riesengemälde „Arbeiterklasse und Intelligenz" fest, das die Zerstörung der humanistischen Universität und ihre Umwandlung zur kommunistischen Kaderschmiede preist. Demnächst soll es im allmählich fertig werdenden Neubau seinen Platz finden. In dieser Situation hielt ich es für geboten, nicht nur die Sieger der Klassenkämpfe zu zeigen, sondern auch ihrer Opfer. Ich suchte nach einem Maler, der meiner Intuition folgen wollte und fand ihn nach etlichen Absagen im Leipziger Reinhard Minkewitz. Wir einigten uns auf die Darstellung des Studenten Werner Ihmels, CDU, der in Bautzen umkam, des Studentenpfarrers Georg Siegfried Schmutzler, des Studentenratsvorsitzende Wolfgang Natonek, LDP, der ins Zuchthaus gesperrt wurde, und der Professoren Hans Mayer und Ernst Bloch aus dem Exil nach Leipzig berufen, und später wegen eigenwilliger Gedanken im Ulbricht-Stalinismus nicht mehr tragbar waren. Reinhard Minkewitz machte sich ans Werk, als sein Gemälde fertig war, wollte es in Leipzig niemand haben. Ein paar Monate lang stand es bei mir im Keller, bis ich es dem Museum meiner Heimatstadt Mittweida schenkte. Dort wird es in Ehren gehalten. Ich nahm einen erneuten Anlauf, bat Minkewitz um eine zweite, größere Fassung, und suchte abermals in Leipzig nach einer öffentlichen Wand dafür. Nach zwei Jahren fand ich sie in der Medienstiftung der Sparkasse, in deren Campus „Aufrecht Stehen", so der Titel, vor wenigen Tagen feierlich übergeben wurde. Eingangs sprach Oberbürgermeister Burghard Jung, danach zog der Grüne Europaabgeordnete Werner Schulz vom Leder. „Armselig die Universität, die keinen Platz für ihre Helden findet. Oder tut sie sich nur schwer, die alten und zu Unrecht verehrten Helden vom Sockel zu holen? Der Rektor, der mehr von Zahlenkolonnen und Paragraphen als von Geschichte versteht, sieht keinen Nachholbedarf." Rektor Franz Häuser wehrte sich sofort gegen die Schmähkritik seiner Person. Schulz habe keine Ahnung, kenne die Ihmels-Gedächtnisvorlesungen nicht und habe nichts vom Wolfgang Natonek-Preis gehört. Über Schmutzler sprach Häuser nicht. „Mayer und Bloch sind keine Märtyrer", übertitelte die Leipziger Volkszeitung Häusers Einspruch. Beide seien, als es nicht mehr genehm war im Osten, einfach zum Klassenfeind gegangen. Mayer sei in Hannover Professor, Bloch in Tübingen zum Heros der Linken geworden. Beide zusammen mit Natonek und Ihmels auf einem Bild darzustellen, hält Häuser für Geschichtsklitterei.

Weiter auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 6

Wann endlich belehren Leipziger Politologen oder Historiker ihren Rektor, dass er mit der Formulierung „zum Klassenfeind gegangen“ die Position der SED bezieht und sich ihres Vokabulars bedient? Keine Ruhe also in Leipzig zwei Jahrzehnte nach dem Verlöschen der DDR. Minkewitz möchte eine dritte Fassung schaffen, Ihmels lebensgroß, vielleicht noch einige weitere Personen für eine Wand in der Alma Mater. Zwei ehemalige Studentinnen der Karl-Marx-Universität, eine Schülerin von Hans Mayer gar, heute renommierte wohlhabende Frauen könnten das Vorhaben finanzieren. Wenn sie die dritte Fassung von „Aufrecht Stehen“ der Uni anböten, würden es kein Rektor, kein Kustos und kein Senat wagen, das Geschenk abzulehnen, das von Angela Merkel und Christa Wolf käme.

Wahrscheinlich werde ich diesen Turbulenzen von außen zuschauen müssen. Der heutige Tag bildet einen festlichen Abschluss meines literarischen und politischen Treibens und ich danke allen, die vor und hinter den Kulissen ihren Anteil daran haben. Was nun noch kommt ist Feierabend. Ruhestand, Steuererklärung, neue Brille, Blutkontrolle, das große Aufräumen. Rotwein ist für alte Knaben, Spaziergänge, Sudoku, vierter Anlauf beim „Turm“ von Tellkamp, Musik, auf die Postille gebückt zuzeiten des wärmenden Ofens, so dichtete Johann Heinrich Voss im Jahre 1781. Kleine Urlaube in Thüringen und an Mecklenburgischen Stränden. Leider allerhand Fernsehen, ich werde nicht mehr umziehen, Hausrat vorhanden, möglicherweise kaufe ich mir in 2 Jahren noch mal eine Hose. Neugier. Noch nie war ich 85. Einige Monate bleiben. Ich bin gespannt.

Der Verfasser ist Preisträger des Kulturgroschens des Deutschen Kulturrates 2010 ■

Kunst als kulturelle Praxis

Überlegungen aus aktuellem Anlass • Von Max Fuchs

Ein aktueller Anlass, sich erneut über Kunst zu verständigen, sind die Finanzprobleme der öffentlichen Hand: Es geht wieder einmal darum, gute Gründe für die Förderung von Künstlern und von Kunsteinrichtungen und -projekten zu finden. Selbst Kulturzeitschriften, die sich bislang um immanente ästhetische Fragen der eigenen Sparte gekümmert haben, veröffentlichen nunmehr Aufsätze über Strategien für eine gelingende Antragstellung („Antragslyrik“, so „tanz“, Ausgabe Oktober 2010). Andere Zeitschriften signalisieren durch die Auswahl von Schwerpunktthemen die gesellschaftliche Relevanz der eigenen Sparte (so etwa die „Deutsche Bühne“ mit den Schwerpunkten Interkultur oder – aktuell – zum Theater der sozialen Intervention).

Natürlich betreiben auch Kulturpolitiker dieses Geschäft des Relevanznachweises. Es wäre dabei eine gute – nicht bloß akademische – Übung, hierbei das zum Ausdruck kommende Kunstverständnis zu analysieren. Dass dabei angesichts der Krise die Wirkungsbehauptungen immer kräftiger werden und man auf Kunstkonzepte zurückgreift, die nicht mehr so ganz der aktuellen Kunstentwicklung und/oder dem Diskussionsstand in den Kunstwissenschaften oder der Ästhetik entsprechen, ist sicherlich verständlich. Yvonne Ehrenspeck hatte dies einmal in einem wichtigen Buch „Versprechungen des Ästhetischen“ genannt, nämlich die seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts sprunghaft angewachsenen Zuschreibungen über positive individuelle und gesellschaftliche Wirkungen von Kunst und Künstlern. Das 19. Jahrhundert erfand hierfür den Begriff der Kunstreligion, was zum Ausdruck brachte, dass die Produktion von Kunst („creatio ex nihilo“) nur vergleichbar dem göttlichen Schöpfungsakt ist und Kunstrezeption daher nur in einem religiös-auratischen Zustand stattfinden darf. Die Architektur der „Kulturtempel“, der Theater, Museen, Opernhäuser und Konzerthallen, brachte diese Sichtweise zum Ausdruck. Gerade in der Kulturpolitik sind bis heute solche Theorien oder besser Ideologien so verbreitet, dass Johannes Bilstein von der Düsseldorfer Kunstakademie von einer häufig anzutreffenden „utopischen Überfrachtung der Künste“ spricht. Eine erste Überlegung besteht daher in der Feststellung, dass sicherlich Kunst für die Gesellschaft und für den Einzelnen unverzichtbar ist („Ohne Kunst ist menschliches Leben unvollständig!“), dass aber gleichermaßen Theorien über Kunst unvermeidbar sind: Jeglichem Sprechen über die Künste und die Künstler liegen mehr oder weniger reflektierte Konzeptionen, Theorien oder eben auch Ideologien zugrunde. Dies gilt überraschenderweise gerade dort, wo man glaubt, ohne theoretischen Über- oder Unterbau bloß über die „Praxis der Kunst“ sprechen zu können. Denn solche Alltagstheorien sind geradezu ein Tummelplatz vollmundiger, aber meist nicht haltbarer hoch ideologischer Grundüberzeugungen.

Wer sich daher – auch und gerade aus einem kulturpolitischen Interesse heraus – mit Fragen der Kunsttheorie befasst, wird reichlich fündig. Jean Paul begann seine Vorschule der Ästhetik rund um die Jahrhundertwende 1800 bereits mit der Feststellung, wie reich die damalige Zeit an entsprechenden Überlegungen war. Dies gilt seit der Ausrufung der Postmoderne in verstärktem Maße für die heutige Zeit. Verwirrend, aber auch normal ist dabei, dass es auch bei diesem Thema ein Ringen um die Deutungshoheit gibt: Es streiten sich die philosophische Ästhetik, die soziologischen, psychologischen, pädagogischen oder ökonomischen Kunsttheorien mit den Künstlern, die natürlich auch selbst das Reflexionsrecht über ihr eigenes Metier behalten wollen. Kunsttheorie wird dabei in den Universitäten und Akademien, aber auch in der Kunstpublizistik, in den Vermittlungsinstanzen, in Bildungs- und Kultureinrichtungen und überall dort, wo man sich mit Kunst auseinandersetzt, betrieben: Kunst, so eine Feststellung, lässt niemanden unberührt. Dies gilt selbst für „Kunstabstinenzler“, die wortreich erklären (also Theorien für diese Haltung formulieren), warum sie Kunst nicht mögen. Watzlawik gilt also auch hier: Man kann nicht nicht theoretisieren!

Doch seit wann ist dies der Fall? Reflexionen über Kunst gibt es, seitdem es Kunst gibt. Vermutlich haben sich die Höhlenmaler oder die prähistorischen Schnitzer kunstvoller Alltagsgegenstände auch schon der Geschmackskritik ihrer Zeitgenossen stellen müssen. Und vielleicht waren die Themen den unseren sehr ähnlich: Stört die Verzierung nicht die Funktionalität? Braucht man sie überhaupt? Ist die Darstellung gelungen? Sollte man nicht lieber zum Jagen gehen und die Vorräte auffüllen, also etwas Nützliches tun, anstatt zu malen? Die amerikanische Ethnologin Ellen Dissanayake begründet ihre Antwort überzeugend: „Kunst“ war überlebensrelevant, weil sie wichtige Dinge und Prozesse als bedeutungsvoll erkennen ließ. Doch ist das überhaupt „Kunst“? Lange Zeit waren kunstvolle Gegenstände aus Afrika, Südamerika oder Asien bestenfalls „Ethnokunst“ oder Kunsthandwerk und von Kunstmessen ausgeschlossen (obwohl die klassische Moderne hier heftig geplündert hat). In der Tat reden die alten Philosophen nicht über „Kunst“ (ars oder techne), sondern über Schönheit, über das Poetische, über Mimesis, über die Tragödie. Auch gibt es bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts den Begriff der Ästhetik nicht, sondern nur die aisthesis als sinnliche Wahrnehmung. Und noch lange nach ihrem Erfinder Baumgarten verschmähten Philosophen diese Bezeichnung. In der Ästhetik avant le lettre war dann auch Geschmack und dieser verbunden mit dem angemessenen Verhalten, also mit Fragen der Ethik und Moral das Thema. Doch mit der Moderne – und alle hier angesprochenen Fragen sind aufs engste mit der Moderne, mit der Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft verbunden – entstehen vielfältige Autonomisierungstendenzen: Die Philosophie befreit sich von theologischer Bevormundung, die einzelnen Betriebs-Systeme der Künste kristallisieren sich heraus, die Malerei emanzipiert sich von der intellektuellen Dominanz der Literatur, die Ästhetik trennt sich von der Ethik. Die Rede von einer „Autonomie der Kunst“, die im deutschen Idealismus ausformuliert und in der Romantik aufgegriffen und hoffnungslos übersteigert wurde, war also Teil einer umfassenden geistigen und gesellschaftlichen Bewegung hin zur Ausdifferenzierung der Gesellschaft, hin zur Autonomie der Teilsysteme. Alle Künstler – und nicht nur die Genies – wollten sich nunmehr die Regeln ihrer Produktion selber geben. Bourdieu beschreibt diesen Prozess der Entstehung des „literarischen Feldes“ am Beispiel von Flaubert („Die Regeln der Kunst“). Die ästhetische Reflexion spaltet sich auf in die Debatten in den entstehenden kunstnahen Wissenschaften und in der Philosophie. Und die Künstler selber werden im Laufe des 19. Jahrhunderts hochreflexiv und entwickeln oft abschätzig gewertete Künstlertheorien. Hierbei ist die Literaturlage ausgesprochen günstig: Es gibt etliche Sammelwerke, die diesen Prozess einer wachsenden Intellektualisierung der künstlerischen Berufe dokumentieren (z. B. Billen/Koch (Hg.): Was will Literatur? 1975 oder Harrison/Wood (Hg.): Kunsttheorie im 20. Jahrhundert. 2 Bde. 2003). Und es gibt die durchaus seriöse Sammlung von 1080 Zitaten, die auf die Frage „Was ist Kunst …?“ (Mäckler 1987) kluge Antworten geben. Ferner gibt es heute mehrere sehr gute Einführungen in die philosophische Ästhetik und ihre Geschichte.

Natürlich kann all dies auch in einer noch so knappen Form hier noch nicht einmal andeutungsweise beschrieben werden. Aber immerhin lassen sich einige Eindrücke angeben: So ist die Entwicklung der Künste nicht zu verstehen, ohne die gesellschaftlichen und kulturellen Kontexte zu berücksichtigen. Das bürgerliche Trauerspiel, die Abfolge der vielen Ismen in der Bildenden Kunst, ja selbst die Entwicklung musikalischer Formen stehen in einem engen Verhältnis natürlich zu immanenten Entwicklungen im eigenen Fach, aber eben auch zu Faktoren außerhalb der Kunstwelt: Kunst, so meine Schlussfolgerung, kann nur als kulturelle Praxis verstanden werden. Aber auch die vielfältigen Theoretisierungen dieser Praxis in den Kunsttheorien und Ästhetiken beziehen sich nicht nur auf das immanente Kunstgeschehen, sondern sie sind Teil der gesellschaftlichen Selbstreflexion und daher eingebunden in die Diskurse ihrer jeweiligen Zeit: Auch Ästhetik und Kunsttheorie müssen als kulturelle Praxis verstanden werden. Selbst und gerade die in Deutschland beliebte These von der „Autonomie der Kunst“ hat eine Geschichte, ist in einem bestimmten theoretischen, ideologischen und sozialen Kontext entstanden und aufgegriffen worden, sodass man sie nicht ohne die Reflexion dieser spezifischen kulturellen Kontexte verwenden sollte.

In der Geschichte waren Kunst (als Praxis) und Ästhetik (als Reflexion) immer auch Hoffnungsträger für die Lösung gravierender Probleme und Widersprüche: Kant brauchte seine „Kritik der Urteilskraft“, um sein System zu vervollständigen, in der Romantik war Kunst gleichzeitig utopischer Ort und Weltflucht. Für viele Künstler waren die Künste Produktionsstätten des neuen Menschen und einer neuen Gesellschaft. Vor diesem Hintergrund wird die Relevanz der Künste und des Ästhetischen in der Gegenwart verständlich. Die Probleme unserer Gesellschafts-. und Wirtschaftordnung liegen auf der Hand: Wie wir besser mit den natürlichen Ressourcen umgehen können, ist weitgehend unklar. Die Dominanz eines von vielen als eindimensional erkannten rein ökonomischen Denkens in allen Feldern der Gesellschaft (Bildung, Gesundheit, Umwelt, Kultur, Medien) verursacht den meisten Menschen Unbehagen. Und wenn es schon keine Lösungen für diese Probleme gibt oder sich diese Lösungen politisch nicht durchsetzen lassen, so braucht man zumindest eine Hoffnung, man braucht Orte der Reflexion, man braucht Gelegenheiten und Medien zur Orientierung. Ein breiter gesellschaftlicher Konsens besteht darin, dass die Künste dies leisten könnten. Aber: Auch diese Annahme ist bestenfalls eine Theorie, möglicherweise auch bloß eine Ideologie über Kunst (vgl. mein Buch „Kunst als kulturelle Praxis 2011 (i.V.)).

Der Verfasser ist Präsident des Deutschen Kulturrates ■

Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates

Der „Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates“ will zur Finanzierung des Deutschen Kulturrates beitragen und damit einen Beitrag zu dessen Unabhängigkeit leisten. Der „Verein der Freunde des Deutschen Kulturrates“ versteht seine Förderung subsidiär. Jeder ist eingeladen, im „Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates“ mitzuwirken und durch finanzielles oder ehrenamtliches Engagement einen Beitrag zur Stärkung des Deutschen Kulturrates zu leisten.
Vereinsmitglieder erhalten die Zeitung *politik und kultur* kostenlos.

Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14,
Fax: 030/24 72 12 45
E-Mail: foerderverein@kulturrat.de
Internet: www.kulturrat.de/foerderverein

Vorstand
Dr. Georg Ruppelt (Vorsitzender)
Regine Lorenz (Stellvertretende Vorsitzende)
Stefan Piendl (Stellvertretender Vorsitzender)
Schriftführerin: Gabriele Schulz

Mitgliedschaft im Förderverein des Deutschen Kulturrates
Bitte senden Sie mir unverbindlich Informationen zur Mitgliedschaft im „Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates“ zu:

Name: _____

Vorname: _____

Anschrift: _____

E-Mail: _____

Verein zur Förderung des Deutschen Kulturrates
c/o Deutscher Kulturrat e.V.
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14
Fax: 030/24 72 12 45
E-Mail: foerderverein@kulturrat.de

Bessere und gerechtere Schulen

Ein Plädoyer für längeres gemeinsames Lernen • Von Sylvia Löhrmann

Chancengleichheit ist eine republikanische Errungenschaft. Sie erweitert den rechtlichen und politischen Gleichheitsanspruch der Demokratie auf die soziale Sphäre. Zugleich geht es um eine dynamische Vorstellung von Gerechtigkeit, die individuelle Förderung mit Selbstverantwortung und Eigeninitiative kombiniert. Das gilt im Besonderen auch in Bezug auf das Bildungssystem.

Welchen Sinn soll Chancengleichheit sonst haben, wenn nicht diesen: die „Zufälle" der sozialen Herkunft des Einzelnen nicht zum ausschlaggebenden Faktor für die Biographie eines Menschen werden zu lassen? Wir haben hier in den letzten 40 Jahren eine Menge erreicht. Die Erfolge der Bildungsreform der 1960er und 1970er Jahre sind hinlänglich bekannt: Ausbau des Bildungswesens, höhere Bildungsbeteiligung, weitaus mehr höhere Bildungsabschlüsse, ein höheres schulisches Qualifikationsniveau für viele. Zu den absoluten Gewinnerinnen der Bildungsreform zählen beispielhaft die Mädchen.

Der Föderalismus hat dieser Entwicklung übrigens nie geschadet. Im Gegenteil: Die Bundesländer haben jeweils spezifische Antworten auf sehr unterschiedliche soziale und kulturelle Ausgangsvoraussetzungen gefunden. Spätestens seit Erscheinen der ersten PISA-Studie wissen wir aber: Die Leistungen unserer Schülerinnen und Schüler sind im internationalen Vergleich nur Mittelmaß und der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schulerfolg ist immer noch viel zu hoch.

Die Kinder und Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte haben inzwischen die Rolle des „katholischen Arbeitermädchens vom Lande" eingenommen, also der Kunstfigur, mit der man in den 1960er Jahren die schlechtesten Bildungschancen beschrieb. Darüber hinaus gilt: Noch immer haben es Kinder und Jugendliche, die in Armut oder in prekären Lebenslagen aufwachsen, sehr viel schwerer als ihre Altersgenossen. Diese Bedingungen potenzieren sich noch, wenn Bildungsferne hinzukommt, wenn Eltern keinen Schulabschluss, keine Berufsausbildung haben und wenn es im Haushalt keine Bücher gibt.

Inzwischen müssen wir feststellen, dass sich Armut in vielen Fällen vererbt. Es gibt einen Teufelskreis zwischen Armut und Bildungsarmut. Dabei besitzt das Versprechen, unabhängig von der Herkunft, durch eigene Leistung in der Gesellschaft vorankommen zu können, eine überragende Bedeutung für die Legitimation der gesellschaftlichen Ordnung und für die Vorstellung persönlicher Autonomie.

In den schulpolitischen Debatten in Deutschland geht es bei den Überlegungen um ein besseres und gerechteres Schulsystem zunehmend auch um die Frage, ob die frühe Aufteilung unserer Schülerinnen und Schüler in vorgeblich „begabungsgerechte" Schulformen die sozialen Disparitäten verstärkt, anders herum formuliert, ob durch längeres gemeinsames Lernen Ungerechtigkeiten abgebaut und alle Schülerinnen und Schüler zu besseren Leistungen geführt werden können.

Wir wissen inzwischen sehr genau, dass beim Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe I viele Kinder nicht entsprechend ihrer tatsächlichen Begabung „einsortiert" werden. Das belegt zum Beispiel die hohe Zahl der Schülerinnen und Schüler, die auf Gesamtschulen ihr Abitur, wohlgemerkt in zentralen Prüfungen, schaffen, obwohl sie keine „Gymnasialempfehlung" hatten.

Richtig ist natürlich, dass Veränderungen der Schulstruktur alleine wenig bewirken, wenn die Qualität des Unterrichts nicht stimmt. Innere und äußere Schulentwicklungsprozesse sind zwei Seiten derselben Medaille, sie bedingen einander. Bildungsbeteiligung ist nichts wert, wenn nicht gleichzeitig die Qualität der Abschlüsse garantiert bleibt. Eine wirksame, an definierten Standards orientierte Qualitätsanalyse ist deshalb ebenso unverzichtbar wie gezielte Hilfe und Unterstützung im Rahmen der staatlichen Schulaufsicht.

Und unsere Lehrerinnen und Lehrer brauchen professionelle Unterstützung dabei, erfolgreiche Konzepte für guten Unterricht und für längeres gemeinsames Lernen umzusetzen. Guter Unterricht ist und bleibt der Schlüssel für erfolgreiches Lernen. Auch hier hat sich der Föderalismus durchaus bewährt. In der ständigen Konferenz der Kultusminister (KMK) sind Themen wie Unterrichtsqualität, Vergleichbarkeit und Gleichwertigkeit der Abschlüsse sowie die Gewährleistung der Mobilität innerhalb Deutschlands seit Jahren von zentraler Bedeutung.

Gleichwohl halten wir in Nordrhein-Westfalen das strikte sogenannte „Kooperationsverbot", das im Rahmen der Neugestaltung der Beziehungen zwischen dem Bund und den Ländern vereinbart worden ist, inzwischen für einen Fehler. Dem Bund sollte nach unserer Auffassung wieder ermöglicht werden, durch finanzielle Interventionen solche Investitionen zu unterstützen, die – wie zum Beispiel der Ganztag – über den reinen Bildungsauftrag der Schulen hinausgehen.

Richtig ist aber auch: In nahezu allen Staaten, in denen Schülerinnen und Schüler durch gute oder sehr gute Leistungen auffallen und der Aufstieg durch Bildung besser gelingt, wird länger gemeinsam gelernt. Der intelligente, pädagogisch legitimierte Umgang mit Heterogenität bietet stärkeren wie schwächeren Schülerinnen und Schülern gute Chancen: nicht nur zu besseren Schulleistungen, sondern auch zu größerer sozialer Kompetenz. Dies haben auch viele Eltern erkannt. Sie wollen den Bildungsweg für ihre Kinder länger offen halten.

Bei uns in Nordrhein-Westfalen zeigt sich das unter anderem daran, dass die Anmeldezahlen der Gesamtschulen seit Jahren die vorhandenen Plätze übersteigen. Gleichzeitig droht vielen anderen Schulen der Sekundarstufe I insbesondere im ländlichen Raum aufgrund zurückgehender Schülerzahlen das Aus. Unsere nordrhein-westfälische Lösung für diese Ausgangslage ist der Schulversuch der Gemeinschaftsschule. Damit erhalten Schulträger bei uns die Möglichkeit, vor Ort im Rahmen ihrer Schulentwicklungsplanung vorhandene Schulen der Sekundarstufe I zu einer Gemeinschaftsschule zusammenzuführen.

Dabei werden alle Betroffenen einbezogen. Dies umfasst sowohl die Gründung der Schule als auch Art und Dauer des integrierten Unterrichts. Wir ermöglichen hier großen Gestaltungsspielraum. Durch dieses Angebot wird es in Zukunft möglich sein, auch in kleineren Städten und Gemeinden ein umfassendes Schulangebot unter Berücksichtigung auch gymnasialer Standards zu erhalten oder zu schaffen.

Für die Gründung einer Gemeinschaftsschule ist der größtmögliche lokale Konsens konstitutiv. Erst die breite Zustimmung bei allen beteiligten Akteuren ermöglicht die gute und erfolgreiche Entwicklung einer Schule. Diese breite Zustimmung vor Ort wird letztlich auch verhindern oder zumindest erschweren, dass sich die Schulpolitik mit überflüssigen ideologischen Debatten aufhält, anstatt das zu tun, was ihre eigentliche Aufgabe ist: Den Rahmen schaffen für gute Schulen, für den Aufstieg durch Bildung und für bessere Leistungen aller Schülerinnen und Schüler.

Die Verfasserin ist Ministerin für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen ■

Qualität und Gerechtigkeit

Individuelle Förderung statt Einheitsschule • Von Ludwig Spaenle

Der Bildungsgedanke in Bayern basiert auf unserem christlichen Menschenbild: Jeder Mensch ist als Individuum einzigartig und hat daher auch Anspruch auf eine ihm gemäße Bildung, die seinen persönlichen Talenten und Neigungen am besten entspricht. Deshalb lautet die strategische Formel unserer Bildungspolitik „Individuelle Förderung statt Einheitsschule". Nur ein vielfach differenziertes Schulwesen gibt jedem Schüler und jeder Schülerin eine ganz individuelle Bildungsantwort. Für alle dasselbe – und das würde eine pauschale Verlängerung der Grundschulzeit de facto bedeuten – hat nichts mit Bildungsgerechtigkeit zu tun!

Karikatur: Dieko Müller

In Bayern gehen wir einen anderen Weg und haben deswegen im Schuljahr 2010/2011 den Modellversuch „Flexible Grundschule" an 20 Grundschulen gestartet. Dabei wird in den ersten beiden Schuljahren in jahrgangskombinierten Klassen unterrichtet. Die Kinder können diese „Flexible Eingangsstufe" entsprechend ihrer Begabung, Entwicklung und Vorbildung in einem individuellen Tempo zwischen einem und drei Jahren durchlaufen. Am Ende der Eingangsstufe ist dann noch besser als bisher gewährleistet, dass jedes Kind über die notwendigen Grundkompetenzen verfügt, um seinen Bildungsweg erfolgreich fortzusetzen. Wir konzentrieren uns also in vollem Umfang auf jedes einzelne Kind: Die Stärkeren wie auch die Schwächeren können sich in ihrem individuellen Tempo entwickeln und etwaige, beispielsweise durch die Herkunft bedingte, Unterschiede können leichter ausgeglichen werden.

Die weitere Differenzierung durch die verschiedenen Schularten nach Jahrgangsstufe 4 erlaubt es, Kinder möglichst individuell weiter zu fördern und ihre unterschiedlichen Begabungen frühzeitig zu entfalten. Wir haben deshalb auch den Übertritt kind- und begabungsgerecht weiterentwickelt, die Mitwirkung der Eltern verbessert und den Übertritt zu einer Übertrittsphase ausgebaut. Die 5. Jahrgangsstufe aller weiterführenden Schulen dient nun als sogenannte „Gelenkklasse" dazu, dass die Schülerinnen und Schüler den eingeschlagenen Bildungsweg überprüfen können und ihn daraufhin fortsetzen oder korrigieren. Überall – an Gymnasium, Realschule und Hauptschule – sind individuelle Fördermaßnahmen vorgesehen, die Hilfestellung bei dieser Entscheidung geben. Alle am Bildungsprozess beteiligten Institutionen beraten als eine Art „pädagogische Schulweghelfer" Eltern und Kinder intensiv – und zwar an allen Schnittstellen. Bei dieser Beratung wie auch generell gilt die Devise: Wer Bildungsbeteiligung und Bildungserfolg auf den Besuch des Gymnasiums reduziert, greift zu kurz! Schon heute werden in Bayern 42 % der Hochschulzugangsberechtigungen nicht am Gymnasium erworben, sondern über die berufliche Bildung – vor allem an den Fach- und Berufsoberschulen. Dies ist ein Beleg für die hohe Qualität der mittleren Bildungsabschlüsse und die Durchlässigkeit unseres vielfältig differenzierten Schulwesens in Bayern.

Wir werden dem Motto unserer Bildungspolitik – Qualität und Gerechtigkeit – umfassend gerecht. Denn Bayern ermöglicht mit seinem leistungsstarken, qualitativ hochwertigen Bildungswesen Bildungserfolg. Und es eröffnet mit seinem differenzierten Schulangebot Bildungschancen für alle. Das zeigen auch zahlreiche Vergleichsstudien: Zuletzt belegten beim Ländervergleich 2009 bayerische Schülerinnen und Schüler aller Schularten in allen getesteten Kompetenzbereichen Platz 1 in Deutschland – und zwar erheblich über dem gesamtdeutschen Durchschnitt. Von den Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund waren die bayerischen in allen Kompetenzbereichen mit die besten in Deutschland – teilweise sogar besser als die deutschen in so manchem Land mit einem Einheitsschulsystem! Und auch die Eltern bevorzugen ein differenziertes Schulwesen, wie der Volksentscheid über die geplante Verlängerung der Grundschulzeit in Hamburg eindrucksvoll gezeigt hat.

Ich bin mir sicher: Mit der stetigen Fortentwicklung unseres vielfältig differenzierten Schulwesens – jüngstes Beispiel ist die Weiterentwicklung von Haupt- zu Mittelschulen – haben wir die Bildungspolitik in Bayern zukunftsfest ausgerichtet, zum Wohl unserer Kinder und damit zum Wohl unserer Gesellschaft. Freilich dürfen wir uns mit dem bereits Erreichten nicht einfach zufriedengeben – Gutes kann immer noch besser werden!

Wir arbeiten weiter für Qualität und Gerechtigkeit. Deshalb wollen wir den Schulen künftig noch größere Eigenverantwortung geben. Das bedeutet mehr individuelle Gestaltungsfreiheit bei gleichzeitiger Verantwortung der Schulen für die Qualität ihres Bildungsangebots. Im Sinne der Bildungsgerechtigkeit arbeiten wir mit aller Kraft daran, die Chancen- und Teilhabegerechtigkeit noch weiter zu verbessern – gerade auch für die Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Kein Talent darf verloren gehen! Alle Menschen sollen ihr individuelles Bildungspotenzial tatsächlich ausschöpfen können – unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft, von ihren persönlichen und familiären Voraussetzungen. Dazu gehört selbstverständlich auch die Integration und Inklusion von Menschen mit Behinderungen auf der Basis der UN-Behindertenrechtekonvention, die wir mit Nachdruck verfolgen. Ich bin fest davon überzeugt: In einem offenen, konstruktiven Dialog mit allen am Bildungsprozess Beteiligten werden wir die Herausforderungen der Zukunft meistern. Das vielfältig differenzierte bayerische Schulwesen bietet dafür eine hervorragende Basis!

Der Verfasser ist Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus ■

Tragende Säule der deutschen Außenpolitik

Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik unter der neuen Bundesregierung • Von Peter Gauweiler

2009 war DAS Jahr der Auswärtigen Bildungspolitik (AKBP). Die finanzielle Ausstattung im Bundeshaushalt spiegelte die Bedeutung der Aufgabe angemessen wieder und die öffentliche Berichterstattung war voll des Lobes über das Engagement und die Erfolge der deutschen Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik.

Unter der Großen Koalition war die Auswärtige Kultur-und Bildungspolitik wieder zur Chefsache geworden. Es konnte erreicht werden, die massiven Kürzungen der rot-grünen Bundesregierung im Bereich der Auswärtigen Kulturpolitik zurückzunehmen. Die aktuelle Koalitionsregierung steht daher in dieser Legislaturperiode unter einer ganz besonderen Herausforderung, um das hohe Niveau der vorherigen Regierung in Zeiten von Sparzwängen und Schuldenbremse aufrecht zu erhalten.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung ist mit dem festen Vorsatz angetreten, die hohe Bedeutung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik zu erhalten und auszubauen. Im gemeinsamen Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP haben wir unsere diesbezügliche Selbstverpflichtung für diesen Politikbereich herausgestellt:

„Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist eine tragende Säule der deutschen Außenpolitik. Einer gezielten Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik kommt im Zeitalter der Globalisierung eine immer größere Bedeutung zu. Deutsche Kultureinrichtungen wie das Deutsche Archäologische Institut, die Goethe-Institute, der DAAD, die Humboldt-Stiftung und die deutschen Auslandsschulen sowie Wissenschaftskooperationen und entsprechende Zukunftsprojekte, wie zum Beispiel die Deutsch-Türkische Universität in Istanbul, sind Brücken unserer werteorientierten Außenpolitik."

„Der Förderung der deutschen Sprache im Ausland werden wir besondere Beachtung beimessen. Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik soll Deutschland in seiner Vielfalt darstellen und das Interesse an unserem Land, unserer Sprache und unserer Geschichte und Kultur fördern. Dies sind die Grundvoraussetzungen für gute und vertrauensvolle Beziehungen zwischen Deutschland und seinen Partnern.

Heute begreift Deutschland seine Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik noch stärker als Beitrag zur Krisenprävention, Menschenrechtsschutz und Freiheitsförderung. Dem Dialog mit dem Islam messen wir besondere Bedeutung zu.

Wir werden die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik finanziell bestmöglich ausstatten und verstehen dies als langfristige politische, kulturelle und wirtschaftspolitische Investition."

Nachdem die Bundesregierung, auch bedingt durch die Folgen der internationalen Banken- und Finanzkrise sowie dem Schuldenverbot des Grundgesetzes – ein in dieser Form noch nicht dagewesenes Sparpaket auf dem Weg gebracht hat, wird die Erreichung des ehrgeizigen Zieles nun deutlich schwerer, da in nahezu allen Ressorts Einsparungen vorgesehen sind. Die ersten Entwürfe des Bundeshaushaltes 2011 sahen dann auch Kürzungen für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik vor, die völlig unverhältnismäßig waren gemessen an der Bedeutung dieser Zukunfts- und Bildungsaufgabe. Die Künstlerakademie Tarabya in Istanbul, an deren Realisierung wir seit über zwei Jahren arbeiteten, drohte zuletzt zu scheitern.

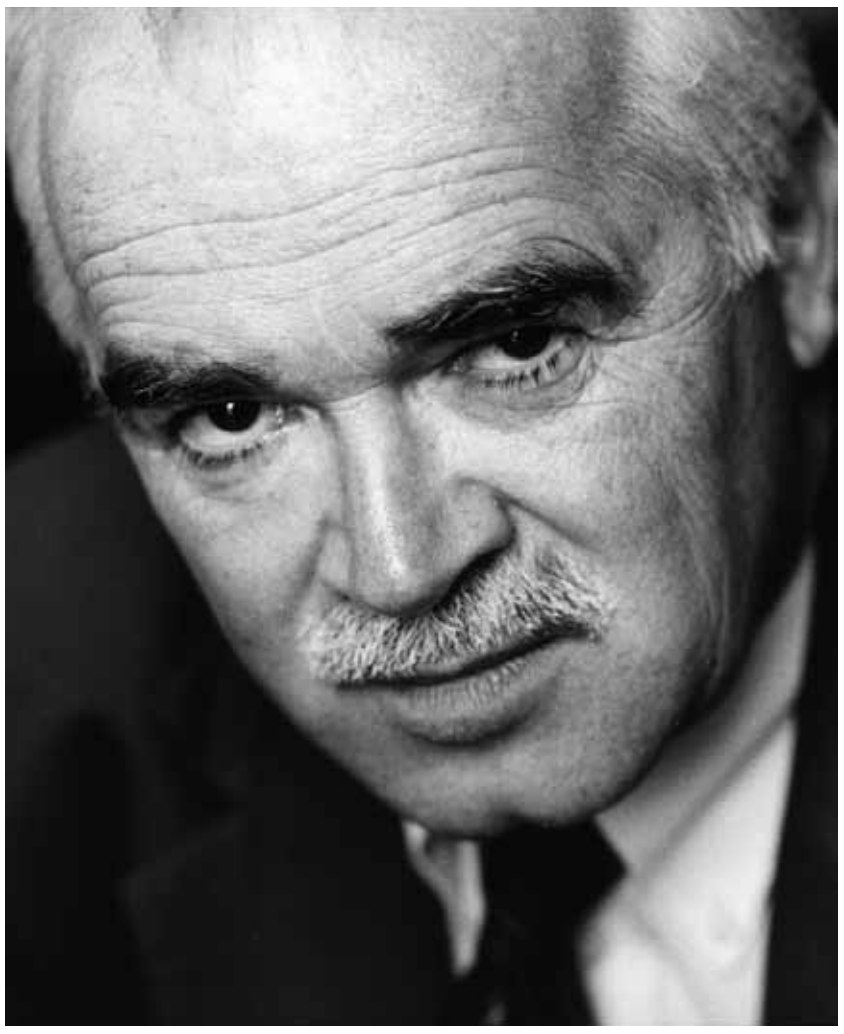
Trotz der schweren Ausgangssituation hat die Koalition eine gute Chance zu beweisen, dass es ihr mit der AKBP wirklich ernst ist, wenn sie jetzt die Weichen perspektivisch richtig stellt. Sechs Weichen sprechen für eine stärkere Gewichtung der AKBP:

Hohes persönliches Interesse

Die Bundeskanzlerin besucht bei Auslandsbesuchen, wenn der zeitliche Rahmen es irgendwie zulässt – regelmäßig deutsche Kulturinstitutionen im Ausland, Goethe Institute, Auslandsschulen aber auch deutsche Auslandsgemeinden der Kirchen. Dies zeigte nicht nur das hohe persönliche Interesse der Regierungschefin, sondern signalisiert auch den nachgeordneten Verwaltungen die Prioritätensetzung für deren Umgang mit dem Thema.

Villa Tarabya

Seit 2008 gab es Pläne im Auswärtigen Amt und im Bundeskanzleramt eine deutsche Künstlerakademie in Istanbul zu gründen, um die Vernetzung deutscher und türkischer Künstler durch Vergabe von Stipendien für einen Aufenthalt in der Türkei zu stärken. Durch Kooperationen mit



Peter Gauweiler Foto: Daniel Biskup

türkischen Universitäten, Museen, Galerien und Theatern sollte die Akademie lebendiger Teil der türkischen Kulturlandschaft werden.

Nach intensiven Debatten über verschiedene Wege zur Realisierung der Künstlerakademie, für die sich die Bundeskanzlerin auch persönlich eingesetzt hatte, hat der Auswärtige Ausschuss nun am 06. Oktober 2010 auf Initiative des Unterausschusses Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik des Deutschen Bundestages mit Unterstützung der Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Cornelia Pieper, 2,47 Mio. Euro für die Einrichtung einer Künstlerakademie in Tarabya bei Istanbul zur Verfügung gestellt. Dies ist ein wesentlicher Schritt, um den Austausch zwischen deutschen und türkischen Kunst- und Kulturschaffenden zu fördern und trägt dem gewachsenen Interesse deutscher Künstlerinnen und Künstler an der Begegnung mit Kunst und Kultur der Türkei Rechnung. Mit einer Künstlerakademie schaffen wir eine nachhaltige Verbindung zwischen Deutschland und der Türkei und ein Netzwerk in den meinungsbildenden Milieus beider Gesellschaften.

AKBP ist Bildungspolitik

Ganz bewusst wurden vom Sparpaket der Bundesregierung Bildung und Forschung ausgenommen, da Bund und Länder sich einig sind, dass Bildung und Innovation die Priorität für unsere Zukunft sind. Es wurde zu Recht betont, dass hier der Schlüssel für Wohlstand und Gerechtigkeit auch in Zukunft liegen wird. Bildung ist aber mehr als Wissensvermittlung in deutschen Schulen und Universitäten. Die Vermittlung von Wissen im Rahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik ist eine Tätigkeit, die direkt auf die Menschen in anderen Ländern wirkt, das Verständnis für die deutsche Politik und Kultur fördert. Die Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, das Goethe-Institut, der Deutsche Akademische Austauschdienst, die Alexander von Humboldt-Stiftung, das Institut für Auslandsbeziehungen sowie auch die Auslandsschulen leisten hierbei einen unverzichtbaren Beitrag und erfüllen wertvolle Aufgaben bei der Verständigung zwischen den Kulturen. Ziel der nun anstehenden Haushaltberatungen muss daher sein, den Bereich der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik konsequent von den Kürzungen auszunehmen. Die Arbeitsgruppe der Unionsfraktion hat sich in ihrer letzten Sitzung hierauf verständigt und wird mit diesem Beschluss von der Fraktionsführung der CDU/CSU unterstützt. Ein Erfolg in dieser Initiative trotz massiver Sparzwänge wäre ein gewaltiges Zeichen der Wertschätzung für die Kultur- und Bildungspolitik durch die Koalition.

Krisenprävention

Im Bereich der Krisenprävention als neuer Aufgabe für die Außenpolitik haben die Koalitionspartner zunächst einen eigenen neuen Unterausschuss ins Leben gerufen, der sich ausschließlich mit der Krisenprävention befasst. Darüber hinaus wurde die Bedeutung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik zur Krisenprävention, Menschenrechtsschutz und Freiheitsförderung im Koalitionsvertrag klar betont. Der Unterausschuss für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik hat einstimmig beschlossen, dass regelmäßig bei allen aktuellen außenpolitischen Krisen und Konfliktherden das Auswärtige Amt zu berichten hat, was Deutschland dort kulturell zu bieten hat und wie dies für eine „Entschärfung" nutzbar gemacht werden könnte. In diesem Monat wird eine Delegation des Unterausschusses in den Iran reisen, um in Gesprächen vor Ort dort anzusetzen, wo die klassische Verhandlungsdiplomatie zuletzt nichts mehr erreichen konnte. Im April dieses Jahres war ich in Nordkorea, das die Welt immer wieder in Atem hält. Tatsächlich ist dieses Land kein undurchdringliches Geheimnis, man muss es nur kennenlernen wollen. Nordkorea ist wie ein einzelgängerischer Tiger, man darf ihn nicht in die Ecke drängen: Dieses Land ist im Krieg geboren – der Korea-Krieg kostete mehr als einer Million Soldaten und bis zu drei Millionen Zivilisten das Leben. Von diesem Krieg ist Korea bis heute geprägt. Es hat manchmal den Anschein, als fürchte Pjöngjang seine Existenz zu verlieren, sollte es sich einmal nicht mehr von Feinden umringt sehen. Ein Land, das an seinen Grenzen von den Armeen der drei Atommächte China, Russland und den USA umstellt ist und welches das Bereisen seines Gebietes Ausländern nur in geringer Zahl gestattet – wie China vor der Modernisierung.

Das Goethe-Institut

Das Goethe-Institut ist der größte und wichtigste Mittler der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik und für die Umsetzung unserer Aufgaben und Ziele unerlässlich. Mit unserem Netzwerk aus Goethe Instituten, Goethe Zentren, Kulturgesellschaften, Lesesälen sowie Prüfungs- und Sprachlernzentren nimmt das Goethe-Institut mit 136 Instituten und 11 Verbindungsbüros im Ausland seit über fünfzig Jahren weltweit zentrale Aufgaben der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik wahr. Das Goethe-Institut vertritt und vermittelt die Tradition und die Gegenwart der deutschen Kultur in ihren vielfältigen Aspekten und Facetten. Im Mittelpunkt der Tätigkeit stehen die an Deutschland, seiner Sprache und seiner Kultur interessierten Menschen. Dieses Interesse zu wecken, zu fördern und zu befriedigen, ist die erste und wichtigste Aufgabe des Goethe-Instituts. Die Koalition muss sowohl bei den Haushaltsberatungen als auch bei den Gesprächen über die operative Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt darauf achten, dass das Institut finanziell zu einer angemessenen Aufgabenerfüllung befähigt ist und institutionell zu einer größtmöglichen Effizienz in der Lage ist. Hierzu gehören die Vermeidung von Kürzungen und Einfriervorgaben sowie die Weiterentwicklung des Instrumentes der Budgetierung und die Einführung sogenannter „mehrjähriger Haushaltzuwendungen", die eine langfristigere Planbarkeit ermöglichen und in vielen Bundesländern im Bereich der Universitäten mit großem Erfolg und enormer Effizienz angewandt werden.

Die Regierungskoalition

Die Regierungskoalition misst der Förderung der deutschen Sprache besondere Beachtung bei und setzt sich dafür ein, Mehrsprachigkeit weltweit als wertvolle Grundlage kultureller und wirtschaftlicher Entwicklung zu verankern. Die Förderung der deutschen Sprache ist Bestandteil mehrerer Leuchtturmprojekte, darunter der weltweiten Initiative „Schulen: Partner der Zukunft", der „Aktion Afrika" und der „Außenwissenschaftsinitiative" des Auswärtigen Amtes. Derzeit setzt sich die Koalition in intensiver Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut, dem Deutschen Akademische Austauschdienst, der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen sowie die Deutsche Welle, intensiv dafür ein, dass das Interesse am Erlernen von Deutsch im Ausland noch weiter steigt. In Osteuropa ist neben dem Englischen das Deutsche eine verbindliche Sprache geworden. In den Staaten der GUS liegt der Anteil von „Deutschsprechern" zwischenzeitlich bei über 38 Prozent.

Ich denke, dass die Regierungskoalition im Bereich der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik bewiesen hat, dass sie hier Phantasie und Gestaltungskraft hat und die Rolle Deutschlands in der Welt auch abseits der klassischen Verhandlungsdiplomatie ideenreich und wirkungsvoll erfüllen möchte.

Der Verfasser ist Mitglied der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag sowie Vorsitzender des Unterausschuss „Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik" des Deutschen Bundestages ■

Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik

Die Haushaltsberatungen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik hatten einige Wirren. Die geplante Künstlerakademie Tarabya in Istanbul ist dafür ein Beispiel. Grund genug, um an Abgeordnete des Bundestages mit der Bitte heranzutreten, eine kurze Einschätzung zur Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik unter der aktuellen schwarz-gelben Regierung geben.
Bereitwillig Auskunft gaben: *Peter Gauweiler*, Vorsitzender des Unterausschuss „Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik" des Deutschen Bundestages, *Monika Grütters*, Vorsitzende des Kulturausschusses des Deutschen Bundestags, *Petra Merkel*, Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, *Patrick Kurth*, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und im Ausschuss für Kultur- und Medienpolitik, *Luc Jochimsen*, Kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, *Claudia Roth*, Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag und *Ulla Schmidt*, Mitglied im Unterausschuss „Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik" des Deutschen Bundestages.
Im Anschluss an die Ausführungen der Bundespolitiker wird anhand konkreter Beispiele dargestellt, wie facettenreich Auswärtige Kultur- und Bildungsarbeit ausgestaltet ist und welch' zentrale Aufgaben sie erfüllt. Machen Sie sich selbst ein Bild und begeben Sie sich mit den Autorinnen *Gisela Dachs*, *Andrea Nahles* und *Christine M. Merkel* auf Entdeckungsreise nach Tel Aviv, Jerusalem und Vietnam.

Die Redaktion ■

Brücken zwischen den Menschen

Zur Funktion von Kunst und Kultur • Von Monika Grütters

Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) ist fester Bestandteil und Kernelement der deutschen Außenpolitik; neben den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen ist es das wesentliche Instrument zur Förderung eines positiven Deutschlandbilds im Ausland. Wir alle wissen, dass es oft Kunst und Kultur sind, die die Brücken bauen – Brücken zwischen den Menschen, Brücken zwischen den Kulturen, Brücken aber auch zwischen Religionen und Nationen. Viele Konflikte sind heutzutage kulturell grundiert; auch vor diesem Hintergrund gewinnt die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik an Bedeutung. Deutschland begreift heute seine Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik als starken, eigenständigen Politikfaktor, daneben aber auch als einen Beitrag zu Krisenprävention, Menschenrechtsschutz und Demokratieförderung.

Überall dort, wo wir den Künstleraustausch systematisch praktizieren, hat das nachhaltige, positive Auswirkungen auf das jeweilige bilaterale Verhältnis. So haben wir beispielsweise in den vergangenen Jahren eine institutionelle und personelle Neuorganisation des Goethe-Institutes auf den Weg gebracht. Mit der sehr erfolgreichen Partnerschulinitiative (PASCH) haben wir ein florierendes Netzwerk an Auslandsschulen aufbauen können, an denen Deutsch unterrichtet wird.

Monika Grüttters
Foto: Christof Rieken

Seit 2009 können junge Menschen mit dem Projekt „kulturweit“ einen Freiwilligendienst in der Auswärtigen Kulturpolitik leisten. Weltweit fördern wir verstärkt die deutsche Sprache.

In der 17. Legislaturperiode werden wir weiter auf die Nachhaltigkeit eines lebendigen Dialogs in der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik setzen. „Dem Dialog mit dem Islam messen wir besondere Bedeutung zu. Wir achten und schätzen die reiche kulturelle Tradition der islamischen Welt und setzen uns für ein friedliches Miteinander der westlichen Demokratien mit den islamisch geprägten Staaten ein“, so ist es in dem Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP formuliert.

Auch aus diesem Grund halten wir weiterhin an der geplanten Künstlerakademie Tarabya im türkischen Istanbul fest: kein Nebeneinander wechselnder austauschbarer Veranstaltungen sondern nur ein lebendiger Kulturaustausch und Dialog mit Vertretern beider Länder gerade in meinungsbildenden Milieus, zwischen Künstlern und Wissenschaftlern, schafft nachhaltige Verbindungen, ein Netzwerk zwischen beiden Gesellschaften.

Der lebendige Dialog stärkt und vertieft die Beziehungen zu anderen Gesellschaften, Staaten und Menschen; hier erweitern wir unseren Horizont, hier wird wechselseitiges Verstehen möglich. Mit einem dynamischen Kulturaustausch stellen wir nicht nur unser Land einem anderen vor, sondern im Gegenüber mit dem Anderen setzen wir uns auch immer wieder aufs Neue mit unserer eigenen Identität auseinander. Die Akzente unserer Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik werden so auch zu einem wichtigen Bestandteil heimischer Integrationspolitik, die ja nicht zuletzt auch von Intellektuellen, von Künstlern und Schriftstellern geleistet wird.

Die Verfasserin ist Mitglied der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag sowie Vorsitzende des Kulturausschusses des Deutschen Bundestags ■

Tarabya als Kulturbrücke

Deutschland und die Türkei • Von Petra Merkel

Tarabya – eine Deutsche Kulturakademie in Istanbul – welch’ eine Chance für eine Kulturbrücke zwischen Deutschland und der Türkei! Die Idee entstand vor Jahren, durch verschiedene Reisen und Begegnungen, in Wien, in Rom und nicht zuletzt in Istanbul. Zu einer Zeit, in der auch die Debatte um den Beitritt der Türkei voll im Gange war. Was lag näher als zu fragen: „Warum gibt es keine „Villa Massimo“ in Istanbul? Das wäre doch die richtige Antwort auf einen europäischen Annäherungsprozess!“ In der Türkei, in Istanbul, einen Ort zu schaffen, an dem deutsche Künstlerinnen und Künstler unterschiedlichster Sparten eine gewisse Zeit leben und arbeiten können und mehr über dieses Land, diese Stadt und diese Kultur lernen können.

Im Jahr 2007 war ich das erste Mal in meinem Leben in der Türkei, in Ankara und Istanbul – drei Tage… ich war so tief beeindruckt von den Städten, dass natürlich die Idee eines Künstlerhauses lebendiger wurde denn je. Ein Jahr später hatte ich meinen CDU-Kollegen Steffen Kampeter an meiner Seite, zusammen mit Gesine Lötzsch (DIE LINKE.) besuchten wir Istanbul – und die Sommerresidenz Tarabya. War das ein Areal, auf dem eine Kulturakademie entstehen könnte? Unbestreitbar: ein Volltreffer!

So fing alles an. Innerhalb von einem Jahr hatten wir in der Großen Koalition ein abgestimmtes Konzept zwischen den Koalitionären, dem Auswärtigen Amt und dem Beauftragten für Kultur und Medien (BKM), einen Beschluss des Bundestages – und (nicht unwesentlich für Haushälter) das Geld zur Sanierung der Häuser in Tarabya, die für die Künstlerakademie hergerichtet werden sollten. 2008 wurden für den Haushalt 2009 und 2010 Gelder zur Sanierung der Gebäude und für die benötigten Stipendien eingestellt. Das Projekt wurde von Anfang an vom damaligen Außenminister Frank-Walter Steinmeier unterstützt, ebenso wie von seinem türkischen Kollegen.

Und dann kam der Regierungswechsel. Wie es so ist in der Politik – „Alles auf Anfang“ scheint das Auswärtige Amt gedacht zu haben. Doch

Petra Merkel Foto: Susie Knoll/ © SPD-Parteivorstand

so einfach ist das bei einer guten Idee nicht! Denn dieses Projekt hat inzwischen einen breiten Unterstützerkreis gefunden! Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen setzen sich im Moment vehement für die Kulturakademie ein und dafür, dass die Regierung nicht den Parlamentsbeschluss missachtet. Probleme mit dem diplomatischen Status werden von der Regierung als Grund des Stillstandes und eines abgespeckten „Kulturhauses“ genannt. Dabei unterstützt nach aktuellen Pressemeldungen auch die türkische Seite diese Akademie.

Und – unsere gemeinsamen Anstrengungen scheinen zu fruchten. Der Auswärtige Ausschuss des Bundestags hat sich für die Künstlerakademie ausgesprochen und ich bin sicher, dass am Ende des Tages auch meine Kollegen im Haushaltsausschuss davon überzeugt werden können. Ich bin zuversichtlich, denn diese Idee haben bereits zu viele ins Herz geschlossen, so dass die „Kulturakademie“ in Istanbul Wirklichkeit werden wird.

PS: Ich habe auf facebook (unter dem Stichwort/Titel: Deutsche Kulturakademie „Villa Tarabya“) eine Seite zur Information und für Unterstützer eingerichtet.

Die Verfasserin ist Mitglied der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag sowie Vorsitzende des Haushaltsausschusses, dort für die SPD für den Kulturetat zuständige Berichterstatterin ■

Tragende Säule in der Außenpolitik

Zur Auswärtigen Kulturpolitik • Von Patrick Kurth

Wer an Außenpolitik denkt, denkt meist an die „klassische“ Diplomatie mit Verträgen und Abkommen, verhandelt durch Botschafter und Minister. Immer wichtiger aber wird die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik. Sie ist die sanfte Form der internationalen Beziehungen Deutschlands, die auf lange Zeitachsen angelegt ist.

Kernstück dieser Politik ist der Export von Kultur, Bildung und Wissenschaft aus Deutschland und der entsprechende Austausch. Dahinter steht das Ziel, dass politische, gesellschaftliche oder wirtschaftliche Beziehungen zu den Ländern und Nationen wachsen, in denen viel über Deutschland bekannt ist und deutsche Sprachkenntnisse verbreitet sind. Dazu gehören auch Bildungspartnerschaften im Ausland zu stärken, einen aktiven Beitrag zur Krisenprävention, Menschenrechtsschutz und Freiheitsförderung zu leisten. Richtigerweise bezeichneten Union und FDP im Koalitionsvertrag die Auswärtige Kulturpolitik als „tragende Säule der deutschen Außenpolitik“.

Gegenwärtig fördert das Auswärtige Amt 135 Deutsche Auslandsschulen und 870 Sprachdiplomschulen. Den Schülerinnen und Schülern wird in den Klassenzimmern der Zugang zur deutschen Sprache und Bildung ermöglicht sowie Interesse für Deutschland insgesamt geweckt. Heute sind viele ehemalige Schülerinnen und Schüler Deutscher Auslandsschulen wichtige Ansprechpartner für die deutsche Politik, Wirtschaft und Kultur im Ausland. Im Frühjahr 2010 hat Staatsministerin Cornelia Pieper die Exzellenz-Initiative „Innovatives Lernen“ ins Leben gerufen. Sie zielt darauf ab, die Medienkompetenz an deutschen Auslandsschulen auszubauen, um Vorreiter für multimediales Lernen zu sein.

Patrick Kurth Foto: privat

Bildungspartnerschaften schiebt die Bundesregierung auch im Hochschulbereich an. Bildung als Ressource kann nur dann optimal genutzt werden, wenn wir globale Bildungsgemeinschaften eingehen und wissenschaftliche Erkenntnisse untereinander austauschen. Die Stipendienprogramme des DAAD und der Alexander von Humboldt-Stiftung bilden dafür einen wichtigen Pfeiler. Diese ergänzen wir durch wissenschaftliche Leuchtturmprojekte. So soll mit den Deutschen Wissenschafts- und Innovationshäusern in den Metropolen der Welt eine stärkere Profilierung des Forschungs- und Innovationsstandorts Deutschland erreicht werden.

2010 startete das Auswärtige Amt zudem zwei neue Schwerpunktinitiativen: „Deutsch – Sprache der Ideen“ soll die Deutschförderung ausbauen, „Sport und Außenpolitik“ richtet den Fokus auf die verbindende Kraft des Sports.

Mit Auswärtiger Kultur- und Bildungspolitik legt Deutschland lange Linien in seiner Außenpolitik. Viele wirtschaftliche, kulturelle, wissenschaftliche Spitzenkräfte in anderen Ländern studierten in Deutschland oder durchliefen ihre Ausbildung mit Hilfe deutscher Institutionen. Deutschland wird davon profitieren. Deshalb lohnt sich der weitere Auf- und Ausbau der „sanften Diplomatie“.

Der Verfasser ist Mitglied der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag, Sprecher für Aufbau Ost der Fraktion sowie Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und im Ausschuss für Kultur- und Medienpolitik. Dort ist er Berichterstatter seiner Fraktion für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ■

Versprechen gebrochen

Auswärtige Kulturpolitik unter Schwarz-Gelb: Ein Trauerspiel • Von Lukrezia Jochimsen

Im Koalitionsvertrag steht: „Wir werden die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik finanziell bestmöglich ausstatten.“ „Bestmöglich“ ist ein verräterisches Wort – außerdem schlechtes Deutsch. Und in der Realität kann dann von „bestmöglich“ auch keine Rede sein; denn der Haushaltsentwurf sieht erhebliche Einschnitte vor. Problematisch sind insbesondere die Kürzungen im Bereich der Allgemeinen Auslandskulturarbeit. Das betrifft vor allem das Goethe-Institut mit einem Minus von 7,8 Millionen Euro.

Lukrezia Jochimsen Foto: Laurence Chaperon

Mit den vorgesehenen Kürzungen würde die in den letzten Jahren erreichte Konsolidierung in Frage gestellt. Das muss dringend korrigiert werden. Bisher aber zeigte sich die Bundesregierung wenig geneigt, auf die Interventionen des Unterausschusses Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik einzugehen, reagierte vielmehr ausweichend, beschönigend und die Wahrheit verdrehend.

Jüngstes Beispiel: Das Vorhaben, eine deutsche Künstlerakademie „Villa Tarabya“ auf dem Gelände der Deutschen Botschaft in Istanbul nach dem Vorbild der römischen Villa Massimo zu errichten, wurde 2009 vom Parlament einstimmig verabschiedet. Das von der Bundeskanzlerin als „Meilenstein der auswärtigen Kulturpolitik“ gewürdigte Projekt wurde aber in diesem Frühjahr vom Auswärtigen Amt heimlich beerdigt und das Geld dafür blockiert.

Nach intensiver, fast detektivischer Recherchearbeit durch Mitglieder des Unterausschusses Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik zu der falsch dargestellten Haltung der türkischen Regierung, die angeblich gegen das Projekt Einspruch erhoben hätte, und durch den fraktionsübergreifenden geschlossenen Einsatz der Unterausschussmitglieder für die Umsetzung des Projektes, fiel am 6. Oktober im Auswärtigen Ausschuss die Entscheidung, die Künstlerakademie „Villa Tarabya“ nunmehr einzurichten und zu fördern.

Die Verfasserin ist Mitglied sowie Kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag ■

Außenkulturpolitik in Turbulenzen

Für eine Rückkehr zum ursprünglichen Konzept für Tarabya • Von Claudia Roth

Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik der Bundesregierung ist in heftige Turbulenzen geraten. Grund ist die Weigerung des Auswärtigen Amtes, einen fraktionsübergreifend gefassten Bundestagsbeschluss zur Künstlerakademie in Tarabya umzusetzen. Der Beschluss sieht vor, in einem Teil der am Bosporus nahe Istanbul gelegenen Sommerresidenz Tarabya, die sich im Bundesbesitz befindet, eine Akademie einzurichten, in der Künstlerinnen und Künstler die Möglichkeiten zum Austausch und zu längerfristiger Arbeit erhalten.

Claudia Roth
Foto: Laurence Chaperon

Das Projekt hat alle Chancen ein Leuchtturm für die Auswärtige Kulturpolitik zu werden und deshalb auch weit über die Fachöffentlichkeit hinaus Sympathie und Rückhalt gefunden, nicht zuletzt in der Türkei. Per Newsticker mussten die Politikerinnen und Politiker des zuständigen Unterausschusses für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik nun erfahren, dass Staatsministerin Pieper das Konzept des Bundestages fallen lasse und stattdessen ein Konzept verfolge, in dem der Aufenthalt und der Austausch zwischen Künstlern nur noch eine Nebenrolle spielt. Eine solche Brüskierung der Legislative durch die Exekutive ist nicht bloß ungewöhnlich, sie steht beispiellos dar in unserer Auswärtigen Kulturpolitik. Ebenso beispiellos sind die Schuldzuweisungen, die das Auswärtige Amt streute, als es merkte, was es mit diesem Vorgehen nach Gutsherrenart angerichtet hatte. Die Behauptung, die Türkei wolle das Projekt nicht, ist falsch und richtet großen Schaden an. Die türkische Seite hatte nur ausgesprochen, dass die Künstler dort als Künstler anwesend sein würden und nicht mit dem Rechtsstatus von Diplomaten. Das ist eine Selbstverständlichkeit und kein Hinderungsgrund. Dann soll Kulturstaatsminister Neumann schuld gewesen sein, wogegen dieser sich tief verärgert verwahrte, zumal von seinem Haus die notwendigen Künstlerstipendien gebilligt worden sind. Dann sah Frau Pieper im Haushaltsausschuss des Bundestags den Schuldigen, weil der nicht „voll umfänglich“ für Tarabya gewesen sei, was im Klartext heißt, dass der FDP-Vertreter dagegen war. Das Auswärtige Amt hat mit seinem Versuch, das Projekt der Künstlerakademie Tarabya zu torpedieren, den Bundestag brüskiert, außenpolitischen Schaden angerichtet und sich politisch isoliert. Der Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik hat fraktionsübergreifend die Rückkehr zum ursprünglichen Konzept für Tarabya gefordert. Die Künstlerakademie Tarabya wird kommen – daran wird auch ein in der Außerkulturpolitik offensichtlich überfordertes Ministerium nichts ändern.

Die Verfasserin ist Mitglied der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien im Deutschen Bundestag ■

Quo vadis?

Zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik – Von Ulla Schmidt

Seit dem Amtsantritt von Außenminister Westerwelle überschattet die Debatte um den Sparhaushalt die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik. Ein inhaltlicher Plan hinter den Kürzungen ist nicht zu erkennen, obwohl die Regierung in ihrem Koalitionsvertrag angekündigt hat, die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik finanziell bestmöglich auszustatten.

Ulla Schmidt Foto: Steffen Kugler

Nach einem Jahr wäre eigentlich zu erwarten, dass sich ein planvoller Weg in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik zumindest abzeichnet. Dabei muss nicht alles neu erfunden werden. Die großen erfolgreichen Initiativen wie die Partnerschulinitiative, die Außenwissenschaftsinitiative, die Ernst-Reuter-Initiative, die Reform des Goethe-Instituts wurden bereits unter Frank Walter Steinmeier gestartet.

Die aktuelle Kampagne des Außenministeriums „Deutsch – Sprache der Ideen“ etwa bringt in der Substanz nichts Neues, sondern fasst Vorhandenes unter einem neuen Namen zusammen. Das Goethe-Institut drohte nach seiner erfolgreichen Reform in der letzten Wahlperiode – durch das Einfrieren seiner Verwaltungskosten – gar wieder rückentwickelt zu werden. Die SPD hat in einem Antrag gefordert, dies zurückzunehmen. Das Auswärtige Amt hat auf den Druck reagiert und die Einfriervorgabe zurückgenommen.

Staatsministerin Pieper ist es trotz Beteuerungen nicht gelungen, die erheblichen Kürzungen bei den Stipendien für Wissenschaftler und Studierende aus dem Ausland im Haushalt 2011 rückgängig zu machen. Man muss sich schon fragen, welchen Sinn es macht, eine Staatsministerin einzusetzen, wenn sie nicht mit den dazu notwendigen Kompetenzen ausgestattet wird. Eine solche Staatsministerin ist nicht mehr als ein Feigenblatt.

Die schlimmen Einschnitte im Auswärtigen Etat, bei der humanitären Hilfe, der zivilen Konfliktprävention, der Demokratisierung, der Afrikahilfe zeigen allzu deutlich eine Abkehr von allem, was bisher die Grundausrichtung der deutschen Außenpolitik und Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik ausgezeichnet hat. Wir haben eine Regierung, die diese zentrale Säule der Außenpolitik ökonomistisch auf die Leitfrage „Was nutzt uns direkt?“ verschmälert, anstatt sie umfassend als unverzichtbares Instrument zur Vorbeugung und Bewältigung von Konflikten zu begreifen. Ein klares Bekenntnis des Außenministers zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik in diesem Sinne und zu einem weltoffenen und partnerschaftlichen Deutschland steht noch aus.

Die Verfasserin ist Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion sowie Mitglied des Unterausschusses „Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik des Deutschen Bundestages ■

Herausforderung Kulturarbeit

Zur Arbeit des Goethe-Instituts Tel Aviv • Von Gisela Dachs

Die alten Jeckes hätten sie an ihre eigenen Großeltern erinnert, sagt Ute Baggeröhr anfangs mit fester Stimme auf der Bühne. Dabei ist klar, dass die Deutsche sich selber spielt. Dann nimmt sie die Rolle dieser Jeckes ein, eben jener jüdischen Einwanderer aus Deutschland, die vor den Nazis flüchteten und sich bis heute der Kultur ihrer Jugend verbunden fühlen. Später fließen bei Ute Baggeröhr Tränen, und sie sind echt, als ihr die israelische Schauspielerin Hadas Kalderon vorwirft, dass sie sich von ihr – der Deutschen – nicht belehren lassen wolle.

In diesem Dokumentationstheaterstück mit vier Personen ist alles persönlich. Wie in einem Thriller verfolgen die Zuschauer in Tel Aviv fast atemlos, wie die Akteure da – auf deutsch, englisch und hebräisch – ihre verborgensten Seelenlagen offenbaren. Es gibt keine Versöhnung am Ende, nur viele offene Fragen.

Eigentlich sollten in „They call me Jeckisch“ drei Generationen von Israelis mit deutschen Wurzeln portraitiert werden. Dafür waren eigens viele Interviews mit Jeckes geführt worden. Bei den Proben aber provozierte das Zusammentreffen der beiden israelischen Schauspieler mit ihren deutschen Kollegen eine so intensive Auseinandersetzung mit der jeweils eigenen Identität, dass die Regisseurin Nina Gühlstorff diese Selbstbefragung zum zweiten roten Faden des Stücks machte.

Eine deutsch-israelische Begegnung im Jahr 2010, die unter die Haut geht. Und eines von vielen Projekten, die das Goethe-Institut Tel Aviv gefördert hat. In Israel Kulturarbeit zu machen, sei eine Herausforderung, sagt dessen Leiter Georg Blochmann, Jahrgang 1954, „das lastet schwer auf unseren Schultern.“ Er spricht aber auch von einem „fortschreitenden Paradigmenwechsel in der gegenseitigen Wahrnehmung.“

Tatsächlich war der Austausch noch nie so intensiv. Gut 15.000 Israelis leben heute in der deutschen Hauptstadt. Oft haben sie vorher einen Deutschkurs im Goethe-Institut besucht. In Tel Aviv wiederum gebe es eine „nicht überschaubare Anzahl von deutschen Künstlerinnen und Künstlern, die von den Energien dieses Landes fasziniert sind, so dass ein sich ständig neu gestaltender und neu akzentuierender Dialog entsteht. Das Verdikt gegen das Wort ‚Normalisierung‘ wird brüchig – hier in Israel“, stellt Blochmann fest. Deshalb sei heute vieles möglich, was vor noch gar nicht allzu langer Zeit undenkbar gewesen wäre.

Wer im Tel Aviver Beit Asia die geschwungene Treppe in den ersten Stock zum Goethe-Institut hinaufgeht, findet am Empfang einen Stapel von Postkarten vor. 22 Fußballbegriffe sind dort auf Deutsch und Hebräisch aufgelistet. Wer hätte sich noch vor wenigen Jahren vorstellen können, dass im Sommer 2010 Hunderte von Israelis einer Einladung des Goethe-Instituts (über Facebook) zum WM-Halbfinale Deutschland gegen Spanien folgen, um gemeinsam in einem Biergarten in der Tel Aviver Innenstadt samt Deutschlandfahne und Goethe-Roll-up für das deutsche Team zu zittern?

Die ersten Kulturbeziehungen hingegen waren regelrechte Geheimaktionen. Die Anfänge gehen zurück in die fünfziger Jahre, als der Berliner Arzt Walter Hirsch seine deutschsprachige Literatursammlung der Öffentlichkeit in der „Hirsch-Bibliothek“ zugängig machte. Inter Nationes schickte – ohne es publik zu machen – Neuerscheinungen. Der nächste Schritt war die Gründung eines Kulturzentrums, das die Hirsch-Bibliothek zum Mittelpunkt hatte. Erst am 15. Mai 1979 – vierzehn Jahre nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen – wurde das Goethe-Institut eröffnet samt angegliederter Bibliothek. Eine Erinnerungsvitrine mit Plakette hält dort heute das Andenken an den Arzt lebendig.

Theateraufführung „They call me Jeckisch“ © Theater Heidelberg, Foto: Markus Kaesler

In den Anfangsjahren wurde die Bibliothek von den deutschsprachigen Einwanderern stark genutzt. Die Rekordausleihen zeigten, wie groß das Interesse war. „Nie wieder habe ich Menschen mit solcher Liebe zu deutscher Landschaft, Sprache und Kultur erlebt“, erinnert sich Gerhard Schoenberner, der damals den Übergang vom Kulturzentrum zum Goethe-Institut vorbereitet hatte. Diese Menschen, die ihrer Muttersprache tief verbunden blieben, sind dem Goethe-Institut bis heute treu geblieben. Jahrelang galt es als zentrale Herausforderung, die junge Generation in Israel für deutsche Themen zu interessieren, ohne die alten Leser zu verlieren.

Mit 14.000 Medieneinheiten gehört die Bibliothek in Tel Aviv immer noch zu den größten im weltweiten Institutsnetzwerk. „Wir bedienen Kunden aus allen Altersgruppen von Kindern bis Senioren über neunzig“, erklärt die Bibliotheksleiterin Andrea Bélafi. Es gibt viel neuere deutschsprachige Literatur, Hörbücher, zeitgenössische Musik. In der Kinderecke spielt der zweisprachig erzogene Nachwuchs. Auch das ist eine eher neue Entwicklung in Israel.

Das Goethe-Institut betreibt aktive Übersetzungsförderung, gibt also Tipps, wo es sich hinzuschauen lohnt, die von Verlagen gerne aufgenommen werden. Nichts sei so wichtig für den Kulturdialog wie Übersetzungen, betont Georg Blochmann. Längst

Weiter auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

Zur Arbeit des Goethe-Instituts Tel Aviv

in Tel Aviv verankert sind heute die Deutsch-Israelischen Literaturtage, die 2011 zum fünften Mal stattfinden werden. Im Wechsel mit Berlin tauschen sich dabei Autorinnen und Autoren aus beiden Ländern einmal im Jahr aus. Sie treffen sich in Cafés, Lofts und Buchhandlungen, um aus ihren – oftmals eigens aus diesem Anlass übersetzten – Werken zu lesen und als Paare miteinander zu diskutieren. Dabei entdecken dann viele Israelis, dass zeitgenössische deutsche Schriftsteller eben auch türkischer oder ex-jugoslawischer Herkunft sein können.

Blochmann will Impulse setzen und Nachhaltigkeit in seinen Projekten erzeugen. Mit aller Vehemenz setzt er sich gegen das Vorurteil zur Wehr, ausländische Kulturinstitute betrieben Kulturexport. Es geht ihm um gegenseitige Befruchtung, Begegnung, um einen Dialog auf Augenhöhe. Er will so vor allem auch den Weg für die lokalen Kulturprotagonisten nach Deutschland öffnen – und in Deutschland zeigen, dass Israel mehr ist als Palästina-Konflikt und Shoah-Erinnerung. Umgekehrt repräsentiere er Deutschland als eine offene Gesellschaft, die bereit sei, Impulse aufzunehmen, die von außen kommen. „Das hält auch unsere Kultur dynamisch."

Wie gemeinsam Neues entstehen kann, zeigt das zeitgenössische Musikprojekt „The Joint". Als das junge israelische Ensemble Nikel den Kontakt nach außen suchte, erzählt Blochmann, brachte er es mit dem Berliner Ensemble Mosaik zusammen. Eineinhalb Jahre später gab es gemeinsame Konzerte in Berlin und Tel Aviv sowie sechs Auftragskompositionen deutscher und israelischer Komponisten, nun Repertoire-Stücke für beide Ensembles. Aus der Vernetzung entstand auch der erste Sommerkurs für Neue Musik in Israel 2010, bei dem internationale Künstlerinnen und Künstler in enger Vernetzung mit Deutschland teilnahmen.

In seiner Kulturarbeit sucht das Institut ständig die Balance zwischen historischer Verantwortung, brüchigen, belasteten Beziehungen und dem „ausgeprägten Impuls junger Künstler und Intellektueller im Land, neu anzufangen".

Und das Interesse der Tel Aviver an Deutschland ist groß. Mit 1300 Einschreibungen jährlich ist auch die Zahl der Deutschlerner im Institut beträchtlich. Den Leiter der Sprachabteilung, Christian Merten, überrascht dabei die Motivation und die Zusammensetzung der Kursteilnehmer. „Es gibt hier viele Leute, die einfach so die Sprache lernen wollen, ohne ein konkretes Ziel dabei zu verfolgen. Die Mehrheit ist zwischen 20 und 30, aber es gibt auch einen konstanten Stamm an älteren Kursteilnehmern über 60." Weil die Klassen bunt gemischt sind – es gibt russische Einwanderer, Israelis mit amerikanischem Hintergrund, junge Einheimische – fließen verschiedene Perspektiven in den Unterricht mit ein. „Für den Lehrer ist das fantastisch und viel interessanter als etwa in der Türkei oder Spanien."

Schwierig allerdings ist die regionale Zusammenarbeit. Gemeinsame Projekte mit dem Goethe-Institut in Ramallah beispielsweise, nur 70 km entfernt, gibt es nicht. „Wir respektieren die Palästinenser, die das nicht wünschen", sagt Blochmann. Was ihn allerdings nicht daran hindert, sich gleich nach dem Gespräch mit seinem Kollegen aus Ramallah auf den Weg nach Jenin ins Westjordanland zu machen, um sich dort das neue Kino anzuschauen.

Die Verfasserin ist ZEIT-Auslandskorrespondentin in Israel ■

Hip-Hop als Wegbereiter der Waffenruhe

Über das Willy-Brandt-Zentrum Jerusalem • Von Andrea Nahles

Als ich in diesem Jahr, wie in jedem Jahr, das Willy Brandt Zentrum in Jerusalem besuchte, war ich überrascht. Das Haus wurde als Workshop für Hip-Hop genutzt. „Wird ja immer bunter hier", dachte ich erfreut und wo sonst, wenn nicht hier in Jerusalem, im Willy Brandt Zentrum, hätte ich mich über einen solchen Workshop derart freuen können?

Denn es ist nicht irgendein Ort, an dem die Hip-Hopper üben. Und es sind nicht irgendwelche Hip-Hopper. Der Ort ist ein Begegnungszentrum im Stadtteil Abu Tor auf der Grünen Linie zwischen Ost- und West-Jerusalem, das beiden Seiten offen steht.

Das Willy Brandt Zentrum ist ein freundliches Gebäude aus den typischen grob behauenen, hellen Sandsteinquadern, mit grünen Türen und Fensterläden und schmucken Balkons. Es liegt direkt gegenüber dem Judasacker, wo Judas seine Silberlinge vergraben haben soll, und ist eine der wenigen unbebauten Stellen in Jerusalem.

1997 wurde der Berliner Förderverein Willy-Brandt-Zentrum e.V. gegründet. Ziel war ein deutsch-israelisch-palästinensisches Jugendzentrum in Jerusalem. In Zusammenarbeit mit dem Forum Ziviler Friedensdienst und mit Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung eröffnete der Verein zunächst ein kleines Büro in Jerusalem. Im Jahr 2003 wurde dann die Vision Wirklichkeit und das Willy Brandt Zentrum in Abu Tor öffnete seine Tore.

Die Hip-Hopper, die hier zusammen proben, kommen aus Welten, die direkt aneinander angrenzen, sich aber dennoch kaum fremder sein könnten: aus Israel und aus Palästina. Und Deutsche der sozialistischen Jugend, die Falken, sind auch dabei. Mitveranstalter ist die Jerusalemer Musikinitiative „Heartbeat". Fördermittel kommen u.a. von der deutschen Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft". Es geht darum, Hip-Hop und andere städtische Kunstformen für sozialen Wandel einzusetzen. „Social Art" nennt sich das, wenn Kunst nicht nur als Form des Selbstausdrucks, sondern als Mittel betrachtet wird, sich und die Gesellschaft zu reflektieren.

Woanders würde es vielleicht knallen, wenn Palästinenser und Israelis aufeinander treffen würden, aber hier, beim trinationalen Hip-Hop-Workshop in Jerusalem, entsteht Musik. Und die Musik, die fühlt sich für beide Seiten gleich an. Nach dem einwöchigen Workshop gibt es zwei Konzerte, in Jerusalem und Tel Aviv. Sie stehen unter dem Motto „Hip-Hop-Hudna". Hudna ist ein arabisches Wort und bedeutet Waffenruhe. Ein Höhepunkt der Konzerte, so berichtet die Journalistin Inge Günther für die Frankfurter Rundschau, ist der gemeinsame Auftritt von Israelis, Palästinensern und Deutschen, von Guy, Muhammad und Bastian. Der Refrain ihres Songs lautet: „There is no difference between God and Allah / no difference between Sederot and Ramallah / there will be peace, Amen and Inshallah."

Ja, so kann es auch sein, und oft genug denke ich: es ist ein kleines Wunder, dass so etwas hier möglich ist, auf der Grünen Linie zwischen Ost- und West-Jerusalem.

Angefangen hat es 1996, als ich Juso-Bundesvorsitzende war. Damals schien sich im Nahost-Konflikt eine Lösung abzuzeichnen. Zwei Jahre zuvor hatten Yassir Arafat, Yitzhak Rabin und Shimon Peres gemeinsam den Friedensnobelpreis erhalten. Und so vereinbarten wir Jusos zusammen mit der israelischen Arbeiterpartei-Jugend und der palästinensischen Fatah-Jugend eine Partnerschaft. Wir alle sind Mitglieder der International Union of Socialist Youth (IUSY).

Am 9. April 1996 unterschrieben Sabri Tomezi von der Fatah, Ofer Dekel von der Arbeiterpartei und ich einen Vertrag, der bis heute gültig ist: über eine Begegnungsstätte für Israelis und Palästinenser, das Willy Brandt Zentrum. Später trat diesem Vertrag auch die israelische Jugendorganisation von Meretz bei. Seitdem versuchen wir zusammen mit jungen Menschen gewaltfreie Alternativen zu ihrer gewalttätigen Realität zu schaffen. Viele Projekte werden deshalb durch den Zivilen Friedensdienst finanziert, ein Programm des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Das Konzert, bei dem Guy, Muhammad und Bastian gemeinsam auf der Bühne stehen, verläuft nahezu spannungsfrei, schreibt Inge Günther. Das Verschiedensein wird gefeiert. Auch das Wechselspiel zwischen Bühne und Saal klappt. Auf ein „Hip" folgt ein „Hop". Als aber der deutsche Frontmann einer anderen Band versucht, die Zuschauer nach einem „Love" zu einem „Peace" zu animieren, misslingt das. In israelischen und palästinensischen Ohren klingt Frieden wohl zu sehr nach leerer Parole. Umso verwunderlicher, denke ich wie so oft, dass es das Willy Brandt Zentrum überhaupt noch gibt.

Allerdings gab es viele Rückschläge zu überstehen. Eine der ersten gemeinsamen Konferenzen im WBC nannte sich „Decision for History". Junge, politisch interessierte Palästinenser, Israelis und Deutsche bekamen jeweils fünfzig identische Fotografien mit zeitgeschichtlichen Ereignissen aus den letzten sechzig Jahren vorgelegt. Jede Gruppe sollte daraus zwölf Bilder auswählen, um geschichtlich zentrale Ereignisse im Zeitverlauf darzustellen. Dabei kam es zu einem Eklat. Denn es gab nur zwei Überschneidungen: das Porträt von Albert Einstein und das Foto eines Atompilzes. Keine der beiden Seiten hatte die jeweils andere bildlich in ihren Zeitstrahl integriert. Israelis und Palästinenser verließen das WBC.

Besonders schwierig war die Situation ab 2001, nachdem die zweite Intifada ausgebrochen war. Seminare, an denen sowohl Israelis als auch Palästinenser teilnahmen, waren nicht mehr möglich. Erschwert wurde die Situation 2003 durch den Bau der Sperranlage zwischen Israel und Palästina.

Muhammad, der mit dem Israeli Guy und dem Deutschen Bastian gemeinsam auf der Bühne steht, hat eine eigene Gruppe, „G-Town". Das „G" steht für Ghetto. „Ich lebe im Lager" sagt Muhammad, wie Inge Günther schreibt. „Ich bin jeden Tag mit Gewalt, Drogen und schlechten Schulen konfrontiert. Und ich will etwas verändern. Statt Steine zu werfen, schieße ich mit Wörtern. Hip-Hop ist meine Kampfkunst."

Wie so oft denke ich dabei: Natürlich schaffen wir mit dem Willy-Brandt-Zentrum keinen Frieden. Aber wir haben immerhin einen von vielen Samenkörnern dafür gepflanzt.

Anfang 2008 stand das WBC plötzlich vor dem Aus. Der Vermieter teilte mir bei einem Besuch überraschend mit, er wolle das Haus verkaufen. Er sei 80 und seine Kinder könnten das Geld gut gebrauchen. Die ersten Bücherkisten waren schon nach Deutschland geschickt, Kaufinteressenten hatten sich das Haus angesehen, als mich die damalige Schatzmeisterin der SPD, Inge Wettig-Danielmeier ansprach. Ohne von meinen Sorgen zu wissen, sagte sie: „Andrea, lach jetzt nicht, wir haben ein jüdisches Vermächtnis bekommen". Natürlich lachte ich. Bei „jüdischem Vermächtnis" dachte ich damals zwangsläufig an Roland Koch und die Parteispendenaffäre der hessischen CDU. Aber ich war auch neugierig. Inge Wettig-Danielmeier erzählte, ein jüdischer Rechtsanwalt, Peter Sonders, hätte der SPD eine große Summe vererbt. Es gebe nur ein Problem: das Erbe sei mit einer Auflage verbunden: Es werde nur dann ausgezahlt, wenn es einem Friedensprojekt im Geiste Willy Brandts zugute komme. Jetzt erst begriff ich, was für eine Chance diese Worte bedeuteten. „Dein Problem ist gelöst", sagte ich und lachte nun aus Freude. „Eine Sternschnuppe ist gerade vom Himmel gefallen, vielleicht ist das eine göttliche Fügung".

Und so gibt es das Willy-Brandt-Zentrum immer noch. Und damit auch wundervolle Projekte wie „WaterFonie", des holländischen Künstlers Ulay, in dem er das ständige Reizthema Wasserknappheit durch Handy-Funktionen wie SMS und Fotos thematisiert. Oder eine Fotoausstellung über einen Jerusalemer Fußballclub, der von seinen Fans gekauft wurde, und seitdem für Toleranz und Gewaltfreiheit steht.

Und das alles passiert unter den Bedingungen latenter Gefahr. Wie so oft denke ich deshalb: Das Willy Brandt Zentrum ist schon ein kleines Wunder.

Die Verfasserin ist Generalsekretärin der SPD ■

Die erste Israelisch-Palestinensisch-Deutsche Hip-Hop Hunda, ein Projekt des „Willy Brandt Zentrums in Jerusalem" **Foto: Michael Reinhard (WBC)**

Auf der Suche nach einer neuen Vision von Vietnam

Kulturelle Vielfalt konkret • Von Christine M. Merkel

Erst im August 2009 erschien in Vietnam das erste Buch zur Theorie der zeitgenössischen Kunst. Fünf Jahre zuvor hatte im Zentrum Hanois die erste selbstverwaltete und nicht-kommerzielle Galerie für experimentelle Kunst eröffnet.

Der „Ca trù Gesang" ist eine traditionelle poetische Gesangsform aus dem Norden Vietnams und steht auf der „Liste des immateriellen Kulturerbes, das eines dringenden Schutzes bedarf" der UNESCO **Foto: Dang Hoanh Loan © UNESCO**

Doi Moi, die vietnamesische Variante von Glasnost und Perestroika, führte ab Mitte der 1980er Jahre auch zu einem Umdenken gegenüber Kunst und Kultur, Kulturerbe und Traditionen. Einschlägig bekannt ist die „Behörde für Kulturschutz", bei der Polizisten der Staatszensur „bürgerliches Abweichlertum" verhindern sollten, darunter auch der heute bekannteste Aktionskünstler Vietnams, der 1959 geborene Dao Anh Khanh, der dort 18 Jahre lang arbeitete. „PoliceArtist" steht heute ironisch auf seiner Visitenkarte. 1987 konnte das vietnamesische Publikum erstmalig seit der Errichtung der Sozialistischen Republik Vietnam anläßlich der Internationalen Kunstausstellung Kunst aus der Sowjetunion, der DDR, Polen, CSSR, Ungarn, Bulgarien, Vietnam, Laos und Kambodscha sehen.

2007 trat Vietnam der Welthandelsorganisation bei, mit Aussicht auf Direktinvestitionen vor allem zur Modernisierung der Infrastruktur. Deutschland ist größter Handelspartner Vietnams unter den EU-Ländern. Fabriken ausländischer Kapitalgeber bestreiten 60% des Exportvolumens, darunter neben Firmen aus Japan und Taiwan über 200 deutsche Unternehmen. Die lang ersehnte WTO-Mitgliedschaft erforderte weit reichende Zugeständnisse, so z.B. Verzicht auf Unterstützung der eigenen Lebensmittelproduktion.

Fast zeitgleich ratifizierte die Regierung das UNESCO-Übereinkommen zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen. U.a. durch die intensive Arbeit an der Bestandsaufnahme der eigenen Kulturpolitik seit 2000 und insbesondere durch eine gemeinsame Review-Phase mit Experten aus Schweden, Finnland, Korea und China 2006/2007 war der vietnamesischen Regierung offenbar bewusst geworden, wieso es wichtig ist, weiterhin Handlungsspielraum für kulturelle Entwicklungsstrategien offen zu halten. Das zuständige Ministerium wurde als Ministerium für Kultur, Sport und Tourismus neu zugeschnitten.

Seit 1992 kooperierte SIDA/Schweden mit Vietnam im Bereich Medien- und Kulturpolitik. Auf dieser Basis nahmen 1998 Vertreter des damaligen vietnamesischen Ministeriums für Kultur und Information an der UNESCO-Weltkonferenz „Kultur und Entwicklung" teil. Sie lernten dort u.a. die Methodik des kulturpolitischen Länderexamens kennen, das bereits zwanzig europäische Staaten mit Hilfe des Europarats durchgeführt hatten, darunter Schweden, Frankreich und Finnland. Dies war die Initialzündung für eine breit angelegte Bestandsaufnahme, die das Ministerium ab 2000 in Zusammenarbeit mit dem Vietnamesischen Institut für Kultur und Information (VICAS) startete.

Im Jahr 1998 muss etwas in der Luft gelegen haben: Der Gesangstar My Linh, schon als Teenager ein Goldkehlchen des Regimes, schockierte ihre früheren kommunistischen Funkionärs-Fans mit dem in Hamburg aufgenommenen Popalbum „Kurzhaarig". Auch das Kulturministerium war offenbar bereit, alte Zöpfe abzuschneiden: In fünfjähriger Kleinarbeit wurden Basisdaten des Kultursektors erhoben, vom Bibliothekswesen bis zu Kunsthochschulen, von immateriellem Kulturerbe bis zu Natur- und Kulturstätten, Gesetzgebung und Verwaltung. Man wollte die Grundlage legen, Kunst und Kultur künftig in einer Mischung aus Staat und Markt zu betreiben und den internationalen Kulturaustausch zu intensivieren. Zur Erinnerung: Obwohl die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland" des Deutschen Bundestags die Arbeit im Februar 2004 auf erheblich besserer Datengrundlage begann, brauchte sie ebenfalls vier Jahre Detailarbeit für ihre Empfehlungen.

Der 2005 vorgelegte nationale kulturpolitische Bericht Vietnams wurde 2006-2007 durch ein unabhängiges internationales Expertenteam unter Leitung des früheren schwedischen Bildungs- und Kulturminister Bengt Goransson einem Peer-Review unterzogen, gemeinsam finanziert von Vietnam und Schweden. Der dafür geschlossene Vertrag enthielt als Bedingung der schwedischen Beteiligung die explizite Klausel, dass die ausländischen Experten das Recht hatten, mit jeder Person ihrer Wahl zu sprechen und dass auf Verlangen vollständige Informationen zu allen Fachthemen des Kulturpolitischen Berichts zur Verfügung gestellt würden. Bei zwei umfangreichen Arbeitsbesuchen wurden Gespräche mit Kulturfachleuten, Künstlern und Projektleitern in Bereichen wie Urheberrechte, Medien, Kulturerbe, Bildende Kunst, Kino, Musik, Theater bis hin zu Vereinen und internationalen Kulturinstituten geführt.

Wesentliche Empfehlungen waren, den Anteil für Kultur und Medien von 1,3 % auf 2 % des Staatshaushaltes zu erhöhen, Professionalisierung und moderne Selbstorganisation der Künstler und Kulturfachleute zu stärken (u.a. durch eine Reform des Vereinsrechts). Beispiele der Kulturförderung in Europa und Asien durch Rundfunk, Fernsehen, Vereine und Stiftungen sowie durch (internationale) Firmen wurden zur Nachahmung empfohlen. Positive Beispiele internationalen Kulturaustausches und von Ko-Produktion(z.B. Vietnam und Deutschland) wurden genannt und Ausweitung angeregt. Dringender Handlungsbedarf wurde für die kulturellen Traditionen und Ausdrucksformen von insgesamt 54 Ethnien gesehen, eine Bevölkerung von gut 10 Millionen die vorwiegend im Bergland des Nordens und im zentralen Hochland lebt (ca. 13 % der 85 Millionen Gesamtbevölkerung). Die internationalen Experten empfahlen ausdrücklich die Ratifizierung der 2005er UNESCO Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen (Konvention kulturelle Vielfalt).

Vietnam nutzte diese Review-Methodik als erstes asiatisches Land. Es wurde so zu einem frühen Zeitpunkt Vorreiter einer neuen Facette internationaler Zusammenarbeit im Kunst- und Kulturbereich. „Kultur wird immer wichtiger für uns in Asien", so Nguyen Trac Ba von der UNESCO-Abteilung des Außenministeriums im Mai 2010 in Bonn. „Auch in der Asean Kooperation steht kulturelle Zusammenarbeit oft genug nur auf dem Papier und noch lange nicht auf gleicher Augenhöhe wie ökonomische und politische Zusammenarbeit". Für eine wirkungsvolle Umsetzung des 2005er UNESCO-Konvention kulturelle Vielfalt können Länderexamen künftig für weitere Länder attraktiv sein. Am 22.September 2010 hat die EU u.a. dafür gemeinsam mit UNESCO einen Fonds eingerichtet, der interessierte Länder mit Expertise unterstützt.

Literaturhinweise

- connect: Kunstszene Vietnam. Institut für Auslandsbeziehungen Stuttgart/Berlin (Hrsg). Bielefeld 2009. Kerber ART
- Deutschland in Vietnam 2010 http://www.deutschland-in-vietnam.de und www.diplo.de/diplo/de/Aussenpolitik/RegionaleSchwerpunkte
- Jürgen Wilhelm (Hrsg.): Kultur und globale Entwicklung. Die Bedeutung von Kultur für die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Berlin 2010. Berlin University Press
- Vietnamnese cultural policy. Renovation under the period of Doi Moi. Conclusions and recommendations arising from a cultural policy review carried out by an independent group of international experts in 2006-2007. Hanoi/Stockholm December 2008

Die Verfasserin ist Leiterin des Fachbereichs Kultur, Memory of the World der Deutschen UNESCO-Kommission, zugleich Kontaktstelle für das UNESCO Übereinkommen zur Vielfalt Kultureller Ausdrucksformen; Vorsitzende des Lenkungsausschusses Kultur des Europarates ■

politik und kultur

Das Wichtigste zur Kulturpolitik

Die Zeitung des Deutschen Kulturrates erscheint 6-mal im Jahr und berichtet ausführlich über:

- kulturpolitische Entscheidungen
- Debatten zu kulturpolitischen Themen, u.a. im Bereich Steuer- und Urheberrecht, kulturelle Bildung und Kulturwirtschaft
- das kulturelle Leben in Deutschland und Europa
- kulturpolitische Diskurse

Einmal gratis testen!

Fordern Sie Ihr persönliches Exemplar an unter Tel. 030/24 72 80 14, Fax 030/24 72 12 45, post@kulturrat.de

Multimediale Begegnung mit dem Islam

Gabriele Schulz im Gespräch mit Reinhard Baumgarten

politik und kultur: Im November dieses Jahres erscheint die Reihe „Gesichter des Islam“. Worauf können sich die Zuschauer, die Zuhörer und die Leser freuen?

Reinhard Baumgarten: Sie können sich sowohl auf eine Bestandsaufnahme des Islam in der Gegenwart als auch auf einen Blick in die Geschichte und schöne emblematische Bilder freuen. Es ging uns darum zu zeigen, dass der heutige Islam keine immigrierte Zufallskultur ist, sondern dass Muslime auf eine 1.400-jährige Entwicklung zurückblicken können. Den Zuschauern und Zuhörern bietet diese Reihe vor allem eins: eine große Vielfalt. Vielfalt, weil die islamische Kultur, die wir zeigen wollen, ungemein bunt und alles andere als homogen ist. Um das zu zeigen, haben wir verschiedene Länder besucht wie Indonesien, den Iran, die Türkei, Saudi-Arabien, Ägypten und Spanien. Und selbstverständlich haben wir auch Deutschland im Blick.

***puk*:** Wie kam es zu dieser Idee?

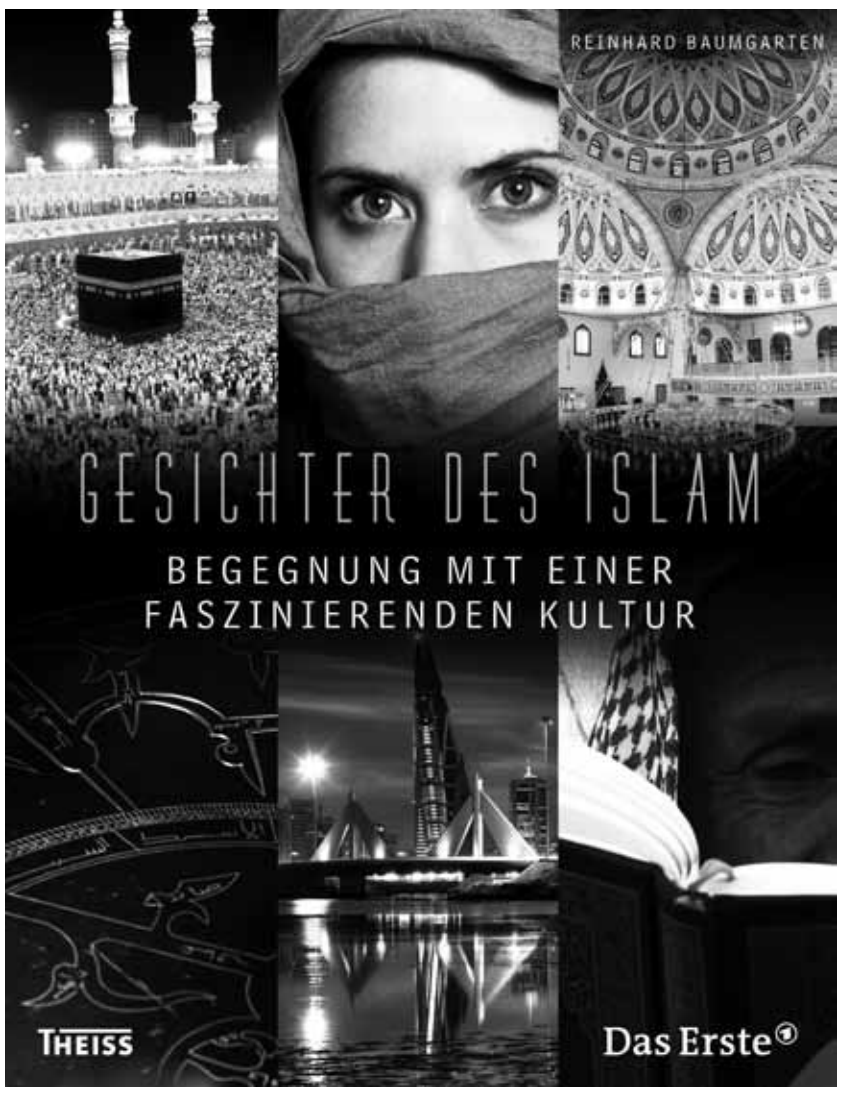
Baumgarten: Im Jahr 2000 wurde eine zwölfteilige Reihe über das Christentum in der ARD ausgestrahlt. Das Judentum stand vor drei Jahren im Mittelpunkt einer fünfteiligen Reihe. Im Nachgang hierzu haben die ARD-Fernsehdirektoren angeregt, dass nun auch der Islam präsentiert werden sollte. Daraufhin wurde im Kollegenkreis überlegt, wie ein solches Vorhaben realisiert werden könnte. Von vorneherein stand fest, dass die Aufarbeitung anders erfolgen muss, als bei den Reihen zum Christen- bzw. zum Judentum. Beim Christentum standen zwölf Folgen zur Verfügung und damit die Möglichkeit, die Entwicklung chronologisch aufzuzeigen. Beim Judentum wurde nicht so streng chronologisch, sondern stärker dokufiktional gearbeitet. Historische Vorkommnisse und Zusammenhänge wurden nachgespielt. Gleich zu Beginn war uns klar, dass eine chronologische Erzählweise beim Islam in nur vier Folgen schwierig sein würde.

***puk*:** Warum würde es beim Islam schwierig werden?

Baumgarten: Es war eine Kombination aus verschiedenen Gründen. Nehmen wir als Beispiel die Reihe über das Christentum. Das Christentum bezieht sich auf Jesus Christus als Sohn Gottes. Im Christentum ist es üblich und akzeptiert, dass Jesus Christus bildlich dargestellt wird. Diese bildliche Darstellung dient zur Vermittlung der Glaubensinhalte. Die zentrale Figur im Islam ist Mohammed. Dieser ist als Prophet aber ganz anders aufgestellt als Jesus Christus, der ja Sohn Gottes ist. Mohammed ist als Prophet der Überbringer des Korans und er ist zugleich auch der erste Interpret dieser Schrift. Die zweitwichtigste Quelle neben dem Koran ist für Muslime deshalb auch die sogenannte Sunna. Das sind die Lebensweise und Aussprüche des Propheten. Mohammed bildlich darzustellen, wird von Muslimen strikt abgelehnt. Diese Schwierigkeit hätten wir sicher überwinden können. Ein anderer Grund war aber, dass der Islam eine riesige geographische Ausdehnung hat, die von der Westküste Afrikas bis in den indopazifischen Raum, nach Indonesien und Malaysia reicht. Ein dritter Grund war, dass der Islam von Anfang an auch eine weltliche Komponente hatte. Das unterscheidet ihn vom Christentum. Im Verlaufe der rd. 1.400 Jahre bestanden viele große islamische Reiche. Das erschwert eine chronologische Darstellung, weil sich automatisch die Frage stellt, wo die Akzente gesetzt werden sollen und was ausgelassen werden kann. Wir haben uns schließlich für vier Schwerpunktfelder entschieden, weil wir glauben, damit auch die Fragen besser beantworten zu können, die Menschen heute in Sachen Islam umtreiben.

***puk*:** Welches sind die Themen, die Sie gesetzt haben?

Baumgarten: Das erste Themenfeld ist „Glaube und Kultur“. Hier wird der Islam als Religion, als Zivilisation, als Kultur überhaupt erst einmal vorgestellt. Es werden die Grundlagen dieser Religion aufgezeigt. Das zweite Themenfeld ist „Männer und Frauen“. Wir haben bewusst die übliche Fragestellung nach der Rolle der Frau im Islam als Leidthema vermieden. Unser Anliegen ist es, zu zeigen, wie Männer und Frauen zueinander stehen und was die religiösen und geschichtlichen Quellen hierzu sagen. Das dritte Themenfeld ist „Wissen und Fortschritt“. Es ist heute leider so, dass viele islamische Länder den westlichen Staaten mit Blick auf Wissenschaft und Fortschritt hinterherhinken. Daraus ergibt sich die Frage, ob dies religions- oder zivilisationsbedingt ist? Festzustellen ist, dass es eine Hochkultur in der Geschichte des Islams gab, die ungefähr vom 9. bis zum 12. Jahrhundert reicht. Der Prophet des Islams, Mohammed, hat gesagt, „suchet Wissen und sei es in China“. China nicht nur deshalb, weil es dort eine fortschrittliche Hochkultur gab, sondern weil China damals aus Sicht der Araber das Ende der Welt war. Das heißt, der gläubige Muslim soll nach Wissen suchen, selbst wenn er bis zum Rand der Welt gehen muss. Hieraus entstand eine Fortschrittsidee, die in einer islamischen Hochkultur und Wissenschaftskultur ihren Ausdruck fand. Die vierte Folge ist dem Thema „Frieden und Gewalt“ gewidmet. Ausgangspunkt sind die Ängste, die Menschen umtreiben, die in den Medien stark



© Konrad Theiss Verlag GmbH, Stuttgart

reflektiert werden und durch Medien noch verstärkt werden. Der Islam wird in Deutschland, aber auch in Europa insgesamt, vielfach als Bedrohung wahrgenommen. Und selbstverständlich können die Bedrohungsszenarien, die Bedrohungstheorien und zuweilen auch eine konkrete Bedrohungslage nicht von der Hand gewiesen werden. Der Terrorismus im Namen des Islams kann nicht geleugnet werden. Daraus resultierte die Frage, wie entsteht die Wahrnehmung des Islam als Bedrohung. Das Wort Islam leitet sich von dem Verb „salama“ ab, das „friedlich sein“ bedeutet. Islam bedeutet demnach friedliche Hingabe an den Willen Gottes. Islamkritiker übersetzen das Wort Islam übrigens mit Unterwerfung. Doch wir sind von dem Begriff Frieden ausgegangen. Wenn also das Wort Frieden im Islam steckt, warum wird diese Religion als so bedrohlich wahrgenommen? An dieser Stelle ist es wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass der Religionsstifter Mohammed eben nicht nur ein spiritueller Führer war, der in seiner Klause saß und göttliche Worte formulierte. Er war ebenso ein Mann seiner Zeit, der Frauen hatte, der ein Heer anführte, der Macht hatte, der Politiker war. Dieses spielte bereits in der Anfangszeit des Islam eine wichtige Rolle und hat nach wie vor eine große Bedeutung. Vieles, was der spirituelle Führer, der Heerführer, der Politiker, der Familienvater Mohammed gesagt und getan hat, spiegelt sich in der so genannten Sunna wieder und ist prägend für alle nachfolgenden Generationen. Der Koran geht in vielen Versen auf die damalige aktuelle politische, militärische und auch gesellschaftliche Situation ein. Das ist eine hoch spannende Dimension, wenn der Koran nicht nur als ein Glaubensbuch, sondern auch als ein Buch in der damaligen Zeit unter den damaligen Umständen gelesen wird. Wir wollen gerade auch diesen Aspekt zeigen.

***puk*:** „Gesichter des Islam“ bezieht sich also zum einen auf Themen, zum anderen auf eine historische Dimension und zum dritten, Sie haben es eingangs gesagt, auf bestimmte Länder. Warum haben Sie diese Länder ausgewählt? Stehen die Länder für eine bestimmte Aussage?

Baumgarten: Zunächst einmal war Saudi-Arabien als Ursprungsland des Islam unumgänglich. Spanien, es ist heute ein katholisches Land, war über fast acht Jahrhunderte zumindest teilweise muslimisch. Fast zwei Jahrhunderte wurde die gesamte Iberische Halbinsel von Muslimen beherrscht, obwohl die Bevölkerungsmehrheit aus Christen und Juden bestand. Gerade am Beispiel Spanien wollen wir das Miteinander der drei monotheistischen Religionen aufzeigen. Natürlich ist der Begriff der Toleranz nicht eins zu eins auf die damalige Zeit übertragbar. Toleranz – arab. Tasamuh – ist ein sehr moderner Begriff und kommt im Koran auch nicht vor. Auch der Gedanke der Toleranz, wie wir ihn heute verstehen, kommt so im Koran nicht vor. Was aber präsent ist, ist der Gedanke der Gleichheit der drei monotheistischen Religionen. Zum finden sich im Koran deutliche Unterscheidungen zwischen Christen, Juden und Muslimen, teilweise harsche Abgrenzungen. Es gibt aber auch andere Teile, in denen zwischen Christen, Juden und Muslimen zwar unterschieden, aber zugleich auf die Gemeinsamkeiten abgehoben wird. Dieser Gedanke findet sich übrigens auch in der Ringparabel von Lessings „Nathan der Weise“ wieder.

Die Türkei steht für ein laizistisches Land, in dem die meisten Menschen Muslime sind. Der strenge laizistische Kemalismus verliert aber an Bedeutung. Die Türkei entwickelt sich zu einem säkularen Land und damit zu einem möglichen Modell für andere islamische Länder. Ägypten haben wir gewählt, weil es ein Land ist, das einst an der Spitze des Fortschritts stand – und zwar nicht nur vor 4.500 Jahren zur Zeit der Pharaonen. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts lebten in Ägypten die gefragtesten arabischen Intellektuellen, das Land stand an der Spitze der politischen Bewegung, hatte eine blühende Filmindustrie, die arabische Literatur Ägyptens hatte eine herausragende Bedeutung. Ägypten hat innerhalb weniger Jahrzehnte einen rapiden Abstieg erfahren, der politisch, sozial und wirtschaftlich begründbar ist und letztlich zu einer Religiosität geführt hat, die den Blick eng macht. Iran ist als schiitisches Land, als ein Land der islamischen Hochkultur, besonders wichtig. Indonesien hat schon deshalb eine Bedeutung, weil es das Land ist, in dem die meisten Muslime leben, immerhin 200 Mio. Menschen. Darüber hinaus ist der Islam in Indonesien besonders vielfältig. Es ist ein Islam mit interessanten synkretistischen Einsprengseln. Es ist ein mystischer und teilweise magischer Islam. Deutschland spielt selbstverständlich eine Rolle, um den Islam hier in unserem Land mit seinen mehr als vier Millionen Muslimen darzustellen.

***puk*:** Es handelt sich um ein trimediales Projekt. Können Sie schildern, was Zuschauer, Zuhörer sowie Internetnutzer erwartet?

Baumgarten: „Gesichter des Islam“ ist multimedial angelegt. Denn neben den Fernsehfilmen, Hörfunksendungen und dem Internetauftritt gibt es zusätzlich das Begleitbuch zur Serie. Für jedes Medium war ein jeweils eigenes Herangehen erforderlich. Der Fernsehfilm lebt von den Bildern und den Geschichten, die erzählt werden. Im Hörfunk gibt es natürlich keine Bilder. Um das „Kino im Kopf“ der Zuhörer in Gang zu bringen, muss ein ganz eigener Erzählstil gefunden werden. Im Hörfunk kann auf radiophone Weise mit Belegzitaten aus den islamischen Quellen, mit Originaltönen von Interviewpartnern, Musik und Atmos gearbeitet werden. Im Internet werden die gesammelten Rechercheergebnisse subsumiert. Hier wird es ein kleines Lexikon, Informationskästen, kurze Videos und Audiobeispiele geben. Das Buch orientiert sich an den Ländern, die besucht wurden, bietet Reportagen, Erklärtexte und ausführliche Interviews mit Nobelpreisträgern, Gelehrten und sehr vielen zeitgenössischen muslimischen Frauen und Männern. Der Blick geht hier noch mehrere Spuren tiefer. Ich denke, dieses multimediale Projekt, an dem wir jetzt seit fast drei Jahren arbeiten, ist eine einzigartige Bestandsaufnahme des Gegenwartsislams mit zahlreichen und überraschenden Facetten.

***puk*:** Herr Baumgarten, das Gespräch hat die Neugierde beflügelt. Ich danke Ihnen und wünsche „Gesichter des Islam“ viele Zuschauer, Zuhörer und Leser.

Gabriele Schulz ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates. Reinhard Baumgarten hat das Projektes Gesichter des Islam konzipiert. Er war ARD-Korrespondent in Kairo und leitet das Ressort Religion, Kirche und Gesellschaft beim Südwestrundfunk ■

Die Ausstrahlungstermine der Dokumentation „Gesichter des Islam“ sind einsehbar unter www.swr.de/islam

Mommert meint

Da haben wir also dem früheren Bundespräsidenten Horst Köhler vorgeworfen, nicht deutlich genug das öffentliche Wort ergriffen zu haben (wie zum Beispiel bei der in Not geratenen Kulturförderung), da spricht sein Nachfolger Christian Wulff gleich in seiner zweiten wichtigen Rede Tacheles. Auch der Islam gehört zu Deutschland, meinte das Staatsoberhaupt und hat damit eine lebhafte Debatte entfacht. Das ist gut. Aber es ist gut möglich, dass diese Aussage zu früh kommt. Denn dass der Islam mit Millionen Menschen mit muslimischen Wurzeln in Deutschland längst angekommen ist, wird niemand ernsthaft bestreiten. Aber ob viele der damit zusammenhängenden kulturellen Unterschiede wirklich schon zu Deutschland mit seinen bisher deutlich anderen kulturellen Fundamenten gehören, darf bezweifelt werden.

Und zu dieser echten Akzeptanz gehört auch noch ein gutes Stück Arbeit – auf beiden Seiten. Denn leider werden in den überhitzten (auch Thilo-Sarrazin-) Debatten oft die Fakten ignoriert. So verweist der letzte Integrationsbericht der Bundesregierung auf erhebliche Integrationsprobleme bei Menschen mit muslimischen und türkischen Wurzeln, ohne dass damit gleich ganze Gruppen unter Generalverdacht gestellt werden sollen. Aber selbst der türkische Europaminister hat jetzt diese in Deutschland lebenden Menschen aufgefordert, sich besser als bisher den Sitten und Gebräuchen in Deutschland anzupassen und die deutsche Sprache zu lernen.

Und das Problem der sogenannten Parallelgesellschaften ist hierzulande unter dem Modewort Multikulti lange unterschätzt worden, auch von Rot-Grün, das gebietet die Ehrlichkeit auszusprechen, unabhängig von der Sarrazin-Hysterie. Aber dass sein Buch bereits über eine Million Mal verkauft werden konnte (es ist auf dem besten Weg, das bisher bestverkaufte Sachbuch in Deutschland zu werden) zeigt wohl, dass Sarrazin neben einigen abstrusen Gen- und Vererbungs-„theorien“ Dinge angesprochen hat, die vielen Menschen in Deutschland auf dem Herzen liegen und von der Politik gutmeinend ignoriert wurden. Und da ist es nun mal mit einer einfachen (vorausgreifenden) Feststellung quasi ex kathedra, „auch der Islam gehört zu Deutschland“, nicht getan, meint Mommert.

Wilfried Mommert ■

www.cicero.de

20 Jahre danach

Lesen Sie in Cicero, was aus Deutschland geworden ist

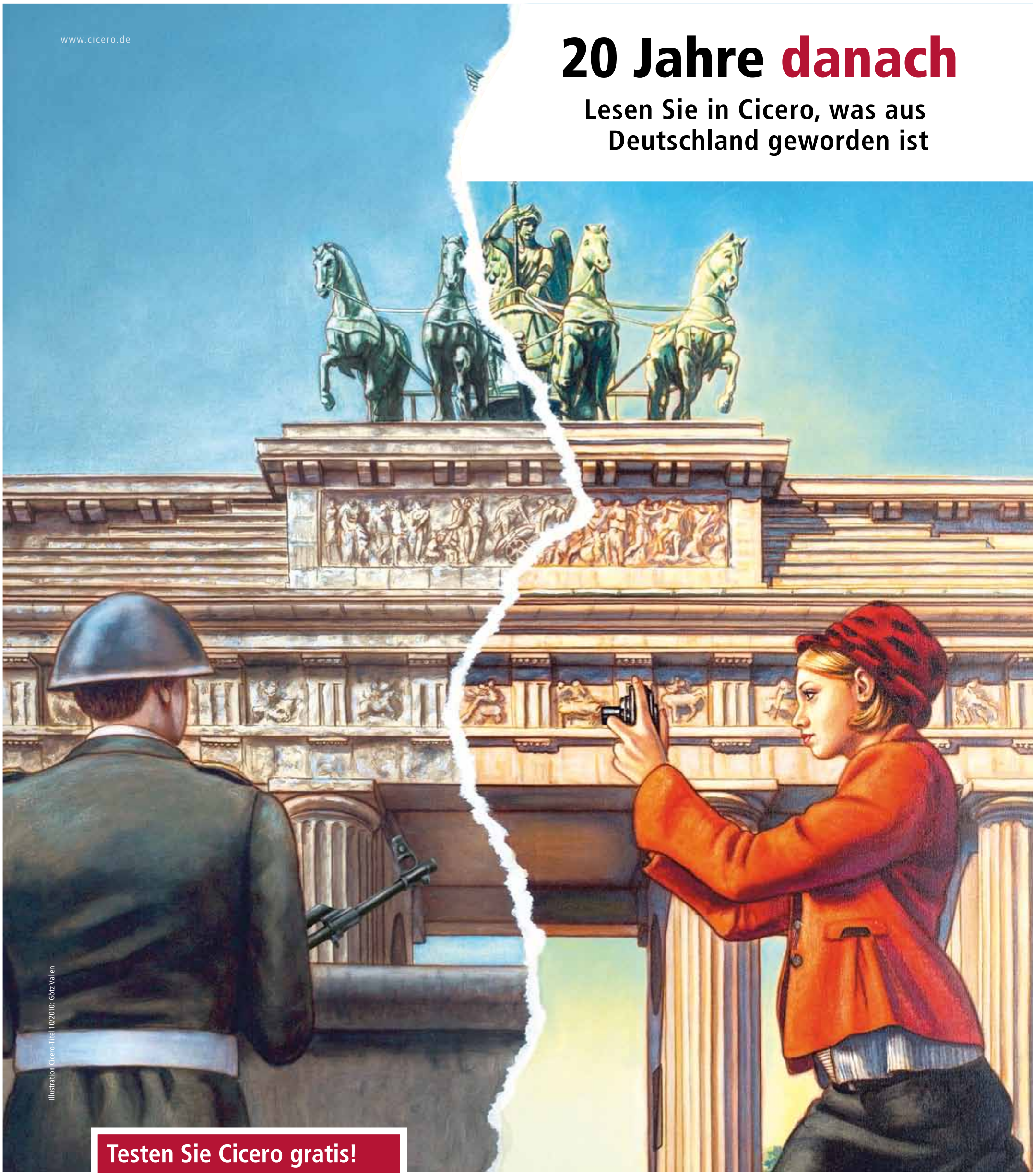


Illustration Cicero-Titel 10/2010: Götz Valien

Testen Sie Cicero gratis!

Bitte senden Sie mir zunächst ein kostenloses Abo-Probeheft.*

Vorname, Name _____

Straße, Nr. _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Ich habe die Angebotsbedingungen* gelesen und akzeptiert. **Bestellnr.: 707529**

Datum, Unterschrift _____

☐ Ja, ich bin damit einverstanden, dass Cicero und der Ringier Verlag mich künftig per Telefon oder E-Mail über aktuelle Angebote des Verlages informieren.

www.cicero.de/abo **0800 282 20 04**

Cicero-Leserservice, 20080 Hamburg **0800 77 88 790**

Lesen Sie außerdem in der aktuellen Ausgabe:

- **Abstieg eines Superstars**
  Barack Obama vor seinem Wahldebakel
- **Der Böse ist immer der Moslem**
  Die Irrtümer der Islamkritiker
- **Literatur Spezial**
  Die 20 wichtigsten Bücher des Herbstes

*Angebotsbedingungen: Wenn mir Cicero gefällt, brauche ich nichts weiter zu tun. Ich erhalte Cicero dann weiter monatlich frei Haus zum Abo-Vorzugspreis von zurzeit 7,- EUR pro Ausgabe und spare somit über 10 % gegenüber dem Einzelkauf. Falls ich Cicero nicht weiterlesen möchte, teile ich Ihnen dies innerhalb von zwei Wochen nach Erhalt des Gratisheftes mit. Auch danach gehe ich kein Risiko ein, denn ich kann mein Abonnement jederzeit kündigen. Preis im Inland inkl. MwSt. und Versand, Abrechnung als Jahresrechnung über zwölf Ausgaben, Auslandspreise auf Anfrage. Cicero ist eine Publikation der Ringier Publishing GmbH, Lennéstraße 1, 10785 Berlin, Geschäftsführer Martin Paff.

Kirchentage sind auch Kulturtage

Zum 3. Ökumenischen Kirchentag • Von Steffen Reiche

Eine große deutsche Tageszeitung schrieb neulich über die Internationale Funkausstellung, es wäre ein „Kirchentag der Medien“. „Kirchentag“ ist also zum Begriff geworden. Er wird gebraucht wie der Superlativ zu Heerschau. Und in der Tat, Kirchentag ist zum Begriff geworden, weil er ein Phänomen sui generis ist. Und erst recht der Ökumenische Kirchentag, der in diesem Jahr zum 2. Mal stattfand. Es gibt so etwas sonst nirgendwo auf der Welt. Der 2. Ökumenische Kirchentag ist Geschichte und hat Geschichte geschrieben.

Impressionen vom 2. Ökumenischen Kirchentag München 2010 **Foto: Jens Schulze © 2. ÖKT**

Die Kirchen in Deutschland, die Katholische, die Evangelischen, die Orthodoxen und die Freikirchen, haben gemeinsam ihren Glauben bekannt und Gottesdienste gefeiert. Das Eindrucksvolle daran war, dass man nicht versucht hat, etwas zu mischen, sondern aufeinander geachtet und voneinander gelernt hat. Crossover statt Konfessionsmix.

Als die Orthodoxen am Tag nach dem Himmelfahrtstag einluden zu ihrem altkirchlichen Ritus des Brotbrechens, der Arthoklasie, kamen über 20.000 Menschen, um an 1.000 Tischen das Brot zu brechen und Wasser, Früchte und Olivenöl miteinander zu teilen. Für viele war es das zentrale und schönste Ereignis des ganzen Kirchentages.

Die Kirchen brachten auch bei diesem Ökumenischen Kirchentag ihre verschiedenen Traditionen ein und alle empfanden das als gemeinsamen Reichtum der einen Kirche, die größer ist als die vielen realen, aus denen wir kommen.

Kirchentage sind auch Kulturtage. Bei welchem Großereignis gibt es soviel Kultur wie beim Kirchentag. Überall wird gesungen, soviel und von so vielen wie sonst nirgendwo. Täglich gibt es Dutzende von Konzerten. Jede Kirche und viele Räume hatten Ausstellungen vorbereitet. Und der Kirchentagsausweis berechtigte zum freien Eintritt in die vielen Museen in München. Und nicht nur in der Kulturkirche, sondern in vielen Kirchen, Messehallen und Gemeinderäumen wurde die symbiotische Beziehung von Kirche und Kultur gelebt und diskutiert.

Über vier Jahrhunderte war es undenkbar, dass katholische und evangelische Christen etwas zusammen gemacht hätten. Es gab Kriege um den rechten Glauben, der längste dauerte 30 Jahre. Noch heute gibt es in manchen Regionen Friedhöfe nur für die Katholiken und andere für die anderen. Noch im vergangenen Jahrhundert galten die einen den anderen als Ketzer und wer die Konfession, das Bekenntnis wechselte, wurde in der anderen Kirche noch einmal getauft, obwohl beide Kirchen zu Recht immer die Wiedertäufer abgelehnt haben.

Da war es eine theologische Großtat, ein kirchengeschichtlicher Meilenstein, dass es kurz vor dem Millennium den Vertretern beider Kirchen gelang, in der Kernfrage der Reformation eine Einigung zu erzielen. Der Ursprung der bis heute tiefgreifendsten Teilung der Kirche und zugleich der Anfang der deutschen Revolution, der Reformation, war die Frage Luthers nach dem gerechten, dem gnädigen Gott: „Wie bekomme ich einen gnädigen Gott“. Und mit der Renaissancebewegung seiner Zeit ging Luther in die Antike, zu den alten Texten zurück, zu Paulus. Luther räumte den Berg von Jahrhunderten weg und legte die alte Quelle, die Schrift, die Evangelien und die Paulusbriefe durch sein sola scriptura wieder frei. Und entdeckte, deckte wieder auf, dass sola fide sola gratia kommt, also allein durch den Glauben und allein durch Gnade kommt die Erlösung. Der Mensch kann nichts dazu tun, aber er verhält sich wegen dieser geschenkten Gnade anders als zuvor. Wie ein gesunder Apfelbaum kann er nur noch gesunde Früchte hervorbringen. Die Reformation schuf ein neues Denken und ermöglichte eine neue Kultur. Deshalb und dadurch begann die Neuzeit.

In dieser zentralen, bis dahin trennenden Frage der Rechtfertigungslehre, gab es 1999 die Einigung zwischen katholischer und evangelischer Kirche. Damit war im Kernland der Reformation, wo die Ökumenische Bewegung auch deshalb so stark geworden ist, weil beide Konfessionen in etwa gleich stark sind, der Weg frei für einen Ökumenischen Kirchentag – 2003 im evangelischen Berlin.

Die Kirchentagsbewegung ist in Deutschland sehr alt. Sie hat ihre Ursprünge in der Zeit der Frankfurter Paulskirchenversammlung. Auch wenn der Weg der beiden verschiedenen Kirchentage und ihre Formen sehr unterschiedlich waren durch die Zeiten, so wurden sie sich in der Bundesrepublik und der DDR immer ähnlicher. Das Großexperiment von 2003 gelang sensationell. Und es gab beim Abschlussgottesdienst ein großes Zeichen für die gemeinsame Taufe. Mitten in der großen Menge, die vor dem Reichstag auf der Wiese saß, war in der Mitte des freigelassenen Kreuzes eine riesige Schale mit Wasser, aus der Wasser in Krügen zu den Menschen gebracht wurde, die sich dann damit bekreuzigten. Ein starkes katholisches Zeichen wurde von allen Kirchen aufgegriffen als Zeichen für die gewachsene Einheit.

Es war danach klar, gemeinsam weitergehen zu wollen. Der Heilige Geist hatte wohl bei der Festlegung des ersten Termins die Finger im Spiel. Ein 2. Ökumenischen Kirchentag sollte im Süden stattfinden. Drei evangelische und drei katholische Kirchentage, also sieben Jahre später. Damit ist sieben als sinnvoller Rhythmus gesetzt. Sieben ist eine heilige Zahl und steht für die Fülle, die Vollkommenheit. Nach München 2010 liegt damit 2017 als Zeit für den 3. Ökumenischen Kirchentag nahe. 2017 – das Jahr des 500jährigen Reformationsjubiläums.

Der Kirchentag im eher katholischen München hatte als großes Zeichen der wachsenden Einheit auf Vorschlag der Orthodoxen Kirche eine Arthoklasiefeier gewählt. Nach der Enttäuschung in Berlin, dass es noch kein gemeinsames Abendmahl geben durfte, lud die Orthodoxe Kirche nun zu ihrem alten Ritus des Brotbrechens ein. An tausend Tischen sollten 10.000 Menschen auf dem Weg zu einem kommenden gemeinsamen Abendmahl das Brot brechen. Keiner ahnte vorher, dass diese Feier bei Kälte und vom Regen bedroht, zur Sternstunde des 2. Ökumenischen Kirchentages werden sollte. An 1.000 Tischen hatten sich über 20.000 Menschen versammelt und erlebten mit ungewöhnlicher spirituellen Aufmerksamkeit einen alten, fast verstaubt gedachten östlichen Ritus mit ungeahnter Kraft neu. Die Orthodoxie stand plötzlich als starker gebender Teil der Ökumene vor aller Augen. War sie doch bis dahin kaum wahrgenommen worden zwischen den beiden Groß-, nein großen Kirchen in Deutschland. Nun aber erlebten alle die Vitalität der Orthodoxen Kirche, die sich im Jahr 1054 von Rom getrennt hatte. Und obwohl es bewusst kein Abendmahl war, erlebten es alle als einen Meilenstein, eine Wegmarke auf dem Weg zu einem gemeinsamen Abendmahl.

Vor aller Augen ist, dass ein 3. Ökumenischen Kirchentag kommen sollte. Aber wann und wo? Es wächst das Verständnis dafür, dass man nicht aus dem Takt kommen sollte, Takt halten sollte. Also 2017. Städte, in denen ein Ökumenischer Kirchentag stattfinden kann, gibt es nicht so viele in Deutschland. Also drängt sich Berlin auf, denn nur dort könnte der Kirchentag in den verschiedenen Lutherstädten, in Wittenberg und Erfurt, in Eisleben und Eisenach beginnen, um dann in Berlin den Kirchentag zu gestalten und mit einem großen Abschlussgottesdienst die wachsende Einheit zu feiern. Als weiteren Meilenstein auf dem Weg zu der einen Kirche mit verschieden akzentuierten Konfessionen(Bekenntnissen).

Und diese Einladung, die gemeinsame Feier der 500 Jahre Reformation, wäre 2017 das große Zeichen für die gewachsene Einheit beim 3. Ökumenischen Kirchentag.

Das heißt die Protestanten, also die, die sich nach der Orthodoxie von der Katholischen Kirche getrennt haben, wären dann die, die die drei Zeichen für die wachsende Einheit der Kirche stiften.

So wie die Katholiken 2003 ihr Zeichen der Tauferinnerung für die wachsende Einheit gaben und 2010 die sich als erste von ihr trennenden Orthodoxen das Zeichen des Brotbrechens, so sollten die Protestanten 2017 ihr Reformationsjubiläum für den gemeinsamen Kirchentag als Zeichen der gewachsenen Einheit zur Verfügung stellen.

Der Verfasser war Mitglied im Präsidium des 2. Ökumenischen Kirchentags ■

Zwischen Anspruch, Erwartung und Wirklichkeit:
Studie des Deutschen Kulturrates »Der WDR als Kulturakteur«

Der WDR ist die größte ARD-Anstalt. Er verfügt über das größte Budget, er hat die meisten Mitarbeiter, er versorgt das bevölkerungsreichste Sendegebiet, er repräsentiert die ARD auf internationaler Ebene. Er ist ein Sender der Superlative!

Trotzdem wird der WDR auch aus dem Kulturbereich heraus kritisiert.

- Sinkt das Niveau wirklich ins Bodenlose?
- Gewinnt die seichte Unterhaltung wirklich die Oberhand über die seriöse Information und die ernste Kultur?
- Beutet der Sender die freiberuflichen Kulturschaffenden wirklich immer mehr aus?
- Werden die Kultursendungen wirklich immer mehr in die Spartenprogramme oder in die späten Nachtstunden verschoben?

Der gefühlten Wahrheit Fakten gegenüberzustellen,
die die Gefühle bestätigen oder widerlegen, ist das Ziel der Studie. Gerade der Kulturbereich, der vom Wohl und Wehe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks unmittelbar betroffen ist, kann es sich nicht leisten, seine Beurteilungen zu einem nicht geringen Anteil aus dem Bauch heraus zu treffen.

Zu beziehen über jede Buchhandlung oder unter: http://www.kulturrat.de/shop.php

Der WDR als Kulturakteur
Anspruch • Erwartung • Wirklichkeit

Herausgegeben vom Deutschen Kulturrat
Autoren: Gabriele Schulz, Stefanie Ernst, Olaf Zimmermann
Berlin 2009. 464 Seiten.
24,90 Euro

ISBN 978-3-934868-22-9

DEUTSCHER KulturRAT

Luther 2017

In den Etat von Bernd Neumann, des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, MdB (CDU), wurden für das Jahr 2011 fünf Millionen Euro zur Vorbereitung des 500. Reformationsjubiläums im Jahr 2017 eingestellt.
Bis zum Jahr 2017 ist seitens des Beauftragten für Kultur und Medien geplant, jährlich weitere 5 Millionen zur Verfügung zu stellen. In der Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag am 15. September 2010 wurden entsprechende Konzepte für das Reformationsjubiläum angemahnt.
Am 6. Oktober fand eine öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages statt, in der von Seiten der EKD sowie der Luthergedenkstätten zu den Konzepten der Lutherdekade Auskunft gegeben wurden.

Dabei wird das Reformationsjubiläum eines der wichtigsten Kulturereignisse des nächsten Jahrzehnts sein, in das die Zivilgesellschaft miteinbezogen werden sollte. Schließlich geht Luther alle an!

Vor diesem Hintergrund hat *politik und kultur* Kulturstaatsminister *Bernd Neumann* sowie Abgeordnete des Deutschen Bundestags, die sich in ihrer Arbeit mit kirchenpolitischen Angelegenheiten auseinandersetzen, gebeten, kurze Statements zur Lutherdekade abzugeben. *Bernd Neumann*, *Ingrid Fischbach*, *Siegmund Ehrmann*, *Stefan Ruppert* und *Raju Sharma* schildern ihre Ideen und Wünsche hinsichtlich eines Konzepts zu „Luther 2017“.

Die Redaktion ■

Enormer Bildungsschub

Das Reformationsjubiläum 2017 • Von Bernd Neumann

Mit dem Thesenanschlag Luthers und der dadurch ausgelösten Reformation verbindet sich eine Vielzahl von kirchlichen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklungen. Das Reformationsjubiläum 2017 birgt daher ein immenses historisches, kulturtouristisches und damit auch wirtschaftliches Potential. Für Deutschland bietet sich einmal mehr die Gelegenheit, sich als Land mit einer reichen und vielfältigen kulturellen Tradition zu präsentieren.

Dies sind Gründe der Bundesregierung, ihr schon seit Jahren bestehendes Engagement für die reformationsgeschichtlichen Gedenkstätten – darunter sind zahlreiche UNESCO-Welterbestätten – zu stärken und die Länder bei der Sanierung zentraler Stätten und Orte, die in einem unmittelbaren Bezug zur Reformation stehen, noch mehr als bisher zu unterstützen. Im Jubiläumsjahr wird diesen authentischen Lutherorten eine besondere Bedeutung zukommen, gerade auch im Hinblick auf die Vielzahl von Besuchern, die aus dem Ausland erwartet werden. Hierfür sollen diese Orte nicht nur in neuem Glanz erstrahlen, sie müssen auch ertüchtigt werden, um im Jubiläumsjahr den an sie gestellten Erwartungen gerecht zu werden. Daher sind jetzt die Weichen zu stellen, um die notwendigen Sanierungsmaßnahmen und Investitionen in die Infrastruktur bis zum Jahr 2017 abschließen zu können. Es werden dann 500 Jahre vergangenen sein, seitdem Martin Luther den Anstoß zur Reformation und in deren Folge zu umfassenden gesellschaftlichen Veränderungen gegeben hat, die er selbst nur zum Teil beabsichtigte und vorhersah. Auf vieles, was durch die Reformation angestoßen wurde, können wir mit Recht stolz sein. Ihr folgte ein enormer Bildungsschub. Die Wissenschaften und insbesondere die Literatur wurden durch Luthers Formung der deutschen Schriftsprache entscheidend geprägt. Es werden auch 500 Jahre sein, in denen Martin Luther immer wieder dem jeweiligen Zeitgeist und der vorherrschenden politischen Auffassung entsprechend instrumentalisiert wurde. Es kann also nicht darum gehen, im Jahr 2017 eine weitere, vermeintlich abschließende Interpretation des Geschehens und seiner Wirkungen zu präsentieren. Vielmehr erhoffe ich mir eine intensive und vielfältige Auseinandersetzung mit unseren historischen und kulturellen Wurzeln. Die Bundesregierung wird neben den Ländern, Kommunen und Kirchen daran mitwirken, die notwendigen Rahmenbedingungen für ein würdiges Jubiläum und einen breiten gesellschaftlichen Diskurs zu schaffen.

Der Verfasser ist Staatsminister bei der Bundeskanzlerin und Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien ■

Bernd Neumann
Foto: Laurence Chaperon

Was lange währt, wird endlich gut...

Von Siegmund Ehrmann

2017 jährt sich eines der bedeutendsten kulturhistorischen Ereignisse der neueren Zeit – 500 Jahre Reformation. Noch lange hin, mögen manche meinen. Doch so viel Zeit bleibt bis dahin nicht, zumal die Lutherdekade bereits begonnen hat und mit verschiedenen Themenjahr en auf dieses Ereignis hinführt. Viel bleibt noch zu tun bis 2017 und es wird eher mehr als weniger werden. Das zumindest ist zu hoffen. Die nationale und hoffentlich auch internationale Aufmerksamkeit für dieses Großereignis wird wachsen, weshalb das Reformationsjubiläum auch von enormer touristischer Bedeutung ist. Dafür sollten alle Akteure an einem Strang ziehen.

Siegmund Ehrmann
Foto: Bernd Brundert

Mit dem Reformationsjubiläum 2017 ist Deutschland eine riesige Chance gegeben. In Wittenberg und anderen Orte nahm eine Bewegung ihren Anfang, die in den vergangenen fast 500 Jahren zu einer tief greifenden Veränderung der Kirche, des Glaubens und unserer Gesellschaft beigetragen hat. Die Folgen und Konsequenzen aus dem Handeln der Menschen in der damaligen Zeit prägen das Verhältnis von Religion, Menschen und Gesellschaft noch heute rund um den Globus.

Diese Wurzeln offen zu legen, zurück an den Ursprung dieser Bewegung und der damit verbundenen Ideen zu kommen, finde ich unglaublich faszinierend. Doch bis es soweit ist, sollten wir uns an die Arbeit machen, um das Reformationsjubiläum 2017 gut vorzubereiten. Bereits jetzt müssen wichtige Sanierungsprojekte in Angriff genommen werden und die inhaltlichen Vorbereitungen für das kulturelle Programm beginnen.

Ferner bedarf es finanzieller Mittel für entsprechende Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im In- und Ausland. Deshalb begrüßt die SPD ausdrücklich, dass im Haushalt des Bundes für 2011 erstmalig Mittel zur Förderung von geplanten Investitionen zentraler Orte der Reformation eingestellt sind. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Mittel auf mindestens dieser Höhe bis zum Jahr 2017 verstetigt werden. Die Länder Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen stellen dafür in ihren Haushalten ebenfalls enorme Mittel zur Verfügung, was angesichts der aktuellen Haushaltslage keine Selbstverständlichkeit ist. Umso wichtiger ist das Signal des Bundes, dass er diesem, nicht nur regional wichtigen Ereignis hohe Bedeutung zumisst.

Der Verfasser ist Beauftragter für Kirchen und Religionsgemeinschaften und Sprecher der Arbeitsgruppe für Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion ■

Luther gehört euch wirklich nicht!

Die Evangelische Kirche sollte ihre Tore weit, sehr weit öffnen • Von Olaf Zimmermann

Stephan Schaede, Direktor der Evangelischen Akademie Loccum, hat in der letzten Ausgabe von *politik und kultur* geschrieben „Luther gehört uns nicht!“. Er hat seinen Ruf als Theologe vor allem an die Vertreter und Mitglieder der Evangelischen Kirche gerichtet und unterstrichen, dass das Reformationsjubiläum im Jahr 2017 mehr sein muss als eine Veranstaltung von Kirche und Staat. Er ruft auf, dass andere gesellschaftliche Akteure einbezogen werden müssen. Recht hat er!

Vor gut zwei Jahren wurde mit festlichen Gottesdiensten in Wittenberg die Lutherdekade eröffnet. Über zehn Jahre hinweg soll das Reformationsjubiläum 2017, 500 Jahre Thesenanschlag an die Schlosskirche zu Wittenberg, vorbereitet werden. Geplant sind jeweilige thematische Schwerpunkte. Das laufende Jahr 2010 wurde unter das Motto Religion und Bildung gestellt. Im Mittelpunkt steht der Reformator Philipp Melanchthon, der sich in besonderer Weise um das Bildungswesen verdient gemacht hat. Weitere Themenjahre sind: Reformation und Freiheit (2011), Reformation und Musik (2012), Reformation und Toleranz (2013), Reformation und Politik (2014), Reformation – Bild und Bibel (2015), Reformation und die Eine Welt (2016) sowie das eigentliche Reformationsjubiläum (2017).
So klug gewählt diese Schwerpunkte sind und so geschickt sie ohnehin anstehende Jubiläen wie z.B. das 800jährige Jubiläum des Leipziger Thomanerchors (2012) oder den 500sten Geburtstag von Lucas Cranach d. Jüngeren (2015) mit dem Reformationsjubiläum verbinden, dennoch bleibt die wirkliche Begeisterung für die Lutherdekade noch aus. Nun mag es daran liegen, dass das eigentliche Reformationsjubiläum noch in weiter Ferne liegt. Gleichwohl, damit das Reformationsjubiläum tatsächlich begeistert, muss deutlich werden, was es mit uns heute zu tun hat, was es für die gesamte Gesellschaft bedeutet und nicht nur für die protestantischen Christen. Wenn jetzt auch noch der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien in den kommenden sieben Jahren jeweils 5 Mio. Euro, also zusammen stolze 35 Mio. Euro, zur Verfügung stellt, so der Haushaltsausschuss im Deutschen Bundestag die Mittel genehmigt, stellt sich umso mehr die Frage nach der gesellschaftlichen und besonders auch kulturpolitischen Dimension des Reformationsjubiläums. Keine Frage, das Reformationsjubiläum wird für den Kulturtourismus in den drei sogenannten Stammländern des Protestantismus (Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) eine große Bedeutung haben. Ebenso bietet es die Gelegenheit, die Wirkungsstätten Martin Luthers zu restaurieren und auf den neuesten Stand zu bringen. Doch wäre das für ein Reformationsjubiläum zu wenig.
Die Lutherjubiläen gründeten in der Vergangenheit oft auf sehr engen Kooperationen von Evangelischer Kirche und Staat. So wurde z.B. auf kaiserlichen Erlass der 400. Geburtstag Luthers 1883 in ganz Deutschland begangen. Besonders groß war der Missbrauch der Lutherfeiern durch den Staat vor und während des ersten Weltkrieges in Deutschland. Aber auch in der jüngsten Geschichte kam der Staat nicht ohne Martin Luther aus. Zur Feier der 500. Wiederkehr des Geburtstages des Reformators 1983 instrumentalisierten Ost- und Westdeutschland die Feiern jeweils aus dem eigenen Blickwinkel. In der DDR übernahm Staats- und Parteichef Erich Honecker selbst den Vorsitz des Lutherkomitees.
In einer Zeit, die, obwohl vermeintlich säkularisiert, von religiösen Konflikten aufgeladen ist, lohnt es sich über die Sprengkraft von Religion allgemein wie auch der Reformation im speziellen heftig nachzudenken. Hier ist jede und jeder gefragt. Also nicht nur die Evangelische Kirche und der Staat.
Das Reformationsjubiläum ist eines der wichtigsten Kulturereignisse des nächsten Jahrzehnts und darf wegen den Erfahrungen der Lutherjubiläen in den letzten Jahrhunderten kein rein staatliches oder kirchliches Ereignis werden. Kulturstaatsminister Bernd Neumann hat am 6. Oktober vor dem Kulturausschuss des Deutsches Bundestages klargestellt, dass es trotz seiner finanziellen Unterstützung mit ihm keine staatlichen Lutherfeiern geben wird. Der Staat hat augenscheinlich seine Lektion aus den letzten Jahrhunderten gelernt. Jetzt muss auch die Evangelische Kirche zeigen, dass sie lernfähig ist.
Was wir jetzt brauchen, ist eine kritische und öffentliche Debatten zu Luther 2017 und der Reformationsdekade in der gesamten Zivilgesellschaft. Besonders die Evangelische Kirche sollte dafür ihre Tore weit, sehr weit öffnen.

Die Lutherstube im Lutherhaus Wittenberg ist weitestgehend im Originalzustand erhalten geblieben
© Stiftung Luthergedenkstätten in Sachsen-Anhalt

Der Verfasser ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Herausgeber von politik und kultur ■

nmz media

Das Musik-Kultur-Politik-TV-Programm der nmz

Donaueschinger Musiktage 2010
die Videoberichterstattung

Das renommierte Festival für Neue Musik hatte in diesem Jahr einen besonderen Schwerpunkt: das Streichquartett. Ob in klassischer Formation als Kammermusikensemble, als Solistengruppe zusammen mit Sinfonieorchester, als Performance- oder Installationskunst – unsere täglichen Blog-Videos geben Einblick in die vielfältigen Veranstaltungen der diesjährigen Musiktage des SWR.

„IFF“
das Institut zur Früh-Förderung musikalisch Hochbegabter an der HMTM Hannover

Junge Talente fördern und ihnen die Möglichkeit geben, mit Gleichaltrigen zusammenzukommen, die ihre Liebe zur Musik teilen – das ist das Ziel dieses besonderen Studiengangs, den wir für die Hochschule Hannover porträtierten.

Musik verbindet: „mu:v – the muvie“
eine Initiative der Jeunesses Musicales

Anfang August fand auf Schloss Weikersheim, dem Sitz der Jeunesses Musicales Deutschland, das erste mu:v-Camp statt. Seit drei Jahren planen die jungen Mitglieder in Eigenregie durch die Initiative „mu:v“, die Jeunesses von morgen zu gestalten: eine Plattform für junge Musiker ohne Grenzen. Mit verschiedensten genreübergreifenden Kursen und Workshops wollen sie so auch neue Mitglieder ansprechen, die ansonsten nicht auf die Jeunesses Musicales aufmerksam würden.

media

kostenlos unter:
www.nmz.de

Luther 2017 – 500 Jahre Reformation

Von Ingrid Fischbach

Mit Blick auf das Jahr 2017 stehen wir vor einem Jubiläum, das weit über die Grenzen Deutschlands und Europas Aufmerksamkeit erfährt: 500 Jahre Thesenanschlag durch Martin Luther am Hauptportal der Schlosskirche zu Wittenberg am 31. Oktober 1517 – 500 Jahre Reformation. Der CDU/CSU-Bundestagsfraktion liegt es am Herzen, dieses Ereignis von Weltrang zu würdigen und gebührend zu feiern. Daher werden wir mit dem Ziel einer Konkretisierung der Konzeption für die Vorbereitung der Luther-Dekade in Abstimmung mit dem Koalitionspartner zeitnah einen Antrag in den Deutschen Bundestag einbringen.

Wichtig ist uns bei der Gestaltung der Luther-Dekade, der Bedeutung der Reformation Rechnung zu tragen und ihrer prägenden Wirkung auf Gesellschaft und Politik Aufmerksamkeit beizumessen. Die langfristige Vorbereitung des Jubiläums bietet Gelegenheit, sich mit Martin Luther tatsächlich und neu auseinanderzusetzen. Die Konkretisierung der Konzeption soll in Zusammenarbeit und Abstimmung mit allen Akteuren, insbesondere dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, der EKD und der „Stiftung Luthergedenkstätten in Sachsen-Anhalt“, erfolgen.

Grundlage für die Vorbereitung des Reformationsjubiläums ist der Kulturhaushalt 2011, den der Deutsche Bundestag derzeit berät und

Ingrid Fischbach
Foto: Büro Fischbach

der ab dem Jahr 2011 jährlich fünf Millionen Euro einstellt. Die unionsgeführte Bundesregierung übernimmt dadurch die Verantwortung, die reformationsgeschichtlichen Gedenkstätten zu pflegen und zu erhalten, das reformatorische Erbe zu bewahren sowie die Forschung und Lehre im Zusammenhang mit der Reformation und Reformationsgeschichte zu fördern.

Die vom Kuratorium zur Vorbereitung des Reformationsjubiläums 2017 vorgenommene Strukturierung der Luther-Dekade durch einzelne Themenjahre ermöglicht eine Profilierung auf die unterschiedlichen Dimensionen in religiöser, kulturgeschichtlicher und auch touristischer Hinsicht – dies unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft sowie kirchlicher und staatlicher Akteure. Gottesdienste, Tagungen, Kongresse, Publikationen, Schulprojekte, Podiumsdiskussionen, Lesungen, Konzerte und Ausstellungen im Bereich Kirche, Wissenschaft, Musik, Literatur und Kunst können gezielt entsprechende Akzente setzen.

Ohne das Jubiläum zweckentfremden zu wollen, steht es in unserem Dafürhalten auch für die Ökumene und eine Besinnung auf unsere christlichen Wurzeln, Werte und Beiträge zu Demokratie und sozialer Verantwortung. Gleichzeitig ist uns wichtig, die Dekade als Ausgangspunkt für den interreligiösen Dialog zu gestalten. Dafür bietet sich insbesondere das Themenjahr 2013 „Reformation und Toleranz“ an.

Zu den Reformationsfeierlichkeiten und den breiten öffentlichen Debatten und Diskussionen, zum Mitwirken und Mitgestalten sind alle Bürgerinnen und Bürger, Gäste aus Europa und der ganzen Welt herzlich eingeladen.

Die Verfasserin ist Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag mit der Zuständigkeit für die Themenbereiche Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Arbeit und Soziales, Arbeitnehmer und Kirchen ■

95 neue Thesen

Von Raju Sharma

Schlagt neue Thesen an die Türen! So stelle ich mir eine schöne und angemessene Ehrung Martin Luthers vor, die dem Reformationsgedanken gerecht wird. Denn was trieb Luther vor 500 Jahren an? Die Liebe zu den Menschen und zur Religion.

Gerade weil ihm der Glaube so wichtig war, ging er kritisch mit der kirchlichen Tradition ins Gericht. Und weil er die Menschen liebte, wollte er den Wert des Menschen an sich anerkannt sehen, unabhängig von Buße und Ablasszahlung. Sein Ziel war es, die Religion nicht zu einem Instrument der Machtsicherung einer kleinen Elite werden zu lassen, sondern sie zur Heimatstätte für alle Menschen zu machen, die Wert-Orientierung, Gemeinschaft und Hilfe in der Not bieten will.

Genau so sollte es heute sein: Die Kirche stellt sich ständig und konstruktiv der Kritik ihrer Mitglieder. Denn nur wer sich den Anforderungen einer sich ändernden Welt stellt und nicht in der Tradition erstarrt, wird von den Menschen als kompetenter Ansprechpartner für die eigenen Probleme wahrgenommen. Dabei heißt Veränderung sicher nicht, jeder Mode bis zur eigenen Unkenntlichkeit nachzugeben – es heißt nur anzuerkennen, dass Irrtum niemals ausgeschlossen ist und auch Grundwerte in immer neuem Licht erscheinen können: Wenn Liebe gepredigt wird – was heißt das für den ganz weltlichen Gebrauch heute und gestern? Partnerschaft mit oder ohne Trauschein, Regenbogen- oder Patchwork-Familie, Homo-Ehe oder Alleinerziehend? Was vor hundert Jahren verbindliche Norm war, gilt heute längst nicht mehr – und die Fragen und Probleme sind andere geworden.

Welche Antworten die Kirche gibt, kann nur das Ergebnis eines ständigen Prozesses sein. Und nur, wenn dieser Prozess sichtbar und lebendig ist, bleibt Religion eine glaubwürdige Orientierung.

Also: Stellt Türen auf im ganzen Land, drückt den Menschen Zettel, Nägel und Hammer in die Hand – und lasst sie Thesen formulieren. Thesen, wie sie sich ihre Kirche heute vorstellen, was sie von ihr erwarten, was sie nicht länger wollen. Es lohnt sich sicher.

Der Verfasser ist religionspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag ■

Raju Sharma
Foto: Heidi Scherm

Initiativen vernetzen und Ressourcen zielgerichtet bündeln

Neues zur Reformationsforschung • Von Stefan Ruppert

Das Reformationsjubiläum und die vorausgehende Lutherdekade sind ein gesamtgesellschaftliches Ereignis, das Staat, Kirche und Zivilgesellschaft gemeinsam tragen und gestalten. In Anerkennung seiner weltweiten historischen, kirchlichen und kulturellen Bedeutung hat der Bundestag insgesamt 35 Millionen Euro als Beteiligung des Bundes bis zum Jahr 2017 zur Verfügung gestellt. Als evangelischer Christ und Liberaler, freue ich mich, dass das Themenjahr 2011 unter dem Motto „Reformation und Freiheit“ steht.

Die Lutherdekade hat protestantisches Profil, aber nicht protestantische Profilierung. Deshalb ist es wichtig, dass die ökumenische Dimension stärker zum Tragen kommt, indem zum Beispiel mehr Theologen aus anderen Konfessionen an der Arbeit von Kuratorium und Lenkungsausschuss beteiligt werden. Im Gespräch ist eine gemeinsame Veröffentlichung der 95 Thesen mit Kommentaren aus evangelischer, katholischer – und warum nicht – aus orthodoxer Sicht.

Ganz Deutschland ist ein „Lutherland“: das Jubiläum und die vorausgehende Lutherdekade eröffnen hervorragende Perspektiven für die Tourismusbranche nicht nur in den neuen Bundesländern. Es ist eine gute Gelegenheit, in infrastrukturelle Projekte zu investieren, Gedenkstätten zu modernisieren und zu sanieren. Für die Außendarstellung brauchen wir weiterhin ein durchdachtes Marketingkonzept. Bei all den Vorhaben sollte die partnerschaftliche Vernetzung und Koordination zwischen Bund, Ländern, Kommunen und Kirche gewährleistet werden, um die effiziente und optimale Verwendung der Mittel sicherzustellen.

Im kulturellen Bereich besteht jetzt schon gute Zusammenarbeit zwischen der evangelischen Kirche und einiger Museen. Diese vorhandenen Ausstellungsprojekte gilt es auszubauen und auf weitere Einrichtungen zu erweitern. Ein Teilaspekt ist die Auswärtige Kulturpolitik und die Popularisierung der deutschen Sprache.

Die Werte der Reformation aufrechtzuerhalten und weiterzugeben sollten wir nicht nur während der Lutherdekade. Aber insbesondere dann, ausgehend vom reformatorischen Impuls zur Egalitarisierung der Bildung, müssen Bildungsangebote, wie etwa Schülerwettbewerbe, Schreibwerkstätten, etc. Priorität genießen. Dazu brauchen wir entsprechende didaktisch entwickelte Informationsmaterialien, die Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen in Anspruch nehmen können.

Die wissenschaftliche Reformationsforschung muss vorangetrieben werden durch Stipendien und finanzielle Unterstützung für Publikationen. Angesagt sind Forschungsverbunde und Projektnetzwerke, die einen fruchtbaren interdisziplinären Austausch verwirklichen.

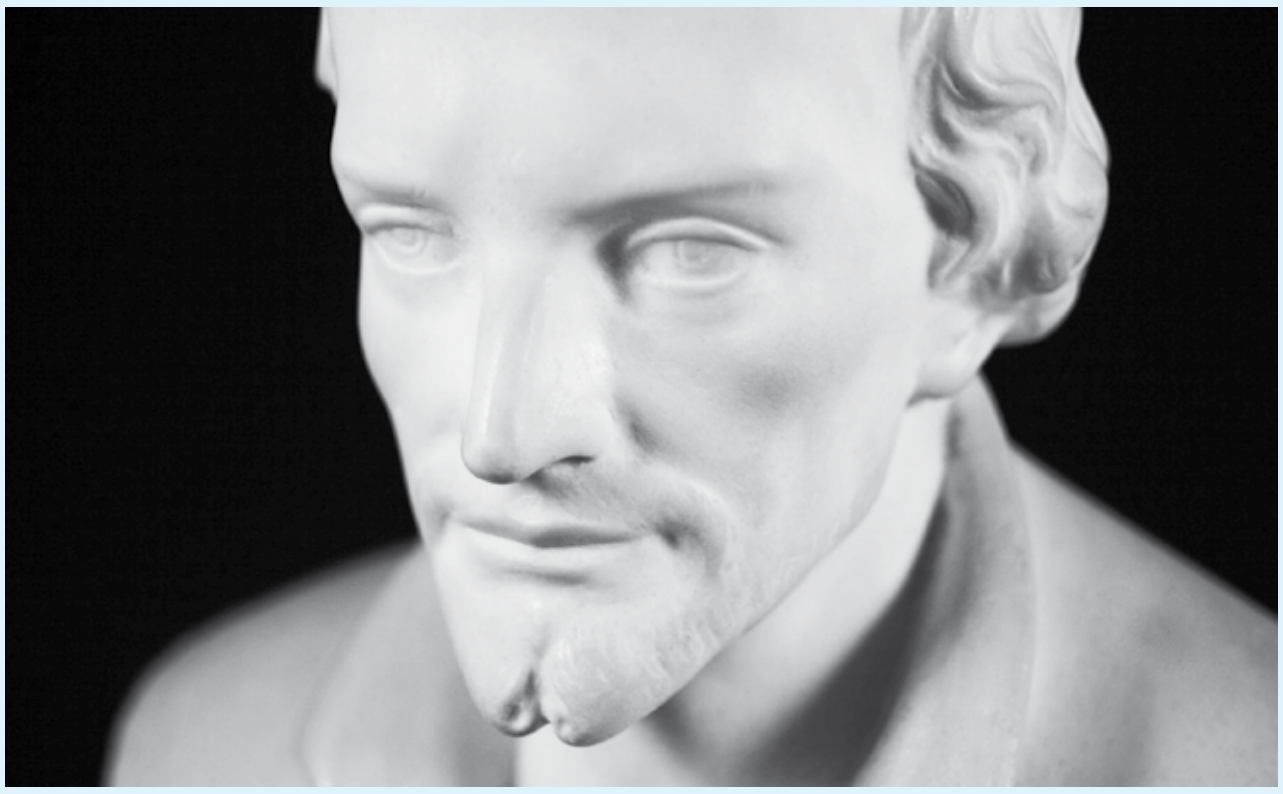
Der Verfasser ist kirchenpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion ■

Stefan Ruppert Foto: Manjit Jari

Die Reformation war eine Bildungs-Bewegung

Philipp Melanchthon – Weggefährte Luthers und „praeceptor Germaniae“ • Von Christoph Matschie

Dies wird uns besonders vor Augen geführt, wenn wir im Zusammenhang der Reformationsdekade „Luther 2017“ mit Blick auf den 450. Todestag des kongenialen Freundes und Weggefährten Martin Luthers im Themenjahr „Reformation und Bildung“ das Melanchthonjahr feiern. Philipp Melanchthon (1497-1560) wurde schon zu Lebzeiten „praeceptor Germaniae“, „Lehrer Deutschlands“ genannt.



Philipp Melanchthon, Anonym, 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts
© Stiftung Luthergedenkstätten in Sachsen-Anhalt, Foto: Juliane A.C. Schulze

Als ein in europäischer Tradition stehender Theologe und Philosoph machte er auf die anthropologischen Grundbedingungen und Ziele von Bildung aufmerksam. Als Pädagoge und Bildungspolitiker verwies er auf den notwendigen Zusammenhang von Bürgersinn und Schulbildung für die Vitalität einer couragierten Zivilgesellschaft. Mit seiner „Lobrede auf die neue Schule“ ist er damit noch immer hochaktuell. „Wer keine Mühe darauf verwendet, daß seine Kinder so gut wie möglich unterrichtet werden, handelt nicht nur Pflichtvergessen gegenüber Gott, sondern verbirgt hinter einem menschlichen Aussehen seine tierische Gesinnung.[…] Daher besteht gerade in einer wohlgeordneten Bürgerschaft ein Bedarf an Schulen, in denen die Jugend, die Pflanzstätte der Bürgerschaft, ausgebildet wird.“

Dass Melanchthon am 28. August 1518 seine Antrittsvorlesung an der Wittenberger Universität – vor Luther und einer großen Zuhörerschaft – „Über die Studienreform“ („De corrigendis adulescentiae studiis“) hielt, ist bezeichnend und programmatisch. Er übte Kritik an der scholastischen Philosophie ebenso wie am rein äußerlichen Zeremonienwesen der Kirche. Die Unkenntnis der alten Sprachen hielt er für eine der Wurzeln des intellektuellen Desasters seiner Zeit. Darum warnte er vor einem direkten, ungebildeten, rein emotionalen Zugang zu den existenziellen theologischen und philosophischen Fragen menschlichen Seins und Sollens. Wer beispielsweise nichts vom Graubrot der Sprachwissenschaft halte, „[…] renne wie ein Schwein in die Rosen.“

Wie Melanchthon so betonte auch Martin Luther (1483-1546) selbst immer wieder die Bedeutung einer lebensdienlichen und – wir würden heute wohl sagen: ganzheitlichen – Kinder- und Jugenderziehung. Vor dem Hintergrund eines grassierenden „Bildungsnotstandes“, weil „[…] man allenthalben die Schulen untergehen läßt“, richtet er 1524 einen dringenden Appell „An die Ratsherren aller Städte deutschen Landes, daß sie christliche Schulen aufrichten und halten sollen“.

Luther ermahnte die politischen Verantwortungsträger seiner Zeit zu spürbaren Investitionen in die Bildung. „Das ist – so schreibt er – ungemein gut angelegt.“ Mit einem eindringlichen sozialpolitischen Votum, ganz im Sinne des Propheten Jeremia (29,7) „Suchet der Stadt Bestes“, begründete er die Nachhaltigkeit solcher Investitionen in die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Diese Investition läge in einem elementaren landespolitischen Eigeninteresse, denn „[…] das Gedeihen einer Stadt [besteht] nicht allein darin, daß man große Häuser, viele Kanonen und Harnische herstellt. […] Vielmehr das ist einer Stadt Bestes und ihr allerprächtigstes Gedeihen, ihr Wohl und ihre Kraft, daß sie viele gute, gebildete, vernünftige, ehrbare, wohlerzogene Bürger hat, die dann sehr wohl Schätze und Güter sammeln können, sie erhalten und recht gebrauchen.“

Lutherische Pädagogik setzt konsequent und biblisch gut begründet bei der Familie, bei den Eltern, an. Kluge und verantwortungsbewusste Eheleute sollten wissen, „[…] daß sie Gott, der Christenheit, aller Welt, ihnen selbst und ihren Kindern kein besseres Werk und Nutzen schaffen mögen, als daß sie ihre Kinder wohl aufziehen. Denn das ist ihre direkteste Straße zum Himmel.“

Diese „Himmelsstraße“ verdiene sorgfältige Pflege. Denn ihre Vernachlässigung bleibt für Eltern wie für Kinder nicht folgenlos, ja, sie ist „der größte Schade der Christenheit.“

„Aber wiederum ist die Hölle nicht leichter verdient als an seinen eigenen Kindern. Die Eltern mögen auch kein schädlicheres Werk tun, als daß sie ihre Kinder vernachlässigen, sie fluchen lassen, schwören, schändliche Worte und Lieder lernen und nach ihrem Willen leben. […] Es ist kein größerer Schade der Christenheit als das Versäumnis an Kindern.“ Luther unterscheidet „äußere“, „fleischliche“ Fürsorge und Erziehung, die auf die materielle Sicherheit und das Weltwissen der Kinder gerichtet ist, und „innere“, „seelische“ Bildung, die in den Heranwachsenden – entwicklungspsychologisch gesprochen – ein lebensnotwendiges, elementares Grundvertrauen entstehen lässt. Von Natur aus, meint der Reformator, seien Menschen eher auf das Äußere aus und liefen somit Gefahr, die eigentlichen „seelischen Schätze“ zu verkennen, zu missachten oder gar zu verderben.

„Die falsche Naturliebe verblendet die Eltern, daß sie das Fleisch ihrer Kinder mehr achten als deren Seelen. Kinder sind ein köstlicher, ewiger Schatz, der den Eltern von Gott zu verwahren befohlen ist, daß ihn der Teufel, die Welt und das Fleisch nicht stehlen und umbringen.“

Die Reformation war eine Bildungs-Bewegung. Dieser reformatorische Impuls findet seine Fortsetzung auch in der gegenwärtigen Bildungspolitik in Thüringen. Weil wir die Bildungsfrage für die „soziale Frage des 21. Jahrhunderts“ halten, sind wir – wie Melanchthon und Luther, wie der Saalfelder Reformator Kaspar Aquila (1488-1560) oder der Gothaer Friedrich Myconius (1490-1546), die Erfurter Johannes Lang (1487-1548) oder Justus Jonas (1493-1555) – der Überzeugung, dass gezielte Investitionen in die Bildung von Kindern und Jugendlichen die Grundlage für das common good, für die Wohlfahrt dieses Landes schaffen.

„Luther-Land Thüringen“ darf keine nostalgische Bezeichnung, sondern muss eine permanente Inspiration und Selbstverpflichtung für mehr Bildungsgerechtigkeit sein. Wenn dieser reformatorische Ansatz „Schule macht“, dann wird gute Schule wesentlich zu einem guten, zukunftsfähigen Leben und Arbeiten betragen. Diese Bildungs-Bewegung ist dann – mit Luther gesprochen – „eine Straße zum Himmel“, die hier auf Erden ganz konkrete und erkennbare Spuren hinterlässt.

Der Verfasser ist Kultusminister des Freistaates Thüringen ■

LUTHER2017

Tacheles als exemplarischer demokratischer Raum

Für eine Bürgerstadt Berlin • Von Robert Defcon

Kaum ein Gebäude in Berlin illustriert sinnfälliger als das Kunsthaus Tacheles wie eine Stadt von unten aussehen und funktionieren könnte. Das Tacheles ist – bei allem notwendigen Streit über Kunst und Kommerzialisierung – mit seiner von den Betreibern selbst über Jahre organisch geschaffenen, sich ständig verändernden „AnArchitektur“ und den von Künstlern, Gruppen und Projekten aus aller Welt gestalteten und genutzten Freiräumen ein exemplarischer demokratischer Raum – und das im Zentrum einer europäischen Hauptstadt und mit Strahlungskraft in alle Welt.

Das bedeutet nicht, dass es möglich ist, das Modell Tacheles auch auf andere städtebauliche Projekte eins zu eins zu übertragen, aber es bedeutet durchaus, Koordinaten derzeitiger städtebaulicher Strategien im Spiegel dieses Modells zu überdenken. Skepsis lösen die baulichen Planungen in Berlins Zentrum ja nicht deshalb aus, weil sie Kapital und Ideen in die Stadt bringen, sondern aufgrund ihres kulturell, wirtschaftlich und politisch rückwärtsgewandten Zuschnitts.

Die privatwirtschaftliche Umgestaltung, die seit 1990 das Ziel der Berliner Stadtentwickler war, ließ Orte entstehen, die von Unternehmensketten, Großkonzernen, Shopping Malls und Massenkultur besiedelt und privat kontrolliert werden. Die öffentliche Hand zog sich aus der Gestaltung zurück und ließ zugleich zu, dass die aktive Nutzung und Umgestaltung der neuen Räume durch Hausordnungen, private Sicherheitsunternehmen und eine gegen Zweckentfremdung abgesicherte Architektur verhindert wird. Bauten für die Ewigkeit – der Faktor Zeit bleibt ausgeblendet. Am architektonischen Neo-Klassizismus, der sich nicht nur bei Projekten wie dem Abriss des Palasts der Republik für den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses durchsetzte, lässt sich eine zugrunde liegende restaurative Tendenz ablesen: Ein Kaiserreichs-Simulakrum verdrängt die Erinnerung an die Diktatur, die hier einst regierte und von den Bürgern in die Knie gezwungen wurde.

Der Gedanke, der auch die geplanten Bebauungen an der Spree überstrahlt, manifestiert sich bereits heute in der Stadionarchitektur der O2-Arena mit ihrem Sender-Empfänger-Modell oder auf dem Potsdamer Platz, wo die Versöhnung von Luxus-Versprechen, Bohéme-Zitat und Massenkultur auch deshalb misslingt, weil alles überwacht wird, um Eigeninitiative jenseits von Kaufentscheidungen zu ersticken. So verhält sich das Unterhaltungs- und Konsumangebot am Potsdamer Platz zur globalen Subkultur Berlins etwa so wie die letzte Love-Parade zu den ersten. Kein Zufall, dass am Potsdamer Platz nachts fast nur die Wächter ausharren. Denn nachts schnürt sich der Platz zu dem Sicherheitsbedürfnis zusammen, das ihn auch tagsüber durchdringt.

Auch Leerstand und Brachflächen wie das 23.600qm große Areal in der Berliner Innenstadt, auf dem Kunsthaus Tacheles und Tacheles-Freifläche mit rund 4.000qm angesiedelt sind, dokumentieren das Scheitern des städtebaulichen Laissez-faire. Das Gelände wurde für 68,2 Millionen DM (= 34,87 Millionen Euro) an Adlon- und Heiligendamm-Investor Anno August Jagdfeld verscherbelt und anschließend vergessen. Gebaut hat Jagdfeld und seine Johannishof Projektentwicklungs GmbH bis heute nicht. Kredite landeseigener Banken in Höhe von 75 Millionen Euro versickerten großteils spurlos. Heute ist Johannishof insolvent und landeseigene Banken, allen voran die HSH Nordbank, haben als Gläubiger das Sagen: Das Kunsthaus soll geräumt werden.

Man muss jedoch nicht die grundsätzliche Berechtigung privatwirtschaftlichen Städtebaus, Luxushotels oder den Massenkonsum in Frage stellen, um zu ahnen, dass es in der Stadt Berlin an partizipativen städtebaulichen Strategien fehlt. So schrumpft das Tacheles zu einem Denkmal für den Ausnahmezustand zusammen, eine mehr oder weniger geduldete, mehr oder weniger geliebte kulturelle Nische, die als touristisches Spektakel und Tinnef-Manufaktur selbst Teil ökonomischer Verwertungszwänge wird.

Hier bahnt sich erst durch den Zusammenschluss der Hälfte der Tacheles-Künstler und -Projekte zur Gruppe Tacheles ein Kurswechsel an. Mit dem aus Kriegsschrott und Teilen der Berliner Mauer in 22 Meter Höhe auf dem Areal entstehenden, spendenfinanzierten Berliner Riesenkranz, der mit 130 Metern Durchmesser und über 2.000 Tonnen Gewicht das größte von Bürgern gebaute Denkmal aller Zeiten wäre, wird ein Zeichen der friedlichen Kooperation und der Bürgerfreiheit gesetzt: Wir sind mündige Bürger. Wir bauen selbst. Die Auslobung eines Architekturwettbewerbs für das Gesamtareal ist der nächste Schritt.

Das Tacheles in Berlin **Foto: Alexander Boese**

Denn es wird gerade angesichts der jüngsten Erkenntnisse offensichtlich, dass die öffentliche Hand es versäumt hat, den Verkauf des Tacheles-Geländes angesichts eines tatenlosen Investors zu widerrufen (wie es rechtlich möglich und geboten gewesen wäre), den juristischen Zweifeln an der Rechtsmäßigkeit des damaligen Verkaufs und den von Jagdfeld veruntreuten Geldern umso dringender, einige Fragen zu stellen: Mit welchem Recht entscheidet die vom Staat mit Milliarden subventionierte Hamburger Gläubigerbank HSH Nordbank über die Zukunft öffentlichen Raums in unserer Stadt? Wie kann es angehen, dass die politisch Verantwortlichen nicht nur tatenlos zusehen wie Freiräume dicht gemacht werden, sondern dies sogar im Fall der Mediaspree aktiv gegen das Ergebnis eines demokratischen Volksentscheids fördern? Und schließlich: Was wäre, wenn die öffentliche Hand das Areal um das Tacheles, statt es sich selbst zu überlassen und aufs Gespinst neuerlicher Megainvestitionen zu setzen, an freie künstlerische und mediale Projekte, Gruppen und Kollektive aus aller Welt vermietet und verkauft und zur freien, selbstverwalteten Bespielung, Bebauung und Veränderung freigibt?

Es ist an der Zeit, dass die Politik sich daran erinnert, dass ihr Mandat von vielen geliehen ist, nicht bloß von den Gästen des Hotel Adlon.

Der Verfasser ist Journalist und Künstler sowie Presse- und De-Eskalationsbeauftragter der Gruppe Tacheles ■

Verantwortung für das kulturelle Erbe

Kristin Bäßler im Gespräch mit Michaela van den Driesch

Im vergangenen Jahr haben sich Hamburger Künstler zu Wort gemeldet und sich gegen die Gentrifizierung im Hamburger Gängeviertel aufgelehnt. Schaut man sich die Veränderungen in Berlin an, konnte seit dem Mauerfall eine regelrechte Wanderung oder böse formuliert Vertreibung von Künstlern beobachtet werden. Viele Künstler zogen von Mitte, in den Prenzlauer Berg, über Friedrichshain zurück nach Kreuzberg, je nachdem, wo es günstigen Mietraum gab.

politik und kultur: Frau van den Driesch, Sie leben in Berlin und haben nach dem Fall der Mauer viele Jahre in Berlin-Mitte gewohnt und gearbeitet. Wie war es damals für eine Künstlerin in Berlin-Mitte zu leben und zu arbeiten?

Michaela van den Driesch: Die Lebens- und Arbeitsbedingungen in Berlin-Mitte waren für Künstler in den 1990er Jahren – bis etwa zum Jahr 2001 – geradezu ideal. Aufgrund ungeklärter Besitzverhältnisse hatte sich unmittelbar nach dem Mauerfall der Leerstand von Häusern und Fabrikgebäuden potenziert. Die sich im Besitz oder Verwaltung der ehemaligen Kommunalen Wohnungsverwaltung der DDR (KWV) – der heutigen Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM) – befindenden leer stehenden Wohn- und Fabrikgebäude waren zu einem großen Teil in äußerst verwahrlostem Zustand. Um den Erhalt dieser leer stehenden Gebäude zu sichern, schloss die WBM mit vielen Künstlern nicht nur Zwischennutzungsverträge, sondern auch reguläre Mietverträge – mit der Verpflichtung zu Sanierung und Ausbau der Räume und Wohnungen – zu günstigen Konditionen ab. Für uns Künstler war dies der Beginn, völlig neue Wege in der individuellen künstlerischen Arbeit zu beschreiten und „Projektentwicklung als künstlerische Position“ wie auch „Kunst im Kontext“ zu einem unserer Hauptthemen dadurch entwickeln zu können. Durch die Einbeziehung der Künstler in den Ausbau historischer Gebäude und die damit verbundene Weiterentwicklung von urbanen Stadtplätzen und -räumen wurden die von Architekten – in der Zeit der IBA von 1985 – entwickelten Begriffe der „behutsamen Stadtentwicklung“ und der „kritischen Rekonstruktion“ in die künstlerischen Auseinandersetzungen einbezogen. Diese Zwischennutzungs- und Wohnungsausbauverträge bildeten somit die Grundlage dafür, dass sich Berlin in den letzten 20 Jahren zur „Hauptstadt Europas für zeitgenössische Kunst“ entwickeln konnte.

puk: Was hat sich seither verändert und wie würden Sie diese Veränderungen beschreiben?

van den Driesch: Verändert haben sich vor allem die kurz nach der Wende in Berlin so vielfältig vorhandenen Möglichkeiten zur Weiterentwicklung individueller künstlerischer Positionen „aller Couleurs“. Die räumlichen Voraussetzungen, sowohl im privaten als auch im öffentlichen Bereich, prägten nicht nur die Entfaltungsmöglichkeit im künstlerischen Schaffensprozess jedes einzelnen Künstlers – unabhängig von dessen sozialer Herkunft – sondern das Angebot an günstigem Wohn- und Arbeitsraum ermöglichte auch eine weitestgehende wirtschaftliche Unabhängigkeit des Künstlers vom etablierten Kunstmarkt. Indem nun öffentliche und private Räume – dem Kalkül von Investoren Rechnung tragend – immer weiter beschnitten und in den zentralen Stadtbezirken aufgrund überteuerter Mietpreise den „normalen Künstlern“ nicht mehr zur Verfügung stehen, übt dies auch einen nachhaltigen Einfluss auf die künstlerischen Ausdrucksformen der folgenden Generation moderner zeitgenössischer Kunst aus. Letztendlich bedeutet dies nichts Anderes, als dass die Kunstproduzenten in Abhängigkeit der Kunstverwerter ihre Kunstproduktion immer mehr an den

Weiter auf Seite 21

Künstlerleben

Vor wenigen Wochen ist zu dem Thema Künstlerleben die gleichnamige Publikation des Deutschen Kulturrates erschienen. Auch weiterhin spielen in jeder Ausgabe von *politik und kultur,* der Zeitung des Deutschen Kulturrates, Künstlerinnen und Künstler eine gewichtige Rolle. In dieser Ausgabe stehen drei Schwerpunkte im Fokus des Interesses: Gentrifizierung, die soziale Lage von Künstlern und Kunstvermittlern sowie die Innenansichten eines Künstlers.

Vor nicht allzu langer Zeit setzten sich Hamburger Künstler gegen die Vereinnahmung durch Politik und Wirtschaft mit dem Pamphlet „Not in Our Name“ zur Wehr. Aus diesem aktuellen Anlass baten wir *Robert Defcon* vom Kunsthaus Tacheles und *Stephan Erfurt* und *Mirko Nowak* vom C/O Berlin zu schildern, welche Erfahrungen sie mit dem Thema der städtischen Umstrukturierungsprozesse gemacht haben. Das Hintergrundgespräch mit der Künstlerin und Kunsthistorikerin *Michaela van den Driesch* gewährt Einblicke in die durch Gentrifizierung beeinflusste Berliner Künstlerszene.

Für eine vernachlässigte Bürgerbewegung, die Kunstvereine, macht *Karlheinz Schmid* sich stark. *Katharina Schröck* gibt im Porträt des Theaterautors Lutz Hübner Einblicke in das Leben und Wirken eines freiberuflichen Künstlers.

Was treibt Künstler an? Warum machen sie weiter Kunst, auch wenn sie am Markt nicht erfolgreich sind? Wie stehen sie Durststrecken durch? Wie motivieren sie sich immer wieder neu? Wie sind sie überhaupt darauf gekommen, Künstler zu werden? Diese und andere Fragen werden in den Interviews der Reihe „Künstlerleben“ in *politik und kultur* gestellt. Die Gespräche führt der Bildende Künstler *Romen Banerjee*. In den vorherigen Ausgaben sprach er mit den Bildenden Künstlern Irene Fastner und Frank Tangermann. Für das *Künstlerinterview* der aktuellen Ausgabe von *politik und kultur* traf er sich mit dem Bildenden Künstler und Vorstandsvorsitzenden des bbk berlin *Herbert Mondry.*

Die Redaktion ■

Fortsetzung von Seite 20

Markt anpassen. Die zeitgenössische Kunst läuft dadurch Gefahr, gezielt in eine vorgegebene Richtung gelenkt zu werden.

***puk*:** Würden Sie sagen, dass sich durch die Gentrifizierung in Mitte und anderen Stadtteilen auch die Künstlerszene in Berlin geändert hat?

van den Driesch: Auf jeden Fall hat sich die Künstlerszene in Berlin stark verändert. Auf der kürzlich eröffneten art: berlin und der ABC waren am Nachmittag vor allem vermögende Sammler, Mäzene, etablierte Galeristen und namhafte Künstler anzutreffen. Diese Klientel zählt heute – nach der Gentrifikation – zu den neuen Bewohnern in Berlin-Mitte. Für mich war es deshalb auch nicht verwunderlich, dass beim diesjährigen art forum berlin der Trend zur klassisch geprägten Kunstmesse – im Stil der Art Basel – deutlich sichtbar wurde. Auf der ABC werden in diesem Jahr ausschließlich Künstler-Filme präsentiert – die andere Produktionsbedingungen haben und deshalb nicht auf große Atelierräume angewiesen sind – und das ist für mich ein deutliches Zeichen für den neuen Trend der zukünftigen Kunstproduktion.

puk: Wenn Sie zuständige Berliner Kultursenatorin wären, welche kulturpolitischen Konzepte würden Sie entwickeln und umsetzen, um Freiräume für selbstständige Künstler so zu schaffen, dass sie dort leben und arbeiten können?

van den Driesch: Auf diese Frage kann ich als Künstlerin nur bedingt antworten, denn Politik und künstlerischer Anspruch driften in der Realität weit auseinander und sind in der Regel kaum kompatibel. Auf jeden Fall sollte sich aber die „öffentliche Hand“ – Staat und Kommunen – nicht, wie in der Vergangenheit erfolgt, immer weiter aus der Verantwortung ziehen und die Förderung von bezahlbaren Wohn- und Arbeitsräumen ganz einstellen. Es ist andererseits aber auch wichtig, die Nutzer von öffentlich geförderten Projekten und Räumen, die unter Denkmalschutz stehen – wie dies zum Beispiel bei dem von Ihnen eingangs erwähnten „Hamburger Gängeviertel“ der Fall ist – nicht nur stärker in die Projektentwicklung des Areals und der Gebäude mit einzubinden, sondern diese sollten auch gezielt in die Verantwortung für die von ihnen genutzten Gebäude genommen werden. Denn der Erhalt des kulturellen Erbes – in diesem Fall der Erhalt eines ganzen denkmalgeschützten Viertels – kann nicht allein Sache des Staates oder der Kommune sein, sondern jeder einzelne Nutzer sollte seinen Beitrag zum Erhalt und zur Pflege desselben leisten dürfen.

puk: Vielen Dank für das Gespräch.

Kristin Bäßler ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Deutschen Kulturrates ■

Michaela van den Driesch

Michaela van den Driesch lebt und arbeitet seit Jahren in Berlin als Künstlerin und Kunsthistorikerin. Der Schwerpunkt ihrer künstlerischen Tätigkeit liegt auf raumbezogenen Arbeiten und künstlerischen Konzeptentwicklungen. In der Kunstgeschichte liegt ihr Fokus auf der Bau- und Stadtbaugeschichte der Neuzeit. In diesem Kontext wurden von ihr im Auftrag des Landesdenkmalamtes Berlin verschiedene bauhistorische Gutachten erstellt – u. a. im Jahr 1998/99 das Bauhistorische Gutachten über das von Künstlern im Jahr 1990 in Berlin-Mitte besetzte „Kunsthaus Tacheles“, das daraufhin offiziell unter Denkmalschutz gestellt wurde.

Hamburger Protest gegen die Vereinnahmung der Künstler durch Politik und Wirtschaft — Foto: Christoph Twickel

Stetigen Wandel der Stadt akzeptieren

Stadtentwicklung braucht Gestalter, keine bloße Abwehrhaltung • Von Stephan Erfurt und Mirko Nowak

Ruinöse Stadtteile mit Altbausubstanz – Kreative und Künstler beleben und sanieren sie, Cafés, Clubs, Galerien und Kulturinstitutionen folgen, Investoren und Touristen kommen, junge Hipster, reiche Werber und kaufkräftige Schwaben ziehen hinterher, Mieten steigen, die Alteinwohner können sich den eigenen Kiez nicht mehr leisten, reger, kurzfristiger Widerstand ebbt ab, teure Modeboutiquen und Läden für Kinder lassen sich nieder. Bürgerlicher Alltag kehrt ein, der Hype ist vorbei, die Karawane zieht weiter. In diesem klassischen Entwicklungsprozess sind die Kreativen und Künstler perfekte Beschleuniger, tragen zur Veränderung ihres Stadtteiles bei und werden von der von ihnen eingeleiteten Aufwertung selbst verdrängt. Frisst die urbane Evolution ihre Kinder?

Ob in Berlin, Hamburg oder München – oft wird dieser Prozess als eindimensionales Szenario der Stadtsoziologie dargestellt, ohne dass die Chancen und Möglichkeiten Erwähnung finden. Es ist ein schmaler Grat, ab wann die eigentlich gewollte Veränderung eines Stadtteils ins Negative kippt. Es ist eine politische, ideologische Debatte, in der es nicht wirklich um die sozial Schwachen und die Verbesserung ihres Lebensraums geht. Es ist eher eine Scheindiskussion – gesellschaftlich viel weiter oben angesiedelt, spielt sie sich doch zwischen den gut situierten Gruppen von pseudolinken Kreativen einerseits und dem gesettelten Bürgertum andererseits ab. Die einen sind alteingesessen und haben eine alternative Nische geschaffen, die anderen sind neu zugezogen, verfügen über mehr Geld und werden von Investoren mit offenen Armen empfangen. Hier kämpfen verschiedene Bürger um ihren Stadtteil – es geht nicht um sozialromantische Rettungsversuche.

Somit ist der Protest gegen die Gentrifizierung durchaus berechtigt, nur greift er zu kurz. Denn sollen die sogenannten alternativen Kieze dauerhaft in ihrem vergessenen Nischendasein verharren oder wie etwa der Stadtteil Christiana in Kopenhagen zu einer No-Go-Area werden? Diese romantische und konservierende Vorstellung von Urbanität bedeutet ja eigentlich Stillstand, ähnlich wie ein Künstler im Elfenbeinturm.

Was ist der Ausweg? Verantwortung über- und eine Haltung einnehmen, die nicht einen nostalgischen Status Quo aufrecht erhalten möchte. Gefragt sind Akteure, die den stetigen Wandel der Stadt akzeptieren und gestalten. Keine Abwehr, vielmehr Offensive, die sich auf das feine Zusammenspiel von Stadtentwicklung und -politik über Investoren bis hin zum Schuster um die Ecke einlässt. Nur durch das Zusammenführen von Investitionen und Infrastruktur kann das Soziale verbessert und erhalten sowie eine Verdrängung verhindert werden.

Eine vielfältiges, kulturelles Angebot erhöht die Lebensqualität eines Stadtteils. Steht dies im Gegensatz zum Bau von Luxuswohungen? Ausstellungen, Workshops und Veranstaltungen nehmen eine Mittlerfunktion ein, da sie viele unterschiedliche Menschen und Milieus interessieren und vereinen kann. C/O Berlin zum Beispiel hat als private Kulturinstitution mit seinen Aktivitäten Berlin-Mitte geprägt und dessen Immobilie steht nun selbst im Fokus der Interessen ausländischer Investoren. Ein Grund zur Sorge? Schon mit unserem Name zeigen wir Initiative und Flexibilität. Das „Care of“ als postalische Abkürzung für Umtriebige und örtlich ungebundene, international Agierende wird ergänzt durch das „Taking care of“ des privaten Engagements. Ohne Berührungsängste verbinden wir Kunst und Kommerz. Das geht nur durch Kommunikation, Vertrauen, Offenheit und immer wieder einer Neupositionierung und Selbstkritik – das ist unsere Haltung. Im Wandel liegt das Beständige. Wir handeln dort, wo andere noch diskutieren und setzen Zeichen für neue Wege in der Stadtentwicklung. Just do it!

Stephan Erfurt ist Direktor, Mirko Nowak ist Pressesprecher von C/O Berlin ■

Das C/O Berlin wird nicht mehr lange im ehemalig kaiserlichen Postfuhramt ansässig sein — © C/O Berlin

Mehr Geld für die Kunstvereine

Plädoyer für die vernachlässigte Bürger-Bewegung • Von Karlheinz Schmid

Ein Drama ist's, wie landauf und landab die Kunstvereine gewissermaßen ausgehungert werden. Die traditionsreiche Bürger-Bewegung, die nach wie vor ihren Platz irgendwo zwischen den mehr wissenschaftlich orientierten Museen und den kommerziellen Galerien finden kann, leidet unter dürftigen kommunalen Zuschüssen, relativ bescheidenen Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen und laufend steigenden Kosten. Wer sich vergegenwärtigt, dass unzählige Vereine, ohnehin nur dank ehrenamtlicher Tätigkeit ihrer Geschäftsführungen am Leben zu erhalten, jährlich mit Etats im Bereich von 10.000 bis 20.000 Euro auskommen müssen, der ahnt, wie katastrophal diese Mager-Wirtschaft sein muss. Selbst die renommierten Großstadt-Kunstvereine haben keinerlei Grund zum Frohlocken. Allerorten die gleichen pekuniären Klagen über fallende Subventionen oder, allemal, nur gleichbleibende städtische Zuwendungen – und das oft über Jahrzehnte (wie in München).

Logisch, dass fast alle Kunstvereinsleiter, ob ehrenamtlich oder angestellt tätig, rund um die Uhr auf Sponsoren-Suche unterwegs sind, dass ein Großteil ihrer Arbeitszeit den Bettel-Touren gewidmet ist – und die eigentlich wichtige Programm- und Vermittlungsarbeit dabei auf der Strecke bleibt. Kaum einer der über 260 in der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Kunstvereine organisierten Zusammenschlüsse kann darauf verzichten, täglich Klimmzüge zu machen, um wenigstens die Portokasse einigermaßen zu füllen. Da werden Räume für Events oder Fassaden für die Werbung vermietet, dort werden Getränke und Postkarten verkauft; alle schnacken ständig mit den Künstlern, um ihnen spätestens beim dritten Bier das Versprechen abzuluchsen, dass sie wieder ein paar Werke preisgünstig oder gar gratis zur Verfügung stellen, die dann als Jahresgaben verhökert werden. Notgedrungen Kleinigkeitskrämereien bis zur Peinlichkeit.

Das muss endlich aufhören! Schluss damit! Höchste Zeit, dass die Kommunalpolitiker im Rahmen ihrer nun wieder anstehenden Haushaltsberatungen für 2011 kapieren, welche Bedeutung die Kunstvereine haben. Sie in die Zahlungsunfähigkeit treiben zu lassen, ist unverantwortlich, weil diese Vereine mit viel privatem Einsatz eine öffentliche, gemeinnützige Aufgabe wahrnehmen. Auch eine Bildungsaufgabe, die obendrein jedes städtische Kultur-Angebot wesentlich – und meist mit dem Blick über den kommunalen Tellerrand hinaus – so bereichert, dass mancherorts sogar die staatlich geförderten oder komplett betriebenen Museen in den Schatten gestellt werden. Zuschüsse für die „Augenschule der Nation" („FAZ"-Überschrift aus diesem Jahr) also erhöhen, den Handlungsspielraum der Vereine erweitern, so dass die Motivation für die Bürger wächst, sich selbst zu engagieren, den unabhängigen Freiraum – zwischen Kommerz und Wissenschaft – sinnvoll fürs gesellschaftliche Miteinander zu nutzen!

Ein solches Plädoyer, logisch, ist schnell formuliert und provoziert die Frage, warum die Kunstvereine nicht selbst längst protestiert hätten, warum sie nicht auf die Barrikaden gehen, sondern bescheiden aussitzen, was offenbar längst der kommunalpolitischen Plattmacherei anheim gegeben ist. Tatsache ist, dass viele Vereine noch nicht einmal über die Mittel verfügen, um solche durchaus immer wieder zu beobachtenden Protestaktionen zu kommunizieren. Wer hat schon außerhalb des Rheinlands mitbekommen, dass die Kölner, Düsseldorfer und Bonner im vergangenen Monat mit einer konzertierten Aktion, „Die Letzten ihrer Art", aufmüpfig sein wollten? Wer hat an der „Reise zu den Dinosauriern des Kunstbetriebs" (so die schwach verbreitete Eigen-PR) wirklich teilgenommen? Jedenfalls scheinen die Geldströme auch im sonst so kunstsinnigen Rheinland nach diesem Kooperationsprojekt mit tschechischen, dänischen und englischen Kunstvereinspartner nicht stärker zu fließen als zuvor. Im Gegenteil: Auch ein solcher Hilferuf kostet. Also Mitglieder werden in den deutschen Kunstvereinen – und die Subventionen für 2011 dringend erhöhen! Und dabei immer an die Künstler denken, vom verstorbenen Joseph Beuys bis zum Brasilianer Cildo Meireles, die schon seit Jahrzehnten dokumentieren, wie wichtig die Penunzen sind.

Der Kunstverein Hannover im Künstlerhaus — Foto: Raimund Zakowski

Der Verfasser ist Herausgeber und Chefredakteur der KUNSTZEITUNG und des Informationsdienst KUNST sowie Mitherausgeber von KUNSTJAHR ■

Digitalisierung:
Kunst und Kultur 2.0

Welchen Herausforderungen muss sich der Kulturbereich mit Blick auf die Digitalisierung stellen? Welche Veränderungen treten bei künstlerischen Produktionen ein? Wie sehen die neuen Verbreitungsformen von künstlerischen Inhalten aus? Was ist zu beachten, wenn aus künstlerischen Werken Content wird? Wie werden die Lebensbedingungen dieser Content-Produzenten durch das Urheberrecht gesichert? Wie gestaltet sich europäische und nationale Medienpolitik im digitalen Zeitalter? Was bedeutet der Vorschlag einer Kulturflatrate? Wie verändert sich das wissenschaftliche Publizieren durch die Digitalisierung und was wollen Wissenschaftler? Was können Verlage in Zeiten der Digitalisierung leisten?

Autoren des Buches sind u.a.: Hans-Jürgen Blinn, Axel E. Fischer, Dieter Gorny, Ferdinand Melichar, Verena Metze-Mangold, Hans-Joachim Otto, Doris Pack, Gerhard Pfennig, Bernhard Rohleder, Wolfgang Schulz, Alexander Skipis, Imre Török, Olaf Zimmermann und Brigitte Zypries

Digitalisierung: Kunst und Kultur 2.0
Hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler. 240 Seiten. 14,90 € + Versand.
ISBN 978-3-934868-25-0

Kulturlandschaft Deutschland:
Die Provinz lebt

Wie ist die Kultur jenseits der Metropolen ausgestaltet? Ist Kultur im ländlichen Bereich traditionell oder gehen gerade von der Kultur in der Provinz Impulse aus? Was leisten die „Kulturplaner" vor Ort? Wie sind sie aufgestellt; wie sind sie vernetzt? Wie hat sich die Bedeutung der Kultur durch den boomenden Kulturtourismus verändert? Welche Anstrengungen werden seitens der Kreise unternommen, um die Kultur vor Ort weiter zu professionalisieren und um Synergien herzustellen? Vor welchen regionalen Herausforderungen stehen die Kreise in Sachen Kulturangebot und wie sehen ihre Lösungsstrategien aus?

Autoren des Buches sind u.a.: Ilse Aigner, Susanne Bonenkamp, Arnim Brux, Burkhard Clever, Gitta Connemann, Horst Conradt, Steffi Cornelius, Gerd Dallmann, Max Fuchs, Ulrich Gerstner, Adalbert Kienle, Jörn Klimant, Jakob Johannes Koch, Johannes Kunze, Bernd Neumann, Barbara Nieß, Axel Noack, Martin Salesch, Wolfgang Sannwald, Jürgen Schütz, Wolfgang Suttner, Manfred Waßner und Olaf Zimmermann

Kulturlandschaft Deutschland: Die Provinz lebt
Hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler. 113 Seiten. 9,90 € + Versand. ISBN 978-3-934868-23-6

Künstlerleben:
Zwischen Hype und Havarie

Wer ist eigentlich Künstler und warum? Was denken sich Künstler eigentlich bei dem, was sie tun? Geht es um Selbstverwirklichung, um Freude, die man durch seine Kunst Anderen bereiten will, um beides, oder doch um etwas ganz anderes? Gibt es eine Kluft zwischen der Selbst- und der Fremdwahrnehmung? Wie sind Künstler in der (Arbeits-)welt aufgestellt? Was müssen sie leisten, um Kunst machen zu können, und wo liegen die Hürden, die es als Künstler zu meistern gilt? Muss Kunst immer qualitativ hochwertig sein? Oder hat nicht auch schlechte Kunst eine Daseinsberechtigung? Diesen und weiteren Fragen wird in dieser Publikation in Form von Interviews, Portraits und Beiträgen nachgegangen.

Autoren, Interviewte und Portraitierte des Buches sind u.a.: Matthias Arndt, Daniel Barenboim, Norbert Bisky, Paul Böhm, Johannes Heisig, Christian Lehnert, Markus Lüpertz, Ingo Metzmacher, Christine Nöstlinger, Edgar Reitz, Rüdiger Safranski, Michael Schultz, Imre Török, Douglas Wolfsperger und Olaf Zimmermann

Künstlerleben: Zwischen Hype und Havarie
Hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler. 203 Seiten. 12,90 € + Versand. ISBN 978-3-934868-24-3

Bestelladresse: Deutscher Kulturrat, Fax: 030/24 72 12 45 oder: www.kulturrat.de/shop.php

Kontakte, Bekannte, ein Verlag und Glückstreffer

Ein Porträt des Theaterautors Lutz Hübner • Von Katharina Schröck

„Helene Weigel hat mal gesagt: ‚Wenn du das Theater nicht ernst nimmst, wirst du nichts am Theater, wenn du das Theater zu ernst nimmst, wirst du nichts am Theater' – Ich finde, da ist was dran", sagt der Autor Lutz Hübner bei einem Treffen in einem Berliner Café in Berlin-Kreuzberg. Hübner nimmt das Theater ernst – aber nicht zu sehr. Seit knapp zwanzig Jahren ist er im Theatergeschäft und kein Ende ist in Sicht. Innerhalb kürzester Zeit gelang ihm der Sprung an die Spitze der Theaterautorenriege. Vielleicht kann man Hübner als idealistischen Realisten beschreiben: Er kennt die Theaterwelt, die Theaterfamilie, und hat mit ihr ein Zuhause gefunden. Dennoch verklärt er diese Welt nicht.

Die Komödie „Frau Müller muss weg", von Lutz Hübner, wurde am 22. Januar 2010 im Staatsschauspiel Dresden uraufgeführt. Zu sehen sind Holger Hübner (Patrick Jeskow), Anna-Katharina Muck (Marina Jeskow), Oda Pretzschner (Katja Grabowski), Jacqueline Macaulay (Jessica Höfel), Christian Erdmann (Wolf Heider), Rosa Enskat (Sabine Müller) **Foto: Matthias Horn**

Den Weg zu seinem Beruf und seinem Künstler-Dasein beschreibt der 1964 in Heilbronn geborene Autor, Regisseur und Schauspieler als die „übliche Mischung aus Selbstüberschätzung und Zufall". Zu Beginn stand ein Studium der Germanistik, Philosophie und Soziologie. Sein Gang zur Hochschule des Saarlandes für Musik und Theater in Saarbrücken war 1986 ein Versuch, „absolut seriös zu werden", nachdem er vorher Bühnenluft im Bereich des freien Theaters geschnuppert hatte. Er arbeitete zunächst als Schauspieler und Regisseur an den Theatern Neuss und Magdeburg, um sich dann „in die freie Arbeit zu werfen". Da seine Frau Sarah Nemitz, die bis heute im Produktionsprozess der Hübnerschen Stücke beteiligt ist, keine Lust hatte auf die übliche „Vorsprechtour" an den Theatern, beschlossen die beiden, ein Stück zu entwerfen und Leute einzuladen. Hübner sammelte viel Material für einen Soloabend – bis ein befreundeter Dramaturg sagte: „Ich glaube, wenn du's selber schreibst, bist du schneller." Also hat er das gemacht: Mit dem Monolog „Tränen der Heimat" war das Paar Hübner-Nemitz noch ein paar Jahre auf Tour. Ausschlaggebend für die weitere Theaterautorenlaufbahn war der dann folgende Auftrag vom GRIPS-Theater, ein Stück zum Thema „Generationen" zu entwerfen. Daraus wurde „Das Herz eines Boxers" – das Erfolgsstück von Lutz Hübner.

Nur die wenigsten Theaterautoren können vom Schreiben leben. Und Lutz Hübner hatte, bis zu dem Zeitpunkt, da sein Schreiben ihn finanzierte, gleich zwei weitere Standbeine: Inszenieren und Spielen. Der Weg durch die Praxis und über die Bühne war abgesichert und gab Rückhalt. Ohne diese Stütze und die Möglichkeit, auch in anderen Bereichen in der Theaterwelt arbeiten und davon leben zu können, wäre das Schreiben gescheitert, so Hübner. Lutz Hübner hat sich sein Handwerk selbst angeeignet: Durch seine eigenen Spielerfahrungen weiß er, was ein Schauspieler vom Text erwartet, durch sein Inszenieren, was für einen Regisseur ein guter Text ausmacht.

Wichtig und unabdingbar, um Fuß fassen zu können, seien Kontakte, Bekannte, die empfehlen, helfen, weiterleiten. Und vor allem brauche es Glückstreffer: Sein erster Verleger war ein solcher. Bei einer Premierenfeier kennengelernt, das erste Stück von Hübner angenommen, und daraus entstand bis heute ein festes Verhältnis zum Theaterverlag Hartmann & Stauffacher.

Das Leben und Wirken als freiberuflicher Künstler

„Die finanzielle Situation der meisten Theaterautoren ist oft unbefriedigend." Während der Deutsche Bühnenverein noch relativ harmlose Worte für die finanzielle Lage der Dramatiker in Deutschland findet, verwendet die „Süddeutsche Zeitung" schon den Begriff „prekär". Hübner hat Glück – wie er selbst von sich sagt. Mit „im Schnitt an die dreißig Produktionen pro Spielzeit", kann er sich über mangelnde Aufmerksamkeit nicht beklagen. Hübner, einer der meistgespielten Theaterautoren Deutschlands, hat durch die Auftragshonorare, die sein Verlag mit den Theatern aushandelt, sowie den Tantiemen, die in der sogenannten Regelsammlung festgelegt sind, eine gewisse Planungssicherheit. Dabei sind Autoren am subventionierten Theater, im Gegensatz zu Intendanten oder Dramaturgen etwa, den Verantwortlichen für die Spielplangestaltung, die einzigen, die erfolgsabhängig bezahlt werden.

Gleichzeitig ist Lutz Hübner unterwegs, sei es auf Einladung des Goethe-Instituts in verschiedenen Ländern der Welt oder innerhalb Deutschlands. Workshops, die er gibt, seien dabei vor allem eine Quelle neuer Ideen. Es reizt ihn, Meinungen, Themen und Gedanken anderer Menschen kennen zu lernen. Das vom Kinder- und Jugendtheaterzentrum in Frankfurt am Main initiierte Projekt „Theaterautoren treffen Schule" („TAtSch") etwa hat Hübner mit Kindern in Kontakt gebracht und eine gegenseitige Inspiration ermöglicht.

Kulturpolitische Rahmenbedingungen

Ein Theater und seine Strukturen kann in extremen Fällen vor allem Rückendeckung geben. Seit Anfang 2006 mussten Hübner und sein Verlag Hartmann & Stauffacher zahlreiche Prozesse führen: Hübners Theaterstück „Ehrensache" handelt von einem Ehrenmord: 2004 wurde eine junge Türkin von zwei Männern erstochen, ihre Freundin schwer verletzt. Die Mutter des getöteten Mädchens sah in der entsprechenden Figur des Stückes zu viele negative Verweise auf ihr Kind. Ohne die Unterstützung von Verlag und Theater wäre es für Hübner nicht möglich gewesen, die Prozesse bis in die letzte Instanz durchzustehen. „Es war ein Alptraum", sagt Hübner rückblickend. Die gerichtliche „Treibjagd" wurde letztendlich zu einem Präzedenzfall, der grundsätzlich fragte, wie weit Kunst sich auf Wirklichkeit beziehen dürfe. Hübner hat den Prozess gewonnen; hätte allerdings die Gegenpartei den Sieg davongetragen, „wäre das wie das Mephisto-Urteil aus den 60ern gewesen, ein Präzedenz-Urteil, mit dem man jedes Theaterstück hätte verbieten können, das sich auf einen authentischen Fall bezieht", so Hübner. Versteht man Kulturpolitik als die Schaffung von Rahmenbedingungen für Kunstschaffen, so sind Preise und Auszeichnungen ein wichtiger Bestandteil. Für „Das Herz eines Boxers" erhielt Hübner 1998 etwa den „Deutschen Kinder- und Jugendtheaterpreis". In seiner damaligen Anfängersituation war ihm das damit verbundene Preisgeld ein willkommenes Extra. Letztendlich seien Preise ja auch „Stipendien" und somit auch „eine Unterstützung von freiberuflich Tätigen", so Hübner. Das größere Plus sieht Hübner jedoch in der damit verbundenen Reputation und dem durch die Auszeichnung entstehenden Effekt, dass das Stück „ins Laufen kommt und viele Produktionen erlebt". „Der Kinder- und Jugendtheaterpreis" war und ist für Hübner eine Initialzündung.

Hübners Wunsch an die Kulturpolitik wäre es, durchzusetzen, dass Kultur nicht mehr als freiwillige Leistung gelte, sondern als unantastbarer Posten in den Haushalt aufgenommen werde. Kultur sei ein Wirtschaftsfaktor und wichtig für die Identität und die Ausstrahlung der Kommunen. „Städte kommen durch Kunst auf die Landkarte, Kultur hat erst einmal etwas mit Wahrnehmung zu tun." Er nennt die Stadt Hagen als Beispiel, „wo es im Prinzip überhaupt nichts gibt außer einer Einkaufszone, einen Karstadt und ein Theater. Wenn das Theater weg ist – und Karstadt auch bald – dann haben sie nur noch 'ne Einkaufszone mit KiK-Läden, und dann können die irgendwann mal die Bretter hochklappen."

Die Verfasserin ist Diplom-Kulturwissenschaftlerin ■

Lutz Hübner **Foto: Matthias Horn**

Das Porträt ist im Rahmen eines auf zwei Semester angelegten Hauptseminars unter Leitung von Professor Dr. Wolfgang Schneider am Institut für Kulturpolitik der Universität Hildesheim entstanden. Die Studierenden haben sich mit Literatur zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Künstler befasst sowie durch Interviews mit Schriftstellern, Filmemachern, Musikern, Theaterschaffenden und Bildenden Künstlern eigenes Material gesammelt, analysiert und reflektiert. Direkte und indirekte Künstlerförderung, die Künstlersozialversicherung und andere kulturpolitische Konzepte, die die Freiheit der Kunst begünstigen sollen, standen dabei auf dem Prüfstand. Herausgekommen sind 25 Portraits, die aus der Sicht der Betroffenen Reformbedarfe beschreiben und zur Diskussion in den Kommunen, Ländern und im Bund beitragen können. Es ist geplant, die Beiträge in einem Sammelband herauszugeben.

Das Leben einfangen

Ein Gespräch zwischen den Künstlern Herbert Mondry und Romen Banerjee

Romen Banerjee: Lieber Herbert, du hast in den 1950er- und 1960er-Jahren erst in Hamburg und später in Berlin Kunst bei Trökes und Trier studiert. Dein Interesse für Politik kam durch die Begegnung mit linken, politisch aktiven Menschen, die zum Teil aus der DDR gekommen waren. Der Adenauer-Staat war damals geistig eng und verlogen, die DDR eher exotisch, denn eine politische Alternative. Der Bau der Mauer dann hat dich empört, ein paar Mal warst du aktiver Fluchthelfer. Du hast agitatorische Reden gegen die Notstandsgesetze gehalten, im Kontakt mit dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund setztet ihr euch in der APO gegen den Vietnamkrieg und für die Aufarbeitung der Nazi-Zeit ein. Hat sich deine politische Haltung in deiner künstlerischen Arbeit gezeigt?

Herbert Mondry: Für mich persönlich war direkte Agitation in der Kunst nicht möglich. Die Form ist stets der Inhalt. Ich wollte immer das Leben einfangen. Anfangs waren wir im Visier des Verfassungsschutzes, aber wir kannten auch die Spitzel der Polizei. Das Haus, in dem ich mein Atelier hatte, ist dann abgebrannt – da war einer enttäuscht, dass er entdeckt worden war. Ich verlor eigentlich alles, was ich bis dahin gemacht hatte. Das war heftig. Damals erfuhr ich viel echte Solidarität von Kolleginnen und Kollegen. Wir als Aktivisten wollten den politischen Kampf in die Fabriken tragen und wie viele andere ging ich dann in die Produktion. Bei AEG haben wir große Elektromotoren im Akkord gebaut. In diesen 10 Jahren war nur noch wenig Zeit für Kunst. Aber als Ausgleich fing ich an, zu fotografieren. Es waren aus der Hüfte geschossene Fotos, Situationen, die nicht gestellt waren. Ich wollte das tatsächliche Leben zeigen.

Banerjee: Warst du zu der Zeit auch politisch weiter aktiv?

Mondry: Ich war Vertrauensmann der Arbeiter geworden und hatte auch vor, in den Betriebsrat zu gehen, aber das wurde von der Gewerkschaftsführung verhindert. Zu der Zeit arbeitete die Gewerkschaft noch mit der politischen Polizei zusammen und bestimmte Leute kamen eben nicht auf die Wahllisten. Ein politischer Umbruch aus der Arbeiterschaft war nicht erreichbar. 1980 nahm ich meinen Abschied. 1977 bereits hatte ich eine Malschule eröffnet. Ich fing wieder an zu malen: viele Punks, Leute vom Rand der Gesellschaft. Mich hat immer der ungeschminkte Blick interessiert und nicht der Schein. Dabei habe ich keine Geschichten erzählt, sondern einfach nur den Menschen gezeigt. Vielleicht Geschichten der Form und Farbe: aus dem Rhythmus der Formen und den hinterlegten oder vorgelegten farblichen Flächen entsteht ein Klang, ein Bild. Mir ist wichtig, dass durch den Übertragungsprozess nicht das Besondere verloren geht.

Banerjee: Dass dann eine Figur entsteht, ist dies dann eher zufällig, es könnte auch abstrakt sein?

Mondry: Es muss auch immer abstrakt funktionieren. Für diesen Beurteilungsprozess brauchst du kein Model mehr. Das Bild hat sich verselbstständigt. Also eigentlich ist es ein bisschen Zauberei.

Banerjee: Siehst du in Bezug auf Schein und Wirklichkeit Parallelen zu unserer Zeit heute?

Mondry: Die 1950er-Jahre waren die Zeit der wirklichen tiefgehenden Lügen, ähnlich ist es heute wieder. Die Kritik des Kapitalismus ist zwingend, wenn man anfängt darüber nachzudenken. Bekommt man etwas marxistisches Rüstzeug, dann hat man einen Kompass und kann unterscheiden zwischen wirklich wichtigen und unwichtigen Dingen. Heute gilt die Realität nur noch als Konstrukt. Dadurch wird alles beliebig. Künstler sind sehr schnell bereit, jeden Mist mitzumachen. Der Gedanke, mit der Kunst Geld zu machen oder bekannt zu werden, ist heute sogar viel verbreiteter als früher.

Banerjee: Durch den Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus" ist alles Soziale out, erst recht, sich mit marxistischer Erkenntnismethode ernsthaft zu befassen. Die Menschen sind auf sich zurückgeworfen und gucken nur noch, wie komme ich am besten durch. Diese Orientierungslosigkeit ist eine unglaubliche Herausforderung, an der viele auch erst einmal scheitern. Hier ist auch ein Potential. Wer auf sich zurückgeworfen ist, kann radikal schauen: was ist mir wirklich wichtig? Dies erfordert ein hohes Maß an ziviler Courage. Zur Zeit geht viel Wissen deiner Generation verloren. Es gibt praktisch keine Szene, wo sich ein richtiger Austausch organisieren kann.

Mondry: Erkenntnisse kommen zustande, wenn es Probleme gibt, so dass der Mensch gezwungen ist, sich mit etwas zu beschäftigen. Veränderung gibt es nur, wenn es keinen Weg mehr gibt. Freiwillig oder aus dem Nichts heraus gibt es keine Veränderung. Da bleibt der Mensch eigentlich immer ein ziemlich träges Wesen. Auch in der Kunst. Wirklich bedeutende Kunst spiegelt nicht den Mainstream, die akzeptierten Denk- und Gefühlsmuster von gesellschaftlichen Gruppen, sondern gibt den darunter liegenden Konflikten Ausdruck, in welcher Form auch immer. Das ist oft schwer verständlich, schwer verkäuflich, es findet zunächst kaum Publikum. Die Entwicklung geht aber heute eher in die andere Richtung: Hier wird gehypte Kunst zu einem Element des Lifestyles bestimmter Gruppen, hier wird sie zu einer „Kulturmarke" für Oligarchen, die ihren Reichtum weder ausgeben – noch auf normalem Wege verwerten können. Neu ist, dass viele Künstler das gar nicht mehr merken.

Herbert Mondry, Fotografie 2008

Banerjee: Seit 21 Jahren bist du der Vorsitzende des *berufsverbandes bildender künstler berlin* (bbk). Welche Rolle spielt die Künstlergewerkschaft in deinem Leben?

Mondry: In den Jahren 1968, 1969 gab es viele Künstler, die „relevant" sein wollten. Im Bereich der Bildenden Kunst kannten wir uns aus. Da gab es in Berlin den *berufsverband bildender künstler* und die Deutsche Gesellschaft für Bildende Kunst, das war ein Kunstverein, der nach unserer Auffassung reaktionäre Politik machte. Der Berufverband war ein ganz verschlafener Verband, der bestenfalls ab und zu einen Brief an den Senat schrieb. 1969, 1970 deckten wir in der Mitgliederversammlung auf, dass sich der Verband vom Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen politisch missbrauchen ließ, um Künstler aus Westberlin und aus dem Osten auszuhorchen – dafür gab es Geld. Daraufhin wurde der Vorstand abgewählt, und wir Jungen konnten dann den Verband mehr zu einer echten Interessensvertretung umbauen.

Fast gleichzeitig lief die Auseinandersetzung mit der Deutschen Gesellschaft für Bildende Kunst, die eine typische Erfindung des kalten Krieges war – Staatsbeamte hatten einen Kunstverein gegründet, in dem die Mitglieder kein Mitbestimmungs- und Wahlrecht hatten. Daraus ergab sich die Forderung: Die Vereinsmitglieder selbst müssen die Ausstellungspolitik mit Hilfe von Arbeitsgruppen aus einer Mitgliederversammlung heraus bestimmen können. Diese Demokratisierung kam in der Öffentlichkeit gut an. Aus Furcht vor Demokratie löste dieser Verein sich dann auf. Durch einen glücklichen Umstand fiel uns deren Adressendatei in die Hände und wir gründeten die Neue Gesellschaft für Bildende Kunst. Die Senatszuwendungen für die Deutsche Gesellschaft für Bildende Kunst wird seitdem zu gleichen Teilen an deren Nachfolgeorganisation Neuer Berliner Kunstverein und unseren basisdemokratischen Kunstverein vergeben. Während meiner Zeit bei der AEG hatte ich keinen Kontakt mehr zum bbk. Durch einen Zufall erfuhr ich 1988 von einer neuen Situation: der Berufsverband sollte sich selber auflösen und stattdessen eine Fachgruppe der damals entstandenen IG Medien gründen. Dem ging eine etwa 15 Jahre lange Diskussion voraus, die von der Idee der gemeinsamen Interessen mit der Arbeiterschaft ausging. Erfahrungen in Westdeutschland, aber auch meine eigenen mit der Gewerkschaft in der AEG machten deutlich, dass die Interessen der Künstler in einer großen Mediengewerkschaft hoffnungslos untergegangen wären, zumal die Einrichtungen des bbk, vor allem die Druckwerksatt, die Bildhauerwerkstatt und das Büro für Kunst im öffentlichen Raum möglicherweise hätten aufgegeben werden müssen. Zu dieser Zeit mussten die Gewerkschaften aufgrund von Korruption und Misswirtschaft in ihren Wohnungsbaugesellschaften, Banken etc. viele ihrer Unternehmungen aufgeben.

Banerjee: 1988 schwappten Studentenunruhen aus Frankreich nach Deutschland über und viele neue Studenten traten in den bbk ein. In dieser Zeit etwa haben wir uns kennengelernt. Wieder gab es eine Palastrevolution im Verband und wir wurden beide in den Vorstand gewählt. Wir mussten einerseits die Führungsstrukturen und das Angebot des bbk und seiner Gesellschaften professionalisieren und transparent machen, um dem bald daraufhin einsetzenden Spardruck des Senats standhalten zu können. Und gleichzeitig liefen damals sehr viele langfristige Gewerbemietverträge aus, wodurch Künstler plötzlich ihr bezahlbares Atelier verloren. Und einige Monate später ging dann noch die Mauer auf und öffnete Spekulation Tür und Tor.

Mondry: Wir haben eine umfassende Kampagne gemacht, bis die Politiker der Stadt die faktische Vertreibung der Künstler auch als ein Problem gesehen haben. Dadurch konnten wir die Atelierförderung in Berlin aufbauen. Heute existieren etwa 800 geförderte Ateliers in der Stadt. Aber auch heute werden die Künstler wieder verstärkt in Randbezirke gedrängt. Das ist ein großes Problem.

Banerjee: Der bbk und seine Gesellschaften ist ein relativ großes Unternehmen mit komplex ineinandergreifenden Arbeitsfeldern sowie eine politische Interessenvertretung, angefangen mit basisdemokratischer Verbandstätigkeit über Personalführung bei etwa 35 hauptamtlichen Mitarbeitern oder vielfältigen Service- und Bildungsangeboten bis hin zu kulturpolitischer Lobbyarbeit auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene. Dem steht eine zunehmende Individualisierung in der Gesellschaft und nicht zuletzt bei den Künstlern gegenüber. Wie gewinnt ihr ausreichend qualifizierte und engagierte Künstler für die ehrenamtliche Vorstandsarbeit?

Mondry: Künstler, die bereits komplexere Projekterfahrung haben, sind nach einer Einarbeitungszeit durchaus in der Lage, die genannten Zusammenhänge zu durchblicken. Oft haben aber gerade sie wenig Zeit, wenn sie im Kunstmarkt überleben wollen. Es ist nicht mehr so rufschädigend, im Verband im Vorstand zu arbeiten wie es das früher einmal war. Man kann den Verband nutzen, um sein persönliches Netzwerk zu entwickeln. Das schadet der Sache der Künstler. Also, es kommt darauf an, dass man Künstler findet, die auch tatsächlich etwas politisch für die Künstler erreichen wollen. Da gibt es im Kunstbetrieb schon noch welche…

Herbert Mondry

1940 geboren
1958-65 Kunststudium bei Trökes und Trier
Stipendium Studienstiftung des Deutschen Volkes
Mitwirkung bei der Reform des berufsverband bildender künstler Berlin und der Gründung des Neuen Berliner Kunstvereins
1972-1980 Arbeiter in der AEG
19 78-1990 Betrieb einer Malschule
1986 Geburt der Tochter Toyah
Seit 1989 Vorstandsvorsitzender des bbk berlin
1990 Aufbau der Atelierförderung in Berlin

Romen Banerjee

Romen Banerjee wurde 1963 in Berlin geboren. Er studierte Kunst und Physik und lehrte in den 1990er Jahren an der Hochschule der Künste, Berlin. Zahlreiche Ausstellungen im In- und Ausland. 2009 Gründung der Organisations- und Streitplattform „Prozessgalerie" in Berlin.

Musizieren in der Schule

Modelle und Perspektiven der Elementaren Musikpädagogik

Wie können Inhalte, Prinzipien und Methoden der Elementaren Musikpädagogik in Kooperationsprojekten mit allgemein bildenden Schulen realisiert werden?
Antworten darauf und zahlreiche, sorgfältig ausgewählte Praxisbeispiele enthält dieser Band, der in bewährter Zusammenarbeit mit dem „Arbeitskreis Elementare Musikpädagogik an Ausbildungsinstituten in Deutschland" (AEMP) entstanden ist.
Ein wichtiger Wegweiser und Ideengeber in Zeiten von „JeKi" und zahllosen anderen Musikalisierungsprojekten.

Hrsg. von Claudia Meyer, Barbara Stiller und Michael Dartsch
ConBrio Fachbuch · Band 16
Paperback, 244 Seiten
CB 1206, € 25,-
ISBN 978-3-940768-06-3
www.conbrio.de

DOKUMENTATION DOKUMENTATION DOKU

KUNST UND KULTUR ALS LEBENSNERV

STELLUNGNAHME DES DEUTSCHEN KULTURRATES ZUR KULTURFINANZIERUNG

Berlin, den 29.09.2010. Kunst und Kultur haben eine herausragende Bedeutung für die Gesellschaft. Sie spiegeln gesellschaftliche Debatten wider, sie bieten Reibungsflächen zur Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit, sie weisen über das alltägliche Geschehen hinaus. Kunst und Kultur sind Ausdruck des menschlichen Daseins. Die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur verweist auf die Vergangenheit und den Umgang mit überbrachten Werten, sie hat zugleich eine zukunftsgerichtete Dimension und beinhaltet Visionen einer künftigen Gesellschaft. Im Umgang mit Kunst und Kultur zeigen sich also die Diskurse der Gesellschaft. Kunst und Kultur wird eine herausragende Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung beigemessen. In einer multiethnischen Gesellschaft gewinnen Kunst, Kultur und kulturelle Bildung eine zunehmende Bedeutung, um Integration zu befördern und die positiven Elemente kultureller Vielfalt herauszustellen. Im Begriff „Wandel durch Kultur“ werden diese Prozesse oftmals zusammengeführt.

Für jeden einzelnen Menschen sind Kunst, Kultur und kulturelle Bildung wesentlich. Kulturelle Bildung eröffnet neue Welten, sie bietet die Möglichkeit der Auseinandersetzung mit sich selbst und mit der Kunst. Kulturelle Bildung ist eine der Voraussetzungen für individuelle Kreativität und eigenes künstlerisches Schaffen.

Trotz der zentralen Bedeutung von Kunst, Kultur und kultureller Bildung für jeden Einzelnen und für die Gesellschaft insgesamt sind diese Bereiche immer wieder von Kürzungswellen betroffen. Sie werden teilweise lediglich unter finanziellen Gesichtspunkten betrachtet und nur als Nutznießer und Empfänger öffentlicher Gelder aus den Taschen der Steuerzahler gesehen. Eine solche Betrachtung lässt außer Acht, dass es sich bei der Förderung von Kunst, Kultur und kultureller Bildung um keine Subvention sondern vielmehr um eine Investition handelt. Angesichts der zu befürchtenden Einsparungen für die Haushaltskonsolidierung der Länder, um die Kriterien der Schuldenbremse einhalten zu können, angesichts der schwierigen finanziellen Situation der Kommunen und der Sparszenarien des Bundes befasst sich der Deutsche Kulturrat in dieser Stellungnahme mit der Kulturfinanzierung und fordert die Sicherung der kulturellen Infrastruktur in Bund, Ländern und Gemeinden.

Konkret erhebt der Deutsche Kulturrat folgende Forderungen:

- Die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der kulturellen Infrastruktur gehört zu den Pflichten von Bund, Ländern und Kommunen. Die inhaltliche Ausgestaltung dieser Aufgabe obliegt der Selbstverwaltung der Kommunen bzw. den Landesparlamenten und dem Deutschen Bundestag. Es muss sichergestellt werden, dass Bund, Länder und Kommunen ihrer Verpflichtung, Kulturförderung zu leisten und kulturelle Teilhabe zu gewährleisten, nachkommen, gegebenenfalls sind hierfür gesetzliche Regelungen erforderlich.

- Freiwillige Leistung Kultur bedeutet nicht, dass es sich hierbei um eine nachrangige Aufgabe handelt. Daher muss es selbstverständliche politische Vorgehensweise sein, dass zum Ausgleich der Haushalte im Rahmen der Haushaltssicherung sowohl die Pflichtaufgaben als auch die freiwilligen Aufgaben auf den Prüfstand müssen. Darüber hinaus ist es notwendig, dass bei der langjährigen institutionellen Förderung von Einrichtungen ein Existenzschutz besteht, sowohl gegenüber den Bürgern als auch der Kultureinrichtung selbst. Die Kommunen müssen ihr Handeln an diesen Grundsätzen ausrichten. Die Länder sind außerdem in der Pflicht, die kommunalen Aufsichtsbehörden an diesen Grundsatz zu binden und Regelungen zu finden, die es den Kommunen in Haushaltssicherungsverfahren trotzdem ermöglicht, das kulturelle Leben in ihrer Stadt weiter angemessen zu finanzieren.

- Die Kommunen müssen angemessen finanziell ausgestattet werden, um allen ihren Aufgaben nachkommen zu können. Hier ist in besonderer Weise die Gemeindefinanzkommission gefordert. Ebenso müssen tragfähige Modelle zur Entschuldung überschuldeter Kommunen entwickelt werden. Zudem sollen verschiedene Modelle zur Umlandfinanzierung geprüft werden.

- Das Staatsziel Kultur muss im Grundgesetz verankert werden. Das in den verschiedenen Landesverfassungen bereits verankerte Staatsziel Kultur muss dort aktiver mit Leben gefüllt werden.

- Das Haushaltsrecht muss auf den verschiedenen staatlichen Ebenen flexibler gehandhabt werden, um einen effizienten Mitteleinsatz zu ermöglichen und Bürokratiekosten zu vermeiden. Hier gilt es, die bestehenden Ermessensspielräume zu Gunsten der geförderten Kulturinstitutionen auszuschöpfen. Bereits die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ und darauf aufbauend die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland“ haben Vorschläge zum Bürokratieabbau bei Zuwendungsempfängern unterbreitet. Die Arbeitsgruppe Zuwendungsrecht des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation hat diese Vorschläge unterstützt. Sie wurden vom Staatsminister für Bürokratieabbau im Bundeskanzleramt aufgegriffen und sollten nun zügig umgesetzt werden.

- Ein Nothilfefonds für in Not geratene Kultureinrichtungen kann eine Brückenfunktion zur Sicherung der kulturellen Infrastruktur übernehmen.

- In dieser Situation weitgreifender Mittelkürzungen ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk einer der wenigen Kulturträger mit verfassungsrechtlicher und politischer Finanzierungsgarantie. Durch den staatsvertraglich festgeschriebenen Funktionsauftrag auf den Feldern der Information, Bildung, Unterhaltung und Kultur wächst den Rundfunkanstalten eine besondere Verantwortung zu. Neben der Ausweitung seiner Kulturberichterstattung müssen sie noch stärker als bisher als Förderer und Unterstützer des unabhängigen Kulturschaffens tätig werden. Diese Verpflichtung muss von den Sendern deutlicher als bisher umgesetzt werden.

- Die Kirchen sind gefordert, Kunst und Kultur einen besonderen Stellenwert einzuräumen. Dabei gilt es, neben der Pflege des kulturellen Erbes insbesondere die zeitgenössischen Künste in den Blick zu nehmen und in Förderprogrammen bzw. Aufträgen zu berücksichtigen.

- Stiftungen sind in besonderer Weise gefordert, die zeitgenössische Kunst und Kultur zu unterstützen und damit einen Beitrag zur Weiterentwicklung von Kunst und Kultur zu leisten. Sie sollten ein besonderes Augenmerk auf die Nachhaltigkeit ihrer Fördertätigkeit richten und dabei auch längerfristige Verpflichtungen eingehen. Ebenso bestehen weitere Potenziale in der Zusammenarbeit von Stiftungen.

- Die kulturelle Infrastruktur wird geprägt durch unterschiedliche künstlerische Sparten sowie die Vielfalt an Trägern. Zur Sicherung der kulturellen Vielfalt ist es unerlässlich, die Vielfalt von Trägern, Einrichtungen und Angeboten zu erhalten und im Dialog mit den Kulturverbänden weiterzuentwickeln bzw. den gesellschaftlichen Herausforderungen anzupassen.

- Weiter gilt es, auf kommunaler und regionaler Ebene weitere Formen wie z.B. Kulturabgaben auszuloten und zu erproben.

Begründungen

Wenn von der kulturellen Infrastruktur gesprochen wird, sind in erster Linie die Einrichtungen in den Städten und Gemeinden gemeint, die die Unterhaltsträger der Mehrzahl der deutschen Kultureinrichtungen sind. Hier arbeiten die Künstlerinnen und Künstler der verschiedenen künstlerischen Sparten (Musik, darstellende Kunst, bildende Kunst, Literatur, Baukultur, Design, Film und Medien) freiberuflich oder in Festanstellungen. Hier findet die konkrete Arbeit der verschiedenen Kulturinstitutionen und Einrichtungen der kulturellen Bildung wie beispielsweise Archive, Atelierhäuser, Bibliotheken, Jugendkunstschulen, kommunalen Kinos, Konzerthäuser, Museen, Musikschulen, soziokulturelle Zentren, Theater statt genauso wie die der Kunstvereine, die der verschiedenen Laiengruppen und vieles andere mehr.

Kunst und Kultur sind daher ein zentraler Lebensnerv von Städten und Gemeinden. Hier liegt die potenzielle Basis für die kreative Auseinandersetzung mit der Geschichte und mit der Zukunft der Gesellschaft. Ein lebendiges kulturelles Leben macht eine Stadt oder Gemeinde lebenswert und attraktiv. Es stiftet Gemeinschaft, bietet Anregung und Unterhaltung. Kunst und Kultur tragen wesentlich zur Identifikation mit dem Gemeinwesen bei. Hieraus ergeben sich positive Wirkungen auf die Gesamtgesellschaft, da Menschen, die sich mit dem Gemeinwesen identifizieren, oft auch in anderen gesellschaftlichen Feldern aktiv sind.

Beim Rückblick auf die letzten drei Dekaden kann zum einen festgehalten werden, dass insbesondere in den 1980er Jahren in der alten Bundesrepublik ein Ausbau der kulturellen Infrastruktur stattfand. Dieser Ausbau fand nicht nur in neuen Museumsbauten seinen Ausdruck, sondern auch in der Ausdifferenzierung der kulturellen Bildungslandschaft. So entstanden die Jugendkunstschulen als neuer Einrichtungstyp, die Museums- und Theaterpädagogik etablierten sich, soziokulturelle und Stadtteilkulturzentren entstanden im Schnittfeld von sozialer, künstlerischer und kultureller Bildungsarbeit. Kommunale Kinos wurden gegründet. Kunst- und Musikhochschulen fanden einen regen Zulauf und neue Ausbildungseinrichtungen, speziell für Film und neue Medien, wurden gegründet. Mit den Künstlerfonds wurde eine staatsferne Form der Mittelvergabe im Bereich individueller Künstlerförderung etabliert.

In den letzten zwei Jahrzehnten fand in den westlichen Bundesländern eine Reduzierung der kulturellen Infrastruktur statt, wie zum Beispiel bei Bibliotheken, die ihre Zweigstellennetze verkleinern mussten. Jene Einrichtungen und Arbeitsfelder, die auf eine erst kurze Geschichte zurückblicken wie z.B. einige kulturpädagogische Einrichtungen und freie Projekte, haben im Vergleich zu den etablierten Arbeitsfeldern und Einrichtungen oft eine deutlich unsicherere Finanzbasis.

In den östlichen Bundesländern fand nach dem fundamentalen Systemwechsel in den vergangenen zwanzig Jahren ein grundlegender Wandel des kulturellen Lebens statt. Neue Formen von Einrichtungen und Vereinen entstanden. Kulturinstitutionen wurden baulich und inhaltlich modernisiert. Mit dieser Entwicklung verbunden waren und sind Schließungen bzw. Fusionen von Kultureinrichtungen. Dieses zog einen beträchtlichen Personalabbau nach sich. Die privatwirtschaftliche Kulturwirtschaft entwickelt sich relativ langsam. Viele Künstler konnten und können in den marktwirtschaftlichen Strukturen der Kulturwirtschaft nicht Fuß fassen.

Kulturförderung: Aufgabe des öffentlichen, des gemeinnützigen und des privatwirtschaftlichen Kulturbetriebs

In seiner Stellungnahme orientiert sich der Deutsche Kulturrat an den drei Sektoren:

1. öffentlich finanzierter Kulturbereich,
2. privatwirtschaftlicher Kulturbereich,
3. gemeinnütziger Kulturbereich, Kirchen und gebührenfinanzierter öffentlich-rechtlicher Rundfunk.

Öffentlich finanzierter Kulturbereich (1. Sektor)

Werden die öffentlichen Kulturausgaben in Deutschland nach den verschiedenen staatlichen Ebenen differenziert, wird deutlich, dass nach wie vor die Gemeinden den größten Teil der Kulturfinanzierung übernehmen, nämlich 52,3 %. Auf die Länder entfallen laut Kulturfinanzbericht 2008 36,6% und auf den Bund 11,1%. Viele Kommunen befinden sich aber in einer finanziellen Situation, die die Aufgabenerfüllung durch die Kommunen gefährdet. Kommunen mit einem hohen Hauhaltsdefizit unterliegen der Haushaltssicherung und ihre Haushalte müssen jeweils von der Kommunalaufsicht genehmigt werden. Einige Kommunen haben bereits so hohe strukturelle Defizite, dass selbst bei größten Sparanstrengungen eine Entschuldung nicht gelingen kann. Dem im Jahr 2008 erschienen Kulturfinanzbericht ist zu entnehmen, dass die Kulturausgaben von 1995 bis 2007 angestiegen sind, bei einer preisbereinigten Betrachtung sind sie allerdings gesunken.

Eine wichtige Informationsquelle zur Kulturfinanzierung durch Bund, Länder und Gemeinden sind die alle zwei Jahre erscheinenden Kulturfinanzberichte, die vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern gemeinsam herausgegeben wurden. Die in diesen Berichten dargestellten Zeitreihen zur Kulturfinanzierung geben über deren Entwicklung Auskunft. Sie zeigen auch, dass die Kulturhaushalte nur marginale Anteile an den Gesamthaushalten der verschiedenen Gebietskörperschaften haben.

Sowohl die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ als auch die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ haben die herausragende Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements, sei es als Zeit- oder als Geldspende, für das kulturelle Leben in Deutschland unterstrichen. Dieses bürgerschaftliche Engagement ist eine Bereicherung in der Arbeit der Kultureinrichtungen sowie für das kulturelle Leben insgesamt, es kann die hauptamtliche Arbeit im Kulturbereich aber nicht ersetzen.

Privatwirtschaftlicher Kulturbereich (2. Sektor)

Die Kultur- und Kreativwirtschaft repräsentiert den privatwirtschaftlichen Kulturbereich. Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft sind bestrebt, durch den erwerbswirtschaftlichen Verkauf kulturwirtschaftlicher Güter und Dienstleistungen Gewinn zu erzielen. Im privatwirtschaftlichen Kulturbereich, der bei den Künstlern, den Schöpfern von Kunst und Kultur, beginnt und über Verwerter wie Verlage, Film- und Fernsehproduzenten bis hin zum Einzelhandel mit Kunst und Kultur in Galerien oder Buchhandlungen reicht, werden Kunst- und Kulturgüter produziert und distribuiert. Der privatwirtschaftliche Kulturbereich steht mit den anderen Kulturbereichen in enger Wechselwirkung und ist Teil der kulturellen Infrastruktur.

Gemeinnütziger Kulturbereich, Kirchen und öffentlich-rechtlicher Rundfunk (3. Sektor)

Ein wesentlicher Teil des kulturellen Lebens wird durch gemeinnützige Kulturvereine und -institutionen, -stiftungen, die Kirchen sowie den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gestaltet. Bürgerschaftliches Engagement ist dabei in weiten Teilen ein tragendes Element des kulturellen Lebens. Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Kultur in Deutschland“ bezeichnete in ihrem Schlussbericht (Bundestagsdrucksache 16/7000) den Bürger als den wichtigsten Finanzier von Kunst und Kultur und zwar in erster Linie als Marktteilnehmer, in zweiter Linie als bürgerschaftlich Engagierter und erst in dritter Linie als Steuerzahler.

Ein besonderes Verdienst der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ ist es, den bedeutenden Beitrag der Kirchen zum kulturellen Leben in Deutschland herausgestellt zu haben. Dabei setzen sie sowohl in der kulturellen Breitenarbeit und der kulturellen Bildung als auch in der Kunstförderung Akzente.

Von großer Bedeutung für den Kulturbetrieb ist weiter der öffentlich-rechtliche Rundfunk. Er ist nicht nur Auftraggeber für Künstler und Kulturproduzenten verschiedener Sparten. Er ist als Kulturproduzent zugleich selbst Teil des Kultur- und Medienbetriebs und berichtet

Weiter auf Seite 26

Fortsetzung von Seite 25

über Kunst und Kultur. Darüber hinaus ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk ein wichtiger Live-Kulturveranstalter.

Verflechtungen im Kulturbetrieb

Mit dem Begriff Kulturbetrieb wird ein sehr komplexer und umfassender gesellschaftlicher Bereich zusammengefasst. Es gehören dazu die Künstler, die den kreativen Kern des Bereiches bilden. Die steuer- bzw. gebührenfinanzierten Kultureinrichtungen wie Bibliotheken, Museen, Theater, soziokulturelle Zentren, kommunale Kinos, Musikschulen usw. sind Auftraggeber oder Arbeitgeber für Künstler, sie sind Abnehmer künstlerischer Werke oder Dienstleistungen, sie sind Anbieter künstlerischer Produktionen bzw. Dienstleistungen im Bereich der kulturellen Bildung. In den Kulturvereinen und -initiativen können Bürger selbst künstlerisch aktiv werden. Kulturvereinigungen und -projekte präsentieren Kunst und Kultur und bieten Räume für Auseinandersetzungen. Die Unternehmen der Kulturwirtschaft verwerten künstlerische Werke, sie präsentieren Künstler und sind Anbieter kultureller Dienstleistungen. Alle Bereiche des kulturellen Lebens haben auch eine wirtschaftliche Bedeutung als Auftraggeber für die gewerbliche Wirtschaft und den Dienstleistungssektor vor Ort. Die kulturelle Bildung ist integrativer Bestandteil des kulturellen Lebens und bietet Zugangschancen zu Kunst und Kultur.

Alle Bereiche des kulturellen Lebens sind eng miteinander verbunden und stehen in zahlreichen Wechselwirkungen. Veränderungen in einem Bereich wirken sich auch auf die anderen aus. Daher betreffen Kürzungen der öffentlichen Kulturausgaben alle Bereiche des kulturellen Lebens und nicht nur die öffentlichen Kultureinrichtungen selbst.

Das bürgerschaftliche Engagement ist eine Bereicherung des kulturellen Lebens. Es kann hauptamtliche Arbeit in Kultureinrichtungen nicht ersetzen, es ist im Gegenteil für eine produktive, sinnerfüllte Zusammenarbeit mit Freiwilligen oftmals der zusätzliche Einsatz von hauptamtlichen Personal erforderlich. Zugleich sind bürgerschaftlich Engagierte oftmals die besten Werbeträger für Kultureinrichtungen und setzen sich nachhaltig für deren Erhalt ein. Insbesondere die verschiedenen Freiwilligendienste im In- und Ausland tragen dazu bei, dass sich zum einen junge Menschen für Kunst und Kultur engagieren oder zum anderen in generationsübergreifenden Freiwilligendiensten aktiv dem demografischen Wandel stellen.

Das Leben in der Stadt, aber auch in den Kreisen und Regionen wird zu einem großen Teil von einem lebendigen kulturellen Leben geprägt. So entsteht eine auch identitätsstiftende Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger. Das kulturelle Leben eröffnet Teilhabechancen, es bietet aber auch Chancen der Auseinandersetzung mit der Gesellschaft, und es ist Ausdruck des menschlichen Zusammenlebens.

Strukturreformen im Kulturbereich

Seit gut zwanzig Jahren ist der öffentliche Kulturbereich auch ein Feld für Reformen verschiedenster Art. Insbesondere in den 1990er Jahren wurden Rechtsformänderungen in Kultureinrichtungen vorgenommen. Die Überführung in privatwirtschaftliche Rechtsformen sollte vor allem einer Entbürokratisierung dienen. Rückblickend kann gesagt werden, dass durch Rechtsformänderungen weniger Effekte erzielt wurden als zunächst erhofft. Aufgrund der nach wie vor bestehenden Bindung der Kultureinrichtungen und -institutionen an das öffentliche Haushaltsrecht liefen manche der Reformen ins Leere. Für eine öffentlich finanzierte Kultureinrichtung ist die Rechtsform zwar eine wichtige Größe, sie hat aber weniger Einfluss auf deren Effizienz und Effektivität, als zunächst angenommen wurde. Darüber hinaus dürfen potenzielle negative Aspekte wie Tarifflucht und die Möglichkeit der Insolvenz bei Kultureinrichtungen in der Form einer GmbH nicht außer Acht gelassen werden.

Die in den letzten Jahren umgesetzten Reformen des Stiftungsrechts und des Gemeinnützigkeitsrechts haben positive Wirkungen im Kulturbereich. Mit ihrer Hilfe können die grundlegenden Probleme der Kulturfinanzierung aber nicht gelöst werden, da das Volumen der privaten Förderung durch Stiftungen und Vereine im Vergleich zum tatsächlichen Bedarf zu gering ist. Gerade mit Blick auf privatrechtliche Stiftungen ist überdies festzustellen, dass sie in den seltensten Fällen bereit sind, langfristige Verantwortung für Kulturinstitutionen oder -projekte zu übernehmen, sondern sich eher entsprechend ihren selbst gesteckten Zielen temporär engagieren.

Aktuelle Herausforderungen

Die Städte und Gemeinden werden aller Voraussicht nach im Jahr 2010 das größte Haushaltsdefizit seit Gründung der Bundesrepublik meistern müssen. Dieses akute Defizit, das das in vielen Kommunen bestehende strukturelle Defizit noch verschärft, wird sich unweigerlich auch auf die öffentliche Kulturfinanzierung auswirken. Insbesondere in Ländern, in denen die Kultur vornehmlich von den Kommunen finanziert wird, wird der Kulturbereich vor Einsparungen nicht verschont bleiben können. Die im Jahr 2009 im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse wird besonders in den Ländern zusätzlich zu Ausgabenkürzungen führen müssen, da ansonsten die selbst gesteckten Finanzziele nicht erreicht werden. Es ist bereits sichtbar geworden, dass viele Länder im Kulturbereich Einsparungen vornehmen werden.

Zusätzlich wirkt sich die Wirtschafts- und Finanzkrise der Jahre 2008 und 2009 in sinkenden Steuereinnahmen aus. Die öffentlichen Haushalte trifft die Wirtschafts- und Finanzkrise mit einer Verzögerung. Dadurch wird sich die oben skizzierte Situation noch einmal verschärfen.

Weder Stiftungen noch die Kirchen werden die durch die Einsparungen der öffentlichen Hände entstehenden Effekte auffangen können.

Insgesamt ist zu befürchten, dass die Schließung von Kultureinrichtungen und ein weiterer Beschäftigungsabbau im Kulturbereich drohen. Der Abbau an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung im Kulturbereich wird zu einer Zunahme an freiberuflichen Kunstschaffenden führen, die dann ohne arbeitsvertragliche Absicherung in ihrem Beruf weiterarbeiten müssen. Dieses wiederum trägt zu einem Anstieg der in der Künstlersozialversicherung Versicherten bei. Deren Versicherungsbeitrag zur Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung wird zur Hälfte von ihnen selbst, zu 30% von den Verwertern künstlerischer Leistungen und zu 20% von einem Bundeszuschuss finanziert. Die Künstlersozialversicherung ist eine wichtige kultur- und sozialpolitische Einrichtung. Eine Zunahme der Versicherten muss unter den gegebenen Bedingungen zwangsläufig eine Erhöhung des Bundeszuschusses nach sich ziehen. Darüber hinaus fallen bereits heute viele Künstler durch die Netze der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung bzw. der freien künstlerischen Tätigkeit. Sie müssen sich trotz geringer Einkommen ausschließlich privat sozial absichern.

Gesellschaftliche Herausforderungen

Über die genannten finanziellen Herausforderungen hinaus wirken sich auch gesellschaftliche Veränderungen auf den Kulturbereich aus. Der demografische Wandel wird vielfach mit dem Slogan „älter, bunter, weniger“ umschrieben. Dahinter verbirgt sich zum einen, dass in einigen Regionen Deutschlands die Bevölkerungszahl durch Abwanderung drastisch abnimmt. Die politisch Verantwortlichen stehen vor der Frage, ob die geringere Bevölkerungszahl dazu führen muss, auch das kulturelle Angebot auszudünnen oder ob Kultur einen Beitrag dazu leisten kann, dass eine Region so attraktiv wird, dass wieder Menschen dorthin ziehen. Neben der sinkenden Bevölkerungszahl ändert sich die Zusammensetzung der Bevölkerung. Ferner nimmt die Zahl der älteren Menschen zu und die der jüngeren ab. Dieses bietet auf der einen Seite die Chance, allen Kindern und Jugendlichen tatsächlich den Zugang zu Kunst und Kultur auf breiter Ebene zu ermöglichen, wenn das bisherige Angebot erhalten bleibt. Auf der anderen Seite muss das Angebot für ältere Menschen ausgeweitet werden, zumal viele von ihnen bis in das hohe Alter geistig und körperlich aktiv bleiben. Die dritte Herausforderung des demografischen Wandels ist der steigende Anteil, den Migranten an der Gesamtbevölkerung haben. An alle Akteure des kulturellen Lebens muss die Frage gerichtet werden, ob das Thema interkulturelle Öffnung auf ihrer Agenda steht und welche Folgen die von der Bundesrepublik ratifizierte UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung kultureller Ausdrucksformen mit Blick auf die kulturelle Teilhabe und die kulturellen Ausdrucksformen von Migranten hat.

Die skizzierten gesellschaftlichen Herausforderungen stellen die Kultureinrichtungen und -institutionen vor neue Aufgaben. Ihre Zukunftsfähigkeit wird auch davon abhängen, wie sie diese neuen Aufgaben meistern werden und ob sie sie als Chance zur Weiterentwicklung begreifen. Viele Kultureinrichtungen und -institutionen nehmen bereits die Herausforderungen an. Sie sollten für ihre in die Zukunft gerichteten Schritte einen Bonus erhalten, statt dass das Verharren beim Bestehenden belohnt wird. In einem kulturpolitischen Diskurs gilt es auch die kulturelle Infrastruktur einer Überprüfung zu unterziehen, inwiefern sie den künftigen Anforderungen gerecht wird. Dabei sind neben ökonomischen Parametern vor allem kulturpolitische Kriterien anzulegen, nach denen die kulturelle Infrastruktur gemessen und bewertet werden sollte. ■

RESOLUTION: GESETZLICHE NEUREGELUNG ZUR SCHNELLEN UND RECHTSICHEREN DIGITALISIERUNG VERWAISTER UND VERGRIFFENER WERKE IST ERFORDERLICH

Berlin, den 29.09.2010. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, begrüßt, dass mit der „Deutschen Digitalen Bibliothek“ ein großes Vorhaben auf den Weg gebracht wurde und finanziell unterstützt wird, um deutschsprachige Bücher zu digitalisieren und damit für Bildung und Wissenschaft sowie interessierte Bürger und Bürgerinnen zugänglich zu machen. Dieses von den Bibliotheken getragene, nicht kommerzielle Vorhaben ist ein wichtiger kulturpolitischer Beitrag sowohl zur Sicherung als auch zur Zurverfügungstellung von Kulturgut. Die „Deutsche Digitale Bibliothek“ wird gleichzeitig Teil der europaweiten digitalen Bibliothek „Europeana“ sein, so dass das europäische schriftliche Kulturerbe in breitem Umfang digital zur Verfügung gestellt werden kann.

Digitalisierung von Werken

Unproblematisch ist die Digitalisierung von sogenannten gemeinfreien Werken, d.h. von Werken, deren Autor bereits 70 Jahre tot ist. Diese Werke können ohne weitere Nachfragen digitalisiert und in der Deutschen Digitalen Bibliothek respektive der „Europeana“ zugänglich gemacht werden. Anders stellt es sich für sogenannte verwaiste oder vergriffene Werke dar. Bei verwaisten Werken handelt es sich um geschützte Werke, deren Rechteinhaber, Autor oder Verlag, nicht ermittelt oder ausfindig gemacht werden kann. Vergriffene Werke sind Werke, die durch den Verlag nicht geliefert werden können. Verwaiste Werke sind in der Regel auch vergriffen, umgekehrt gibt es aber viele vergriffene Werke, deren Rechteinhaber bekannt ist, die also nicht verwaist sind.

Bei der Digitalisierung der Werke und der anschließenden Bereitstellung im Internet sind nach deutschem Urheberrecht das Vervielfältigungsrecht (§ 16 UrhG) und das Recht der öffentlichen Zugänglichmachung (§ 19a UrhG) betroffen. Einschlägige Schrankenbestimmungen zu Gunsten der Bibliotheken sind insoweit nicht vorhanden. Die erforderlichen Rechte müssen deshalb von den Rechteinhabern – Urheber oder Verlag – eingeholt werden. Das kann sehr aufwändig sein und ist bei verwaisten Werken, bei denen die Rechteinhaber stets unbekannt sind, unmöglich.

Digitalisierung verwaister und vergriffener Werke

Um die Digitalisierung verwaister und bestimmter vergriffener Werke voranzutreiben, haben sich Vertreter der Rechteinhaber (Autoren sowie Verlage), der Bibliotheken sowie die Verwertungsgesellschaft Wort und die Verwertungsgesellschaft Bild-Kunst auf ein Modell verständigt, dass sowohl eine Vergütung als auch die Widerspruchsmöglichkeit der Rechteinhaber sicherstellt.

Verwaiste Werke

Im Hinblick auf verwaiste Werke ist zunächst auf der Grundlage eines Suchplans („sorgfältige Suche“) durch die Bibliotheken zu klären, ob die Rechteinhaber eines Werkes ermittelt und ausfindig gemacht werden können. Dazu gehört z.B. der Abgleich mit dem Verzeichnis lieferbarer Bücher (VLB), dem Verlagsarchiv des Börsenvereins oder den Datenbanken der Verwertungsgesellschaften. Steht am Ende fest, dass es sich um ein verwaistes Werk handelt, so erfolgt die Zahlung einer Vergütung an die Verwertungsgesellschaft. Die Verwertungsgesellschaft stellt die Bibliothek von einer Haftung frei. Die Vergütung wird zunächst zurückgestellt. Wird der Rechteinhaber später – aber noch innerhalb der urheberrechtlichen Schutzfrist des Werkes – bekannt, so schüttet die Verwertungsgesellschaft die Vergütung an ihn aus. Außerdem hat der Rechteinhaber die Möglichkeit, einer Nutzung durch die Bibliotheken zu widersprechen. Bleibt der Rechteinhaber bis zum Ablauf der Schutzfrist unbekannt, so werden die zurückgestellten Gelder an die Gemeinschaft der Rechteinhaber ausgeschüttet oder – das ist noch zu klären – möglicherweise auch den Sozial- oder Kultureinrichtungen der Verwertungsgesellschaften zugewiesen.

Damit dieses Modell greifen kann, ist es erforderlich einen neuen § 13 e in das Urheberrechtswahrnehmungsgesetz aufzunehmen, der den o.g. Sachverhalt regelt. Eine Formulierung könnte wie folgt lauten:

§ 13e UrhWG – neu – Verwaiste Werke
(1) Hat eine sorgfältige Suche ergeben, dass bei geschützten Werken der Rechteinhaber nicht feststellbar ist, so gilt die Verwertungsgesellschaft, die Rechte an Werken dieser Art wahrnimmt, als berechtigt, Nutzungsrechte für die elektronische Vervielfältigung und öffentliche Zugänglichmachung einzuräumen. Für die Nutzung ist eine angemessene Vergütung zu zahlen. Die Verwertungsgesellschaft hat den Nutzer von Vergütungsansprüchen des Rechteinhabers freizustellen.

(2) Wird der Rechteinhaber bekannt, so hat er im Verhältnis zu der Verwertungsgesellschaft die gleichen Rechte und Pflichten, wie wenn er ihr seine Rechte zur Wahrnehmung eingeräumt hätte. Die Berechtigung der Verwertungsgesellschaft entfällt mit Wirkung für die Zukunft, wenn der Rechteinhaber ihr gegenüber schriftlich erklärt, seine Rechte selbst auszuüben.

Vergriffene Werke

Bei vergriffenen Werken geht der Vorschlag dahin, dass bei Werken, die vor 1966 veröffentlicht wurden und nicht kommerziell genutzt werden sollen, ebenfalls eine Rechteeinräumung über die Verwertungsgesellschaft ermöglicht wird. Die Verwertungsgesellschaften Wort und Bild-Kunst haben ihre Wahrnehmungsverträge bereits entsprechend geändert. Diese Änderungen gelten aber nur für die Wahrnehmungsberechtigten der Verwertungsgesellschaften. Zur Erleichterung der Digitalisierungsvorhaben für die Bibliotheken sollte ergänzend eine

Weiter auf Seite 27

Fortsetzung von Seite 26

widerlegbare Vermutung in das Urheberrechtswahrnehmungsgesetz aufgenommen werden, wonach die Verwertungsgesellschaft, die Rechte dieser Art wahrnimmt, sämtliche Rechteinhaber vertreten kann. Es handelt sich insoweit um eine Regelung für Außenseiter, zu denen allerdings auch unbekannte oder nicht ermittelbare Rechteinhaber gehören können. Es würden demnach – in einem gewissen Umfang – auch verwaiste Werke erfasst werden. Dieser Vorschlag hätte für die Bibliotheken den erheblichen Vorteil, dass bei Werken, die vor 1966 erschienen sind, lediglich geprüft werden müsste, ob es sich um ein vergriffenes Werk handelt („Prüfung im VLB“). Wenn dies der Fall ist, könnte ohne weitere Suche eine Lizenzierung über die Verwertungsgesellschaft erfolgen. Soweit es sich um Wahrnehmungsberechtigte der Verwertungsgesellschaft handelt, nimmt diese die Rechte aufgrund der Rechteeinräumung im Wahrnehmungsvertrag wahr. Im Hinblick auf Außenseiter würde zunächst die Vermutungsregelung gelten. Soweit ein Außenseiter keine Rechtewahrnehmung durch die Verwertungsgesellschaften wünscht, könnte er dies jederzeit erklären und damit die Vermutungswirkung widerlegen.

Folgende Formulierung wird vorgeschlagen:

§ 13d UrhWG – neu – Vergriffene Werke
Nimmt eine Verwertungsgesellschaft Rechte für die elektronische Vervielfältigung und öffentliche Zugänglichmachung von vergriffenen Werken für nicht gewerbliche Zwecke wahr, so wird bei Werken, die vor dem 1. Januar 1966 erschienen sind, vermutet, dass die Verwertungsgesellschaft die Rechte aller Berechtigten wahrnimmt. Sind mehr als eine Verwertungsgesellschaft zur Wahrnehmung berechtigt, so gilt die Vermutung nur, wenn die Rechte von allen berechtigten Verwertungsgesellschaften gemeinsam wahrgenommen werden. Soweit die Verwertungsgesellschaft Zahlungen auch für Berechtigte erhält, deren Rechte sie nicht wahrnimmt, hat sie den Nutzer von Ansprüchen dieser Berechtigten freizustellen.

Die Politik muss jetzt handeln!

Der Deutsche Kulturrat fordert die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag auf, unabhängig von derzeit stattfindenden Beratungen zum sog. Korb III „Urheberrecht in der Informationsgesellschaft“ Regelungen zur Digitalisierung und Zugänglichmachung von verwaisten und vergriffenen Werken sehr zügig auf den Weg zu bringen. Gerade mit Blick auf die dynamische Entwicklung bei der Bereitstellung von digitalisierten Büchern in der „Europeana“ ist es erforderlich, dass Deutschland nicht den Anschluss an die Informationsgesellschaft verliert. ■

KULTURELLE BILDUNG IST ALLGEMEINBILDUNG

STELLUNGNAHME DES DEUTSCHEN KULTURRATES ZUM BILDUNGSBERICHT 2012 MIT DEM SCHWERPUNKTTHEMA KULTURELLE BILDUNG

Berlin, den 29.09.2010. Der Deutsche Kulturrat, der Spitzenverband der Bundeskulturverbände, begrüßt, dass die kulturelle und musisch-ästhetische Bildung das Schwerpunktthema des Bildungsberichts 2012 werden wird. Wie die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder der Bundesrepublik Deutschland (Kultusministerkonferenz, KMK) in ihrer Entschließung erklärte, sollen bildungsbereichsübergreifend – von der frühkindlichen Bildung bis in die Erwachsenenbildung – die differenzierten Formen kultureller Bildung in unterschiedlichen Lebenszusammenhängen und Lebensphasen dargestellt werden. Zudem begrüßt der Deutsche Kulturrat, dass auch die informelle Bildung von der frühkindlichen Bildung bis ins Seniorenalter aufgezeigt werden soll.

· Seit seinem Bestehen befasst sich der Deutsche Kulturrat mit den Rahmenbedingungen und den vielfältigen Angeboten der kulturellen Bildungslandschaft in Deutschland. In zahlreichen Stellungnahmen und Publikationen hat er auf die Bedeutung der kulturellen Bildung für die Persönlichkeitsentwicklung, die Gesellschaft und Kunst und Kultur hingewiesen. Insofern erachtet es der Deutsche Kulturrat als essentiell, dass der kulturellen Bildung einschließlich der Medienbildung nun im Bildungsbericht 2012 im Rahmen der Allgemeinbildung in den unterschiedlichen Bildungsorten verstärkt Aufmerksamkeit geschenkt wird.
·
· Mit dieser Stellungnahme möchte der Deutsche Kulturrat mit Blick auf die Erstellung des Bildungsberichtes 2012 wesentliche Aspekte benennen:
·
· Kunst und Kultur sind unverzichtbare Bestandteile der Allgemeinbildung, die Menschen befähigen, ihren Alltag zu gestalten und an der Gesellschaft teilzuhaben.
· Kulturelle Bildung bezieht sich nicht nur auf die Kinder- und Jugendbildung, sondern auch auf die Erwachsenenkulturarbeit als Bestandteil des lebenslangen Lernens. Im Rahmen eines lebenslangen Lernens gewinnt die Seniorenkulturarbeit durch den demografischen Wandel zunehmend an Bedeutung.
· Kulturelle Bildung findet sowohl in der formalen schulischen Bildung als auch in außerschulischen, informellen sowie in interdisziplinären Kontexten statt. Dazu gehören neben den Kindertageseinrichtungen und Schulen mit ihrer grundlegenden Bildung für alle Kinder und Jugendlichen z.B. auch die Jugendkunstschulen, Musikschulen, theaterpädagogische Einrichtungen, soziokulturellen Zentren, die Kinos, Bibliotheken, Museen (Museumspädagogische Dienste), Theater und Opernhäuser.
· Kulturelle Bildungsangebote sollten daher in allen Bildungsorten unterbreitet werden.
· Kulturelle Bildung vermittelt nicht nur künstlerisch-ästhetische Kompetenzen, sondern trägt wesentlich zur Schul- und Organisations-entwicklung bei.
· Kulturelle Bildung eröffnet neue Chancen der Kooperationen zwischen Schule, außerschulischen Bildungspartnern sowie Kultureinrichtungen.
· Kulturelle Bildung wird von unterschiedlichen Akteuren wie Lehrern, Erziehern, Kulturpädagogen, Bibliothekaren, Künstlern aller künstlerischen Sparten sowie weiteren Akteuren aus kreativen Sparten vermittelt. Diese Akteure brauchen (medien-) pädagogische, künstlerische sowie kulturelle Kompetenzen, die sie in Aus-, Fort- und Weiterbildungen erwerben müssen.
· Für die Vermittlung kultureller Bildung braucht es zudem eine adäquate Ausstattung der Schulen sowie der außerschulischen Kultur- und Bildungseinrichtungen. Dazu gehören Räume, Materialien, Medien, Technik sowie kultur- und medienpädagogisch und künstlerisch gut ausgebildetes Personal.

Der Deutsche Kulturrat weist darauf hin, dass sich der Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ bereits ausführlich mit dem Thema „Kulturelle Bildung“ befasst hat. Weitere Bestandsaufnahmen, Berichte und Positionierungen wie die Stellungnahme des Deutschen Kulturrates „Kulturelle Bildung in der Schule“ sowie seine bereits mehrfach herausgegebene „Konzeption Kulturelle Bildung“, die „UNESCO Road Map zur Kulturellen Bildung“/„Seoul Agenda“ und die Kinder- und Jugendberichte der Bundesregierung sollten im Bildungsbericht 2012 Berücksichtigung finden.

Darüber hinaus erhofft sich der Deutsche Kulturrat vom Schwerpunktthema „kulturelle und musisch-ästhetische Bildung“ im Bildungsbericht 2012:

· Eine Übersicht der unterschiedlichen Akteure im Feld der kulturellen Bildung,
· Informationen zu existierenden Evaluationen zu Modellprojekten und Berichten zum Thema kulturelle Bildung,
· eine Übersicht über Projekte, Wettbewerbe und Initiativen aus Bund, Ländern, Kommunen, der Zivilgesellschaft und der Stiftungen,
· Qualitätskriterien für gute und nachhaltige kulturelle Bildung,
· Informationen über den Einfluss kultureller Bildung im Rahmen der Persönlichkeitsentwicklung,
· Informationen über den Einfluss kultureller Bildung im Rahmen des lebenslangen Lernens,
· Informationen über die Situation der ästhetischen Fächer in der Schule,
· Informationen zur Ausbildungssituation von Musik-, Kunst-, Theaterlehrern und Erziehern sowie Bibliothekaren, Kunst-, Musik-, Theater- und Kulturpädagogen,
· Informationen zur Wirkung der Einbeziehung von Künstlerinnen und Künstlern in die Vermittlung kultureller Bildung im schulischen sowie im außerschulischen Kontext,
· Informationen zu Konzepten zur Vermittlung interkultureller Bildung,
· Informationen zu Konzepten zur Vermittlung von Seniorenkulturangeboten,
· Informationen zur Partizipation an kulturellen Bildungsangeboten von benachteiligten Gruppen,
· Informationen zu den Betätigungsfeldern im Rahmen des FSJ Kultur.

Des Weiteren wünscht sich der Deutsche Kulturrat Antworten auf folgende Fragen:

· Wie sehen die Zugänge zu kulturellen Bildungseinrichtungen aus?
· Wer nimmt an den Angeboten teil und wo gibt es Barrieren?
· Wie steht es um die Qualität von kultureller Bildung?
· Wie sieht die derzeitige Zusammenarbeit zwischen Schulen, Künstlern und Kultureinrichtungen aus?
· Welchen Handlungsbedarf gibt es für die Aus- und Fortbildung der Vermittler kultureller Bildung?
· Welche Unterschiede gibt es zwischen Ländern hinsichtlich der Curricula in den künstlerischen Fächern sowie der Behandlung kultureller Themen in anderen Schulfächern?
· Welche Unterschiede in der Infrastruktur kultureller Bildungsangebote gibt es zwischen den Städten und den ländlichen Regionen? Wie wird einer kulturellen Verarmung in der Fläche (z.B. dem Kinosterben) entgegengewirkt?

Mit Blick auf die kommunalen Kulturkürzungen erachtet es der Deutsche Kulturrat zudem als notwendig, zu untersuchen, welche möglichen Auswirkungen die geplanten Sparmaßnahmen auf die Angebote der kulturellen Bildung haben. Abschließend erhofft sich der Deutsche Kulturrat, dass im Bildungsbericht 2012 Perspektiven und Zielsetzungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen der kulturellen Bildung entwickelt werden.

Stellungnahmen und Publikationen des Deutschen Kulturrates zum Themenfeld „Kulturelle Bildung“ sind:

Stellungnahmen des Deutschen Kulturrates

· Kulturelle Bildung in der Schule, 07.01. 2009 (http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=1466&rubrik=4)
· Frühkindliche kulturelle Bildung: Potentiale für unsere Gesellschaft - Stellungnahme des Deutschen Kulturrates, 05. 06.2008 (http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=1363&rubrik=4)
· Kultur-Enquete: In Kulturelle Bildung investieren! Stellungnahme des Deutschen Kulturrates zu den Handlungsempfehlungen zur kulturellen Bildung im Schlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Kultur in Deutschland“, 17.04.2008 (http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=1303&rubrik=4)
· Neue Medien: Eine Herausforderung für die kulturelle Bildung, 11.04.2008 (http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=1285&rubrik=4)
· Interkulturelle Bildung – eine Chance für unsere Gesellschaft, 18.06.2007 (http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=1057&rubrik=4)
· Kulturelle Bildung – Eine Herausforderung durch den demografischen Wandel, 20.09.2006 (http://www.kulturrat.de/detail.php?detail=845&rubrik=4)

Aktuelle Publikationen des Deutschen Kulturrates

· Kulturelle Bildung: Aufgaben im Wandel. 2009 http://www.kulturrat.de/dokumente/studien/kulturelle-bildung-aufgaben-im-wandel.pdf
· Kulturelle Bildung in der Bildungsreformdiskussion - Konzeption Kulturelle Bildung III. 2006 ■

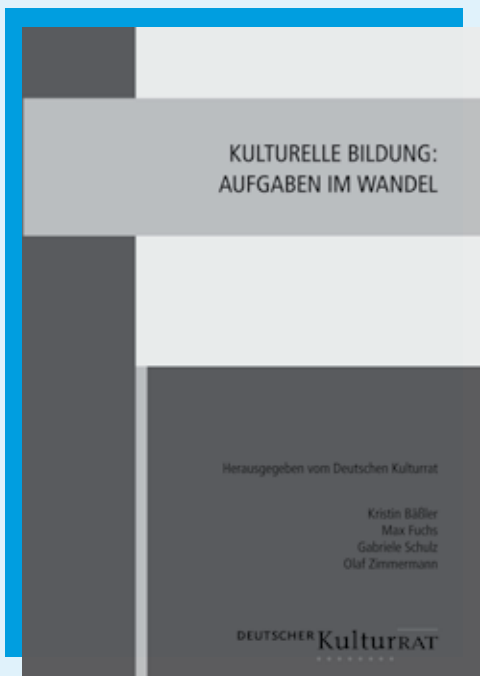
KULTURELLE BILDUNG
Aufgaben im Wandel

Hrsg. vom Deutschen Kulturrat
Kristin Bäßler, Max Fuchs,
Gabriele Schulz
und Olaf Zimmermann

489 Seiten, 2009
22,90 Euro,
ISBN 978-3-934868-18-2

Bestelladresse:

Deutscher Kulturrat,
Chausseestraße 103,
10115 Berlin,
Fax: 030/24 72 12 45,
E-Mail: post@kulturrat.de



DOKUMENTATION DOKUMENTATION DOKU

LERNORTE INTERKULTURELLER BILDUNG IM VORSCHULISCHEN UND SCHULISCHEN KONTEXT

Berlin, den 29.09.2010. Deutschland ist geprägt durch die Vielfalt der in Deutschland lebenden Kulturen und Traditionen. Heute leben in Deutschland insgesamt 15,6 Millionen Personen mit Migrationshintergrund[1]. Dies entspricht einem Anteil von 19 Prozent an der Gesamtbevölkerung. In manchen Regionen Deutschlands verfügen heute sogar rund 40 Prozent und mehr der Kinder unter zehn Jahren über eine Zuwanderungsgeschichte.

Mit der vorliegenden Stellungnahme unterbreitet der Deutsche Kulturrat gemeinsam mit

- dem Bund Spanischer Elternvereine e.V.,
- der Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantenverbände in der Bundesrepublik Deutschland e.V.,
- dem Bundesverband der Migrantinnen in Deutschland e.V.,
- dem CGil-Bildungswerk e.V.,
- der Deutschen Jugend aus Russland e.V.,
- der Föderation der türkischen Elternvereine e.V.,
- dem Forum der Migrantinnen und Migranten im Paritätischen Wohlfahrtsverband,
- dem Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V.,
- dem Polnischen Sozialrat e.V.

Vorschläge für Strukturbedingungen für eine nachhaltige interkulturelle Bildung im vorschulischen und schulischen Kontext. Diese Strukturbedingungen sollen es ermöglichen, dass kulturelle Bildung, interkulturelle Bildung und die Vielfalt der Kulturen feste Bestandteile in der Bildungspolitik sowie der Bildungspraxis werden. Dabei wird im Sinne der UNESCO von einem weiten Kulturbegriff ausgegangen, der nicht nur Kunst und Literatur einschließt, sondern auch „Lebensformen, die Grundrechte des Menschen, Wertsysteme, Traditionen und Glaubensrichtungen“ (UNESCO-Erklärung, 1982).

Im Sinne des „UNESCO-Übereinkommens zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen“ (UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt, 2005) wird Vielfalt als die „mannigfaltige Weise, in der die Kulturen von Gruppen und Gesellschaften zum Ausdruck kommen“ definiert. Vielfalt zeichnet sich in diesem Sinne nicht nur in der unterschiedlichen Weise aus, in der das Kulturerbe bereichert und weitergegeben wird, sondern auch in den „vielfältigen Arten des künstlerischen Schaffens, der Herstellung, der Verbreitung, des Vertriebs und des Genusses von kulturellen Ausdrucksformen, unabhängig davon, welche Mittel und Technologien verwendet werden.“ (vgl. UNESCO-Konvention Kulturelle Vielfalt, 2005)

Das kulturelle Leben ist veränderbar, es ist nie statisch, sondern immer einem Prozess unterworfen und in unterschiedlichen Kontexten zu verstehen. Kulturelles Leben befindet sich in einem steten Wandel. Zum einen durch sich selber heraus, zum anderen durch den Zuzug von Menschen aus allen Teilen der Welt. So sind die kulturellen Ausdruckformen von Zuwanderinnen und Zuwanderern Teil des kulturellen Lebens der deutschen Gesellschaft.

Kulturelle Bildung / Interkulturelle Bildung

Obwohl sich Kulturen immer und zu jeder Zeit verändert haben, gilt es doch für viele Menschen als elementar, kulturelle Wurzeln wie Sprache, Traditionen und Feste fortzuführen und das insbesondere durch die Vermittlung kultureller Bildung. Dies ist ein dem Menschen inhärentes Anliegen, denn es sichert ein Gefühl der jeweiligen Dazugehörigkeit. Kulturelle Bildung ist eine Voraussetzung für eigene künstlerische Ausdrucksfähigkeit sowie die aktive Rezeption von Kunst und Kultur. Nur wer ein kulturelles Fundament vermittelt bekommt, kann dieses auch in neue Formen von Kunst und Kultur transformieren. Dies setzt aber die grundsätzliche Gleichberechtigung und Wertschätzung der verschiedenen kulturellen Hintergründe und Einflüsse voraus.

Kulturelle Bildung ist ein geeignetes Feld für die Vermittlung interkultureller Bildung, die hier als Dreiklang von „interkultureller Öffnung“, „Erwerb interkultureller Kompetenzen“ und „interkulturellem Dialog“ betrachtet wird. Kulturelle Bildung als Handlungsfeld der interkulturellen Bildung muss sich demnach immer zwischen der Bewahrung der Vielfalt der Kulturen und der Öffnung für neue kulturelle Ausdrucksformen bewegen. In diesem Sinne ist kulturelle Bildung eine Triebfeder, die Menschen hilft, ihre Identität innerhalb einer Gesellschaft zu bilden und zu gestalten. Zudem eröffnet kulturelle Bildung Chancen zur Auseinandersetzung mit eigenen Traditionen und schafft zugleich Voraussetzungen für die Offenheit in der Begegnung mit anderen kulturellen Einflüssen.

Kulturelle Bildung und interkulturelle Bildung sind für die Entwicklung und die Bildungsbiographien von Kindern und Jugendliche aber auch von Erwachsenen aller Altergruppen essentiell. Von daher müssen Zugänge zu Kunst und Kultur in allen Lern- und Bildungsorten gewährleistet werden. Dabei sollte die Vermittlung von Bildung und Kultur das kulturelle Erbe, die zeitgenössischen Künste sowie die Kulturen anderer Länder einbeziehen.

Lernorte kulturelle und interkultureller Bildung

Der Deutsche Kulturrat und die genannten Verbände sprechen sich für eine nachhaltige kulturelle und interkulturelle Bildung aus, die in den Familien, Kindertageseinrichtungen, Schulen, Hochschulen, außerschulischen Bildungseinrichtungen, Kulturvereinen, Kultureinrichtungen etc. gewährleistet wird und deren primären Handlungsfelder Musik, Theater, Tanz, bildende Kunst, Literatur, Film / Neue Medien, Baukultur etc. sind.

Bei der Vermittlung von kultureller Bildung bzw. interkultureller Bildung im Kontext der vorschulischen und schulischen Bildung geht es vor allem um fünf wesentliche Aspekte:

- Die grundsätzliche Stärkung und Förderung interkultureller Bildung im Rahmen der kulturellen Bildung in der vorschulischen, schulischen, beruflichen und nachberuflichen sowie der außerschulischen Bildung.
- Die Anerkennung und Wertschätzung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen, inklusive der Muttersprachen der Zuwanderer.
- Die individuelle Förderung aller Kinder und Jugendlicher unter besonderer Berücksichtigung ihres kulturellen Hintergrundes.
- Die interkulturelle Qualifikation von Erziehern, Lehrern und Pädagogen.
- Die interkulturelle Öffnung und Professionalisierung aller zivilgesellschaftlichen Strukturen.

Die Verbände kommen darin überein, dass sich die kulturelle Vielfalt in Deutschland auch in der Vermittlung der kulturellen Bildung widerspiegeln muss.

Kindertageseinrichtungen

In Kindertageseinrichtungen wird kulturelle Vielfalt sinnlich erlebbar und lebendig vermittelt. Neben dem Spracherwerb besteht hier die Gelegenheit, sich mit Kunst und Kultur spielerisch auseinanderzusetzen. Die Kinder lernen frühzeitig mit unterschiedlichen Werten und Lebensweisen umzugehen. Sie erfahren, dass ihre Kultur und ihre Traditionen anerkannt und wertgeschätzt werden. So sind Kindergärten und Kindertagesstätten die ersten Orte des institutionellen, wenn auch noch non-formalen interkulturellen Lernens. Um allen Kindern den Zugang zu frühkindlicher Bildung zu ermöglichen, müssen Kindertagesstättenplätze flächendeckend und in ausreichender Anzahl angeboten werden, so dass Kinder so früh wie möglich mit Kunst und Kultur in Berührung kommen und sich darüber mit den verschiedenen Kulturen und kulturellen Einflüssen auseinandersetzen können.
Neben der deutschen Sprache sollten auch weitere Sprachen in den Kindertageseinrichtungen gefördert werden, denn diese geben mehrsprachig erzogenen Kindern insbesondere im Rahmen der frühkindlichen Bildung einen wichtigen Referenzrahmen. Daher sprechen sich die Verbände dafür aus, bilinguale Erziehung verstärkt in Kindertageseinrichtungen einzuführen.

Schulen

Auch in der formalen Bildung muss interkulturelle Bildung verstärkt Teil der kulturellen Bildung werden. So müssen in den Schulen die ästhetischen Fächer und Arbeitsgruppen gestärkt und verbessert werden, da die Schulen die Institutionen sind, in der alle Kinder und Jugendlichen erreicht werden können.

Die Vermittlung der deutschen Sprache muss so früh wie möglich gefördert werden; dies sowohl in den Kindertageseinrichtungen als auch in den Grund- und weiterführenden Schulen. Zudem sollte aber auch der Fokus auf Mehrsprachigkeit gelegt werden, weil sie ein großer Wert in der globalisierten Welt darstellt. Zum anderen, weil damit den vielfältigen Kulturen der zugewanderten Kinder und Jugendlichen Wertschätzung entgegengebracht wird.

Hochschulen

Für die Vermittlung interkultureller Kompetenzen müssen Lehrer, Pädagogen und Erzieher die nötigen interkulturellen Qualifikationen erhalten. Interkulturelle Qualifikationen und Kompetenzen von Lehrern, Pädagogen und Erziehern bedeutet nicht nur die Vermittlung von Deutsch-als-Zweitsprache bzw. der Muttersprache, sondern auch der Umgang mit der kulturellen Heterogenität der Kinder und Jugendlichen, die sich in ganz unterschiedlichen Facetten zeigen kann. Dazu gehört sowohl die individuelle Förderung von Kindern und Jugendlichen, als auch die sich daraus ergebenen Herausforderungen anzunehmen und Perspektiven zu entwickeln, wie jedes Kind und Jugendlicher mit seinen Potentialen und Fähigkeiten gefördert und Chancengleichheit erzielt werden kann. Diese Qualifikationen sollten Lehrer, Pädagogen und Erzieher bereits frühzeitig und fächerübergreifend in ihrer Ausbildung, sei es an den Universitäten, Fachhochschulen oder Fachschulen erlernen. Dazu werden die Hoch-, Fachhochschulen und Fachschulen aufgefordert, interkulturelle Curricula für die Lehrer-, Pädagogen- und Erzieherausbildung zu entwickeln.

Kooperationen mit außerschulischen kulturellen Bildungsangeboten

Neben der vorschulischen und schulischen Bildung spielen Eltern, Großeltern und außerschulische Partner bei kulturellen und interkulturellen Bildungsprozessen eine wichtige Rolle. Diese Bildungspartnerschaften sollten bei der Lernförderung von Kindern und Jugendlichen verstärkt einbezogen werden. Bereits heute gibt es zahlreiche Kooperationsprojekte zwischen schulischen und außerschulischen Partnern, die Modellcharakter haben.

Migrantenorganisationen und -vereine sowie Kultureinrichtungen, Künstler und außerschulische Bildungsakteure vor Ort in den Stadtteilen sind wichtige Kooperationspartner, da sie das inhaltliche Spektrum der schulischen kulturellen Bildung noch erweitern können. So bieten neben den traditionellen außerschulischen kulturellen Bildungsorten wie Musikschulen, Jugendkunstschulen, Bibliotheken, Volkshochschulen etc. auch viele Migrantenvereine eine Reihe an kulturellen Aktivitäten wie Musizieren, Singen, Malen, Lesen, Tanzen etc. an. Die verstärkte Zusammenarbeit mit diesen Vereinen vor Ort würde auch die kulturellen Traditionen der Zuwanderer stärker in der vorschulischen, schulischen und außerschulischen Bildung berücksichtigen und sie zudem darin unterstützen, sich als Bildungspartner weiterzuentwickeln.

Zudem sollten Zugänge zu Kunst und Kultur sowie Orte geschaffen werden, in denen sich Kinder und Jugendliche wiederfinden, um ihre Kreativität ausleben und gestalten zu können. Dazu gehört die Bereitstellung von Räumen, in denen „Kultur“ ausprobiert und gelebt werden kann. Um solche „interkulturellen Kristallisationsorte“ zuschaffen, ist es wichtig, flexible Nutzungen insbesondere der schulischen Räume, beispielsweise für Nachmittagsangebote von Kulturvereinen, zu gewährleisten.

Empfehlungen

Für die Umsetzung einer nachhaltigen interkulturellen Bildung im vorschulischen und schulischen Kontext, sehen es die Verbände als notwendig an, bestimmte Rahmenbedingungen zu erfüllen. Dazu gehören insbesondere:

- Interkulturelle Öffnung der Bildungsstrukturen.
- Die Wertschätzung und gleichberechtigte Auseinandersetzung mit der Vielfalt der Kulturen, Traditionen und künstlerischen Einflüssen der Zuwanderer, die sich auch in den Bildungscurricula widerspiegeln sollten.
- Die stärkere Berücksichtigung und Förderung der Mehrsprachigkeit / Muttersprachen in Schulen und Kindertageseinrichtungen.
- Die Erhöhung des Personalschlüssels von Lehrern, Pädagogen und Erziehern, die sich den unterschiedlichen Bedarfen der Kinder widmen können.
- Die verstärkte Einstellung von Erziehern, Pädagogen und Lehrern mit Zuwanderungsgeschichte, um ihre Sichtbarmachung und Teilhabe an Bildungsstrukturen zu erhöhen, Kinder und Jugendliche zur Identifikation zu ermutigen und Zugänge zu Eltern und Communities zu erleichtern.
- Die Vermittlung interkultureller Kompetenzen innerhalb der Ausbildung von Erziehern, Pädagogen und Lehrern.
- Die Bereitstellung und flexible Nutzungen von Räumen, in denen „Kultur“ gestaltet werden kann.
- Die stärkere Förderung von Kooperationen zwischen Schulen und Kindertageseinrichtungen mit Künstlern, außerschulischen Kultur- und Bildungseinrichtungen und Kulturvereinen vor Ort.

Vor allen diesen Forderungen steht zunächst die Vermittlung von Informationen: Schüler, Eltern, Kultureinrichtungen, außerschulische kulturelle Bildungseinrichtungen, Migrantenorganisationen und Kulturvereine sollten verstärkt über ihre jeweilige Aktivitäten in den Lernorten der kulturellen Bildung informieren und Lehrer, Erzieher und Eltern zur Mitarbeit und Kooperation eingeladen werden. So kann aus Kultur in Schule und Kindertageseinrichtung eine „Schul- bzw. Kindertagesstättenkultur“ aufgebaut werden, die über den Schulhof hinaus in den Stadtteil ragt. Dafür müssen finanzielle Mittel zu Verfügung gestellt werden. ■

1 In der vorliegenden Stellungnahme wird der Begriff „Person mit Zuwanderungsgeschichte / Migrationshintergrund“ in der Definition des Statistischen Bundesamtes verwendet. Als Personen mit Migrationshintergrund werden demnach definiert „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem nach 1949 zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“.

Max Fuchs: Kulturpolitik und Zivilgesellschaft
Analysen und Positionen - Aus politik und kultur 4

Das Buch enthält Beiträge von Prof. Dr. Max Fuchs,
dem Vorsitzenden des Deutschen Kulturrates,
aus *politik und kultur*, der Zeitung des Deutschen Kulturrates.
Hg. v. Olaf Zimmermann und Theo Geißler

184 Seiten, € 12,90
ISBN 978-3-934868-21-2

Erhältlich in allen Buchhandlungen
oder unter www.kulturrat.de/shop.php

Viel Wind um fast nichts

Oder was steckt wirklich hinter Phineo? • Von Olaf Zimmermann

Haben Sie zu viel Geld und wissen nicht wohin damit? Flutopfer in Pakistan – zu weit weg! Sportverein um die Ecke – zu wenig spektakulär! Entwicklungshilfeorganisationen – wer weiß, ob es wirklich bei den Bedürftigen ankommt! Die Tafel – da kann doch jeder mitmachen! Wen tatsächlich die Frage plagt, an welche gemeinnützige Organisation er oder sie sein Geld spenden kann, dem soll von Phineo geholfen werden.

Phineo ist ein Kunstwort. Es wurde gebildet aus den Worten Philanthropie und dem lateinischen Wort neo für neu. Phineo steht für eine gemeinnützige Aktiengesellschaft, die sich zum Ziel gesetzt hat, eine Brücke zwischen Sozialen Investoren, vulgo Spendern, und gemeinnützigen Organisationen zu schlagen. Hauptgesellschafter sind die Deutsche Börse Group und die Bertelsmann-Stiftung, Gesellschafter KPMG und die Stiftung Mercator, ideelle Gesellschafter Aktive Bürgerschaft e.V., das Kompetenzzentrum der Volks- und Raiffeisenbanken für Bürgerengagements, der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft sowie New Philanthropy Capital. Partner sind Deutsche Spendenrat, die Stiftung Charité und das Centrum für soziale Investitionen und Innovationen der Universität Heidelberg. Förderer sind avesco Financial Services AG, die Baden-Württembergische Bank, die Booz & Company GmbH und Economind Business Consulting. Auf den ersten Blick verwundern einige der Organisationen, da sie nur wenig inhaltliches Know-how über die Zivilgesellschaft bzw. dem gemeinnützigen Sektor mitbringen. Die Gesellschafter haben sich verpflichtet, ab dem Jahr 2010 für die nächsten drei Jahre jeweils 1,85 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Eine durchaus beachtliche Summe. Die man aber wohl auch braucht, wenn man bereits jetzt, wie dem Internetangebot zu entnehmen ist, 17 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt.

Bevor Soziale Investoren und gemeinnützige Organisationen zusammengebracht werden, wird jeweils ein Themenreport erstellt, in dem eine Fragestellung näher beleuchtet wird. Folgende Themenreporte sind bislang erschienen:

- Fair handeln, fair ändern! Umweltbildung für junge Menschen
- Fit und fröhlich! Gesundheitsförderung für junge Menschen
- Ohren auf! Musik für junge Menschen
- Mitmachen, mitgestalten! Junge Menschen für gesellschaftliches Engagement begeistern

Im November 2010 wird der Themenreport „Brücken bauen! Integration junger Migranten durch Bildung“ erscheinen.

Nachdem in den Themenreports eine Fragestellung beleuchtet wurde, werden gemeinnützige Organisationen, die in dem jeweiligen Feld aktiv sind, analysiert. Dabei geht Phineo zum einen auf in Frage kommende Organisationen zu, zum anderen gibt es die Möglichkeit sich selbst zu bewerben. Es erfolgt dann eine vierteilige Analyse. Im ersten Schritt gilt es einen Online-Fragebogen auszufüllen, im zweiten müssen Informationsmaterialien zugesandt werden wie z.B. der letzte Freistellungsbescheid des Finanzamtes, nähere Informationen zum jeweiligen Projekt, Aufstellungen der Haushaltsmittel usw. Im dritten Schritt schließlich erfolgt ein Vor-Ort-Besuch durch Phineo-Analysten, um die Organisation kennenzulernen. Dabei werden die Phineo-Analysten von Experten des jeweiligen Themenbereiches begleitet. Im vierten Schritt schließlich erfolgt eine abschließende Entscheidung durch eine Empfehlungskommission, der wissenschaftliche Experten aus dem jeweiligen Themenfeld, Experten für den gemeinnützigen Sektor im Allgemeinen und „Personen, die die Bedürfnisse der Sozialen Investoren genau kennen“ angehören.

Auf der Website von Phineo (www.phineo.org) können die erstellten Berichte abgerufen werden. Rund anderthalb DIN A4-Seiten umfassen diese Berichte. Sie gliedern sich in die Beschreibung der Herausforderung, den Handlungsansatz im jeweiligen Projekt, den Resultaten und schließlich den Empfehlungen. Ergänzend finden sich Informationen zur Rechtsform der Institution, dem Gründungsjahr, Ansprechpartner, Wirkungsregion, den Einnahmen, die Zahl der Mitarbeiter, eine Schätzung zur Wirkung des Projekts, zur Leistungsfähigkeit der Organisation und zu den Finanzierungsquellen. Letztere Informationen sind in Form von Grafiken aufbereitet.

Gemessen an dem Aufwand, der nach Bekunden von Phineo für die Erstellung der Analysen getrieben wird, sind die Berichte enttäuschend, um nicht zu sagen, geradezu banal. Da ist über die Jeunesse Musicales Deutschland unter Resultate beispielsweise zu lesen: „Die Resultate der Arbeit von Jeunesse Musicales Deutschland sind gelegentlich sehr deutlich sichtbar: Etwa durch Ermöglichung und Organisation der bisher vier Deutschland-Tourneen des gefeierten Venezolanischen Jugendorchesters mit Gustavo Dudamel.“ Im Klartext: ab und an schafft es Jeunesse Musicales Deutschland, die Öffentlichkeit zu erreichen. Jeder Werbetexter hätte es ansprechender formulieren können und mehr Informationen als in einen Werbeflyer passen auf die anderthalb DIN A-4 Seiten Phineo-Analyse auch nicht. Spannend wäre einmal nachzufragen, ob eines dieser Projekte aufgrund der Phineo-Analyse einen sozialen Investor gewinnen konnte. Eine nicht repräsentative und zufällige Nachfrage bei einigen der durch Phineo analysierten Projekte zur Vorbereitung dieses Artikels ergab, dass nicht eine der gefragten Organisation einen neuen Spender, Sponsoren oder sonstigen Förderer gefunden hat.

Bislang werden auf der Website von Phineo 36 Projekte vorgestellt. Dabei wird auch auf Projekte zurückgegriffen, die im Rahmen eines Projektes der Bertelsmann Stiftung analysiert wurden. In diesem Projekt wurde laut Phineo herausgefunden, dass „es Sozialen Investoren zunehmend wichtig ist, mit ihrem sozialen Engagement möglichst viel zu bewirken.“ Auch dieses letztlich eine Binsenweisheit, für die es eines wissenschaftlichen Projektes kaum bedürft hätte.

Was steckt also dahinter, dass die Deutsche Börse Group, die Bertelsmann Stiftung, KPMG und die Stiftung Mercator immerhin zusammen 1,85 Mio. Euro pro Jahr in die Hand nehmen, um eine gemeinnützige Aktiengesellschaft zu unterhalten, die den gemeinnützigen Sektor analysiert? An reinen Altruismus und Philanthropie zu glauben, fällt schwer.

Auch sollte sich niemand von der Banalität der bisher veröffentlichten Analysen täuschen lassen. Hier besetzt ein finanziell gut ausgestatteter Player ein Feld, in dem die bisherigen Akteuren mit vergleichsweise bescheidenen öffentlichen Zuwendungen oder aber mit Bordmitteln versuchen, zur Transparenz in der Zivilgesellschaft beizutragen und mit ihrem Expertenwissen sowie der fachlichen Verankerung in den zivilgesellschaftlichen Organisationen einen Beitrag zur Weiterentwicklung des Dritten Sektors zu leisten. Die Phineo tragenden Gesellschafter haben sich bisher in diesen Debatten nicht hervorgetan. Im Gegenteil, die sich hier engagierenden Stiftungen besetzen je nach Interesse temporär Themenfeldern, um sie, wenn ihr Interesse sich ändert, wieder zu verlassen. Eine nachhaltiges Engagement und eine wirkliche Verbindung mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren sind bislang eine Fehlanzeige. – Von den anderen Finanziers wie Deutsche Börse Group und KPMG ganz zu schweigen.

Bislang ist Phineo vor allem ein Versprechen an Soziale Investoren zu prüfen, dass sie ihr Geld gut anlegen. Nicht von ungefähr daher die Wortwahl von Investoren statt von Spendern zu sprechen. Gemeinnützige Organisationen brauchen aber nicht in erster Linie Investoren, die sich heute für den gemeinnützigen Sektor und morgen für das Erdölgeschäft oder die Medienbranche interessieren. Sie brauchen Menschen und Institutionen, die mit ihnen zusammen durch finanzielles oder auch ehrenamtliches Engagement einen Beitrag für die Gesellschaft leisten. Dazu gehört eine Identifikation mit den Zielen und Zwecken der Organisation, die gefördert wird. Eine weitere Ökonomisierung, die mit dem Messen, Zählen und Wiegen Einzug hält und vermeintliche Objektivität verspricht, wird vielleicht den Gesellschaftern von Phineo helfen, für gemeinnützige Organisationen ist der Gewinn aber eher gering. Phineo macht viel Wind um fast nichts.

Der Verfasser ist Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates und Herausgeber von politik und kultur ■

Kulturelle Freiwilligendienste stärken

Was geschieht mit dem Zivildienst nach der Abschaffung der Wehrpflicht? • Von Kerstin Hübner und Jens Maedler

Während die Aussetzung der Wehrpflicht – wahrscheinlich ab Juni 2011 – politisch gesetzt ist, schlagen die Wogen innerhalb der Regierungskoalition hoch, was die Zukunft des Zivildienstes anbelangt. Unumstritten ist, dass der Zivildienst als Pflichtdienst und Alternative zum Wehrdienst keinen weiteren Bestand haben wird. Doch sieht das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) unter Kristina Schröder die Notwendigkeit, die vorhandene soziale Infrastruktur, die durch den Zivildienst gewährleistet wird, eigenständig aufrecht zu erhalten. Das BMFSFJ plant die Einführung eines Freiwilligen Zivildienstes. Dabei hat die Hausleitung auch den Einsatzbereich Kultur im Blick.

Bereits im Sommer hatten sich die Träger von Freiwilligendiensten und Zivildiensten, unter ihnen die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ) als Träger des Freiwilligen sozialen Jahres Kultur (FSJ Kultur), dazu positioniert, wie einem Wegbrechen des Zivildienstes begegnet werden kann. Tenor insgesamt: Der Ausbau von Jugendfreiwilligendiensten – die Bildungs- und Orientierungsangebote und zugleich Engagementprojekte sind – unter der Bedingung, dass diese finanziell besser ausgestattet werden, könnte die Konversion von über der Hälfte der Zivildienstplätze gewährleisten. Dieses Angebot der Träger lehnte das BMFSFJ ab und verwies darauf, dass es verfassungsrechtliche Grenzen für eine entsprechende auskömmliche Finanzierung gäbe.

Stattdessen erfolgte die Ankündigung seitens des Ministeriums, parallel zum Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) mit seinen aktuell ca. 37.000 Plätzen einen Freiwilligen Zivildienst mit ca. 35.000 Plätzen etablieren zu wollen. Die Rahmenbedingungen lassen erkennen, dass das FSJ hierfür Pate stand. Sowohl die Zielgruppen (Männer und Frauen ab 16 Jahre – wenn auch hier altersoffen), die zeitlichen Fixierungen (sechs bis 18 Monate) als sogar die Einsatzfelder (Sozialbereich, Kultur, Sport, Bildung) sind deckungsgleich. Auch die Bildungsarbeit, die wichtigste Säule der Jugendfreiwilligendienste, soll in einem freiwilligen Zivildienst mit 25 Tagen Berücksichtigung finden.

In der aktuellen Debatte ist vieles offen und manche Entwicklung von kurzen Halbwertzeiten geprägt. Während seitens des BMFSFJ konkrete Umsetzungsmöglichkeiten für einen Freiwilligen Zivildienst eruiert werden, wirft diese Ankündigung viele Fragen auf und ruft zugleich zahlreiche Begehrlichkeiten hervor. Zu Wort melden sich nicht nur die Parteien mit ihrer Zustimmung oder Ablehnung eines Freiwilligen Zivildienstes. Sie begründen dies höchst unterschiedlich mit grundsätzlichen, strukturellen, finanztechnischen oder inhaltlichen Bedenken. Auch die Bundesländer, die für sich eine gewichtige Rolle in der Umsetzung des FSJ reklamieren, haben Initiativen im Bundesrat gestartet, um die etablierten Jugendfreiwilligendienste zu schützen. Wenn ein Etat vom Umfang des Zivildienstes zur Disposition steht, kommen zudem Forderungen nach allgemeiner Förderung des freiwilligen Engagements oder von Auslandsdiensten zutage.

Freiwilliges Soziales Jahr Kultur bei Helliwood media & education. Helliwood entwickelte Webapplikation, die sowohl das Bewerbungsverfahren für die Freiwilligen als auch die Verwaltungsplattform für die Träger beinhaltet

Foto: von Clar, Jens Draser-Schieb

Die mit einem freiwilligen Zivildienst einhergehende Ausweitung der Plätze für freiwilliges Engagement junger Menschen sowie die erhöhte finanzielle Förderung freiwilliger Dienste sind Anliegen, für die sich die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ) ist seit Jahren positioniert und für die sich auch der Deutsche Kulturrat – so zuletzt geschehen in seiner Resolution „Jugendfreiwilligendienste – stärken und ausbauen“ vom Juni – stark macht. Gerade die attraktiven kulturellen Freiwilligendienste sehen sich – als im Vergleich zum Sozialbereich nicht-refinanzierte Einsatzfelder – der misslichen Situation gegenüber, dass die Bundesförderung nicht ausreicht, um ein flächen- und bedarfsdeckendes Angebot nachhaltig

Weiter auf Seite 30

Fortsetzung von Seite 29

Kulturelle Freiwilligendienste stärken

zu sichern. Gefordert wurden und werden deshalb die Stärkung des etablierten FSJ Kultur und die Bereitstellung freiwerdender Zivildienstmittel in dieses Erfolgsprogramm.

Wenn dies den verfassungsrechtlichen Einwürfen des BMFSFJ folgend nicht möglich ist, kann ein Freiwilliger Zivildienst nur erfolgreich sein, wenn eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Staat und zivilgesellschaftlichen Akteuren für die Entwicklung, Steuerung und Organisation zugrunde gelegt wird.

Ein für die Kultur interessanter Aspekt sei hier erwähnt: Mit der Ausweitung der (Freiwilligen) Zivildienst-Einsatzfelder auf die Kultur erkennt das BMFSJ die sozial- und engagementpolitische Relevanz des Kulturbereiches sowie die Attraktivität dieses Einsatzfeldes an. Damit zeigen die überaus positiven Erfahrungen des FSJ Kultur Wirkung. Der kulturelle Jugendfreiwilligendienst muss im Umkehrschluss vom Zuwachs an Plätzen im FSJ wie in einem Freiwilligen Zivildienst profitieren. Wenn die Kultur über die vorhandenen circa 450 Zivildienstplätze in Bibliotheken, Jugendkunst- und Musikschulen, soziokulturelle Zentren hinaus für einen neuen Freiwilligen Zivildienst erschlossen werden soll, geht es um die Schaffung neuer Engagementmöglichkeiten und Bildungschancen in der Kultur für vorrangig junge Menschen. Zur Umsetzung braucht es die Motivation und Qualifizierung der kulturellen Infrastrukturen. Das gelingt allein über die Hinzuziehung des Sachverstands, der Logistik und der Zugänge vorhandener Träger.

Die BKJ lehnt staatliche Vormundschaft und Verzweckung für freiwilliges Engagement ab und fordert die zivilgesellschaftliche Verankerung von Freiwilligendiensten und damit auch des Freiwilligen Zivildienstes. Die aktuell geführten Sondierungsgespräche weisen in die richtige Richtung. Der Trägerverbund des FSJ Kultur steht mit dem stark nachgefragten Einsatzfeld Kultur, einem über zehn Jahre erfolgreich entwickelten Qualitäts- und Bildungskonzept und den entsprechenden Strukturen im Feld Kultur als Fachpartner für die Weiterentwicklung und den Ausbau dieses und weiterer profilierter Jugendfreiwilligendienste im Querschnitt von Bildung und Kultur bereit. Die Voraussetzungen sind, dass

- der Bildungsbegriff im FSJ Kultur auch einem etwaigen Freiwilligen Zivildienst in der Kultur zugrunde gelegt wird,
- das Trägerprinzip des FSJ Kultur, einschließlich der bundeszentralen Trägerschaft, auf den Freiwilligen Zivildienst übertragen wird und die vorhandenen Träger beteiligt werden,
- das FSJ Kultur und der Freiwillige Zivildienst im Kulturbereich gleichrangig weiter entwickelt werden.

Die Chancen und Potenziale, die im FSJ Kultur liegen, und jene, die mit einem Freiwilligen Zivildienst verbunden sind, sollen nicht vertan, aber auch nicht gegeneinander ausgespielt werden. Neben der Jugend- und Engagementpolitik, die momentan stark die politische Debatte bestimmen, sollten auch Kulturpolitiker und Kulturpolitikerinnen sensibel sein, wenn es um die Förderung von Freiwilligendiensten in der Kultur geht.

Die Verfasser sind Referenten für Freiwilligendienste und Bürgerschaftliches Engagement bei der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung ■

Hohe Auszeichnung für Breitenkultur

Erster deutscher Amateurtheaterpreis „amarena“ wurde verliehen • Von Katrin Kellermann

Erstmals in der Geschichte des deutschen Amateurtheaters vergab der Bund Deutscher Amateurtheater e.V. (BDAT) am 18. September 2010 in Berlin den bundesweiten, dotierten Theaterpreis „amarena“ in fünf Sparten sowie einen undotierten „Lebenswerk-Preis“. Damit wurde eine Empfehlung der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestags aus dem Jahr 2007 „einen Theaterwettbewerb im Bereich Amateurtheater ins Leben zu rufen“, umgesetzt. (Drucksache 16/7000 Deutscher Bundestag, S. 193). Zugleich wurde die besondere Qualität der ausgezeichneten Inszenierungen herausgestellt und das große bürgerschaftliche Engagement in Deutschland gewürdigt. „Der Preis versteht sich nicht nur als Anerkennung für die Preisträger, sondern bedeutet eine Würdigung der gesellschaftlichen und kulturellen Leistungen des Amateurtheaters insgesamt“, betonte BDAT-Präsident Norbert Radermacher.

Die Schirmherrschaft für die Initiative hatte Kulturstaatsminister Bernd Neumann übernommen. Im Rahmen der Gala nahmen die Gewinner vor zahlreichen Gästen aus Politik und Kultur mit großer Freude den Award und je 2.000 Euro Preisgeld entgegen. Zusätzlich erhielten alle Preisträgerinnen und Preisträger eine kostenlose Einladung zum dreitägigen Festival nach Berlin, bei dem sie ihre jeweiligen Inszenierungen vorstellten.

„Es war überfällig, einen dotierten Wettbewerb für das Amateurtheater ins Leben zu rufen“, konstatierte Gitta Connemann, MdB, ehemals Vorsitzende der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“, anlässlich der Preisvergabe in Berlin. Das Amateurtheater bereichere die kulturelle Vielfalt in Deutschland – gerade im ländlichen Raum. Schon die Mitgliederzahlen des BDAT (2.300 Theatergruppen) machten deutlich, wie das kulturelle Theaterleben wesentlich auch von Amateuren gestaltet wird. Und ihre Bedeutung nehme angesichts der demografischen Entwicklung stetig zu. Das Amateurtheater fördere die kulturelle Bildung und trage zur interkulturellen Kulturvermittlung wie auch zur Integration bei, betonte Connemann in ihrem Statement. Sigrid Bias-Engels (BKM) überbrachte im Rahmen der Preisvergabe die persönlichen Grüße des Kulturstaatsministers. In ihrer Rede stellte sie die gesamtstaatliche Bedeutung des Amateurtheaters und insbesondere des BDAT im Kontext der Breitenkultur heraus. Vor diesem Hintergrund wurde die Bereitstellung finanzieller Mittel durch das BKM für die Fortsetzung dieser Initiative zugesagt.

Insgesamt 260 Bewerbungen und Vorschläge waren eingegangen. Der Jury gehörten Experten des deutschen Amateurtheaters und Vertreter der deutschen professionellen Theaterszene an. Eine Nominierungsjury unter dem Vorsitz des Theaterwissenschaftlers Lars Göhmann und eine Preisjury unter dem Vorsitz von Wolfgang Schneider wählten die Preisträger in den Sparten „Schauspiel“, „Seniorentheater“, „Kinder- und Jugendtheater“, „Musik- und Tanztheater“, „Freilichttheater“ und in der undotierten Kategorie „Lebenswerk“ aus.

Den „amarena“-Preis nahmen entgegen, v. li: Die Juniorcompany der Älteren des Leipziger Tanztheaters, der piccolo Theater Jugendinszenierungsclub aus Cottbus, das Seniorentheater in der Altstadt (SeTA Düsseldorf) e.V., die Freilichtbühne Coesfeld e.V., das Steinhaustheater Bautzen sowie Renate Lichnok (Lebenswerk-Preis) Foto: Jörg Sobeck

Die Preisträger und ihre Inszenierungen

Der Preis in der Sparte „Seniorentheater“ ging an das Seniorentheater in der Altstadt (SeTA Düsseldorf) e.V. Die Spieler im Alter zwischen 60 bis 80plus hatten mit der „Kleinbürgerhochzeit“ von Bertolt Brecht überzeugt. Die pikant-böse Milieustudie zeigt die verpfuschte Hochzeit von ihrer unterhaltsamsten Seite. Beeindruckt hat in der Sparte „Kinder- und Jugendtheater“ das Stück „Die Gitter schweigen“. Der Jugendinszenierungsclub des piccolo Theater Cottbus setzt sich in der Eigenproduktion mit der Drangsalierung von über 4.000 jungen Menschen auseinander, die von 1964 bis 1989 im Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau in der DDR diszipliniert wurden. Für das spannungsreich und kurzweilig inszenierte Musical „Vanity Fair“ nach William M. Thackeray nahm die Freilichtbühne Coesfeld e.V. in der Sparte „Freilichttheater“ den Preis entgegen. In dem Stück geht es um den langen Aufstieg und schnellen Abstieg der jungen Becky Sharp, die in einer starren Ständegesellschaft des 19. Jahrhunderts ihr Leben selbst in die Hand nimmt und dabei über Leichen geht. Das Steinhaustheater Bautzen überzeugte in der Kategorie „Schauspiel“ mit der Inszenierung „Der Selbstmörder“ von Nikolai Erdman. Das satirische Stück erzählt die Geschichte des arbeitslosen Semjon Semjonowitsch Podsekalnikow und seiner „verunglückten Selbstmordversuche“ vor dem Hintergrund einer geifernden Gesellschaft. Für die Produktion „Verschränkungen“ der Juniorcompany der Älteren des Leipziger Tanztheaters wurde das Ensemble in der Sparte „Musik- und Tanztheater“ ausgezeichnet. Das Stück beschäftigt sich mit den Fragen nach Ursprünglichkeit und Authentizität des Menschen selbst und in seiner Beziehung mit anderen. Mit einem undotierten Preis für ihr Lebenswerk wurde Renate Lichnok aus Erfurt ausgezeichnet. Als „Triebkraft des Amateurtheaters“ würdigte Laudator Frank Grünert den Einsatz der ehemaligen Leiterin des Theaters die „Schotte“ in Erfurt auf nationaler und internationaler Ebene. Mit ihrem unermüdlichen Einsatz, der geprägt war von Geschick, Diplomatie und gescheiten Kompromissen, habe sie die deutsche Amateurtheaterlandschaft mitgestaltet und geprägt. Engagiert und kämpferisch nahm die Theaterenthusiastin auch ihren Preis entgegen. Sie forderte vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen von der Politik, die kulturelle Bildung, die Breitenkultur und das Amateurtheater bei der Förderung stärker zu berücksichtigen.

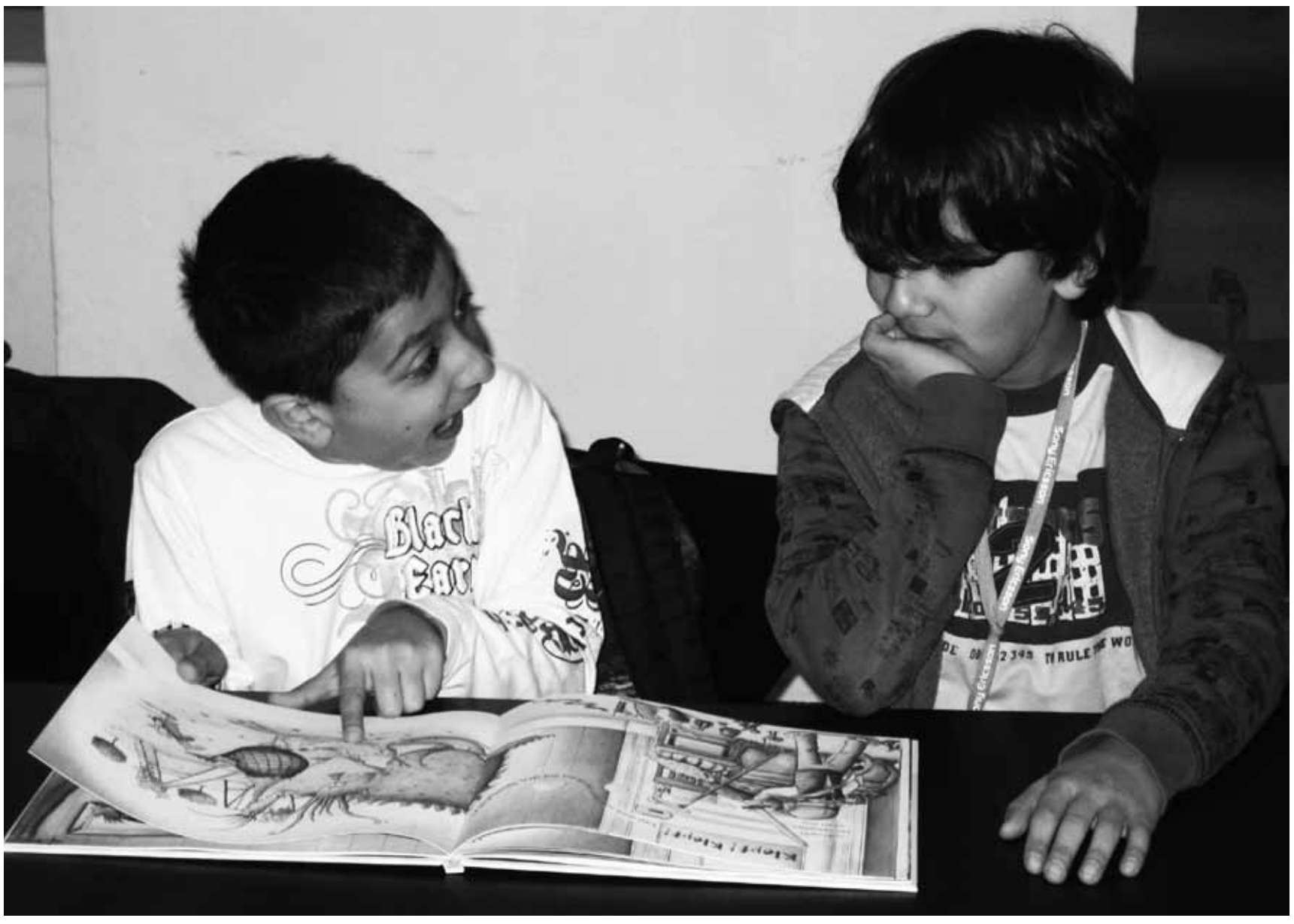
Die Verfasserin ist Öffentlichkeitsreferentin beim Bund Deutscher Amateurtheater e.V. ■

Ausgezeichnet mit dem Lebenswerk-Preis wurde Renate Lichnok (re). Es gratulierten v. li: Norbert Radermacher (BDAT), Gitta Connemann, MdB, und Sigrid Bias-Engels (BKM) Foto: Jörg Sobeck

Macht es dir Spaß, Kinderbücher zu schreiben?

In dem Projekt Berliner Bücherinseln erfahren Grundschulkinder, wie Bücher entstehen • Von Ulrike Nickel

Wenn Kinder ein Buch lesen oder Vorlesenden zuhören, wenn sie Bilderbücher betrachten oder Hörbücher hören, dann denken sie in der Regel nicht darüber nach, wie dieses literarische Werk entstanden ist. Sie machen sich selten Gedanken über den Prozess des künstlerischen Schaffens, dem ein Text, eine Übersetzung, eine Buchillustration folgte, und welchen Weg diese Arbeit anschließend nahm, bis aus Papier und Farbe, Leim und Faden ein Buch entstanden ist. Das Projekt Berliner Bücherinseln, im Jahr 2008 von Ulrike Nickel und ihrer Berliner Agentur kulturkind ins Leben gerufen, zeigt diesen Weg auf und führt dabei Grundschulkinder und Experten aus der Welt des Buches zueinander.



Begeisterte und erstaunte Gesichter während des Besuchs der Künstlerin Ute Krause im Berlin-Verlag **Foto: Ulrike Nickel © kulturkind**

Rund 600 Schüler aus 22 Berliner Grundschulen nahmen an den diesjährigen Berliner Bücherinseln teil, um Autoren und Illustratoren, Übersetzer und Hörbuchsprecher kennen zu lernen und von ihnen etwas über ihre Arbeit rund um das Kinderbuch zu erfahren. In Kooperation mit 20 literarischen Institutionen, darunter Bibliotheken, Buchhandlungen und Verlagshäuser, die als Veranstaltungsorte ihre Türen öffneten, fanden von Mai bis Juni 32 Veranstaltungen rund um die Entstehung von Büchern statt. Doch nicht nur über die künstlerische Arbeit am Kinderbuch wurde in diesen Wochen gesprochen, die kooperierenden literarischen Institutionen erklärten darüber hinaus ihren Beitrag bei der Herstellung und Verbreitung von Büchern. Unterstützt wurde diese Bildungsarbeit wesentlich durch finanzielle Förderung des Deutschen Literaturfonds e.V., der Waldemar-Bonsels-Stiftung sowie der Kinder- und Jugendbuchverlage.

So besuchte eine Klasse aus Berlin-Tempelhof den Aufbau-Verlag und traf dort die Illustratorin Sabine Wilharm, die ihre Arbeit an dem Bilderbuch „Vom Fischer und seiner Frau“ erklärte. Skizzenbücher, Bleistiftzeichnungen und Aquarelle wurden herumgereicht, die Entstehung einer Buchillustration von der ersten Idee bis zum fertigen Bild dargestellt. Auf die Frage einer zehnjährigen Schülerin, ob ihr denn die eigenen Bilder immer gefielen, antwortete Sabine Wilharm: „Nicht immer. Sie werden immer anders, als ich sie im Kopf habe. Ich nehme es der Zeichnung sogar übel, dass sie anders aussieht, und denke immer an die Illustration, die es eigentlich werden sollte“.

Der Übersetzer Tobias Scheffel besuchte die Bibliothek am Luisenbad in Berlin-Mitte und brachte verschiedene Ausgaben des Buches „Tobie Lolness“ mit, das er aus dem Französischen ins Deutsche übersetzt hat. Schüler aus Berlin-Friedrichshain hörten zunächst eine Lesung aus dem deutschen Buch, dann aus dem französischen Original – und gaben der wohlklingenden französischen Version den Vorzug. „Aber woran erkennt man, dass ein Buch übersetzt ist?“, fragte eine Schülerin. Die anschließende Diskussion nahm mehr Zeit ein als das Vorlesen aus den mitgebrachten Büchern. Über die Liebe zur Sprache, zum geschriebenen Wort ging es an diesem Morgen, und über die Kunst, einem Text in einer zweiten Sprache ebenso viel Ausdruck und Tiefe zu verleihen, wie es der Originaltext vorgibt.

Neben Sabine Wilharm und Tobias Scheffel unterstützten 23 prominente Künstler der deutschsprachigen Kinder- und Jugendliteratur das Projekt, unter ihnen Paul Maar, Michael Sowa und Jutta Bauer. Das Patronat übernahm Klaus Doderer, Literaturwissenschaftler und Gründungsdirektor des Instituts für Jugendbuchforschung der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. „Ich finde dieses Projekt deshalb besonders förderungswürdig und pädagogisch sinnvoll, weil es Mädchen und Jungen schon im Grundschulalter die Möglichkeit gibt, einen Teil unseres kulturellen Lebens und Schaffens näher kennen zu lernen. Die Begegnungen mit Schriftstellern, Illustratoren, Verlegern, Bibliothekaren und Buchhändlern, die Besuche in Ateliers, Werkstätten, Büchereien und Buchhandlungen führen zu einem ausgesprochen lebensnahen Lernen. Sie erlauben zugleich ein frühes Vertrautmachen mit unseren kulturellen Einrichtungen und der literarischen Umwelt“, begründet Klaus Doderer sein Engagement.

Ganz bewusst wird die Teilnahme an dem literarischen Projekt in Schulen angeboten, da sich hier enorme Chancen bieten, kulturelle Partizipation zu verwirklichen. Alle Kinder, unabhängig von sozialen Unterschieden und Bildungshintergründen, lassen sich erreichen. Darüber hinaus können authentische Begegnungen zwischen Schulkindern und Künstlern Literatur noch intensiver vermitteln, als das Lesen selbst. In den anschließenden Gesprächen mit den Autoren und Illustratoren können die Schülerinnen und Schüler ihre Gedanken kommunizieren und dabei lernen, die Ehrfurcht vor der Begegnung mit Kunst und Kultur abzubauen. Sind die Schüler vorab im Unterricht entsprechend vorbereitet, haben sie die Chance, bereichernde Erfahrungen aus diesen Begegnungen mitzunehmen: Das Wissen um die Biografie eines Schriftstellers, das ist hinreichend erforscht, hat einen großen Einfluss auf die Rezeption seiner Werke.

„Kinder zu Lesern zu machen“, wie die Kinderbuchautorin Kirsten Boie es formulierte, „ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Die berufliche, gesellschaftliche und damit auch private Zukunft jeden Kindes hängt zu nicht unwesentlichen Teilen vom Grad seiner Lesefähigkeit ab, und die entsteht nur durch häufiges, auch freiwilliges Lesen“. Und in seinem Grußwort zur Eröffnung der Berliner Bücherinseln sagte Klaus Doderer: „Ein Kind, das zum Buch greift, hat die Chance, durch Lesen klüger und erfahrener, nachdenklicher und sicherlich auch selbständiger in die Welt zu treten. Es gewinnt in seinem Kopf freie Fahrt zu fernen Horizonten und hat den Schlüssel zu wertvollen Schätzen in seinem Besitz.“

Das ist das Ziel der Berliner Bücherinseln: Den Zugang zur Literatur zu fördern, aufmerksam zu machen auf den Reichtum, der in Büchern verborgen ist, und Schülerinnen und Schüler zu motivieren, sich mit Literatur lustvoll auseinanderzusetzen.

Die Verfasserin ist Inhaberin der Agentur kulturkind in Berlin ■

Vielfalt und Gegensätze in Belem

Weltkongress theaterpädagogischer Organisationen in Brasilien • Von Joachim Reiss

Im Juli dieses Jahres fand im brasilianischen Belem der 7. Weltkongress von IDEA (International Drama, Theatre and Education association), dem weltweiten Zusammenschluss theaterpädagogischer Organisationen statt. Die Dimension des Kongresses war unvermutet groß: Inklusive aller Vor- und Nebenprogramme mit Gastspielen, Workshops in der Region nahmen 8.000 Menschen teil. Am akademischen Kernprogramm nahmen etwa 1.500 Teilnehmer als auswärtige Gäste teil. Alles in allem eine hochinteressante Woche mit vielen Fachleuten aus aller Welt und einem vielfältigen Programm mit Podiumsdiskussionen, Vorträgen, Projekt-Präsentationen, Workshops, Arbeitsgruppen, Aufführungen, Ausflügen und der IDEA-Mitgliederversammlung.

Im Zentrum des Kongresses stand die Fähigkeit der kulturellen Bildung, insbesondere der Theaterpädagogik, zur Bewältigung der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts beizutragen. Der Paradigmenwechsel in der Bildung und in der Politik, der zur enormen Steigerung der Bedeutung von Bildung geführt hat, wird durch eine ganzheitliche und aktive kulturelle Bildung überhaupt erst möglich. Die Menschen, ihre Individualität und ihre Unterschiedlichkeit, ins Zentrum zu stellen und Bildungsprozesse zu ermöglichen, die jedem den Zugang zur und die Teilhabe an der Gesellschaft und ihrer Kultur eröffnen, das sind die Ziele von IDEA. Darüber hinaus wurde in vielen Beiträgen sichtbar, welche positiven Wirkungen das Theaterspielen bei der Lösung von Konflikten, auch ethnischen und kriegerischen, bei der sozialen Integration im weitesten Sinne sowie zur Ausbildung von Kreativität, die für die Beantwortung der zentralen Zukunftsfragen wie „Sicherung der natürlichen Umwelt und Lebensbedingungen“, „Nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung“, „Frieden und kulturelle Diversität“ entfalten kann.

Der europäische Schwerpunkt – Theater als Schulfach für alle zugänglich zu machen – spielte bei diesem Kongress eine untergeordnete Rolle. Nur eine der sogenannten „Special Interest Groups“ (tägliche feste Arbeitsgruppen) beschäftigte sich mit dem Thema „Lehrerbildung“, die anderen z.B. mit „Inklusion“, „Ethnische Fragen“, „nachhaltige Entwicklung von Gemeinwesen“, „Interdisziplinarität“ u.a.m. Die großen Plenarveranstaltungen „Roundtables“ befassten sich mit Themen wie „Transforming violence into creative knowledge“, „The challenges of Transformation“ und „Can schools be transformed?“.

Zudem konnte festgestellt werden, dass staatliche Bildung nicht in allen Ländern eine feste Größe ist, die das Bildungsverständnis dominiert. Brasilianische Schüler berichteten von mehrmonatigem Ausfall ihrer Schulen, da wird verständlich, warum die Community-Education höher gewichtet wird. Noch schwierigeren Problemen sind viele Schulen in Afrika ausgesetzt, wie von Vicensia Shule aus Tansania zu hören war.

Welche Bedeutung hat der Weltkongress für die nationale Theaterpädagogik? Wichtige Lehren kann und muss beispielsweise der Bundesverband Theater in Schulen (BVTS), der mit einer eigenen Delegation nach Brasilien reiste, dahingehend ziehen, dass Theater in der Schule einen hervorragenden Beitrag zur Bildungsreform und dem Paradigmenwechsel in der Bildung leisten kann. Dies ist entscheidend für die weitere Entwicklung der kulturellen Bildung im theaterpädagogischen Bereich und diese Erkenntnis muss über Medien, Tagungen, Parteien und Verbände in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik bekannt gemacht und durchgesetzt werden. Dabei müssen auch die Instrumente genutzt werden, die uns die internationale Debatte in die Hand gibt, wie die „Road Map for Arts Education“ und die „Seoul Agenda“ (UNESCO-Weltkonferenz Mai 2010). „We alone are not sustainable“, sagte der Präsident von IDEA Dan Baron Cohen zum Abschluß des Kongresses: „If we don’t find and convince new

Weiter auf Seite 32

Fortsetzung von Seite 31

Vielfalt und Gegensätze in Belem

partners with power in the political and economic sector“.

Auseinandersetzung über Prioritäten

Passend zur Auseinandersetzung mit dem Schultheater gastierten im Theaterprogramm des Festivals überwiegend rein professionelle Theatergruppen, z.B. eine palästinensische Gruppe mit einem Stück über die Geschichte der Auseinandersetzung zwischen Palästinensern und Israelis, ausgezeichnet inszeniert in Form einer symbolhaften und rein körpersprachlich funktionierenden Darstellung eines Geschlechterkampfs. Trotz aller Erfahrungen, die nicht nur wir in Deutschland mit dem Fach Theater gemacht haben, wurde im Kongress erneut die Frage gestellt: „What is the danger of institutionalisation of the arts in schools?“

Infolge des Defizits an Erfahrungen mit originärem und institutionell verankertem Schultheater als kreativem Fach machte sich die Position, die in Künstlerprojekten die Zukunft der kulturellen Bildung auch der Schule sieht, besonders bemerkbar und die Frage, wie Künstler in die Bildung einbezogen werden können, dominierte die Frage, wie künstlerische Bildung in die Schule nachhaltig, flächendeckend und in hoher Qualität implementiert werden kann. Diese Tendenz macht sich nicht nur in Deutschland und Europa breit, sondern prägte auch die UNESCO-Weltkonferenz zu „Arts Education“ in Seoul, die im Mai 2010 stattfand.

Eine Versammlung der europäischen IDEA-Mitglieder im Rahmen des IDEA Kongresses zeigte, dass die Konkurrenz der künstlerischen Fächer (Kunst, Musik) und das Existenzproblem der Künstler, das ein entscheidendes Motiv für das Interesse an der Institution Schule ist, die Einführung und Verbreitung des Fachs Theater in vielen Ländern behindert. Das Netzwerk „IDEA-Europe“ wird sich dieser Herausforderung in den nächsten Jahren verstärkt stellen. Dabei ist es besonders günstig, dass der nächste IDEA-Weltkongress 2013 in Paris stattfindet und das französisches Mitglied ANRAT (L'Association nationale de Recherche et d'Action théâtrale) diesen Kongress in Abstimmung mit den Verbänden in den Nachbarländern vorbereiten will. Die ersten Vorgespräche haben bereits stattgefunden. Im kommenden Jahr muss die Basis für innereuropäische Kooperationen und insbesondere Projekten mit Frankreich im BVTS personell stark verbreitert werden. Die deutsche Delegation in Belem war ein guter Anfang. Es wurde aber auch deutlich, dass in den kommenden Jahren mehr Theaterlehrer hinzukommen sollten. Starke Stützpfeiler sollten dabei die neue Akademie für Schultheater und der zweite UNESCO-Chair in der Universität Nürnberg-Erlangen werden.

Der Verfasser ist Leiter des Schultheater-Studios Frankfurt und Stellvertretender Sprecher im Rat für darstellende Kunst und Tanz im Deutschen Kulturrat ■

Lernort für den anderen Urlaub

Vermittlung von ästhetischer Bildung auf Teneriffa • Von Stefanie Ernst

Von Ende Oktober bis Anfang November jedes Jahres finden sich auf der Sonneninsel Teneriffa nicht nur Menschen ein, die vor dem vermeintlich schlechten heimischen Wetter flüchten und ein wenig die Seele baumeln lassen wollen.

In diesen zwei Wochen gesellen sich zu den sonnenhungrigen und urlaubsreifen Besuchern einige Schüler des Geschwister-Scholl-Gymnasiums Stuttgart. Ihr Ziel ist die Zukunftswerkstatt „Mariposa“ in Arona, im Süden Teneriffas. Dort findet dieser Tage das nunmehr fünfte Jugend-„Mariposion“ statt. Das Thema des diesjährigen Workshops steht unter dem Motto „Wer sind wir – woher kommen wir – wohin gehen wir?“ Zugegebenermaßen lässt dieser Titel erst einmal an entsetzlich schwere Kost denken. Mit diesen Sinnfragen konfrontieren sich die Schüler freiwillig? Der interessierte Leser mag nun vielleicht stutzen und vor seinem geistigen Auge eine kleine Gruppe orientierungsloser Jugendlicher vorbeiziehen lassen, auf der Suche nach dem Sinn des Lebens. Weit gefehlt, denn ein zweiter Blick in das Programm lässt erahnen, dass das auf vorerst zehn Jahre angelegte Pilotprojekt „Bildungsoffensive Mariposa“, dessen fester Bestandteil die Jugend-„Mariposien“ sind, mit einer Vielzahl spannender Inhalte gespickt ist. Entsprechend geht es bei dem fünften Jugend-„Mariposion“ auch nicht darum, den anwesenden Schülern Kulturtheorien einzutrichtern oder endlos über ästhetische und philosophische Ansätze zu diskutieren. Vielmehr sollen die Schüler sich den Fragen im Dialog, unter wissenschaftlicher Leitung des Philosophen Joachim Rossbroich, nähern und in der Gruppe zu ihren eigenen Antworten und Lösungen gelangen.

Der erste Schritt auf dem Weg zur Beantwortung der Frage besteht in der sinnlichen Erfahrung des Anwesens selbst. Das Kunst- und Kulturprojekt „Mariposa“ wurde unter der künstlerischen Leitung des mittlerweile verstorbenen Galeristen Hans-Jürgen Müller und seiner Frau Helga, die das Projekt in seinem Namen weiterführt, erbaut. Zusammen mit mehr als 70 Künstlern aus aller Welt wurde „Mariposa“ als Ort der Entwicklung humanistischer und nachhaltiger Zukunftsideen kreiert.

In einem zweiten Schritt klären die Schüler im Rahmen des Workshops, was sie als Kultur begreifen, welche Definition sie ansetzen und welche Widersprüche zwischen den Ansprüchen der westlichen Kultur und ihrer Realität existieren. Dabei sollen die Schüler lernen, Ganzheitlichkeit in ihren Überlegungen zu berücksichtigen. Während dieser Seminartage erhalten sie eine Einführung in die Systemtheorie und in die damit in Verbindung stehenden wissenschaftlichen Diskurse. Neben dieser vergleichsweise schweren Kost ist es den jungen Teilnehmern möglich, die Nachmittage kreativ zu gestalten: Geschichten und Gedichte können verfasst, Bilder gemalt, Choreografien und Tänze erarbeitet und Gespräche untereinander geführt werden. Auf diese Weise fördern die Jugendlichen ihre Kreativität und werden zugleich Teil des Kunstprojekts selbst. Ästhetischer Erziehung und Bildung wird auf „Mariposa“ der Raum geschenkt, der ihr ansonsten oftmals nicht zugesprochen wird. Sei es aus finanziellen oder zeitlichen Gründen. „Kunst-Erziehung“ ist nun mal nicht mehr der zentrale Bestandteil des Stundenplans. Umso größer wiegt die Rolle der Absolventen der Jugend-„Mariposien“. Sie tragen Erfahrendes und Erlerntes weiter und ebnen der ästhetischen Bildung in ihrer Schule den Weg.

Ein weiterer neu etablierter, und von nun an fester Bestandteil des Programms des Kulturprojekts „Mariposa“ bilden die Lehrer-?Mariposien?, von denen das erste im Sommer 2010 stattfand. Die teilnehmenden Lehrer wurden von fünf baden-württembergischen Gymnasien entsandt. Die Schüler- wie Lehrer „Mariposien“ bilden ein einheitliches Konzept, das die Gesamtheit der kulturellen Bildung mit einbezieht, Schüler wie Lehrer mit einbindet und Nachhaltigkeit im Umgang mit Kunst und Kultur schafft.

Die Verfasserin ist Referentin für Öffentlichkeitsarbeit beim Deutschen Kulturrat ■

Berühmte Hunde – Very Important Dogs (V.I.D.s)

Ein Bericht zum Internationalen Welthundetag • Von Georg Ruppelt

Am 10. Oktober war Internationaler Welthundetag. Darüber werden sich auch die 5,5 Mio. gemeldeten Hunde in Deutschland gefreut haben. Gewiss durften sie an diesem Tag länger www.tier.tv schauen, das erste deutsche Tierfernsehen im Internet. Eine tägliche Kolumne darin stammt aus der Pfote des prominenten Senderhundes Eamon. Er ist offenbar ein „V.I.D.“, ein „Very Important Dog“, wie etwa Lassie, der Fernseh- und Film-Collie, und sein Vorläufer seit der Stummfilmzeit, Rin Tin Tin, der alle und alles rettende Superschäferhund. In Lucky-Luke-Comics tritt dessen Gegenteil auf, die trottelige Töle Rantanplan. Hundeprominenz ist in der Medienwelt reichlich vorhanden: Obelix' Idefix, der Knet-Hund Gromit, Muppet-Hund Rowlf, Jerry Lee, der „Partner mit der kalten Schnauze“ von James Belushi, der Serienheld „Kommissar Rex“ und die Stars der Disney-Welt, Pluto, Pongo und Perdita, Susi, Strolch und Strolchi. Nicht zu vergessen der philosophischste aller Hunde, Snoopy, der Beagle aus den Peanuts.

Der Hunde-Prominenz kann man auf zahlreichen Internet-Adressen hinterher spüren oder auch im „Lexikon der berühmten Tiere“ von Karen Duve und Thies Völker (Piper, 1999). Hier wie dort werden fiktive Hunde aus Literatur oder Film ebenso vorgestellt wie real existierende oder existiert habende, etwa die „first dogs“ der amerikanischen Präsidenten.

Hunde als Medienstars – ist dies ein Phänomen des 20. und 21. Jahrhunderts? Nein, das ist es nicht. Es gibt einen Vorläufer all dieser „Who-is-whos“ für Hunde, nämlich die „Geschichte berühmter Hunde“ des Anne François Joachim Fréville, im Jahr 1796 zuerst als „Histoire des chiens célèbres“ in Paris erschienen, und später mehrfach, auch in deutscher Sprache, wieder aufgelegt. Fréville war offenbar der erste Schriftsteller, der sich dieser Thematik umfassend annahm.

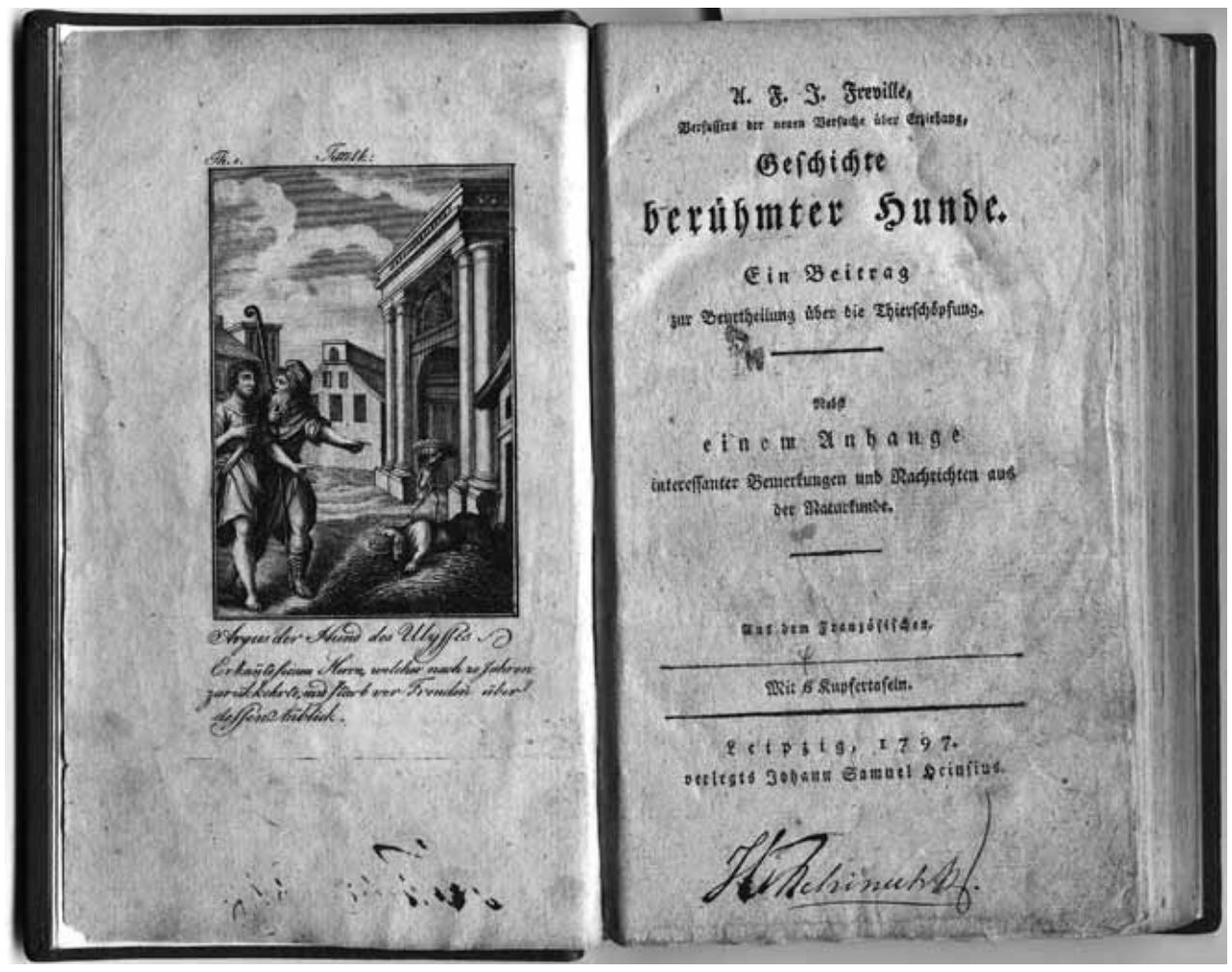
Anne François Joachim Fréville wurde 1749 in Paris geboren, wo er 1832 auch starb. Er studierte intensiv die lateinische Sprache – ein Zeugnis für seine Kenntnisse der antiken Schriftsteller ist dieses Buch –, und er war an verschiedenen Stellen als Hauslehrer tätig, u. a. unterrichtete er auch die beiden Söhne des Herzogs von Luxembourg. Während der Französischen Revolution geriet er in Verdacht und wurde vor das Revolutionstribunal gerufen. Nach einer recht langen Haftzeit ließ man ihn jedoch frei.

Fréville arbeitete eine Zeit lang als Lehrer für Literatur an der Schule und schrieb zahlreiche pädagogische Bücher. In Lexika werden sein unabhängiger und freier Charakter ebenso gerühmt wie seine sanften und einfachen Sitten.

Fréville war ganz offensichtlich auch ein großer Hundefreund. In seiner Geschichtensammlung kommt er an verschiedenen Stellen auf eigene Erlebnisse mit Hunden zu sprechen. Insgesamt aber sind die Anekdoten und Kurzgeschichten aus antiken und zeitgenössischen Quellen geschöpft. Seinen Blick auf Hunde, der nahezu in allen Texten durchschimmert, charakterisiert ein Vers aus Goethes „Faust“ besonders gut:

„Dem Hunde, wenn er gut erzogen,
Wird selbst ein weiser Mann gewogen.“

Fréville war also ein Hundefreund, allerdings kein Tierfreund schlechthin. Offenbar kam ihm, dem Erzieher, die Natur des Hundes in dieser Hinsicht besonders entgegen. Ein Tier, das sich gar nicht oder kaum erziehen lässt, ist ihm dementsprechend denn auch äußerst zuwider, nämlich die Katze. Man lese den Schluss seines einführenden „Historischen Abrisses“. Er ist eine Philippika gegen die Katze, dieses „Ungeheuer“, diesen „Hausfeind“ – so das letzte Wort seiner Einführung.



A.F.J. Fréville: Geschichte berühmter Hunde, 1797 **Reproduktion: Georg Ruppelt**

Im Hildesheimer Georg-Olms-Verlag ist soeben eine vom Verfasser dieses *puk*-Beitrages betreute neue Edition der „Geschichte berühmter Hunde“ auf den Markt gekommen. Als Textgrundlage wurde die deutsche Ausgabe von 1797 (Leipzig bei Johann Samuel Heinsius) gewählt. Übersetzer war der bedeutende Philosoph, Literarhistoriker und Lexikograph Johann Gottfried Gruber.

Über 50 anrührende Erzählungen über die Tapferkeit, Treue und Klugheit berühmter Hunde enthält das Buch, beginnend mit den Hunden des biblischen Lazarus. Kupferstich-Illustrationen zeigen z. B. Argus, den Hund des Odysseus: „Erkannte seinen Herrn, welcher nach 20 Jahren zurückkehrte, und starb vor Freuden über dessen Anblick.“ Oder Mustapha, den Hund eines Kanoniers, der für seinen gefallenen Herrn die Kanone zündet und die Feinde damit in die Flucht schlägt. „Nach dieser muthigen That legt sich der Hund neben den Leichnam seines Herrn; er leckt seine Wunden und bleibt so ohne zu fressen und zu saufen 22 Stunden.“ Das Windspiel wird dem englischen König Georg II. vorgestellt, der ihm ein „Gnadengehalt, wie einem braven Diener, gab“.

Vielleicht stimmt manche Leserin, mancher Leser nach der Lektüre der „Geschichte berühmter Hunde“ und auch aus eigener Erfahrung dem Satz Friedrichs des Großen zu, der meinte:
„Hunde haben alle guten Eigenschaften der Menschen, ohne gleichzeitig ihre Fehler zu besitzen.“

Der Verfasser ist Direktor der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek Hannover und Vizepräsident des Deutschen Kulturrates ■

Zur digitalen Kultur gibt es keine Alternative

Kulturelle Relevanz von Computerspielen • Von Malte Behrmann

Computerspiele sind Bestandteil unserer audiovisuellen Realität. Sie wirken in besonderer Weise auf das Denken und das Handeln der Menschen in der modernen Zivilisation. Zusammen mit dem Internet lösen sie derzeit das Fernsehen als Leitmedium ab. Die kulturelle Bedeutung von Computerspielen zu betonen, ist keine sophistische Masche, denn sie ist vorhanden und wird von Millionen von Bürgern dieses Landes tagtäglich gelebt. Kluge Kulturpolitik sollte dieser Realität begegnen und sie nicht als Übel bekämpfen. Dies gilt übrigens auch für die Jugendschutzpolitik, die sich bereits zu lange mit eindimensionalen Verbotsdiskussionen und Kompetenzrangeleien auf Länderebene aufhält.

„Anno 1404" (internationale Version: „Dawn of Discovery"), der Preisträger des Deutschen Computerspielpreises 2010 in der Rubrik „Bestes Internationales Spiel"
© Ubisoft Entertainment

Zur digitalen Kultur gibt es keine Alternative. Die Menschen haben sie schon längst in ihr Kulturverständnis integriert. Nur wenn wir die Existenz einer digitalen Kultur akzeptieren und uns auf sie gedanklich einlassen, können wir in diesem Bereich auch Politik gestalten. Nur dann können wir Wirklichkeiten verstehen, die heute die Denkweise und Wertewelt unserer Gesellschaft stärker prägen, als viele vermuten. Perspektivisch wird der Bereich der virtuellen Welten und der realen Welten immer weiter ineinander übergehen – jedenfalls im Bewusstsein der Konsumenten. Das sogenannte Internet der Dinge wird diese Entwicklung noch verstärken. Schon heute gibt es z.B. „Dark Orbit Ground Forces", kommerzielle Entwicklungen aus Deutschland, die „virtuelle" Computerspiele über GPS mit der realen Welt verknüpfen.

Beim Ringen um die Meinungsführerschaft geht es vor allem auch darum, dass Menschen die Möglichkeit gegeben werden muss, ihre eigenen Lebenswirklichkeiten zu erkennen und zu gestalten. Schon heute sind Computerspiele ein Teil unserer realen Gesellschaft mit erheblicher politischer Bedeutung. Konstruktive und realisierbare Ansätze müssen der vielfach vorherrschenden Sprachlosigkeit zwischen den Generationen und hilflosen bzw. schädlichen Verbotsutopien weichen.

Schon lange besteht die Erkenntnis, dass Wahlentscheidungen tendenziell von politikfernen Wechselwählern abhängen, die sich anders und möglicherweise nicht so objektiv über Politik informieren. Daher ist es gerade auch im Unterhaltungsbereich wichtig auf Vielfalt Wert zu legen, nur so erhalten wir langfristig die Demokratie. Zugleich kann man auf inhaltlicher Ebene wegen der Risikostruktur bei der Finanzierung von Medienprojekten intrinsische Standardisierungstendenzen beobachten. Medienökonomen sprechen vom „the winner takes it all"-Phänomen und erklären damit, warum es so schwer ist inhaltlich neue Konzepte für Medien zu finanzieren. Diese Erkenntnisse haben in der Vergangenheit mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen, der Filmförderung, aber auch der Buchpreisbindung zu Mechanismen geführt, die kulturelle Vielfalt im kommerziellen Mediengeschäft alternativ ermöglichte. Im Bereich der Computerspiele gibt es noch nichts Vergleichbares. Es wurde bereits vorgeschlagen, öffentlich-rechtliche virtuelle Welten einzuführen. Das könnte ein Ansatzpunkt sein, muss aber noch genauer überprüft werden. Zurzeit ist es dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk bedauerlicherweise per Rundfunkstaatsvertrag verboten, Computerspiele ohne Sendungsbezug in Auftrag zu geben. Zunächst sollte dieses Verbot aufgehoben werden.

Heute ist das Internet die Basis der Kommunikation. Und das freie Internet (verstanden als regulierungsfreies Internet) ist sicherlich die Basis vieler Innovationen. Gerade Browsergames aus Deutschland sind zurzeit international außerordentlich erfolgreich. Ihre piraterieresistenten Geschäftsmodelle können anderen Medien als Blaupause für den Digitalisierungsprozess dienen. Leider werden Computerspiele und das Internet häufig eher als gesellschaftliche Bedrohung gesehen und nicht als große Chance.

Wenn wir aber tatsächlich Politik stärker an den Lebenswirklichkeiten der Menschen ausrichten wollen, dann müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass die Angst vor dem Internet oder vor Computerspielen keine politische Kategorie sein darf. Wenn es um die Freiheit des Internets geht, kann es eben nicht sein, dass das Internet nur „so frei wie möglich" ist (ähnlich wurde den Bewohnern der DDR die Reisefreiheit „so weit wie möglich" gewährt). Ein bisschen schwanger gibt es nicht. Digitale Kultur kann nur bestehen, wenn sie die ihr immanenten Freiräumen auch erhält: Ein gewisser Kern muss unantastbar bleiben.

Aus der Sicht der Computerspieleindustrie ist die Zeit der Großen Koalition die Zeit gewesen, in der die kulturelle Anerkennung des Computerspiels durch den Staat seinen Durchbruch erfuhr. Mit der Einführung des deutschen Computerspielpreises wurde diese Anerkennung konkret. Betrachtet man den geltenden Koalitionsvertrag aus den Interessen der deutschen Computerspieleentwickler, so muss man feststellen, dass der Koalitionsvertrag der jetzt amtierenden Regierung wesentlich positivere Signale im Bezug auf die digitale Kultur aussendet als der Koalitionsvertrag der Großen Koalition, der Computerspiele noch vor allem im Zusammenhang mit Jugendschutz begriff. Zur digitalen Kultur gibt es aber heute keine Alternative. Kluge Politik beschäftigt sich lieber mit Realitäten.

Der Verfasser ist Rechtsanwalt und Mit-Initiator und Geschäftsführer des G.A.M.E., Bundesverband der Entwickler von Computerspielen, und Generalsekretär des EGDF ■

Lösungen für verwaiste und vergriffene Werke

© Kubinska und Hofmann

Robert Staats, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der VG WORT
Die VG WORT unterstützt das Vorhaben der Digitalen Bibliotheken, verwaiste Werke allgemein zugänglich zu machen. Damit dieses rechtssicher geschehen kann, bedarf es veränderter rechtlicher Rahmenbedingungen. Es muss sichergestellt werden, dass auf der einen Seite die Bibliotheken keine Rechtsverletzung begehen und auf der anderen Seite die Autoren und Verlage für die Nutzung ihrer Werke eine angemessene Vergütung erhalten.

© Börsenverein, Foto: Anne Hoffmann

Christian Sprang, Justiziar des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels
Für Verlage ist die Realisierung der geplanten Regelung für vergriffene Bücher wichtig, weil sie der Öffentlichkeit den Zugang zu Büchern, die sie selber aus rechtlichen oder wirtschaftlichen Gründen nicht mehr betreuen können oder wollen, nicht versperren wollen. Die Mission von Verlagen ist es, Zugang zu ermöglichen, nicht Zugang zu verhindern – deshalb unterstützen wir den geplanten deutschen Weg zur Digitalisierung von Bibliotheksbeständen aktiv. Bei der geplanten Regelung für verwaiste Werke ist die vor Nutzungsaufnahme erforderliche sorgfältige Suche nach dem Rechteinhaber das zentrale Element – ohne „diligent search" würden die Interessen des Urhebers nicht angemessen gewahrt.

Wolfgang Schimmel, ver.di
Für Autorinnen und Autoren ist jetzt eine Regelung wichtig, weil wir eine vernünftige Lösung finden wollen, um weitergehende gesetzgeberische Lösungen wie z.B. Zwangslizenzen zu verhindern. Zentrales Anliegen ist, auch verwaiste Werke verfügbar zu halten und eine angemessene Vergütung für die Nutzung von Werken mit neuen Technologien sicherzustellen.

Foto: Franz Fischer

Gerhard Pfennig, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der VG Bild-Kunst
Für Bildautoren ist die Regelung wichtig, weil sie von Verlagen und von anderen Nutzern ihrer Werke – aus welchen Gründen immer – oft nicht genannt werden. Es gibt daher eine Tendenz zu sagen, gerade weil das so oft passiert, sollten die Bildautoren aus der Regelung für verwaiste Werke aus Vereinfachungsgründen insgesamt ausgeklammert werden. Als zusätzliche Begründung wird angeführt, dass sie selbst dafür verantwortlich seien, dass ihre Namen genannt werden. Dieses ist grundfalsch. Wichtig ist daher, dass ihnen nun Gerechtigkeit widerfährt und dass sie jetzt bei einer Regelung für den Umgang mit verwaisten Werken wenigstens nachträglich über die Verwertungsgesellschaft eine Vergütung für die Nutzung ihrer Werke erhalten.

© Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg, Foto: Peter Voigt

Gabriele Beger, ehemalige Vorsitzende des Deutschen Bibliotheksverbandes und Vorsitzende des Fachausschusses Urheberrecht des Deutschen Kulturrates
Für Bibliotheken ist die Regelung jetzt wichtig, da wir im Leben zwar immer warten können, bis wir eine ganz ideale Lösung finden, aber ob diese optimal ist, ist fraglich. Das Urheberrechtsgesetz in Deutschland ist eines der strengsten Gesetze. Wenn wir hier in Deutschland eine Regelung entwickeln im Einvernehmen mit den Verlagen, den Autoren und den Bibliotheken, dann ist davon auszugehen, dass hiermit ein Maßstab gesetzt wurde, der ein Modell für die Europäische Union sein kann. Und, blicken wir einmal zu Google und fragen, schaffen wir es noch die 12 Millionen Bände aufzuholen? Dann wird deutlich, wir brauchen ganz schnell eine Lösung.

Ausnahmsweise große Einigkeit

Die Bundesregierung sollte jetzt handeln • Von Gabriele Schulz

Anhörungen zur Urheberrechtsreform sind eigentlich äußerst spannend. Da prallen nicht nur Positionen aufeinander, da es geht es um handfeste wirtschaftliche Interessen und wenn alles nicht mehr hilft, werden moralische Keulen geschwungen wie der Zugang zu Wissen – in der Wissensgesellschaft so notwendig wie das tägliche Brot – versus den ökonomischen Interessen der Rechteinhaber – hier geht es tatsächlich um den leeren oder den vollen Kühlschrank.

Ganz anders bei der Anhörung um eine Regelung für verwaiste Werke, die am 13. Oktober 2010 in Berlin stattfand. Diese Anhörung war die vierte und letzte, die das Bundesministerium der Justiz zum anstehenden 3. Gesetz zum Urheberrecht in der Informationsgesellschaft (Korb III) durchgeführt hat.

Ausgangspunkt für das Thema verwaiste wie auch vergriffene Werke ist die Deutsche Digitale Bibliothek. Mit ihrer Hilfe sollen Bücher online zugänglich gemacht werden. Die Deutsche Digitale Bibliothek wird ein Teil der Europeana, die als große europäische digitale Bibliothek nicht nur das schriftliche Kulturerbe online zugänglich macht, sondern darüber hinaus die kulturelle Vielfalt Europas wie auch die Verbindung der europäischen Nationalkulturen veranschaulicht. Unkompliziert ist die Digitalisierung sogenannter gemeinfreier Werke. Schwieriger stellt es sich für sogenannte verwaiste Werke, also Werke, deren Rechteinhaber nicht bekannt ist sowie vergriffene Werke, also Werke, die nicht lieferbar sind, dar.

Bemerkenswert ist, dass sich bereits lange vor der Anhörung die betreffenden Verbände (Deutscher Bibliotheksverband, Börsenverein des deutschen Buchhandels, Autorenverbände) zusammen mit den Verwertungsgesellschaften VG Wort und VG Bild-Kunst in enger Abstimmung mit der Deutschen Nationalbibliothek auf ein Lösungsmodell verständigt haben. Diesen Vorschlag haben sie in den Deutschen Kulturrat getragen, der ihn sich in seiner Resolution „Gesetzliche Neuregelung zur schnellen und rechtssicheren Digitalisierung verwaister und vergriffener Werke ist erforderlich“ (siehe Dokumentation in dieser Ausgabe) zu eigen gemacht hat. Damit wird er von allen künstlerischen Sparten getragen.

Die Anhörung förderte daher nur allzu Bekanntes noch einmal zu Tage: Will Deutschland nicht den Anschluss an die Digitalisierung von Büchern verlieren und in der Europeana präsent sein, müssen jetzt die Weichen gestellt werden. Die Bibliotheken brauchen Rechtssicherheit um die Digitalisierung durchführen zu können. Die Rechteinhaber haben einen Anspruch auf angemessene Vergütung für die digitale Zugänglichmachung der Werke. Die Frage nach verwaisten und vergriffenen Werken pressiert in erster Linie die Buchbranche im weitesten Sinne. Innerhalb dieses Bereiches wurde sich bereits auf ein Modell der sorgfältigen Suche verständigt, das von allen Seiten als praktikabel und angemessen angesehen wird. Es besteht Einvernehmen, dass das Einziehen und die Verteilung der Vergütung einer Verwertungsgesellschaft obliegen muss. Die VG Wort und die VG Bild-Kunst haben bereits die Wahrnehmungsverträge geändert. Diese Änderung stieß bei den Wahrnehmungsberechtigten auf sehr breite Zustimmung. Es ist eine hinreichende Widerrufsregelung eingebaut, so dass, sollte der Rechteinhaber sich melden, die digitale Zugänglichmachung des Werkes widerrufen werden kann. Ebenso können Verlage, wenn sie zu der Auffassung kommen, dass sie ein vergriffenes Werk erneut verlegen wollen, die online-Zugänglichmachung widerrufen. Ebenso klar war, dass es bei der Deutschen Digitalen Bibliothek sowie der Europeana um nicht-kommerzielle Nutzungen geht. Letztlich blieben keine Fragen offen, vielleicht fehlte darum auch ein bisschen die rechte Streitlust, die ansonsten die Anhörungen zur Urheberrechtsreform prägten.

Jetzt müssen das Justizministerium und die Abgeordneten des Deutschen Bundestags springen. Bei diesem breiten Konsens unter den beteiligten Kreisen bzw. Betroffenen sollte die Regelung für verwaiste und vergriffene Werke vor die Klammer gezogen und außerhalb des Großprojektes Dritter Korb verhandelt werden. Das wäre ein echter Dienst am viel beschworenen Wissenschaftsstandort Deutschland.

Die Verfasserin ist Stellvertretende Geschäftsführerin des Deutschen Kulturrates ■

Deutschland und seine Jugend

Shell stellt seine 16. Jugendstudie vor: Gesamttrend positiv – aber die Kluft wird größer • Von Kristin Bäßler

Wenn Shell seine Jugendstudie herausgibt, dann wird es spannend. Dann erfährt Deutschland, wie es um seine Jugend bestellt ist, welche Ängste und Sorgen die Jugendlichen haben, welche Vorlieben und Interessen und wie sie den eigenen Zukunftschancen gegenüber stehen. Für das Jahr 2010 wurden insgesamt 2.604 Jugendliche zwischen 12 bis 25 Jahren in den alten und neuen Bundesländern zu diesen und vielen weiteren Themen befragt. Differenziert wurden die Antworten nach Geschlecht, Herkunft (sowohl zwischen deutschen und nicht-deutschen, als auch zwischen ostdeutschen und westdeutschen Jugendlichen) sowie nach Alter. Darüber hinaus wurden die Antworten der Jugendlichen auch nach ihrer sozialen Herkunft unterschieden.

Die gute Nachricht vorweg. Deutschlands Jugend ist „pragmatisch“, so ein Ergebnis der 16. Shell Jugendstudie. Es handelt sich um eine Generation, die sich in einer durch Globalisierung, Wirtschaftskrise und sozialen Unsicherheiten bestimmenden Welt behaupten kann. Die heutige Jugend zeichnet sich durch viel Ehrgeiz und Zähigkeit aus und ist oftmals leistungsorientiert und hoch motiviert. Erstaunlicherweise sind die Ängste in Bezug auf Armut, Arbeitsplatzverlust oder die Furcht vor Krieg in den letzten vier Jahren unter den Jugendlichen gesunken. Laut den Ergebnissen der Studie sind demnach 64 Prozent aller befragten Jugendlichen im Allgemeinen mit ihrem Leben zufrieden. 59 Prozent der Jugendlichen sind zuversichtlich in Bezug auf ihre Zukunft. Nur bei 35 Prozent ist dies manchmal der Fall.

Dieser positive Trend geht einher mit einem starken Interesse an gesellschaftlichen Themen. 40 Prozent der befragten Jugendlichen gaben an, dass es für sie selbstverständlich sei, sich für gesellschaftliche Prozesse zu interessieren. Zudem interessieren sich im Vergleich zum Jahr 2006 mehr Jugendliche für Politik. Waren es 2006 nur 35 Prozent, so gaben im Jahr 2010 bereits 37 Prozent der Jugendlichen an, sich politisch zu interessieren. Gestiegen ist auch die Zufriedenheit der Jugendlichen mit der Demokratie in Deutschland. Äußerten sich im Jahr 2006 nur 59 Prozent, mit ihrem Leben grundsätzlich zufrieden zu sein, sind es im Jahr 2010 schon 63 Prozent. Mit Blick auf das Thema Toleranz und Respekt anderen Jugendlichen gegenüber, stellen die Autoren der Shell Studie, wie auch in den vergangenen Jahren, fest, dass bei den Jugendlichen nicht von einer generellen Intoleranz gesprochen werden kann. Auch zeigt sich, dass sich die Bewertung gegenüber dem Zuzug von Zuwanderern nach Deutschland deutlich entspannt hat. Waren es im Jahr 2006 noch 56 Prozent der Jugendliche, die sich gegen die Zuwanderung aussprachen, sind es heute nur noch 46 Prozent.

Doch die Kluft wird größer. Im Hinblick auf die anstehenden gesellschaftlichen Veränderungen, allen voran durch den Demografischen Wandel und die Umstrukturierung der Sozialsysteme, kann sich Deutschland glücklich schätzen, eine solche nachwachsende Generation zu haben. Dennoch dürfen diese Ergebnisse nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich hinter den Antworten vielfach die der Jugendlichen aus der Ober- und Mittelschicht befinden. Laut Differenzierung nach der sozialen Herkunft gehören in Deutschland 14 Prozent der Jugendlichen der Oberschicht an, 22 Prozent der oberen Mittelschicht, 30 Prozent der Mittelschicht, 24 Prozent der unteren Mittelschicht und 10 Prozent der sozial schwächsten Schicht, der sog. „Unterschicht“. Die Ergebnisse der Shell Jugendstudie 2010 haben ergeben, dass die sozial schwächste Schicht an dem positiven Lebensgefühl der meisten Jugendlichen nicht partizipiert, da ihre soziale Ausgangssituation, ihre Schulbildung, ihre Aussicht auf einen Ausbildungsplatz zu schlecht aussehen, um zuversichtlich in die Zukunft blicken zu können. Rückläufig ist daher die Zuversicht bei Jugendlichen aus der sozial schwächsten Schicht. Im Jahr 2010 sind es nur 33 Prozent, die sich gegenüber ihrer Zukunft optimistisch äußern. 2002 waren es noch 40 Prozent.

Besonders erschreckend ist, dass die Bildungswelten der Jugendlichen immer weiter auseinanderdriften. Zwar kann positiv vermerkt werden, dass die Jugendlichen den persönlichen Bildungsweg als entscheidend für ihren weiteren Lebensverlauf ansehen. Dennoch glauben 10 Prozent der Jugendlichen aus sozial schwächeren Schichten, dass sie den angestrebten Schulabschluss nicht erreichen werden. Heute sind es schon 16 Prozent der Jugendlichen, die keinen beruflichen Ausbildungsabschluss haben. Und nur 41 Prozent aus der sozial schwächsten Schicht ist sich sicher, dass sie ihre beruflichen Wünsche erfüllen werden.

Diese Ausgangsbedingungen reichen hinein bis in das Freizeitverhalten der Jugendlichen. Wie die Shell Jugendstudie unterstreicht, bildet die Freizeit für Jugendliche einen der wichtigsten sozialen Räume zur Identitätsbildung. Beim Freizeitverhalten der Jugendlichen zeigt sich die soziale Herkunft als ein strukturierendes Merkmal. Das bedeutet, wer kreativ und vielfältig seine Freizeit gestaltet und darüber hinaus auch noch Rückendeckung durch das Elternhaus bekommt, erhält durch seine Hobbys weitere positive Impulse. So sind es insbesondere die Jugendlichen aus den oberen Schichten, die als „kreative Freizeiteliten“ bezeichnet werden können, da sie sich u. a. durchs Lesen, Musizieren, Malen, Theaterspielen etc. kreativ ausleben können. Dies auch, weil der soziale Hintergrund dieses ermöglicht. Beim Freizeitverhalten wird daher die Kluft zwischen den Schichten noch einmal sehr deutlich. Während beispielsweise 29 Prozent der „kreativen Freizeitelite“ der Oberschicht angehören, sind es nur 11 Prozent aus den unteren Schichten.

Das Fazit der Autoren der 16. Shell Jugendstudie: „Die bereits in den letzten Shell Jugendstudien festgestellte Kluft zwischen den sozialen Milieus hat sich demnach zu den Jugendlichen aus der sozial schwächsten Herkunftsschicht trotz des positiven Gesamttrends eher noch vertieft.“ Und weiter: „Zu ungünstig sind oft die Ausgangsbedingungen und die Lebenssituation und zu wenig wird von der Politik getan, um die Chancen dieser Gruppen zu verbessern.“

Was also könnte getan werden, damit nicht einzelne Bevölkerungsgruppen vom Rest der Gesellschaft abgehängt werden? Was kann getan werden, um Chancengleichheit und Teilhabegerechtigkeit herzustellen, so dass der enge Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg aufgebrochen werden kann? Es sollte da angesetzt werden, wo alle Kinder und Jugendliche aufeinandertreffen: in der Schule. Teilhabe und Partizipation müssen nicht über Bildungsgutscheine sichergestellt werden. Stattdessen sollte der Weg zur Inklusion über den der schulischen Bildung gehen. Der Ausbau der Ganztagschulen und die verstärkte Kooperation mit den außerschulischen Partnern für ein vielfältiges Freizeitangebot, könnten die Kinder und Jugendliche dort abholen, wo sie sich tagsüber aufhalten, egal welcher sozialen Schicht sie angehören.

Die Verfasserin ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Deutschen Kulturrates ■

Dank an die *puk*-Autoren 2010

Allen Autorinnen und Autoren von *politik und kultur*, die diese Zeitung im Jahr 2010 mit Ihren Beiträgen bereichert haben, möchten wir unseren herzlichen Dank aussprechen. Publiziert haben:

Valentina L **Abbate**, Eva **Adelt**, Vicente Riesgo **Alonso**, Berrin **Alpbek**, Aya **Bach**, Olaf **Bahner**, Kristin **Bäßler**, Werner **Ballhausen**, Romen **Banerjee**, Nicoline-Maria **Bauers**, Reinhard **Baumgarten**, Rolf **Beck**, Markus **Beckedahl**, Gabriele **Beger**, Malte **Behrmann**, Jens **Bisky**, Werner **Bloch**, Ulrich **Blum**, Sebastian **Blumenthal**, Hildegard **Bockhorst**, Wilhelm **von Boddien**, Wolfgang **Börnsen**,Steffen **Bogen**, Volker **Böhning**, Rolf **Bolwin**, Susanne **Bonenkamp**, Reinhard **Brandl**, Michael **Braum**, Andreas **Breitenstein**, Thomas **Bremer**, Jens **Bullerjahn**, Antje **Burghardt**, Alison **Crabb**, Gisela **Dachs**, Udo **Dahmen**, Robert **Defcon**, Sidar A. **Demirdögen**, Martin **Dörmann**, Michaela **van den Driesch**, Olga **Drossou**, Hans-Jörg **Duppré**, Martin **Ebel**, Kai **Ehlert**, Siegmund **Ehrmann**, Ernst **Elitz**, Carmen **Emigholz**, Andreas **Emminger**, Stephan **Erfurt**, Stefanie **Ernst,** Irene **Fastner**, Ingrid **Fischbach**, Axel E. **Fischer**, Hans **Fleisch**, Alvar C. **Freude**, Thomas **Frickel**, Guido **Froese**, Max **Fuchs**, Kirstin **Funke**, Joachim **Gauck**, Peter **Gauweiler**, Theo **Geißler**, Hubertus **Gersdorf**, Ulrich **Gerstne**r, Dieter **Gorny**, Peter **Grabowski**, Ronald **Grätz**, Kerstin **Griese**, Hermann **Gröhe**, Philip **Gröning**, Monika **Grütters**, Darren **Grundorf**, Robert **Habeck**, Ruth **Happel**, Natalie **Heinrich**, Dieter B. **Herrmann**, Ansgar **Heveling**, Manuel **Höferlin**, Christian **Höppner**, Jeanette **Hofmann**, Anneke **Holz**, Sarah **Horbach**, Kerstin **Hübner**, Sigrid **Hülsmann**, Thomas **Jansen**, Thomas **Jarzombek**, Heinz-Werner **Jezewski**, Lukrezia **Jochimsen**, Burkard **Jürgens**, Johannes **Kahrs**, Witold **Kaminski**, Beate **Kayser**, Katrin **Kellermann**, Andrea **Kerner**, Susanne **Keuchel**, Memet **Kilic**, Volkmar **Klein**, Lars **Klingbeil**, Max J. **Kobbert**, Titus **Kockel**, Jens **Koeppen**, Tom **Koesel**, Andreas **Kolb**, Martin **Kotynek**, Henning **Krause**, Dieter **Kropp**, Christiane **Krüger**, Irene **Krug**, Agnes **Krumwiede**, Kenan **Küçük**, Carsten **Kühl**, Jutta **Kürtz**, Patrick **Kurth**, Hannes **Langbein**, Martin **Lätzel**, Maurice **Lausberg**, Harald **Lemke**, Volker **Leppin**, Gabriele **Lesser**, Tanja **Leston**, Sylvia **Löhrmann**, Erich **Loest**, Peter **Loock**, Klaus Volker **Mader**, Jens **Maedler**, Iris **Mai**, Olaf **Martin**, Christoph **Matschie**, Aiman **Mayzek**, Deborah **Di Meglio**, Christine M. **Merkel**, Petra **Merkel**, Gerald **Mertens**, Angela **Meyenburg**, Andrea **Meyer**, Ulrike **Migdal**, Herbert **Mondry**, Wilfried **Mommert**, Annette **Mühlberg**, Andreas **Müller**, Dieko **Müller**, Ekkehard **Müller**, Hans **Müller**, Andrea **Nahles**, Bernd **Neumann**, Ulrike **Nickel**, Katharina **Nickoleit**, Barbara **Nieß**, Mechthild **Noll-Minor**, Konstantin **von Notz**, Mirko **Nowak**, Dietmar **Osses**, Wolf **Osthaus**, Aydan **Özoguz**, Doris **Pack**, Matthias **Pannes**, **Padeluun**, Moritz **Pfeiffer**, Gerhard **Pfennig**, Cornelia **Pieper**, Thomas **Plassmann**, Ulrich **Post**, Peter **Ramsauer**, Axel **Redmer**, Steffen **Reiche**, Anette **Rein**, Joachim **Reiss**, Andreas **Richter**, Wolf-Dieter **Ring**, Maria **Ringler**, Stefan **Risthaus**, Volker **Rodekamp**, Bernhard **Rohleder**, Tabea **Rössner**, Helmut **Röscheisen**, Claudia **Roth**, Martin **Roth**, Petra **Roth**, Barbara **Rüschoff-Thale**, Georg **Ruppelt**, Stefan **Ruppert**, Wolfgang **Sannwald**, Stephan **Schaede**, Christoph **Schäfer**, Ute **Schäfer**, Raju **Sharma**, Werner **Schaub**, Frank **Schellenberg**, Wolfgang **Schimmel**, André **Schmitz**, Karlheinz **Schmid**, Ulla **Schmidt**, Wolfgang **Schneider**, Brigitte **Schorn**, Christian **Schramm**, Katharina **Schröck**, Lothar **Schröder**, Gabriele **Schulz**, Jimmy **Schulz**, Wolfgang **Schulz**, Corinna **Seide**, Nicole **Simon**, Frank **Simon-Ritz**, Petra **Sitte**, Ludwig **Spaenle**, Anke **Spoorendonk**, Christian **Sprang**, Robert **Staats**, Frank-Walter **Steinmeier**, Willi **Steul**, Rupert Graf **Strachwitz**, Birgit Maria **Sturm**, Peter **Tauber**, Cornelia **Tausch**, Rolf **Teucher**, Wolfgang **Thierse**, Paula **Väth**, Thomas **Völkner**, Andreas **Volke**, Claudia **Wallbrecht**, Günter **Wallbrecht**, Halina **Wawzywiak**, Jutta **Weduwen**, Wilfried **Wengler**, Christof **Weinhardt**, Thomas **Welter**, Freimut **Woessner**, Monika **Ziller**, Olaf **Zimmermann** ■

Bundestagsdrucksachen

Im Folgenden wird auf Bundestagsdrucksachen mit kulturpolitischer Relevanz hingewiesen. Berücksichtigt werden Kleine und Große Anfragen, Anträge, Entschließungsanträge, Beschlussvorlagen, Schriftliche Fragen, Mündliche Fragen sowie Bundestagsprotokolle. Alle Drucksachen können unter folgender Adresse aus dem Internet heruntergeladen werden: http://dip/bundestag.de/parfors/parfors.htm.

Berücksichtigt werden Drucksachen zu folgenden Themen:
· Auswärtige Kulturpolitik,
· Bildung,
· Bürgerschaftliches Engagement,
· Daseinsvorsorge,
· Erinnern und Gedenken,
· Europa,
· Föderalismusreform
· Informationsgesellschaft,
· Internationale Abkommen mit kultureller Relevanz,
· Kulturelle Bildung,
· Kulturfinanzierung,
· Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz,
· Kulturpolitik allgemein,
· Kulturwirtschaft,
· Künstlersozialversicherungsgesetz,
· Medien,
· Soziale Sicherung,
· Steuerrecht mit kultureller Relevanz,
· Stiftungsrecht,
· Urheberrecht.

Deutscher Bundestag im Reichstagsgebäude

Fotonachweis: Deutscher Bundestag

Bildung

Drucksache 17/2716 (05.08.2010)
Antwort der Bundesregierung
auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/2591 –
Ergebnisse der Qualifizierungsinitiative für Deutschland im Bereich der frühkindlichen Bildung

Drucksache 17/2730 (06.08.2010)
Antwort der Bundesregierung
auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/2607 –
Konkrete Auswirkungen der Vereinbarungen der bisherigen Bildungsgipfel auf die Qualitätsverbesserungen im Bildungswesen

Drucksache 17/3020 (24.09.2010)
Kleine Anfrage
der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE.
Planungen der Bundesregierung zur Einführung einer Bildungschipkarte

Kulturpolitik allgemein

Drucksache 17/2478 (07.07.2010)
Antrag der Abgeordneten der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten der Fraktion der FDP
Tourismus und Landschaftspflege verknüpfen – Gemeinsam die Entwicklung ländlicher Räume stärken

Drucksache 17/2400 (07.07.2010)
Unterrichtung durch die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration
Achter Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland

Drucksache 17/2657 (26.07.2010)
Antwort der Bundesregierung
auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/2562 –
Musikveranstaltungen der extremen Rechten im zweiten Quartal 2010

Drucksache 17/2897 (09.09.2010)
Antwort der Bundesregierung
auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/2796 –
Erfahrungen mit dem Ehrenmal der Bundeswehr

Drucksache 17/**2940** (15.09.2010)
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultur und Medien (22. Ausschuss)
a) zu dem Antrag der Abgeordneten der Fraktion der CDU/CSU sowie der Fraktion der FDP
– Drucksache 17/676 –
Kulturtourismus in Deutschland stärken
b) zu dem Antrag der Abgeordneten der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/1966 –
Potenziale von Kultur und Tourismus nutzen – Kulturtourismus gezielt fördern

Drucksache 17/3064 (29.09.2010)
Antrag
der Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stiftungszweck der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung erfüllen

Drucksache 17/3097 (29.09.2010)
Kleine Anfrage
der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE.
Kunst am Bau für den Flughafen Berlin Brandenburg International

Drucksache 17/3102 (29.09.2010)
Kleine Anfrage
der Abgeordneten der Fraktion der SPD
Stand der Umsetzung des UNESCO-Übereinkommens über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen von 2005

Arbeitsmarkt Kultur

Drucksache 17/2137 (16.06.2010)
Antwort der Bundesregierung
auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/1896 –
Die Situation von Frauen im Kulturbetrieb – Gleichstellung an Orchestern

Auswärtige Kulturpolitik

Drucksache 17/2496 (06.07.2010)
Antwort der Bundesregierung
auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Fraktion der SPD – Drucksache 17/2225 –
Haushaltskürzungen in Kernbereichen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik

Medien

Drucksache 17/2687 (30.07.2010)
Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/2361 –
Zum „Konzept zur Digitalisierung der Kinos in Deutschland“ des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien

Drucksache 17/2920 (14.09.2010)
Antrag
der Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kultur und Rundfunk nicht durch die Frequenzumstellung schädigen

Kulturfinanzierung

Drucksache 17/2760 (16.08.2010)
Kleine Anfrage der Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Zukunft des Humboldtforums

Drucksache 17/2976 (17.09.2010)
Antwort
der Bundesregierung
auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/2760 –
Zukunft des Humboldtforums

Bürgerschaftliches Engagement

Drucksache 17/2947 (16.09.2010)
Kleine Anfrage
der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE.
Entwicklung des ehrenamtlichen Engagements und die Nationale Engagementstrategie

Drucksache 17/2981 (17.09.2010)
Kleine Anfrage
der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE.
Zukunft des Zivildienstes

Karikatur:
Dieko Müller

Kurz-Schluss

Wie ich einmal trotz bester Absichten fristlos gefeuert worden wäre

Wie ich fast einmal unsanft gelandet wäre– so könnte man meinen aktuellen Zustand beschreiben. Nachdem ich für das Innenministerium als „embedded“ Meinungs-Macher seit der Bildungs-Chip-Affäre offenbar verbrannt bin, (*puk*-Ausgabe 5/10) hat man mich in eine sogenannte Stiftung abgeschoben. Unter dem völlig unangemessenen Namen „Integritas“ arbeitet dieser Club, halb aus Steuergeldern, halb aus gut verschleierten Wirtschaftsquellen finanziert – angeblich dem Bundes-Präsidialamt zu. „Institut für Feldforschung, Resonanz-Studien und Perspektiv-Analyse“ nennt sich das Ganze. Und die Seriosität des Unternehmens lässt sich am besten vom Kopf des Fisches her beschreiben, der übel müffelt: Unser Chef, ein ehemaliger Jungliberaler mit allerersten Beziehungen in die Lobby-Etagen der im Bundestag vertretenen Parteien, lässt immer das Hugo-Boss-Etikett seines Sweatshirts, das auch noch mit dem sinnigen Satz: „Kulturvermittlung macht frei“ beschriftet ist, aus dem Kragen ragen. Toll.

Langer Rede kurzer Sinn: Künftig habe ich mich mit allen Aspekten von Integration und Transkulturalität zu befassen, sie präsidiabel schmückend auszuformulieren. Mit wirklich allen Aspekten – von der Hartz IV-Moschee bis zur Islam-Chipkarte (kleiner Scherz am Rande!). Das von mir wortflink erarbeitete Material soll dann in den Style- und Info-Pool unseres wirklich nur höchst hartleibig zu verkaufenden Super-Wulffis implementiert werden – na danke.

Also spare ich mir zunächst erst mal jede Resonanz-Studie. Das dröge Echo unseres Sparflammen-Rhetorikers ist ja hinlänglich bekannt – und stürze mich auf die Content-Produktion. Fangen wir an im Armenviertel unseres Landes: Seit Monaten boomt die Wirtschaft. Gewerbesteuer drastisch erhöhen. Die Kommunen samt ihrer Kultur- und Bildungsangebote würden wieder aufleben und allen Bürgern zur Verfügung stehen. Ein paar miese Spekulanten-Banken Hopps gehen lassen und viele Steuer-Milliarden anders verteilen: zum Beispiel auf dem Wege eines Garantie-Lohnes. Jegliche Diskriminierungs- und Ausgrenzungs-Problematik hätte sich ziemlich unbürokratisch erledigt. Flugs ein paar Balkendiagramme eingefügt, ein paar Jpegs des Präsidenten an ungefähr passenden Stellen, den Satzfluss adjektiv-kulinarisch angehübscht – und ab zu meinem Chef.

In meinem Leben bin ich noch nie so zusammengefaltet worden wie in diesem sehr einseitigen Brüll-Event. Ob ich direkt aus der Geistig-Behinderten-Anstalt käme oder von einer linken Kaderschmiede eingeschleust worden sei – röhrte der Hugo-Boss-Boss mit daumendick geschwollener Schläfenader. Von globalen Wirtschafts-Zusammenhängen, der unendlichen Kraft des Wachstums und dem segensreichen Wirken unseres sozialen Kapitalismus hätte ich noch nicht mal eine Grund-Ahnung. Wäre ihm Wolfgang Schäubles aus jetziger Sicht völlig unverständliches Empfehlungsschreiben für mich aus alter Rotarier-Freundschaft heraus nicht gewissermaßen heilig, würde er mich unbesehen und umgehend an die Luft setzen, mir lieber noch Schlimmeres antun. Er gebe mir eine aller-allerletzte Chance. Ich solle mich mal um Kriterien für den Punktekatalog erwünschter Einwanderer, wissenschaftlich technischer Fachkräfte bemühen. Und gleichzeitig ein paar No-Goes mit Blick auf potenzielle Sozial-System-Schmarotzer, Wirtschafts-Asylanten und islamistische Hass-Prediger entwickeln. Aber Dalli.

Theo Geißler, Herausgeber von *politik und kultur* und Moderator von „taktlos“ **Foto: C. Oswald**

Angemessen geknickt zog ich mich in mein Dichter-Stübchen – offiziell als „Home oft the Spin-Doctors“ ausgewiesen – zurück um zu grübeln – ergebnisreich. Erstens: Wenn Frau von und zu Guttenberg eine Kinderschänder-Entlarvungs-Show bei RTL2 medienwirksam wuppt, dann wäre für unsere First-Lady samt entsprechendem Sympathie-Transfer auf den graublauen Gatten Folgendes das Richtige: Eine semi-seriöse Fahndungs-Live-Doku in aufgepepptem XY-Stil – natürlich im Zweiten. Unbelehrbare Islam-Fanatiker, heimliche Osama-Anbeter und der deutschen Amtssprache Ohnmächtige werden via Internet-Recherchen und von investigativen Kamera-Trupps – am besten gleich unterstützt vom Bundesgrenzschutz – aufgestöbert. Ihre schändlichen Ansinnen, ihre bewusste Integrations-Unlust vermitteln vorabendserien-erprobte Jungschauspieler (was für eine Aufwertung des Berufsstandes ganz im Sinne unseres Kulturstaatsministers) lebensnah. Die sofortige Abschiebung der Überführten erfolgt unauffällig.

Zweitens: Als integrationskompetente Doppelspitze zur Fachkraft-Beurteilung treten – natürlich im Ersten – Stefan Raab und Günther Jauch gemeinsam auf. In einem fröhlichen Mix aus „Wer wird (vielleicht bald) Millionär“ und „Schlag den Raab“ durchlaufen programmierkundige Inder, des technischen Zeichnens mächtige Türken und derzeit arbeitslose amerikanische Investment-Banker einen ebenso anspruchsvollen wie unterhaltsamen Test-Marathon vor den wachsamen Augen der deutschen Öffentlichkeit. Wer gewinnt, kriegt die Green Card – für unsere Bundesrepublik. Genial und gewissermaßen basisdemokratisch, wenn man die Zuschauer gegen geringe Gebühr – wie bei DSDS – auch noch mit voten lässt. Eine wirklich zeitgemäße Form der hochselektiven Integration. Muss ich sofort in den Brainpool von „Integritas“ einspeisen. Im nächsten Heft erfahren Sie – ob ich befördert worden bin...

Theo Geißler ■

Impressum

politik und kultur

Zeitung des Deutschen Kulturrats

Deutscher Kulturrat e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14, Fax: 030/24 72 12 45
Internet: www.kulturrat.de, E-Mail: post@kulturrat.de

Herausgeber
Olaf Zimmermann und Theo Geißler

Redaktion
Olaf Zimmermann (Chefredakteur v.i.S.d.P), Gabriele Schulz (Stv. Chefredakteurin), Stefanie Ernst, Kristin Bäßler, Barbara Haack, Andreas Kolb

Redaktionsassistenz
Verena Kurz

Anzeigenredaktion
Martina Wagner, Tel: 0941/945 93 35, Fax: 0941/945 93 50
E-Mail: wagner@nmz.de

Verlag
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23, 93053 Regensburg, E-Mail: conbrio@conbrio.de

Herstellung
Petra Pfaffenheuser, ConBrio Verlagsgesellschaft

Druck
Gießener Anzeiger Verlags GmbH und Co KG, Gießen

Erscheinungsweise
6 Ausgaben im Jahr

Preis/Abonnement
3,00 Euro, im Abonnement 18,00 Euro, inkl. Porto im Jahr

Aboverwaltung/Bestellmöglichkeit:
Deutscher Kulturrat e.V., Chausseestraße 103, 10115 Berlin,
Fax: 030/24 72 12 45, E-Mail: post@kulturrat.de

puk ist im Abonnement, in Bahnhofsbuchhandlungen, großen Kiosken sowie an Flughäfen erhältlich.

Alle Ausgaben von *politik und kultur* können von der Homepage des Deutschen Kulturrates (http://www.kulturrat.de) heruntergeladen werden.
Ebenso kann der kostenlose Newsletter des Deutschen Kulturrates (2-3mal die Woche) unter http://www.kulturrat.de abonniert werden.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder.

politik und kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht in allen Fällen gelingt es uns, die Bildautoren ausfindig zu machen. Wir freuen uns daher über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der nächsten erreichbaren Ausgabe von *politik und kultur* nennen.

Gefördert aus Mitteln des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien auf Beschluss des Deutschen Bundestages